Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

26. November 1979
Jg. 7 Nr. 48

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

### Militärregierung in Bolivien zum Rücktritt gezwungen

*z.dab.* Oberst Natusch Busch, am 1.11. durch einen Putsch an die Macht gekommen, mußte 16 Tage später zurücktreten. Der bolivianische Gewerkschaftsverband hatte zum Sturz der Regierung einen unbefristeten Generalstreik ausgerufen, der unter der Führung der Minenarbeiter von Potosi, Oruro und Catavi im ganzen Land durchgeführt wurde. In La Paz blieben die Läden eine Woche geschlossen, die Versorgung der Volksmassen mit Nahrungsmitteln hatten die indianischen Bauern übernommen. Die neue Regierung unter Lidia Gueiler – durch ein breites Bündnis getragen – hat sofort den Ausnahmezustand aufgehoben. Die US-Imperialisten versuchen jetzt, den Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft zu verhindern. Zur Zeit hält sich eine IWF-Delegation in Bolivien auf, um u.a. die Abwertung des Peso zu erzwingen.

### Argentinien: Neues Gesetz zur Zerschlagung der Gewerkschaften

*z.elb.* Weitere Lohnsenkung und Niederwerfung der Gewerkschaften hatte der IWF gefordert. (s. KVZ 44/79) Mitte November erließ die argentinische Militärregierung ein Gesetz, das das seit 3½ Jahren bestehende und häufig durchbrochene Streikverbot absichert. Erst im September hatten sich die zwei größten Gewerkschaften auf nationaler Ebene zusammengeschlossen. Um diesen Fortschritt der Arbeiterbewegung zunichtezumachen, erlaubt die Regierung Lohnverhandlungen nur auf Provinz- oder Betriebsebene und bestimmt die verhandlungsführende Gewerkschaft. Alle Gelder der Gewerkschaften werden der Kontrolle des Arbeitsministeriums unterstellt. Unterstützung ausländischer Gewerkschaften oder Parteien anzunehmen, ist verboten. Die CUTA, ein Zusammenschluß der Gewerkschaftsleitungen, erwägt, den Generalstreik auszurufen.

### Indianische Bauern Perus erobern Gemeindeland zurück

*z.gek.* Mit zwei großen Landbesetzungen im September und Oktober hat die agrarrevolutionäre Bewegung der indianischen Bauern Perus sich weiter Bahn gebrochen. Die Dorfgemein-

Bolivien auf, um u.a. die Abwertung des Peso zu erzwingen.

Argentinien: Neues Gesetz zur Zerschlagung der Gewerkschaften

z.elb. Weitere Lohnsenkung und Niederwerfung der Gewerkschaften hatte der IWF gefordert. (s. KVZ 44/79) Mitte November erließ die argentinische Militärregierung ein Gesetz, das das seit 3½ Jahren bestehende und häufig durchbrochene Streikverbot absichert. Erst im September hatten sich die zwei größten Gewerkschaften auf nationaler Ebene zusammengeschlossen. Um diesen Fortschritt der Arbeiterbewegung zunichtezumachen, erlaubt die Regierung Lohnverhandlungen nur auf Provinz- oder Betriebsebene und bestimmt die verhandlungsführende Gewerkschaft. Alle Gelder der Gewerkschaften werden der Kontrolle des Arbeitsministeriums unterstellt. Unterstützung ausländischer Gewerkschaften oder Parteien anzunehmen, ist verboten. Die CUTA, ein Zusammenschluß der Gewerkschaftsleitungen, erwägt, den Generalstreik auszurufen.

Indianische Bauern Perus erobern Gemeindeland zurück

z.gek. Mit zwei großen Landbesetzungen im September und Oktober hat die agrarrevolutionäre Bewegung der indianischen Bauern Perus sich weiter Bahn gebrochen. Die Dorfgemein-
schaft San Juan de Onderes, Mitglied der CCP, der Bauernliga Perus, hat am 5./6. September nach einem Marsch von 220 km mit Viehherden und Arbeitsmaterial 14000 Hektar Boden, ihr altes Gemeindeland, das ihr 1707 von den Spaniern geraubt worden war, wieder in Besitz genommen. Es hatte sich bis 1902 im Besitz eines Viehbarons, dann einer US-amerikanischen Bergwerksgesellschaft, zuletzt einer staatlichen Kooperative befunden, die die Bauern als Lohn- und Saisonarbeiter ausbeutete. Im Oktober haben sechs Dorfgemeinschaften in der Nähe von Cuzco in einer weiteren großen Aktion 5000 Hektar eines anderen Staatsbetriebes besetzt.

### Andenpaktstaaten stärken ihren Zusammenschluß

*z.tit.* Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela haben am 25. Oktober einen Vertrag über die Gründung eines gemeinsamen Parlaments der Andenpaktstaaten beschlossen. Das wesentliche Ziel ist die Erkämpfung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und die Entwicklung der lateinamerikanischen Länder. Gleichberechtigt wird jedes der Länder ab 1980 jeweils fünf Mitglieder in das gemeinsame Parlament entsenden, ab 1990 sollen die Parlamentarier direkt gewählt werden. Zu den ersten Aufgaben dieses Parlaments gehört es, „die Gesetze der fünf Länder der Andengruppe aufeinander abzustimmen“ und den wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozeß in der Region zu untersuchen und zu fördern. Ab sofort wurde ein gemeinsamer Außenministerrat gebildet, der die Außenpolitik der Andenpaktstaaten koordinieren soll.

# Krach vor der Dubliner Ratstagung

## Ministertagungen beraten gemeinsames Vorgehen gegen imperialistische Konkurrenz und Arbeiterbewegung

*z.scc.Brüssel.* Selten noch ist eine Ratstagung der westeuropäischen Staats- und Regierungschefs so durch eine fast endlose Reihe gegenseitiger „Arbeitsbesuche“ vorbereitet worden wie die bevorstehende am 29.11. in Dublin. Da waren u.a. Thatcher nach Bonn und der italienische Ministerpräsident Cossiga nach Paris gereist, bevor Giscard seinerseits nach London aufbrach, während sein Außenminister mit dem westdeutschen Genscher dinierte und die Ministerpräsidenten der drei Beneluxstaaten in Brüssel zusammentrafen. Da wurden, mißtrauisch beobachtet, Fronten abgesteckt, alte Bündnisse aufgewärmt, neue gesucht: Krach gibt's.

Offen aufgebrochen sind die Widersprüche zwischen den alten Konkurrenten vordergründig an der Weigerung der britischen Imperialisten, 1980 rund 4 Mrd. DM mehr ins Gemeinschafts-Geschäft einzuschießen als herauszuholen, und der nicht minder harten Weigerung fast aller übrigen, die Zahlungen nachzulassen. Tatsächlich erklären die 4 Mrd., rund 2% des britischen Staatshaushaltes, die Unversöhnlichkeit der aufeinanderprallenden Interessen nur teilweise.

Deutlich trägt der EG-Haushalt die Handschrift der beiden Mächte, die sich gern als „Baumeister Europas“ bezeichnen, der BRD und Frankreichs. 39,5% des EG-Haushalts 1978 wurden aus Zolleinnahmen, 16,9% aus Agrarabschöpfungen und Zuckerabgabe, Agrarzöllen also, bestritten; zusammen immerhin rund 17,62 Mrd. DM, von den Mitgliedsländern erhoben und gleich abgeführt. So wirkt die Zollabgabepflicht, im Verbund mit der Aufhebung aller Zollschranken innerhalb der EG, geradezu als Schmiermittel für den „innergemeinschaftlichen“ Handel. Dieser stieg, auf der Basis des *Exports,* von 34,5% am Gesamtexport 1958 auf 51,7% 1978. Vor allem die westdeutschen und französischen Imperialisten rissen neue Märkte auf, versechzehn- bzw. verzwanzigfachten in diesen 20 Jahren ihren „innergemeinschaftlichen“ Export, während sie ihre Ausfuhren in Drittländer „lediglich“ verzehnfachen konnten.

Indes: Lang nicht nach Wunsch ge-

sprüche zwischen den alten Konkurrenten vordergründig an der Weigerung der britischen Imperialisten, 1980 rund 4 Mrd. DM mehr ins Gemeinschafts-Geschäft einzuschießen als herauszuholen, und der nicht minder harten Weigerung fast aller übrigen, die Zahlungen nachzulassen. Tatsächlich erklären die 4 Mrd., rund 2% des britischen Staatshaushaltes, die Unversöhnlichkeit der aufeinanderprallenden Interessen nur teilweise.

Deutlich trägt der EG-Haushalt die Handschrift der beiden Mächte, die sich gern als „Baumeister Europas“ bezeichnen, der BRD und Frankreichs. 39,5% des EG-Haushalts 1978 wurden aus Zolleinnahmen, 16,9% aus Agrarabschöpfungen und Zuckerabgabe, Agrarzöllen also, bestritten; zusammen immerhin rund 17,62 Mrd. DM, von den Mitgliedsländern erhoben und gleich abgeführt. So wirkt die Zollabgabepflicht, im Verbund mit der Aufhebung aller Zollschranken innerhalb der EG, geradezu als Schmiermittel für den „innergemeinschaftlichen“ Handel. Dieser stieg, auf der Basis des Exports, von 34,5% am Gesamtexport 1958 auf 51,7% 1978. Vor allem die westdeutschen und französischen Imperialisten rissen neue Märkte auf, versechzehn- bzw. verzwanzigfachten in diesen 20 Jahren ihren „innergemeinschaftlichen“ Export, während sie ihre Ausfuhren in Drittländer „lediglich“ verzehnfachen konnten.

Indes: Lang nicht nach Wunsch ge-
lang und gelingt es ihnen, auf den britischen Markt vorzustoßen. Der britische Import aus EG-Ländern beträgt nur 38% des britischen Gesamtimports, und die westdeutschen Ausfuhren in die Niederlande oder Belgien/-Luxemburg übertreffen die nach Großbritannien bei weitem. Nicht die EG müsse sich ändern, gab der Kanzler der Thatcher kaltschnäuzig mit auf den Weg, sondern „die Briten“. Es läg, ergänzte Giscard, an niemandem als an Großbritannien selbst, statt „außergemeinschaftlich“ mehr „innergemeinschaftlich“ zu importieren und so die Zollabgaben, 68,3% der britischen EG-Zahlungen, zu senken.

*Den* Weg allerdings wollen die britischen Imperialisten um keinen Preis einschlagen. Seit ihrem EG-Beitritt 1973 haben sie in der Ausbeutung der Arbeiterklasse gegenüber den schärfsten Konkurrenten an Boden verloren, wie das relative Absinken der Pro-Kopf-Produktion in allen Industriezweigen zeigt, und verschärfte Konkurrenz auf ihrem inneren Markt wäre für die Aufholbewegung, zu der sie mit großen Rationalisierungsprogrammen v.a. in der Stahl-, der Werft- und Automobilindustrie angesetzt haben, geradezu tödlich. Nein, sie setzen alles daran, ihre Haupttrümpfe endlich auszuspielen: die traditionellen Kolonialverbindungen mit dem Zugang zu billigen Rohstoffen und Agrarprodukten. Ihr erstes Ziel dabei ist, über Eingriffe in den EG-Haushalt die „gemeinsame Agrarpolitik“ abzuschaffen und den Kolonialhandel mit Lebensmitteln für ganz Westeuropa zu kontrollieren. (s. KVZ 44/79) Was juckt es deshalb die Thatcher, wenn ihr Giscard mit den „Regeln der Gemeinschaft“ kommt? Mit der Drohung der Zahlungsverweigerung greifen die britischen Imperialisten eben diese „Regeln“ an, die sie an der Entfaltung ihrer Stärke hindern.

Der Kampf um die Vorherrschaft in der EG ist noch lange nicht entschieden. Angesichts heraufziehender Stürme auf dem Weltmarkt verschärft er sich zwangsläufig. Hier und da droht der eine oder andere mit dem EG-Austritt Großbritanniens. Aber die Hauptkontrahenten, das selbst brüchige westdeutsch-französische Bündnis auf der einen, Großbritannien auf der anderen Seite, wissen sehr wohl, daß sie die Suppe, die sie sich gegenseitig an-

Arbeiterklasse gegenüber den schärfsten Konkurrenten an Boden verloren, wie das relative Absinken der Pro-Kopf-Produktion in allen Industriezweigen zeigt, und verschärfte Konkurrenz auf ihrem inneren Markt wäre für die Aufholbewegung, zu der sie mit großen Rationalisierungsprogrammen v.a. in der Stahl-, der Werft- und Automobilindustrie angesetzt haben, geradezu tödlich. Nein, sie setzen alles daran, ihre Haupttrümpfe endlich auszuspielen: die traditionellen Kolonialverbindungen mit dem Zugang zu billigen Rohstoffen und Agrarprodukten. Ihr erstes Ziel dabei ist, über Eingriffe in den EG-Haushalt die „gemeinsame Agrarpolitik“ abzuschaffen und den Kolonialhandel mit Lebensmitteln für ganz Westeuropa zu kontrollieren. (s. KVZ 44/79) Was juckt es deshalb die Thatcher, wenn ihr Giscard mit den „Regeln der Gemeinschaft“ kommt? Mit der Drohung der Zahlungsverweigerung greifen die britischen Imperialisten eben diese „Regeln“ an, die sie an der Entfaltung ihrer Stärke hindern.

Der Kampf um die Vorherrschaft in der EG ist noch lange nicht entschieden. Angesichts heraufziehender Stürme auf dem Weltmarkt verschärft er sich zwangsläufig. Hier und da droht der eine oder andere mit dem EG-Austritt Großbritanniens. Aber die Hauptkontrahenten, das selbst brüchige westdeutsch-französische Bündnis auf der einen, Großbritannien auf der anderen Seite, wissen sehr wohl, daß sie die Suppe, die sie sich gegenseitig an-
rühren, nicht so heiß essen, wie sie sie kochen. Gerade angesichts heftig wachsender Weltmarktkonkurrenz sind die westeuropäischen Bourgeois enger aneinandergekettet denn je.

So sind die dem Dubliner Gipfel vorangegangenen Ministerratstagungen, trotz allem, von der erbitterten Suche nach dem gemeinsamen Nenner des Vorgehens bestimmt. Die Außenminister verabschiedeten eine „Verurteilung des Iran“, an der den US-Konkurrenten vor allem die „Zurückhaltung“ ins Auge stechen dürfte. Zwar wies der westdeutsche EG-Kommissar Brunner den iranischen Beschluß, künftig iranisches Öl nicht mehr gegen Dollar, sondern nur noch gegen DM, FF und Schweizer Franken zu verkaufen, offiziell zurück; „Petro-Mark?“, deutet indes die Titelüberschrift des belgischen „Libre Belgique“ vom 24. die Richtung an, in der sich die Träume der westeuropäischen Imperialisten bewegen. Die Arbeits- und Sozialminister einigten sich, um „schwerwiegende Konkurrenzverzerrungen“ auszuschalten, auf einen gemeinsamen Standpunkt *gegen* die Forderung nach 35-Stundenwoche. Die Finanzminister schließlich hatten u.a. die von allen geteilte Sorge zum Tagesordnungspunkt gemacht: Wie die weitere Lohnsenkung gegen die erstarkende westeuropäische Arbeiterbewegung durchzusetzen?

Die Konkurrenz um die höchstmögliche Ausbeutung der Arbeiterklasse ist es, die die westeuropäischen Imperialisten zu solcher „Gemeinsamkeit“ treibt. Man wird sehen: Jeder Erfolg etwa der westdeutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen wird die Widersprüche zum Tanzen bringen und die Bedingungen für den Zusammenschluß des westeuropäischen Proletariats erheblich verbessern.

die Richtung an, in der sich die Träume der westeuropäischen Imperialisten bewegen. Die Arbeits- und Sozialminister einigten sich, um „schwerwiegende

Tanzen bringen und die Bedingungen für den Zusammenschluß des westeuropäischen Proletariats erheblich verbessern.

### Kanadische Automobilarbeiter kämpfen gegen Lohnsenkung durch US-Konzerne in Kanada




Die 12000 Arbeiter des Chrysler-Werkes in Windsor/Ontario traten am 8.11. in den Streik. Sie fordern *mindestens* den gleichen Lohnabschluß wie bei Ford und General Motors, Arbeitslosengeld in Höhe des Lohns und eigene kanadische Tarifverträge. Dafür hatten Ende Oktober bereits mehr als 14000 Arbeiter der kanadischen Werke von Ford, GM und Chrysler gestreikt. Die US-Verträge gelten auch in Kanada. Sie bedeuten für die Arbeiter bei Ford und GM 3%ige jährliche

Kanadische Automobilarbeiter kämpfen gegen Lohnsenkung durch US-Konzerne in Kanada




Die 12000 Arbeiter des Chrysler-Werkes in Windsor/Ontario traten am 8.11. in den Streik. Sie fordern *mindestens* den gleichen Lohnabschluß wie bei Ford und General Motors, Arbeitslosengeld in Höhe des Lohns und eigene kanadische Tarifverträge. Dafür hatten Ende Oktober bereits mehr als 14000 Arbeiter der kanadischen Werke von Ford, GM und Chrysler gestreikt. Die US-Verträge gelten auch in Kanada. Sie bedeuten für die Arbeiter bei Ford und GM 3%ige jährliche Lohnerhöhung über drei Jahre und eine Indexklausel, bei Chrysler einen partiellen Lohnstopp. Um 20% soll die Produktion 1979 erhöht werden, die Belegschaft wurde im letzten halben Jahr um 10% gekürzt.

# Arabische Gipfelkonferenz: Niederlage des US-Imperialismus

## Die imperialistischen Spaltungsversuche greifen immer weniger

*z.pel.* Delegationen von 21 arabischen Staaten nahmen an der 10. arabischen Gipfelkonferenz vom 20. bis 22. November in Tunis teil. Hauptthemen: die Entwicklung der gemeinsamen Strategie zur Rückgewinnung aller von den Zionisten besetzten arabischen Gebiete, die Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes und eine einheitliche Position in der Verteidigung von Souveränität, Einheit und Unabhängigkeit des Libanon.

Nach den jüngsten diplomatischen Erfolgen der PLO mit dem Empfang Arafats durch die Staats- bzw. Ministerpräsidenten Spaniens und Portugals, nach der Verurteilung der zionistischen Landraubpolitik durch die UNO-Vollversammlung in der letzten Woche, nach dem Generalstreik am Westufer des Jordan und nach den Schlägen, die die iranischen Volksmassen dem US-Imperialismus zufügen, mußte Carter von der Konferenz erneute Rückschläge für seine Hegemonialpolitik und noch stärkere Isolierung seines Kettenhundes Israel befürchten. Folglich verstärkte er seine Spaltungsversuche. Die Entscheidung des Iran, keine Dollars mehr zu akzeptieren, finde nicht die Zustimmung der OPEC, darüberhinaus werde diese für die gestoppten iranischen Ölexporte in die Bresche springen, vernahm man aus Washington. Die OPEC dementierte postwendend. Sie respektiere die iranische Entscheidung, das Einfrieren der iranischen Bankguthaben sei illegal. Die Gipfelkonferenz beschloß darüberhinaus auf Antrag Iraks die Einberufung einer Tagung aller arabischen Wirtschaftsminister, die den Einsatz der „Ölwaffe“ gegen die fortgesetzten imperialistischen Aggressionen, v.a. die Spekulation auf den Rohstoffmärkten, prüfen soll.

Waren die US-Imperialisten einige Wochen zuvor auf ihrem Angebot der „Lösung der Libanonkrise“ unter ihrer Verhandlungsführung sitzengeblieben, so hatten sie durch starken Druck in den letzten Wochen offensichtlich die libanesische Bourgeoisie pressen können, Teile der US-Strategie wiederaufzunehmen. Die Konferenz wies jedoch den Vorschlag des libanesischen Präsidenten Sarkis einmütig zurück, den Rückzug der Palästinenser aus dem Südlibanon als Kernstück einer Friedenslösung in den Mittelpunkt der Gespräche zu stellen. Sie stellte dazu fest, der Libanonkonflikt sei Teil des israelisch-arabischen Krieges, des kolonialen Erbes und der imperialistischen Einmischung. Er könne nur auf Basis aller besetzten palästinensischen und arabischen Gebiete und durch die Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes gelöst werden. Mit der Stimme des Libanon wurde stattdessen entschieden, die Abkommen von Kairo und Riad über die Bewegungsfreiheit der PLO und die Stationierung einer arabischen Friedenstruppe im Libanon anzuwenden, sowie Absprachen zwischen PLO und libanesischer Armee über Operationen im Südlibanon zu treffen.

In der Abschlußdeklaration greifen die arabischen Staaten die US-Imperialisten direkt an und erklären, daß „die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik der USA negative Konsequenzen für die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und den USA haben wird.“ Die arabischen Staaten erkennen immer besser ihre Gegner. Die Konferenz hat ihre Einheit gestärkt.

### Sicherheitsrat der UNO verurteilt Angriffe rhodesischer Truppen auf Sambia



Rhodesische Truppen haben wiederholt Sambia angegriffen. In den letzten Wochen zerstörten sie fast alle Verkehrswege um Lusaka. Präsident Kaunda hat die Mobilmachung der sambischen Armee und des ganzen Landes erklärt.

*z.xxx.* **Elf Frankfurter Anwälte, die iranische Studenten gegenüber den Anschuldigungen der Polizei- und Justizbehörden verteidigen, haben in einer gemeinsamen Presseerklärung mitgeteilt:** Mit vervielfältigten Schreiben vom 14. November 1979 hat die Ausländerbehörde der Stadt Frankfurt am Main elf Iranern mitgeteilt, daß beabsichtigt sei, sie auszuweisen. Begründet wird die Androhung der Ausweisung mit den „Vorfällen im Juli dieses Jahres". Gemeint ist mit diesen „Vorfällen" die Tatsache, daß iranische Studenten Agenten der Folterorganisation des Schah-Regimes, des SAVAK, zur Rede stellten.

Die Staatsanwaltschaft hat wegen dieser „Vorfälle" Anklage beim Landgericht erhoben. Das Landgericht hat über die Zulassung der Anklage noch nicht entschieden. Die Strafverfol-



Im Januar dieses Jahres besetzten iranische Studenten die Bonner Botschaft und beendeten deren Existenz als SAVAK-Auslandsfiliale.

gungsbehörden befinden sich in diesem Strafverfahren in der für sie unerfreulichen Situation, daß sie sich stützen müssen auf die Aussagen der Agenten, deren Beruf die Bespitzelung und Verfolgung der studentischen Opposition gegen den Schah war. Außerdem ist die Staatsanwaltschaft aufgrund der Agententätigkeit dieser Zeugen gezwungen, gegen sie wegen Freiheitsberaubung, Verschleppung u.a. zu ermitteln. Diese Agenten in einer öffentlichen Hauptverhandlung als Zeugen gegen diejenigen auftreten zu lassen, denen jetzt die Ausweisung angedroht ist, und dabei gewärtigen zu müssen, daß über die Methoden des SAVAK in der Bundesrepublik weitere Enthüllungen drohen und auch die Zusammenarbeit des SAVAK mit deutschen Geheimdiensten weiter offengelegt wird, können die Strafverfolgungsbehörden nicht wünschen. Die jetzt angedrohte Ausweisung würde die Behörden dieser unerfreulichen Situation entheben.

Die Ausweisung iranischer Studenten durch die Behörden der USA, die offene Interventionsdrohung gegen den Iran und die Versuche, den Iran gänzlich zu isolieren, haben offenbar die Frankfurter Behörden ermutigt, jetzt die Ausweisung durchzuführen.

Die Unterzeichner, die Verteidiger der iranischen Studenten, sind der An-

Im Januar dieses Jahres besetzten iranische Studenten die Bonner Botschaft und beendeten deren Existenz als SAVAK-Auslandsfiliale.

gungsbehörden befinden sich in diesem Strafverfahren in der für sie unerfreulichen Situation, daß sie sich stützen müssen auf die Aussagen der Agenten, deren Beruf die Bespitzelung und Verfolgung der studentischen Opposition gegen den Schah war. Außerdem ist die Staatsanwaltschaft aufgrund der Agententätigkeit dieser Zeugen gezwungen, gegen sie wegen Freiheitsberaubung, Verschleppung u.a. zu ermitteln. Diese Agenten in einer öffentlichen Hauptverhandlung als Zeugen gegen diejenigen auftreten zu lassen, denen jetzt die Ausweisung angedroht ist, und dabei gewärtigen zu müssen, daß über die Methoden des SAVAK in der Bundesrepublik weitere Enthüllungen drohen und auch die Zusammenarbeit des SAVAK mit deutschen Geheimdiensten weiter offengelegt wird, können die Strafverfolgungsbehörden nicht wünschen. Die jetzt angedrohte Ausweisung würde die Behörden dieser unerfreulichen Situation entheben.

Die Ausweisung iranischer Studenten durch die Behörden der USA, die offene Interventionsdrohung gegen den Iran und die Versuche, den Iran gänzlich zu isolieren, haben offenbar die Frankfurter Behörden ermutigt, jetzt die Ausweisung durchzuführen.

Die Unterzeichner, die Verteidiger der iranischen Studenten, sind der An-

sicht, daß diesen Versuchen der Frankfurter Ausländerbehörde entgegengetreten werden muß. Wir fordern, daß die Ausweisungsandrohungen zurückgenommen werden.

*z.jük.* **Die Vorbereitung der bürgerlichen Parteien auf die Bundestagswahlen ist Vorbereitung auf eine Verschärfung des Klassenkampfes.** Strauß hält gegenwärtig eine Rede nach der anderen vor CDU-Funktionären. In der CDU/CSU soll „Geschlossenheit hergestellt werden", um die „Linksliberale Koalition" abzulösen. Vor CDU Landes- und Kreisvorsitzenden und deren Geschäftsführern trommelte Strauß, sich „nicht in der CDU/CSU einteilen zu lassen in Politiker, die Anhänger der liberalen Kooperation oder Anhänger der reaktionären Konfrontation sind". „Kleinmut" und „Ängstlichkeit" müßten beseitigt werden, und die Strömung, die meint, „der Helmut Schmidt wäre schon der Richtige, wenn nur seine Partei etwas anders wäre". Strauß ist keineswegs gegen Zusammenarbeit und Große Koalition. Sein Kalkül wird in dem Punkt deutlicher. Gelingt es nicht, durch den parlamentarischen Rummel die Arbeiterbewegung zu fesseln und die Interessen der Bourgeoisie durchzusetzen, gelingt es nicht, den Alleinsieg der CDU/CSU zu sichern, dann durchaus mit der SPD gegen die Arbeiterklasse und die Kämpfe des Volkes. Denn „für lebensnotwendige Fragen der Nation" geht es schon jetzt gemeinsam: „Notwendiger Ausbau der Kernenergie, auf dem Gebiet der Verteidigung das Notwendige tun, bei den Steuern" auch. Und mit den Grünen, so Strauß, „deren Anliegen wir ernst nehmen sollten", ist auch noch nicht alles entschieden. Barzel auf dem „Zukunftskongreß" der CSU in München: „Alle Mann an Bord". Ein Programm für den Bundestagswahlkampf ist noch nicht festgelegt worden von CDU/CSU, wohl einige Punkte: Familie, Jugend, Erziehung, Staatsbürokratie und einen Schuß „Nationale Frage", hat Strauß angekündigt.

*z.frb.* **Vergangenen Freitag beendete die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" ihre zweitägigen Beratungen über Kürzungen bei den Arzneimitteln.** Die Runde fordert, die Verschreibungspraxis solle auf „verantwortungsbewußten Umgang mit Medikamenten hinwirken". Die Eigenbeteiligung der Versicherten an den Arzneikosten im Hinblick auf Verordnungswünsche und Verschreibungspraxis solle überprüft werden. Zusammen mit der Festlegung, es sollten nur noch Medikamente auf Kosten der Krankenkasse verschrieben werden, deren „therapeutische Wirksamkeit gesichert" ist, wurde damit die für Jahresanfang angekündigte Welle von Regressen gegen Ärzte vorbereitet. Wenn sie verordnen, was nach Ehrenberg nicht therapeutisch gesichert ist, müssen sie zahlen und werden so zu kostendämpfender Verschreibungspraxis gepreßt. Einige Maßnahmen zur Standardisierung wurden beschlossen. Medikamente sollen nur noch in drei Größen abgepackt werden, jeweils passend zu einer bestimmten Therapie. Dem Arzt sollen „einheitliche und umfassende Informationen über verordnungsfähige Arzneimittel" – unter Berücksichtigung der Preise – vorgelegt werden. Damit sind wichtige Voraussetzungen geschaffen, auf dem Abrechnungswege die Verordnung von Medikamenten einer Polizeikontrolle zu unterwerfen. – Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel auf den halben Steuersatz, wie auf der Sitzung gefordert, lehnte Ehrenberg ab. Das würde die Staatskasse 800 Mio. DM kosten, und das ginge nicht.

*z.kup.* **Das Bundesarbeitsministerium hat eine Verordnung für Behinderten-Werkstätten herausgegeben.** Akkordmäßig soll gearbeitet werden, die „Arbeitsvorgänge zerlegt" und die „Arbeitsmöglichkeiten vervielfältigt werden". Die „Werkstätten müssen allen



stimmten Therapie. Dem Arzt sollen „einheitliche und umfassende Informationen über verordnungsfähige Arzneimittel" – unter Berücksichtigung der Preise – vorgelegt werden. Damit sind wichtige Voraussetzungen geschaffen, auf dem Abrechnungswege die Verordnung von Medikamenten einer Polizeikontrolle zu unterwerfen. – Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel auf den halben Steuersatz, wie auf der Sitzung gefordert, lehnte Ehrenberg ab. Das würde die Staatskasse 800 Mio. DM kosten, und das ginge nicht.

*z.kup.* **Das Bundesarbeitsministerium hat eine Verordnung für Behinderten-Werkstätten herausgegeben.** Akkordmäßig soll gearbeitet werden, die „Arbeitsvorgänge zerlegt" und die „Arbeitsmöglichkeiten vervielfältigt werden". Die „Werkstätten müssen allen



Arbeit in einer Behindertenwerkstatt

Schwerbehinderten offenstehen", heißt es in der Verordnung. 30% Erwerbsunfähigkeit – das können drei von der Maschine abgerissene Finger sein – genügen, um als Schwerbehinderter eingestuft zu werden. „Ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Leistung" muß der Arbeiter in der Werkstatt erbringen für einen Lohn, der sich am Sozialhilfesatz orientiert. Industriebeiräte der Kapitalisten überwachen die Wirtschaftlichkeit. Die Werkstätten stehen unter Aufsicht des Bundesarbeitsamtes. Gilt die Arbeit in der Werkstatt als Rehabilitationsmaßnahme, wird der Lohn aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt.

*z.her.* **Ab 1. Januar 1980 wesentliche Einschränkung bei der Rentenberechnung für Beamte, teilt der Verband Deutscher Versicherungsträger mit.** Beamten, deren Dienstverhältnis vor dem 1. Januar 1966 begründet wurde und die aus früherer Berufstätigkeit entsprechend den Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung Anspruch auf Rente haben, sollen zukünftig verschiedene Ausfallzeiten nicht mehr auf ihren Rentenanspruch angerechnet werden. Das soll auch für die Hinterbliebenen von Pensionären gelten, die nach dem 31.12.1979 sterben. Damit würde eine angebliche Doppelanrechnung auf die Pension, die sich aus der Dienstzeit als Beamter ergibt und die Rente, die sich aus der lohnabhängigen Tätigkeit vor dem Beamtenverhältnis ergibt, vermieden werden. Dabei handelt es sich insbesondere um sog. Ersatzzeiten, wie Kriegsdienst, Kriegsgefangenschaft, Zeiten der NS-Verfolgung. – Gleichzeitig hat jedoch der öffentliche Dienstherr laut ÖTV-Magazin vom September 79 eine Verwaltungsvorschrift erlassen, nach der diese Zeiten nicht mehr bei der Dienstzeitberechnung berücksichtigt werden. Dazu bemerkt das ÖTV-Magazin lediglich, es sei nicht zu erwarten, daß jetzt noch viele in den Öffentlichen Dienst einträten, wo solche Ausfallzeiten vorliegen. Sicher wäre es günstig, wenn die Gewerkschaft ihren Mitgliedern mitteilen würde, ob diese Verwaltungsvorschrift der somit doppelt gestrichenen Ausfallzeiten eine Auswirkung auf die Berechnung der Pensionen hat oder nicht.

# Aus den Gefängnissen werden Arbeitshäuser

Strafvollzugsgesetz ab 1980 / Fortentwicklungsgesetz ab 1981

*z.gug.* Zum ersten Mal seit Reichsgründung hat sich die Bourgeoisie 1977 ein einheitliches Strafvollzugsgesetz geschaffen. Der Kern des Gesetzes ist die Arbeitspflicht des Gefangenen (§41). Mit Wirkung vom 1.1.80 muß er jede Arbeit verrichten, die ihm außerhalb der Gefängnismauern zugewiesen wird, nur für Arbeiten in Fabrikanlagen der Kapitalisten innerhalb der Gefängnismauern ohne Oberaufsicht der Gefängnisleitung muß er wegen der Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation um Zustimmung gefragt werden. Arbeiten muß er in jedem Fall, und ist er zu „wirtschaftlich ergiebiger Arbeit nicht fähig, soll er arbeitstherapeutisch beschäftigt" werden (§37, ab 1.1.80). 18 Tage Urlaub werden ihm künftig zugestanden, wenn er eine bestimmte Anzahl von Tagen im Jahr gearbeitet hat.

Die Gefängnisleitung bietet den Kapitalisten die Arbeitskraft der Gefangenen zu niedrigsten Preisen auf dem Arbeitsmarkt an. Macht einerseits der Kapitalist durch Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte hohe Profite und Extraprofite, verdient andererseits das Land, in dem das Gefängnis steht, und das Gefängnis selbst an dem getätigten Handel. Den Lohn, den der Kapitalist den Gefangenen zahlen muß, überweist er auf das Konto des Gefängnisses. Dieses zieht zunächst den „Haftkostenbeitrag" des Gefangenen ab, 375 DM heute nach der Sachbezugsverordnung des Sozialgesetzbuches. Der Gefangene erhält an „Eckvergütung" 5% vom Durchschnittslohn der Rentenversicherten (soll auf 10% erhöht werden), das sind 112,71 DM. Von dieser „Eckvergütung" erhält er ⅔ (zukünftig nur noch die Hälfte) als „Hausgeld", das sind 75,14 DM, ausgezahlt. Aus dem übrigen Teil seiner Eckvergütung muß die Gefängnisleitung ein „Überbrückungsgeld" für die Zeit nach seiner Entlassung, allerdings nur für die ersten vier Wochen, bilden. Verdiente der Gefangene z.B. 1000 DM monatlich bei einem Kapitalisten, so blieben abzüglich der 375 DM und der 75,14 DM „Hausgeld" noch 549,87 DM in Händen des jeweiligen Landes.

Dies einträgliche Geschäft für Kapitalisten wie für die Länder erweitert die Regierung mit dem jetzt von ihr vorgelegten „Strafvollzugsfortentwicklungsgesetz". Ab 1981 werden Gefangene arbeits- und krankenversicherungspflichtig. Als Arbeitgeber zählt das Land, so daß die Kapitalisten keine Beiträge zahlen. Wird der Gefangene arbeitslos, kassiert das Gefängnis Arbeitslosengeld, der Gefangene erhält eine „Ausfallentschädigung" von 60% seiner „Eckvergütung". Für den Fall, daß der Gefangene nach seiner Entlassung arbeitslos ist und Anspruch auf Arbeitslosengeld hätte, hat die Regierung erklärt, daß „Beitrags- und Leistungsbemessungsgrundlage nicht identisch sein brauchen". Durch die Krankenversicherungspflicht haben die Länder den Vorteil, außer daß sie die Krankheitskosten eines Gefangenen nicht zahlen müssen, daß Frau und Kinder des Gefangenen darüber mitversichert wären, was ca. 10 Mio. DM jährlich an Einsparungen bei der Sozialhilfe ausmachte. Für rebellische Gefangene sieht die Vollzugsordnung Sicherheitsverwahrung und einen ganzen Katalog von Strafen vor.



Bilder aus der Broschüre des Justizministeriums „Der neue Strafvollzug"

# Barre: Krankenversicherungsbeitrag für Rentner

Französische Bourgeoisie will Plünderung vorantreiben / „Generationensolidarität"

*z.pel.Paris.* „Die Regierung wird regieren, und sie wird zu diesem Zweck alle Mittel nutzen, die ihr die Verfassung gibt." Mit diesen Worten bekräftigte Frankreichs Ministerpräsident Raymond Barre vor dem Senat seine Absicht, sich auch von diesem seine Politik der brutalen Verschärfung der Ausplünderung des französischen Volkes und der Konfrontation mit der Arbeiterklasse nicht durch Zugeständnisse an die Kampfbewegung verwässern zu lassen. Einen Tag zuvor hatte er mit Hilfe des „Ermächtigungsparagraphen" 49/3 der Verfassung den Staatshaushalt für 1980 gegen die Mehrheit der Abgeordneten in der Nationalversammlung durchgebracht. Das Steueraufkommen soll durch Erhöhung einer Reihe indirekter Steuern und durch Verschärfung der Lohnsteuerprogression um 50 Mrd. FF auf 490 Mrd. steigen, mit der Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages um 1% sowie massiver Kostendämpfung bei der Krankenversorgung sollen 24 Mrd. dem Volk abgepreßt werden, die

plünderung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen hat Barre vor den Kämpfen der Massen weichen müssen. Eine Woche nach Dekretierung des Haushaltes geht er im Gegenzug an die Renten. Der Gesetzentwurf 1266 „Finanzierung der Sozialversicherung" sieht vor: „Auf die aus Pensionen entspringenden Einkommen wird ein Krankenversicherungsbeitrag von 2% erhoben." 2% auf die 1978 für Renten ausgeschüttete Summe von 178,3 Mrd. FF sind 3,56 Mrd., exakt die Summe, die der Gesundheitsminister Barrot als Restdefizit der Krankenversicherung nach seinem Plünderungsfeldzug auf die Löhne errechnet haben will. Auch die Alten müssen „ihren Beitrag leisten", es lebe die „Generationensolidarität".

„Ihren Beitrag" haben sie in der Regel während 40 Jahren ihres Arbeiterlebens geleistet, auf 12,9% des Lohns hat die Finanzbourgeoisie mittlerweile die Sozialversicherungsabzüge ge-

nur den Teil der von den Lohnabhängigen *direkt* gezahlten Beiträge gerechnet. *Leben* kann dennoch heute nur eine Minderheit von ihren Renten. 1,9 Mio. der ca. 7,5 Mio. Rentner erreichen mit ihrer Rente noch nicht einmal das staatlich festgelegte „Altersminimum" von heute 12900 FF im Jahr, also 1075 FF im Monat (1 FF ca. 0,42 DM). Das sind ziemlich exakt 50% des gegenwärtigen Mindestlohnes. Und ein Arbeiter mit einem Jahreslohn von 30000 DM in den besten zehn Jahren sowie 37 Jahren Versicherungszeit erhält allein aus der Allgemeinen Rentenversicherung mit 60 Jahren ganze 9250 FF im Jahr, läßt er allerdings seine Arbeitskraft weitere fünf Jahre verschleißen, steigt dieser Betrag auf 18500 FF. Entsprechend liegt das durchschnittliche Rentenalter heute bei 63,9 Jahren und sind 55% der Lohnabhängigen zwischen 60 und 65 Jahren, 23% der Männer und 10% der Frauen zwischen 60 und 75 Jahren noch der Ausbeutung unterworfen.

ses. Dieses zieht zunächst den „Haftkostenbeitrag" des Gefangenen ab, 375 DM heute nach der Sachbezugsverordnung des Sozialgesetzbuches. Der Gefangene erhält an „Eckvergütung" 5% vom Durchschnittslohn der Rentenversicherten (soll auf 10% er-



Bilder aus der Broschüre des Justizministeriums „Der neue Strafvollzug"

# Barre: Krankenversicherungsbeitrag für Rentner

Französische Bourgeoisie will Plünderung vorantreiben / „Generationensolidarität"

*z.pel.Paris.* „Die Regierung wird regieren, und sie wird zu diesem Zweck alle Mittel nutzen, die ihr die Verfassung gibt." Mit diesen Worten bekräftigte Frankreichs Ministerpräsident Raymond Barre vor dem Senat seine Absicht, sich auch von diesem seine Politik der brutalen Verschärfung der Ausplünderung des französischen Volkes und der Konfrontation mit der Arbeiterklasse nicht durch Zugeständnisse an die Kampfbewegung verwässern zu lassen. Einen Tag zuvor hatte er mit Hilfe des „Ermächtigungsparagraphen" 49/3 der Verfassung den Staatshaushalt für 1980 gegen die Mehrheit der Abgeordneten in der Nationalversammlung durchgebracht. Das Steueraufkommen soll durch Erhöhung einer Reihe indirekter Steuern und durch Verschärfung der Lohnsteuerprogression um 50 Mrd. FF auf 490 Mrd. steigen, mit der Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages um 1% sowie massiver Kostendämpfung bei der Krankenversorgung sollen 24 Mrd. dem Volk abgepreßt werden, die Staatsschuld von über 30 Mrd. entspricht dem Verlangen der Kapitalisten nach sicherer Verzinsung ihrer Kredite. (s. KVZ 37/79)

Bei der Motorradsteuer und der geplanten noch schärferen Lohnsteuerplünderung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen hat Barre vor den Kämpfen der Massen weichen müssen. Eine Woche nach Dekretierung des Haushaltes geht er im Gegenzug an die Renten. Der Gesetzentwurf 1266 „Finanzierung der Sozialversicherung" sieht vor: „Auf die aus Pensionen entspringenden Einkommen wird ein Krankenversicherungsbeitrag von 2% erhoben." 2% auf die 1978 für Renten ausgeschüttete Summe von 178,3 Mrd. FF sind 3,56 Mrd., exakt die Summe, die der Gesundheitsminister Barrot als Restdefizit der Krankenversicherung nach seinem Plünderungsfeldzug auf die Löhne errechnet haben will. Auch die Alten müssen „ihren Beitrag leisten", es lebe die „Generationensolidarität".

„Ihren Beitrag" haben sie in der Regel während 40 Jahren ihres Arbeiterlebens geleistet, auf 12,9% des Lohns hat die Finanzbourgeoisie mittlerweile die Sozialversicherungsabzüge geschraubt, 6,5% davon fließen in die Rentenversicherung, aufgeteilt in 4,7% für die Allgemeine Rentenversicherung und 1,8% für eine Zusatzversicherung, die, zunächst freiwillig, 1972 von der Bourgeoisie für obligatorisch erklärt wurde. Seit 1976 ist die Abzugslast um 1,2 Prozentpunkte gestiegen, immer nur den Teil der von den Lohnabhängigen *direkt* gezahlten Beiträge gerechnet. *Leben* kann dennoch heute nur eine Minderheit von ihren Renten. 1,9 Mio. der ca. 7,5 Mio. Rentner erreichen mit ihrer Rente noch nicht einmal das staatlich festgelegte „Altersminimum" von heute 12900 FF im Jahr, also 1075 FF im Monat (1 FF ca. 0,42 DM). Das sind ziemlich exakt 50% des gegenwärtigen Mindestlohnes. Und ein Arbeiter mit einem Jahreslohn von 30000 DM in den besten zehn Jahren sowie 37 Jahren Versicherungszeit erhält allein aus der Allgemeinen Rentenversicherung mit 60 Jahren ganze 9250 FF im Jahr, läßt er allerdings seine Arbeitskraft weitere fünf Jahre verschleißen, steigt dieser Betrag auf 18500 FF. Entsprechend liegt das durchschnittliche Rentenalter heute bei 63,9 Jahren und sind 55% der Lohnabhängigen zwischen 60 und 65 Jahren, 23% der Männer und 10% der Frauen zwischen 60 und 75 Jahren noch der Ausbeutung unterworfen.

Dem angeführten Arbeiter werden mit dem Krankenversicherungsbeitrag jetzt außer 400 FF Steuern weitere 370 FF weggeplündert. Der Zwang, die verbliebene Arbeitskraft billig zu verschleudern, wird steigen. Für Frühjahr 1980 hat die Regierung eine „umfassende Rentendebatte" angekündigt.

*z.tit.* **Um 100 Mio. DM auf jetzt insgesamt 1,236 Mrd. DM hat der Haushaltsausschuß den Ansatz der Bundesregierung für 1980 zur Deckung der „Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte" erhöht.** Die Erhöhung beruhe „auf Mehranforderungen der alliierten Streitkräfte". Unter diesen Posten fallen die direkten Tributzahlungen an die Besatzermächte, insbesondere an die USA und Großbritannien, wie Ankauf von Grundstücken für Kasernen oder Wohnhäuser der Besatzertruppen, Abgeltung von Schäden, die diese Truppen bei Manövern oder sonst den Massen zufügen – soweit diese überhaupt abgegolten werden – und Ausbau des Verkehrs-, Fernmelde-, Versorgungs- und Entsorgungsnetzes gemäß den Bedürfnissen der Besatzer. Zusätzlich ausgewiesen sind in den Haushaltsplänen der Bundesregierung die Zahlungen gemäß den „Devisenausgleichsabkommen" mit der USA und Großbritannien. Beide Verträge laufen 1980 aus, bisher jedoch sind sie jedesmal wieder erneuert worden – gegen den Willen der Bundesregierung, die diese Kosten lieber als NATO-Beitrag zahlen würde, was ihr eine stärkere Position bringt, statt als Tribut.

**Tributzahlungen der BRD an die Besatzer**

Mrd DM
an ausl. Truppen
Sonderzahlungen:
Großbritannien
USA
gesamte Zahlungen
1,6 1,4 1,2 1,0 0,8 0,6 0,4 0,2
1975 1976 1977 1978 1979 1980

*z.gük.* **Kriegsminister Apel inspizierte im Rahmen der Durchsetzung der vierten Heeresstrukturreform am 19. November die Luftlandebrigade 27.** Er wollte „an der Ausbildung für den Lufttransport mit Hubschraubern und für den Sprungeinsatz von Fallschirmjägern teilnehmen" und „sich über die Besonderheiten der Luftlandetruppen und aktuelle Fragen aus der Sicht der Truppe informieren" (Mitteilungen an die Presse). Die Luftlandetruppen werden mit der Heeresstrukturreform 4 zum Zwecke der besseren Vorwärtsverteidigung umgegliedert und mit Panzerjägern und Pionieren ausgestattet. Die Panzerabwehrkraft soll um ein Drittel erhöht werden, vor allem durch die Bildung von zwei Luftlandepanzerabwehrbataillonen mit je 30 Panzerabwehrraketensystemen TOW und dem PAH 1, dem derzeit wirksamsten Panzerabwehrhubschrauber. Die Gliederung der Luftlandetruppen sieht folgendermaßen aus: Divisionsstab / -truppen mit drei Brigaden, die sich aufteilen in Stabskompanie, Luftlandesanitätskompanie, Luftlandeversorgungskompanie und vier Bataillone,

# Unerklärter Krieg der USA gegen den Iran

## Raub iranischen Vermögens, Wirtschaftsblockade / Schwierigkeiten der Supermacht

*z.gek.* Der US-Imperialismus befindet sich im Konflikt mit dem Iran in der eigentümlichen Lage, daß er gerade als Supermacht die Besetzung seiner Teheraner Botschaft durch die iranischen Volksmassen nicht mit Krieg beantworten kann, so wie er gerne will. Als im Krieg mit dem Iran stehend betrachtet sich die US-Regierung seit dem ersten Tag der Besetzung, die sie gegenüber der UNO förmlich als „Aggression" bezeichnet hat, der gegenüber jede „Notwehr" erlaubt sei.

Es war gerade die Supermachtarroganz der USA, ihr offen demonstrierter Anspruch, auch nach dem Sturz des Schahregimes weiterhin als Oberherr des Iran aufzutreten, der die Volksmassen in Teheran zu der Aktion veranlaßt hat. „Sie sollten sich das ansehen. Das ist keine Botschaft, das ist ein echtes Zentrum einer Regierung über ein Land, sogar über eine Region", hat der iranische Außenminister Bani-Sadr einem französischen Journalisten gesagt. Die Übersiedlung des Schah in die USA war das Zeichen, daß die US-Imperialisten ihre Vorbereitungen einer Konterrevolution im Iran unverhohlen noch intensiver betreiben wollten. Supermachtarroganz war es, diese Übersiedlung zu einem Zeitpunkt zu veranstalten, an dem die Volksmassen des Iran der Opfer gedachten (60000 Erschossene gibt, ganz beiläufig, inzwischen auch das Zweite Deutsche Fernsehen zu), die das besonders blutige Wüten der Soldateska des gekrönten Henkers gerade vor einem Jahr gefordert hatte. Betrieben hatte die Übersiedlung des Schah vor allem der frühere Außenminister Kissinger, der die Chase Manhattan Bank des Rockefeller-Clans politisch vertritt.

Die Chase Manhattan Bank ist Hauptverwalter des den Arbeitern und Bauern des Iran abgepreßten „Privatvermögens" des Schah, das nach Schätzungen neidischer Konkurrenten Bargeld, Gold, Aktien, US-Schatzbriefe und sonstige Besitztitel bis zum Wert von 17 Milliarden Dollar umfaßt. Völlig klar war, daß die US-Finanzbourgeois nicht im Traum mehr dachten, diese Beute preiszugeben. Ist ein solcher nackter Raub keine Aggression?

Der iranische Revolutionsrat hat daher die Aktion der Teheraner von Beginn an unterstützt. Auf die ersten Drohungen der USA hin hat er am 4. November mit der fristlosen Kündigung des mit den USA 1959 geschlossenen „Beistandsvertrages", der diesen weitgehende Einmischungsrechte zusprach, reagiert. Gleichzeitig hat er auch zwei Artikel über „Beistandsverpflichtungen bei Aggressionen Dritter" im Vertrag von 1921 mit der Sowjetunion gekündigt, um der anderen Supermacht jede Möglichkeit einer legalen Einmischung in einen Konflikt mit den USA abzuschneiden. Am 10.11. hat die iranische Regierung, um den Forderungen nach Auslieferung des Schah und nach Rückerstattung seines „Privatvermögens" Nachdruck zu verleihen, die vorläufige Einstellung ihrer Öllieferungen an die USA und den Abzug ihrer Guthaben von den US-Banken angekündigt.

Darauf haben die US-Imperialisten mit der Eröffnung eines regelrechten Wirtschaftskrieges gegen den Iran geantwortet. Am 12.11. verkündete Carter ein Einfuhrverbot für iranisches Öl (10% der Ölimporte der USA) bei Sperrung aller Zahlungen. Mit „persönlichen Botschaften" an die verbündeten europäischen und japanischen Imperialisten nötigte er diese, sich dem Blockadeakt anzuschließen. Der Schuß ging nach hinten los. Japanische und niederländische Ölhändler nahmen die überschüssigen iranischen Öllieferungen mit Kußhand ab. Carter eskalierte: in der Nacht zum 15.11. unterzeichnete er einen „präsidentiellen Befehl" über die faktische Beschlagnahme aller Vermögenswerte der iranischen Regierung und Staatsbetriebe, nicht nur in den USA selbst, sondern auch bei allen Niederlassungen der US-Banken im Ausland, ca. 12 Mrd. US-Dollar.

Dieser letzte und bis jetzt krasseste Akt von Supermachtarroganz hat aber, da die Volksmassen und der Revolutionsrat des Iran sich der Erpressung in keiner Weise beugten, nur die Widersprüche zwischen den Imperialisten selbst auf erheiternde Weise zum Tanzen gebracht. Bankenvereinigungen und Regierungen der Schweiz, Japans, Frankreichs und Italiens haben gleich erklärt, der US-Präsident könne selbstverständlich keine derartige Anweisung an eine in ihrem Land niedergelassene Bank geben. Ein britischer Bankier erklärte US-Journalisten auf Anfrage, „privat" sei er dafür, „daß die Iraner kleingemacht werden". „Aber vom Bankstandpunkt aus ist es ein gefährlicher Präzedenzfall. Wenn jedes Regierungsoberhaupt die Konten einer anderen Nation sperren kann, weiß ich nicht, wo wir landen. Das wäre das Ende der ‚Konvertibilität'." Ein anderer britischer Banker war auch „privat" für die Erpressung Irans, „aber als Bankier kann ich keinen Unterschied zur Entführung eines Flugzeugs sehen. Es sind eine Menge Leute mitgefangen, die nichts mit der Sache zu tun haben. Und der Ausgang ist völlig unsicher." (IHT, 16.11.) Das stimmt. Der stockende Weltwarenhandel und die in den letzten Jahren vom US-Imperialismus in die Zirkulation gepumpten überschüssigen Dollarmassen reagieren überempfindlich auf derartige Unterbrechungen des Austauschs. Unsicher ist es nach jetzigem Stand z.B., ob die Deutsche Bank, die ihre Dollarguthaben bei US-Korrespondenzbanken führt, vom Konto der iranischen Regierung von Australien gelieferten Weizen begleichen könnte. Das Funktionieren des Dollar als „Weltgeld" steht damit in Frage. Australien wartet auf die Zahlung, um aus Japan gelieferte Maschinen zu bezahlen, etc. etc. Die iranische Regierung hat angekündigt, daß sie in Anbetracht der Wirtschaftsblockade alle vom Schahregime aufgenommenen Kredite nicht zurückzahlen wird. Neue große Aufregung unter den „Verbündeten" der USA. Ein massiver Abzug von Guthaben bei US-Banken hat inzwischen eingesetzt. Jetzt ist auch die patriotische Begeisterung der Wall Street für Carters „entschlossene Maßnahme" schon abgekühlt. Wer allerdings gerade von dieser Flucht aus dem Dollar (und in DM) profitiert und Carter zu hartem Vorgehen ermuntert, ist die westdeutsche Bundesregierung.

Gleich nach Eröffnung des Wirtschaftskriegs gegen den Iran war der neue US-Energieminister Duncan mit der Ankündigung hervorgetreten, diese Stunde, in der alle Amerikaner in tiefer Entrüstung zusammenstünden, sei auch geeignet, um die Benzinsteuer um einen halben Dollar pro Gallone zu erhöhen und so den Verbrauch zu drosseln, um „die politische Erpreßbarkeit der USA durch ausländische Ölimporte zu beenden". Vor dem Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO, wo trotz Beifall für die Maßnahmen gegen den




schen auch das Zweite Deutsche Fernsehen zu), die das besonders blutige Wüten der Soldateska des gekrönten Henkers gerade vor einem Jahr gefordert hatte. Betrieben hatte die Übersiedlung des Schah vor allem der frühere Außenminister Kissinger, der die Chase Manhattan Bank des Rockefeller-Clans politisch vertritt.

Die Chase Manhattan Bank ist Hauptverwalter des den Arbeitern und Bauern des Iran abgepreßten „Privatvermögens" des Schah, das nach Schätzungen neidischer Konkurrenten Bargeld, Gold, Aktien, US-Schatzbriefe und sonstige Besitztitel bis zum Wert von 17 Milliarden Dollar umfaßt. Völlig klar war, daß die US-Finanzbourgeois nicht im Traum mehr dachten,

Imperialisten nötigte er diese, sich dem Blockadeakt anzuschließen. Der Schuß ging nach hinten los. Japanische und niederländische Ölhändler nahmen die überschüssigen iranischen Öllieferungen mit Kußhand ab. Carter eskalierte: in der Nacht zum 15.11. unterzeichnete er einen „präsidentiellen Befehl" über die faktische Beschlagnahme aller Vermögenswerte der iranischen Regierung und Staatsbetriebe, nicht nur in den USA selbst, sondern auch bei allen Niederlassungen der US-Banken im Ausland, ca. 12 Mrd. US-Dollar.

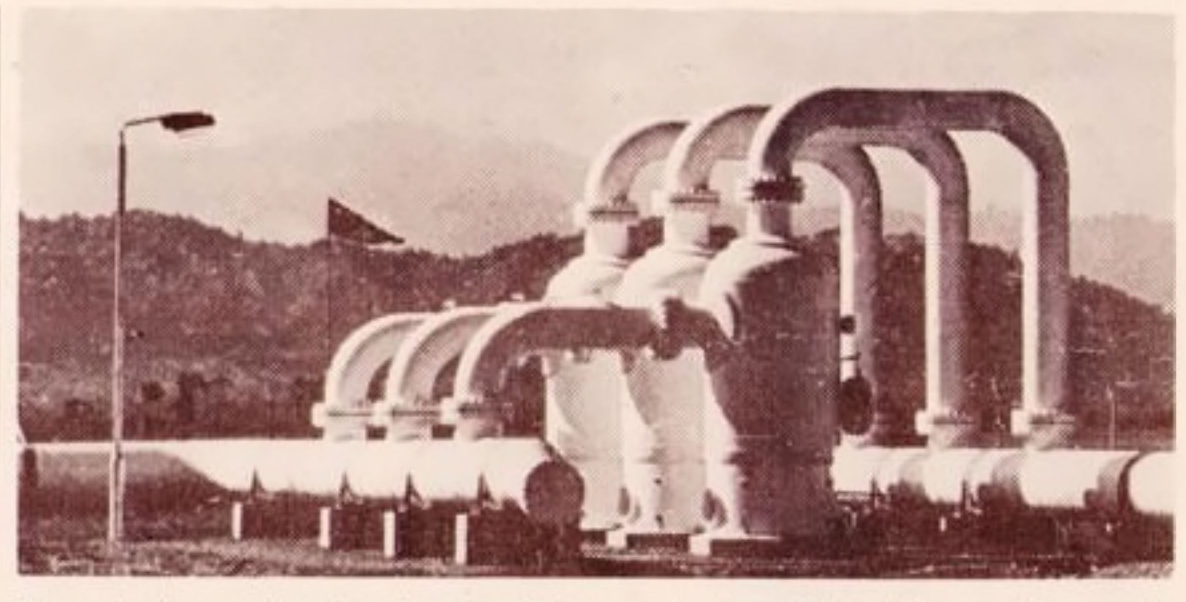
Dieser letzte und bis jetzt krasseste Akt von Supermachtarroganz hat aber, da die Volksmassen und der Revolutionsrat des Iran sich der Erpressung in keiner Weise beugten, nur die




Pressekonferenz mit den freigelassenen US-Botschaftsangestellten

iranischen Regierung von Australien gelieferten Weizen begleichen könnte. Das Funktionieren des Dollar als „Weltgeld" steht damit in Frage. Australien wartet auf die Zahlung, um aus Japan gelieferte Maschinen zu bezahlen, etc. etc. Die iranische Regierung hat angekündigt, daß sie in Anbetracht der Wirtschaftsblockade alle vom Schahregime aufgenommenen Kredite nicht zurückzahlen wird. Neue große Aufregung unter den „Verbündeten" der USA. Ein massiver Abzug von Guthaben bei US-Banken hat inzwischen eingesetzt. Jetzt ist auch die patriotische Begeisterung der Wall Street für Carters „entschlossene Maßnahme" schon abgekühlt. Wer allerdings gerade von dieser Flucht aus dem Dollar (und in DM) profitiert und Carter zu hartem Vorgehen ermuntert, ist die westdeutsche Bundesregierung.

Gleich nach Eröffnung des Wirtschaftskriegs gegen den Iran war der neue US-Energieminister Duncan mit der Ankündigung hervorgetreten, diese Stunde, in der alle Amerikaner in tiefer Entrüstung zusammenstünden, sei auch geeignet, um die Benzinsteuer um einen halben Dollar pro Gallone zu erhöhen und so den Verbrauch zu drosseln, um „die politische Erpreßbarkeit der USA durch ausländische Ölimporte zu beenden". Vor dem Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO, wo trotz Beifall für die Maßnahmen gegen den
Iran rechte Kriegsstimmung nicht aufkommen wollte, wiederholte Carter diesen Vorschlag nicht mehr, der allerdings auf eine völlige Umwälzung im Reproduktionshaushalt der werktätigen Volksmassen hinausliefe. Noch eine Schwierigkeit für die Supermacht, vielleicht die entscheidende.



Zentrale Kontrollstation der iranisch-sowjetischen Erdgasleitung. Das große Erdgasgeschäft ist für die SU geplatzt, aus dem Iran kommt derzeit nur ein Bruchteil der geplanten Menge. Der Bau einer zweiten Pipeline ist storniert. Gedacht war die Angelegenheit als Dreiecksgeschäft mit Österreich, der BRD u.a.

## Schmeicheln, drohen, lauern
## Sowjetische Presse zum Iran

Angesichts des revolutionären Aufschwungs und der ersten konstruktiven Schritte der neuen Macht ist der Massenauszug der letzten amerikanischen Berater aus dem Iran sehr kennzeichnend. Nach der Niederlage der amerikanischen Strategie im Iran ist Washington bemüht, sich der veränderten Situation anzupassen. Carter erklärte Mitte Februar, daß die USA Konsultationen mit der neuen Regierung des Iran führen und bereit sind, mit ihr zusammenzuarbeiten, um die amerikanischen Interessen in dieser Region zu verteidigen und hier eine stabile Lage wiederherzustellen. ... Washington wird offensichtlich durch Erfahrungen nicht klüger. Die Hauptlehre der jüngsten Ereignisse in diesem Land besteht gerade darin, daß sich eine demokratische antiimperialistische Revolution nach objektiven Gesetzen entwickelt, die niemand, auch nicht die Strategen in Übersee, aufheben kann." *(Neue Zeit, Verlag des Sowj. Gewerkschaftsverbandes, März 79).*

Die Lage im Iran ist kompliziert, wie eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Unbekannt ist die Zusammensetzung des höchsten Gesetzgebungsorganes des Landes, das seine Politik bestimmt, des Rats der islamischen Revolution; ist die Zusammensetzung der Revolutionstribunale und der Führung vieler staatlicher Organisationen einschließlich des Korps der „Wächter der Revolution". ... Wenn man berücksichtigt, daß es im Lande bis zu 90 Parteien gibt, dann werden Prognosen für den Iran einfach undenkbar. *(Neue Zeit, Juli 79)*

Heute ist im Iran ein Viertel der arbeitsfähigen Kräfte ohne Beschäftigung. Das Tempo der Inflation beschleunigt sich. Der Bau von Wohnungen und Industrieanlagen ist praktisch zum Erliegen gekommen. Die Produktion ist abrupt zurückgegangen. Die Verstaatlichung einer Reihe von Industriezweigen hat den bürokratischen Apparat aufgebläht. Noch kann man

verteidigen und hier eine stabile Lage wiederherzustellen. ... Washington wird offensichtlich durch Erfahrungen nicht klüger. Die Hauptlehre der jüngsten Ereignisse in diesem Land besteht gerade darin, daß sich eine demokratische antiimperialistische Revolution nach objektiven Gesetzen entwickelt, die niemand, auch nicht die Strategen in Übersee, aufheben kann." (Neue Zeit, Verlag des Sowj. Gewerkschaftsverbandes, März 79).

Die Lage im Iran ist kompliziert, wie eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Unbekannt ist die Zusammensetzung des höchsten Gesetzgebungsorganes des Landes, das seine Politik bestimmt, des Rats der islamischen Revolution; ist die Zusammensetzung der Revolutionstribunale und der Führung vieler staatlicher Organisationen einschließlich des Korps der „Wächter der Revolution". ... Wenn man berücksichtigt, daß es im Lande bis zu 90 Parteien gibt, dann werden Prognosen für den Iran einfach undenkbar. (Neue Zeit, Juli 79)

Heute ist im Iran ein Viertel der arbeitsfähigen Kräfte ohne Beschäftigung. Das Tempo der Inflation beschleunigt sich. Der Bau von Wohnungen und Industrieanlagen ist praktisch zum Erliegen gekommen. Die Produktion ist abrupt zurückgegangen. Die Verstaatlichung einer Reihe von Industriezweigen hat den bürokratischen Apparat aufgebläht. Noch kann man
sich mit dem Erdöl behelfen. Aber das wirtschaftliche Chaos wächst weiter. ... Im Zeichen der Kommunistenjagd werden Menschen verfolgt, die sich für eine fortschrittliche sozialistische Umgestaltung und für die Realisierung der Losungen einsetzen, mit denen die Massen zum Sturm auf das Schah-Regime antraten. Diejenigen, die nach Gleichberechtigung und Autonomie streben, müssen sich Verräter nennen lassen. Sie werden bestraft; gegen sie wird der religiöse Fanatismus der schiitischen Massen entfesselt. *(Nedelja, 8.9.79, zit. nach FAZ 10.9.)*

Die junge Iranische Republik befindet sich in einem schwierigen Stadium ihrer Herausbildung. ... In der vergangenen Zeit hat sich auch die Nationalitätenfrage zugespitzt. Etwa die Hälfte der 35 Mio. Einwohner des Landes machen nationale Minderheiten aus – Kurden, Aserbaidschanen, Araber, Turkmenen, Belutschen. Bestimmte Volksgruppen fordern innerhalb des Rahmens des iranischen Staates die Autonomie. Im Zeichen dieser Forderungen kam es in mehreren Bezirken zu bewaffneten Auseinandersetzungen. ... Gleichzeitig kann man die antisowjetischen Ausbrüche bestimmter Persönlichkeiten und Publikationen nicht unerwähnt lassen, deren Ziel die Trübung der zweiseitigen Beziehungen ist. Diese Ausbrüche dienen nicht den Interessen des Iran, und stehen auch im Widerspruch zu den antiimperialistischen Bestrebungen der Volksmassen. *(Meschdunarodnaja Schisnj, 9/79, zit. nach Népszabadság, 14.9.79)*

In einer Mitteilung der Nachrichtenagentur Pars heißt es: „Soldaten der ehemaligen ‚Unsterblichen Garde des Schahs', die in der Vergangenheit dem Herrscher halfen, die revolutionäre Jugend zu vernichten, kamen den Regierungsbehörden im Kampf gegen die kurdische Aufstandsbewegung zu Hilfe. Die ‚Unsterblichen', denen zu einem bestimmten Zeitpunkt nach der Revolution niemand traute, kamen im Triumph von Kurdistan nach Teheran zurück." *(Prawda, 14.9.)*

In einer Rede in Madrid hat der sowjetische Außenminister Gromyko gestern erklärt, die Sowjetunion beabsichtige nicht, sich in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen, und fordert, daß diese Regel von allen einge-

Kurden, Aserbaidschanen, Araber, Turkmenen, Belutschen. Bestimmte Volksgruppen fordern innerhalb des Rahmens des iranischen Staates die Autonomie. Im Zeichen dieser Forderungen kam es in mehreren Bezirken zu bewaffneten Auseinandersetzungen. ... Gleichzeitig kann man die antisowjetischen Ausbrüche bestimmter Persönlichkeiten und Publikationen nicht unerwähnt lassen, deren Ziel die Trübung der zweiseitigen Beziehungen ist. Diese Ausbrüche dienen nicht den Interessen des Iran, und stehen auch im Widerspruch zu den antiimperialistischen Bestrebungen der Volksmassen. (Meschdunarodnaja Schisnj, 9/79, zit. nach Népszabadság, 14.9.79)

In einer Mitteilung der Nachrichtenagentur Pars heißt es: „Soldaten der ehemaligen ‚Unsterblichen Garde des Schahs', die in der Vergangenheit dem Herrscher halfen, die revolutionäre Jugend zu vernichten, kamen den Regierungsbehörden im Kampf gegen die kurdische Aufstandsbewegung zu Hilfe. Die ‚Unsterblichen', denen zu einem bestimmten Zeitpunkt nach der Revolution niemand traute, kamen im Triumph von Kurdistan nach Teheran zurück." (Prawda, 14.9.)

In einer Rede in Madrid hat der sowjetische Außenminister Gromyko gestern erklärt, die Sowjetunion beabsichtige nicht, sich in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen, und fordert, daß diese Regel von allen einge-
halten wird. Die Sowjetunion habe eine positive Haltung gegenüber der iranischen Revolution. Er hoffe, daß für das Problem der besetzten USA-Botschaft bald eine für alle befriedigende Lösung gefunden werde. Indes sei es schwierig, die Art der Lösung vorauszusehen. *(DDR1, 22.11.)*

---

zwei Fallschirmjägerbataillone, dazu ab Ende 1981 zwei Luftlandepanzerabwehrbataillone. Erreicht werden soll damit im Krieg die Zerschlagung des gegnerischen Angriffs und ein wesentlich stärkerer Vorstoß der eigenen Panzerverbände.

*z.haj.* **Die „dynamische Anpassung des Wehrsoldes und des Entlassungsgeldes an die Preissteigerungsraten" verlangt die Mitte des Monats vom Bundeswehr-Verband in Bonn durchgeführte Wehrpflichtigen-Tagung.** Der Wehrsold beträgt gegenwärtig 195 DM während des ersten halben Jahres und danach 240 DM im Monat. Statt genereller Fortzahlung des Lohns für alle Wehrdienstleistenden wird an Familienangehörige von Soldaten auf Antrag ein geringes Entgelt nach dem Unterhaltssicherungsgesetz gezahlt. Der Ministerialvertreter Zumkeler beeilte sich, zu der bei gegenwärtiger Preissteigerung ganze 10,34 bzw. 12,72 DM betragenden Forderung zu erklären, die „dünne Finanzdecke" des Ministeriums reiche noch nicht einmal für „symbolische Erhöhungen". Gemeinsam bedauerten Bunddeswehr-Verbandsführung und Ministerialvertreter, daß die gegenwärtige Soldhöhe der „staatstragenden Haltung" der Wehrpflichtigen abträglich sei.

*z.mif.* **Es war nur im Scherz, daß Carstens dem König von Tonga eine Stelle als Lehrer für deutsche Geschichte anbot.** Gegenüber einem Staatsoberhaupt der Südsee hält Carstens das für Schmeichelei. Tonga liegt da, wo die Datumsgrenze einen Knick nach Osten macht: noch im deutsch/britischen Machtbereich der Jahrhundertwende. 1876 räumte Tonga in einem Vertrag Deutschland Stützpunktrechte für ein Kohledepot der Pazifikflotte ein, um der Kolonialisierung zu entgehen. 1899 garantierten die USA, Britannien und Deutschland einander die Handelsinteressen im Pazifik und sprachen die Annexionen ab: Britannien raubte Tonga, Deutschland zwei Samoa-Inseln. Beutegüter damals wie heute vor allem Kopra (Kokosöl-Rohstoff) und Bananen.



Deutsche Kolonie Samoa 1909

*z.hej.* **Am 16.11. hat die IG Metall mit Gesamtmetall eine neue Schlichtungsordnung für die Metallindustrie vereinbart.** Das Streikverbot ist auf 4 Wochen nach Ablauf des Tarifvertrages ausgedehnt. Nach dem alten Abkommen von 1973 bestand Friedenspflicht während der Verhandlungen, plus Schlichtung von insgesamt 28 Werktagen. Der „Einlassungszwang", d.h. Anrufen der Schlichtung durch *eine* Seite, entfällt künftig. Die IG Metall kann nicht mehr in die Schlichtung gezwungen werden. Neu ist die Fristenregelung, wonach die IG Metall die Forderung 4 Wochen vor Ablauf des Vertrages zu erklären hat und 2 Wochen vor Ablauf die Verhandlungen beginnen müssen. Werden Fristen versäumt, besteht 8 Wochen ab Benennung der Forderung, 6 Wochen ab Beginn der Verhandlungen, Friedenspflicht. Wird das Abkommen am 7.12. unterschrieben, ergeben sich folgende Termine für den Lohnkampf Metall: Forderung Ende Dezember, Verhandlungsbeginn Mitte Januar, Ende der Friedenspflicht Anfang März.

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d
Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231
Redakteur: Martin Fochler
*Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

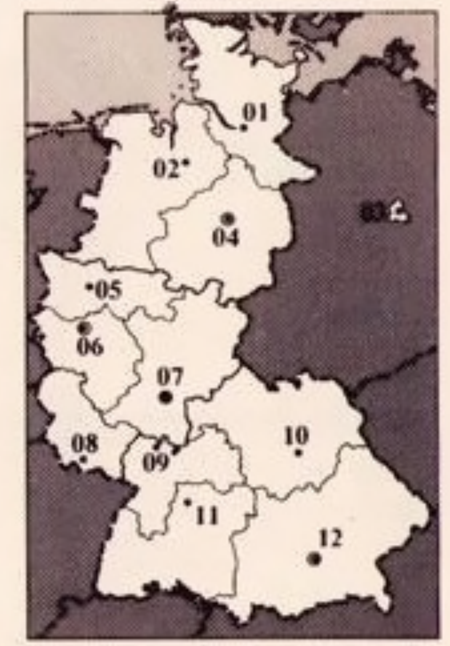
*Heft 01:* Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst
Die Hefte 01 bis 11 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 12 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

**Geschäftsstelle Hamburg (1)**, Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



*b.hör.* **Die schleswig-holsteinische Bourgeoisie feiert dieses Jahr 30 Jahre Lastenausgleich.** Zwecks Finanzierung ihrer Kriegsverluste schröpften die Kapitalisten und Großgrundbesitzer den kleinbürgerlichen Mittelstand über Lastenausgleichsabgaben (Gesamtaufkommen in Schleswig-Holstein 2,61 Mrd. DM,). Zur Sicherung von Gebietsansprüchen soll sämtliches Aktenmaterial archiviert werden.




*b.mee. Behrendorf.* **Zum zweiten Mal hat die Gemeindevertretung Behrendorf in Nordfriesland eine Erweiterung der Schweinezuchtanlage der Firma PIG Improvement GmbH abgelehnt.** Seit mehreren Jahren züchtet die britische Kapitalgesellschaft hier fabrikmäßig Hybridsauen und will ihre Kapazität jetzt auf 1666 Zuchtschweine ausdehnen. Sie verdrängt die Bauern aus dem Produktionsbereich und versucht fortschreitend, damit das Preisniveau für Zuchtsauen und -ferkel zu heben. Der Kreis Nordfriesland ist für kapitalistisch betriebene Sauenhaltung. Er hat der Gemeindevertretung Behrendorf eine Frist gesetzt, um ihren Beschluß zurückzunehmen. Anderenfalls will er als Kommunalaufsichtsbehörde den fehlenden Gemeindebeschluß ersetzen.



*b.sal.Dithmarschen.* **Die Landes- und Bundespolitiker haben in ihrem Gespräch über die geplanten Waffenerprobungen in der Meldorfer Bucht den Widerstand der Gemeinden nicht brechen können.** ,,Dann werden wir uns weitere Maßnahmen vorbehalten'', erklärte der Vorsitzende der Büsumer CDU zu dem vom 23.11. bis 15.12. geplanten Haubitzenschießen. Von den

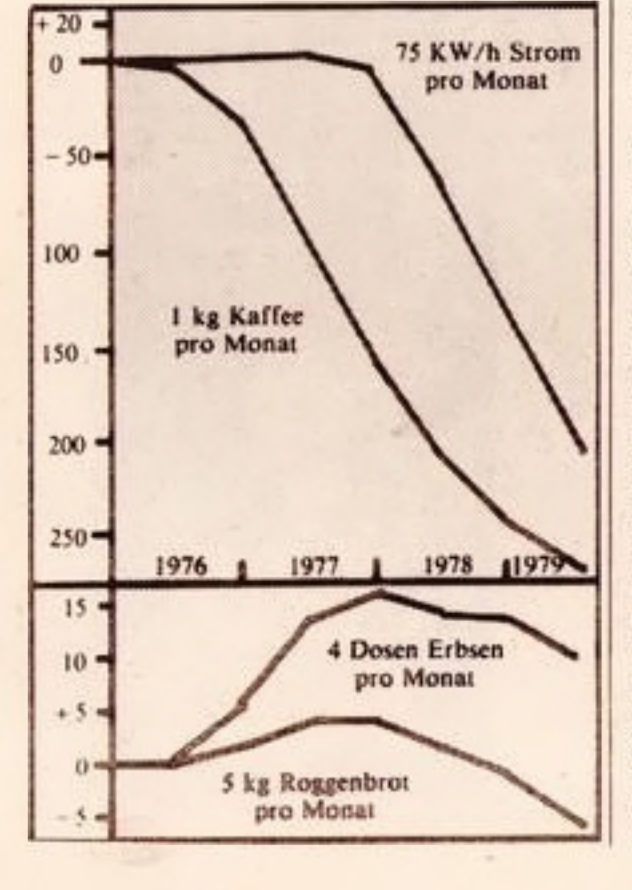
fortschreitend, damit das Preisniveau für Zuchtsauen und -ferkel zu heben. Der Kreis Nordfriesland ist für kapitalistisch betriebene Sauenhaltung. Er hat der Gemeindevertretung Behrendorf eine Frist gesetzt, um ihren Beschluß zurückzunehmen. Anderenfalls will er als Kommunalaufsichtsbehörde den fehlenden Gemeindebeschluß ersetzen.



*b.sal.Dithmarschen.* **Die Landes- und Bundespolitiker haben in ihrem Gespräch über die geplanten Waffenerprobungen in der Meldorfer Bucht den Widerstand der Gemeinden nicht brechen können.** ,,Dann werden wir uns weitere Maßnahmen vorbehalten'', erklärte der Vorsitzende der Büsumer CDU zu dem vom 23.11. bis 15.12. geplanten Haubitzenschießen. Von den

Fischern ist jetzt organisiert worden, daß sich zu den angegebenen Schießterminen ein Kutter im Sicherheitsbereich befindet. Die Gemeindevertretung Büsum will am 26.11. eine Resolution fassen und die geplante Unterschriftensammlung durchführen. ,,Sofortige Einstellung aller Waffenerprobungen in der Meldorfer Bucht! Abzug der Bundeswehr aus dem Speicherkoog!'' forderte am Samstag eine Demonstration der Bürgerinitiative Heide von Landrat Buhse, dem 2000 Unterschriften dagegen übergeben wurden.

*b.suk.* **Am 1.1.80 wird der Sozialhilfesatz um 4% erhöht. Die absolute Verelendung der Sozialhilfeempfänger kann damit nicht aufgehoben werden.** Laut Stat. Jahrbuch brauchte 1976 ein




Sozialhilfeempfängerhaushalt mit 2 Personen 638 DM (ohne Miete). Die Sozialhilfe betrug nur 509 DM. 1980 bräuchte der Haushalt 754 DM, vorhanden sind 593 DM. Grundlage für das Lohnkonto ist der Sozialhilfesatz für einen Haushaltsvorstand mit einem Kind zwischen 16 und 21 Jahren.

*b.mas.Lüneburg.* **6800 DM wurden am 21.11. in 6 Kirchen gegen den Hunger in Kampuchea gesammelt.** Beim Fastenessen in Kaltenmoor wurden 4 KVZ und 5 Dokumente über den Kampf des kampucheanischen Volkes verkauft. Ein Kirchenvorstandsmitglied hinderte den Pastor daran, den Kirchenstempel auf einen Brief an die vietnamesische Botschaft zu setzen und Unterschriften zu sammeln. Die Gemeindemitglieder wollen, daß Schluß gemacht wird mit dem Krieg und daß die vietnamesischen Aggressionstruppen abziehen. Der Kirchenvorstand will das jetzt beraten.

*r.ron.* **Mit Streikverbot und Disziplinarverfahren gegen die gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen der Lehrer werden die Landesregierungen nicht durchkommen und können sie ihre Schwäche nicht vertuschen.** An den Aktionen vom 13.-15.11. haben mehr als erwartet teilgenommen. Insgesamt haben in Niedersachsen, Hamburg und Hessen rund 15000 Lehrer gestreikt. Vertreter des DGB und einer Reihe von Einzelgewerkschaften haben Solidaritätsadressen überbracht. So z.B. der Seebetriebsrat der Hapag-Lloyd AG und die Vertrauensleuteleitung der ÖTV-Betriebsgruppe Seeschiffahrt im Namen von über 2000 Seeleuten: ,,Wir unterstützen Eure Forderung gerade auch deswegen, weil wir Seeleute erst im Jahre 1978 die 40-Stundenwoche durchsetzen konnten. Deswegen wissen wir, daß nur Streik- und Boykottaktionen uneinsichtige Arbeitgeber überzeugen können. Wir werden unseren Teil in dieser Auseinandersetzung leisten, indem wir bei allen Gelegenheiten im Betrieb und öffentlich die Diffamierung der Lehrer zurückweisen und Eure berechtigten Forderungen unterstützen. Unsere ganz besonderen Grüße senden wir den gemaßregelten Kollegen des niedersächsischen Landesverbandes. Laßt Euch nicht unterkriegen.'' Auf der studentischen Vollversammlung der Universität Hannover am 20.11. hat GEW-Landesvorsitzender Gallas die Forderung nach Anerkennung des AStA und der Fachschaftsräte durch Pestel und die Landesregierung unterstützt. Umgekehrt unterstützt die Vollversammlung die Kämpfe der Lehrer. Am 28.11. werden Eltern, Schüler und Lehrer der von der Suspendierung der GEW-Vorstandsmitglieder betroffenen Schulen vor dem Kultusministerium in Hannover eine Kundgebung durchführen; Forderung: Sofortige Aufhebung der Amtsenthebungen.

*b.rex.* **Die 20 maledivischen Seeleute auf dem Frachter ,,Lone Eagle'' der amerikanischen ,,Gulf Stream Naviga-**

und die Vertrauensleuteleitung der ÖTV-Betriebsgruppe Seeschiffahrt im Namen von über 2000 Seeleuten: ,,Wir unterstützen Eure Forderung gerade auch deswegen, weil wir Seeleute erst im Jahre 1978 die 40-Stundenwoche durchsetzen konnten. Deswegen wissen wir, daß nur Streik- und Boykottaktionen uneinsichtige Arbeitgeber überzeugen können. Wir werden unseren Teil in dieser Auseinandersetzung leisten, indem wir bei allen Gelegenheiten im Betrieb und öffentlich die Diffamierung der Lehrer zurückweisen und Eure berechtigten Forderungen unterstützen. Unsere ganz besonderen Grüße senden wir den gemaßregelten Kollegen des niedersächsischen Landesverbandes. Laßt Euch nicht unterkriegen.'' Auf der studentischen Vollversammlung der Universität Hannover am 20.11. hat GEW-Landesvorsitzender Gallas die Forderung nach Anerkennung des AStA und der Fachschaftsräte durch Pestel und die Landesregierung unterstützt. Umgekehrt unterstützt die Vollversammlung die Kämpfe der Lehrer. Am 28.11. werden Eltern, Schüler und Lehrer der von der Suspendierung der GEW-Vorstandsmitglieder betroffenen Schulen vor dem Kultusministerium in Hannover eine Kundgebung durchführen; Forderung: Sofortige Aufhebung der Amtsenthebungen.

*b.rex.* **Die 20 maledivischen Seeleute auf dem Frachter ,,Lone Eagle'' der amerikanischen ,,Gulf Stream Naviga-**

**tion-Reederei'' haben am 19.11. ihren 10-tägigen Streik mit einem Teilerfolg abgeschlossen.** Besseres Essen und Bezahlung nach ITF-Tarif hatten sie gefordert. Harald Schmeling/ITF und Gerd Schröder/ÖTV führten für die Besatzung die Verhandlungen. Die Reederei hatte versucht, Jack Cunningham, Vertreter einer New Yorker Hafenarbeitergewerkschaft zur Spaltung einzusetzen. Erreicht wurde, daß die Crew jetzt am Essen der indischen Offiziere teilnimmt, 45000 Dollar Nachzahlung für die letzten drei Monate, 330 Dollar Tariflohn im Monat – was der niedrigste ITF-Tarif ist, den es jetzt gibt – und daß die Streikführer auf Kosten der Reederei nach Hause geflogen wurden, da sie Repressalien befürchteten. Die Dithmarscher Rundschau räsonnierte: ,,Damit ging das Billig-Flaggen-Kapitel' in Brunsbüttel ruhig und einvernehmlich zu Ende''.

*b.uwa.* **Auf rasche Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur Plünderung der Gemeinden drängt die SPD-Fraktion im Landtag.** Am 13.9.76 hatte der Bundestag das ,,Gesetz über Abgaben über das Einleiten von Abwasser in Gewässer (AbwAG)'' verabschiedet. Darin werden die Länder ermächtigt, eine neue Abgabe zu erheben, die ab 1981 zunächst 660 Mio., dann gestaffelt bis 1981 800 Mio. DM in die Kassen spülen soll. Die Abgabe, die für Maßnahmen zur Abwasserbehandlung verwendet werden soll, soll etwa zur Hälfte von den Gemeinden, zur anderen Hälfte von den Kapitalisten, die die Gewässer verdrecken, gezahlt werden. Das Gesetz behandelt Regenwasser und Industrieabwasser gleichermaßen als Abwasser, für das wegen des ,,Umweltschutzes'' zu zahlen ist, wobei für die Kapitalisten zahlreiche Ausnahmen, Befreiungen und Härteklauseln vorgesehen sind. Die Gemeinden sollen für je 100 Einwohner 1981 244 bis 1986 dann 480 DM zahlen Jeder nicht an die Kanalisation angeschlossene Einwohner kostet noch einmal 6 bzw. 20 DM. Insbesondere die ländlichen Gemeinden sollen so gezwungen werden, rasch jeden zwangsweise an die Kanalisation anzuschließen, aufwendige Kläranlagen zu bauen und die Zinsen für die dabei entstehenden Schulden über Gebühren von den Arbeitern und Bauern wieder einzutreiben. Die Landesregierung arbeitet an einem Ausführungsgesetz, das ,,die Anreizwirkung des AbwAG zum Bau von Kläranlagen'' noch verbessern soll.

*b.wiv.* **Die Ratsversammlung am 22.11.79 in Kiel war eine einzige Farce.** 28 Ratsherren konnte man zählen, 19 fehlten. Scheindebatten wurden nur um den Tagesordnungspunkt geführt, wo es um die Erhöhung der Energiepreise ging. Weil es Krach um diese Erhöhung gibt, wollte einer ,,verbraucherfreundlicher'' als der andere scheinen. Dabei war schon alles in den Fraktionen vorher festgelegt und die Ratsherren waren gerade noch zum Handheben erschienen. So wurden dann auch die Punkte 12 bis 27 in der Rekordzeit von 25 Minuten erledigt. Die große Anfrage der SPD zur Energiediskussion war darauf zugespitzt, die Versorgung und Verkehr GmbH (VVK) bei ihren Bestrebungen zu unterstützen, das mit der NWK zusammen betriebene Gemeinschaftskraftwerk Ost mit *eigenem* Kapital auszubauen und mittelfristig auf dem Gelände der HDW in Dietrichsdorf eine Kohleverflüssigungsanlage zu errichten. Der Kapitalbeschaffung dienen auch die Preiserhöhungen bei Gas, Fernwärme und Nachtspeicherheizungen. In die Erhöhung beim Gas hatte die VVK, die auch die Vorlagen für die Ratsherren geschrieben hatte, 850000 DM eingerechnet, die sie nur deswegen einnimmt, weil sich viele bei der Gastarifwahl bislang ungünstiger als möglich eingestuft hatten. Das ist dann abgelehnt und der Gaspreis einstimmig ,,nur'' um 10,5% erhöht worden mit der Ankündigung die nächste ,,Preisanpassung'' komme dann eben eher.

*b.hej. Hamburg.* **Nach Verhandlungen mit Springer und Bauer haben jetzt acht noch nicht genannte ,,Größen'' aus dem Verlagsbereich die Morgenpost übernommen.** SPD-Schatzmeister Halstenberg an die Geschäftsführung Auer, ADP. ,,Ich beauftrage Sie, die Aufsichtsratsbeschlüsse vom 10.9.79 und 13.11.79 hinsichtlich der Einstellung des Betriebes ADP zum 31.12.79 und von Auer zum 29.2.80 in der Weise durchzuführen, daß die gebotenen Kündigungen unmittelbar eingeleitet werden...''. Ca. 500 Arbeiter und Angestellte sind davon betroffen. Nach Aussage der SPD-Verantwortlichen soll die Morgenpost anschließend mehr regionaler und ortsbezogener herausgegeben werden und auch dezentral gedruckt werden. Wo und wie, darüber hüllt man sich nach wie vor in Schweigen.

*r.boj.* **Am 19.11.79 fand mit ca. 100 Teilnehmern eine Kundgebung gegen den NATO-Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range der ,,Notgemeinschaft'' statt.** Anlaß war der Fehlabwurf einer Übungsbombe der britischen Luftwaffe auf das Fabrikgebäude der Firma geka plast während der Spätschicht am 7.11.79. An der Kundgebung nahmen Betriebsräte von NINO, Rawe, geka und Vertreter des DBG teil. Bereits am 8.11.79 hat die Frühschicht bei geka gegen den Bombenabwurfplatz kurzzeitig gestreikt. Die Auseinandersetzungen werden z.Z. geführt gegen Pla-

# Einzelhandelsabschluß auf Zulagen angerechnet

HBV fordert 1000 DM Urlaubsgeld

*r.wom.* Eindrucksvolle Kampfaktionen haben die Belegschaften des Einzelhandels in diesem Jahr unternommen, um die Niedriglöhne im Handel anzuheben. Aber die undurchdachte Taktik der HBV hat die möglichen Erfolge, nämlich eine Vergrößerung der Lohnsumme der Beschäftigten im Einzelhandel und eine Anhebung der unteren Lohngruppen, verspielt. Die Einzelhandelskapitalisten wurden sich mit der Spaltergewerkschaft DAG einig und ließen in Niedersachsen von ihren Freunden in der Landesregierung den kümmerlichen DAG-Abschluß (für Lohngruppe II zwischen 50 und 77 DM brutto gegenüber der HBV-Forderung von 110 bis 180 DM) als allgemeinverbindlich erklären. Die Aufgabe, die Niedriglöhne erheblich anzuheben, besteht also nach wie vor, und nicht durchgesetzt ist auch die Absicherung der Zulagen auf den Tariflohn, mit denen die Kapitalisten einen großen Teil der Lohnsumme als Manövriermasse in der Hand haben. Durch die Niedriglöhne haben die Einzelhandelsmonopole sich erhebliche Zusatzkapitale verschafft, mit denen sie in der Konkurrenzschlacht operieren, neue Kaufhäuser und SB-Märkte aus dem Boden stampfen und ihre Antreiber schmieren.

Die komplizierte Lage nach dem aufgezwungenen DAG-Abschluß hat die Kaufhauskonzerne zu Angriffen ermutigt. Bei Hertie in Göttingen ist der Abschluß vielfach auf die übertariflichen Zulagen angerechnet worden. Auch Schmutzzulagen, z.B. in der Fischabteilung, wurden gestrichen. 30% der Karstadt-Belegschaft in Braunschweig hat nichts von der Lohnerhöhung gesehen. Bei ihnen, meistens Fachverkäufern mit einem Garantielohn von etwa 1400 DM, mehrere hundert Mark über Tarif, ist der Tarifabschluß angerechnet worden. Der Karstadt-Konzern will außerdem sein gesamtes Zulagensystem überprüfen. Bei Kaufhof in Hannover bekommt jetzt in jeder Abteilung mindestens einer eine Zulage von 50 bis 200 DM, während die Masse der Verkäufer(innen) nur den niedrigen Tariflohn bekommen. Auch bei SB-Märkten wie Realkauf wird nur Tarif gezahlt.

Von Hertie in Göttingen wird berichtet, daß nach dem Abschluß viele gekündigt haben und z.B. in die Metallindustrie gegangen sind, wo auch die unteren Lohngruppen z.Z. noch besser bezahlt werden als im Handel. Die Arbeitsplätze bleiben entweder unbesetzt oder werden mit gerade ausgelernten Verkäuferinnen, Teilzeitkräften und Aushilfen besetzt.

Jetzt im Weihnachtsgeschäft wollen es die Einzelhandelskapitalisten zum Äußersten treiben. Bei Metro in Braunschweig müssen fast alle Überstunden machen, und die Angestellten aus der Verwaltung sollen von 17 bis 21 Uhr, also nach ihrem regulären Feierabend, noch Schmuck verkaufen. In Wilhelmshaven blitzten die Kaufhäuser und Fachgeschäfte mit ihrer Absicht ab, einen zusätzlichen verkaufsoffenen Samstagnachmittag im November einzuführen. In der Kleinstadt Lüchow will die HBV das Weihnachtsgeschäft zu Kampfaktionen nutzen. Das sollte die Gewerkschaft überall tun, um die betrieblichen Auseinandersetzungen um die Absicherung der übertariflichen Zulagen und des ebensowenig gesicherten Weihnachtsgeldes zu stützen. Das schafft auch bessere Bedingungen in den Auseinandersetzungen um den Manteltarif, der zum 31.12. gekündigt ist und wo die HBV u. a. 1000 DM Urlaubsgeld fordert. Dabei sollte die HBV auch das Problem bereinigen, daß in Niedersachsen, Westberlin und Hamburg im Einzelhandel immer noch tarifloser Zustand herrscht bei den Lohn- und Gehaltstarifen.

Alle Daten aus KVZ-Nachrichtendienst 07: Handel

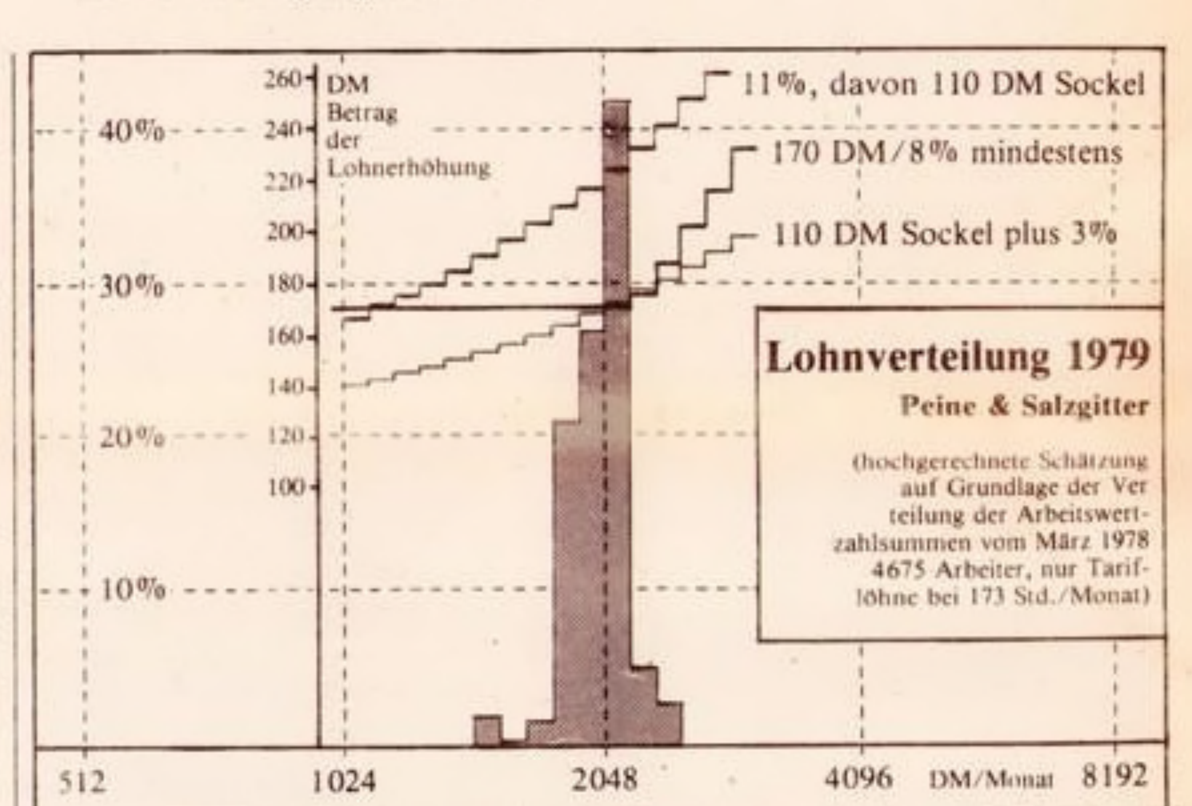
# Sockel- oder Mindestforderung?

Zur Forderungslage bei P + S

*r.gör.* Die Stahlwerke Peine + Salzgitter haben einen Hausvertrag. Der laufende Lohntarifvertrag, abgeschlossen am 23.1.d.J., hat eine Laufzeit von 14 Monaten bis zum 31. Januar 1980. Der Abschluß betrug 3,4% und hat also den Reallohn noch mehr gesenkt als der 4%Abschluß in der übrigen Stahlindustrie. Hauptgrund für diesen besonders niedrigen Abschluß war, daß es nicht gelungen ist, die P + S-Belegschaft in die Streikfront der Stahlarbeiter einzubeziehen.

Am 14. November tagte die Funktionärsversammlung der IG Metall für P + S. Es zeigte sich folgende Lage: Fast durchweg vertraten die Abteilungen eine Forderung von 10-12%, wovon jedoch ein Drittel, meistens jedoch die Hälfte – das wären etwa 110 DM – als Sockelbetrag gezahlt werden soll.

Das Schaubild vergleicht verschiedene Forderungen vor dem Hintergrund der Lohnverteilungen von 4675 P + S-Arbeitern. Dabei handelt es sich nur um Tariflöhne, wobei auch Zulagen nicht berücksichtigt werden konnten. Die Effektivlohnverteilung dürfte et-




ein Drittel höher als das Volumen der 170 DM/8%-Forderung.

Andererseits: Man muß sich fragen, was geschickter ist, Sockel- oder Mindestforderung. Aufgrund der absoluten Höhe der 11%/110 DM Sockel-

bei den unteren Lohngruppen jedoch deutlich weniger.

Man kann folgenden Schluß ziehen. Sowohl für die Bildung einer einheitlichen Front im Lohnkampf als auch,

Die komplizierte Lage nach dem

lernten Verkäuferinnen, Teilzeitkräften und Aushilfen besetzt.

Alle Daten aus KVZ-Nachrichtendienst 07: Handel

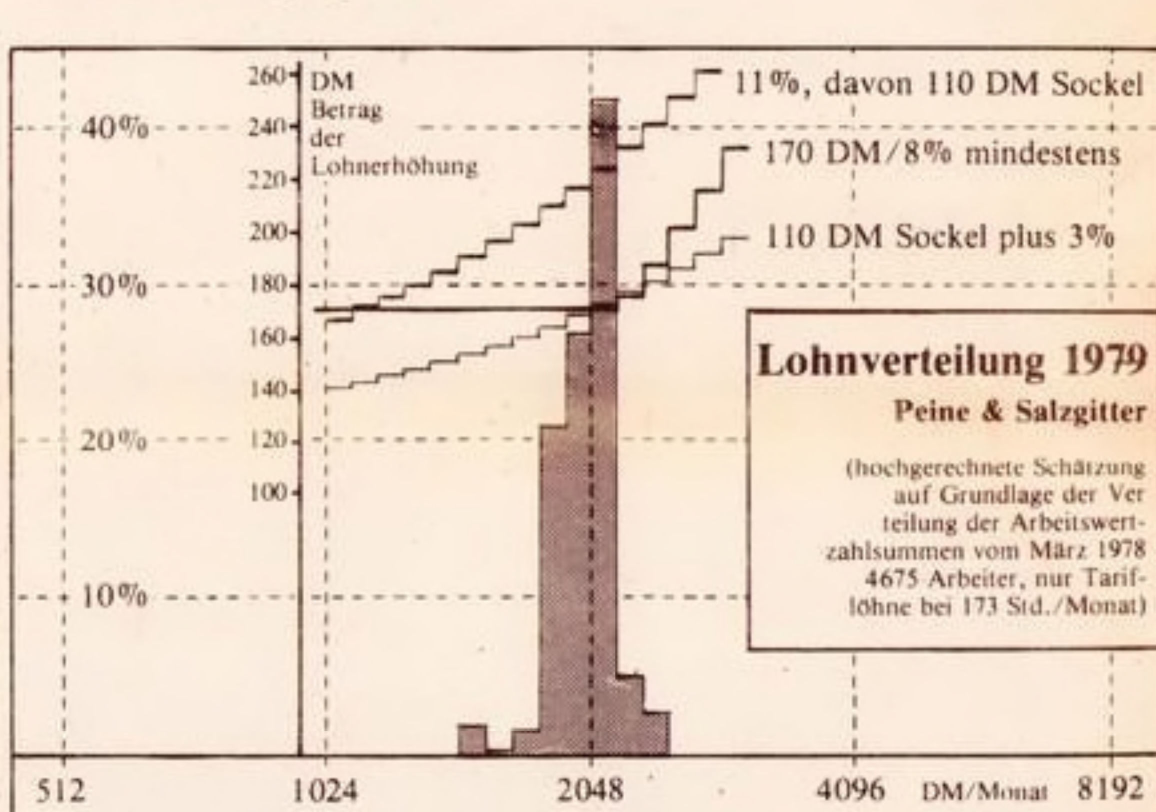
# Sockel- oder Mindestforderung?

Zur Forderungslage bei P + S

*r.gör.* Die Stahlwerke Peine + Salzgitter haben einen Hausvertrag. Der laufende Lohntarifvertrag, abgeschlossen am 23.1.d.J., hat eine Laufzeit von 14 Monaten bis zum 31. Januar 1980. Der Abschluß betrug 3,4% und hat also den Reallohn noch mehr gesenkt als der 4%Abschluß in der übrigen Stahlindustrie. Hauptgrund für diesen besonders niedrigen Abschluß war, daß es nicht gelungen ist, die P + S-Belegschaft in die Streikfront der Stahlarbeiter einzubeziehen.

Am 14. November tagte die Funktionärsversammlung der IG Metall für P + S. Es zeigte sich folgende Lage: Fast durchweg vertraten die Abteilungen eine Forderung von 10-12%, wovon jedoch ein Drittel, meistens jedoch die Hälfte – das wären etwa 110 DM – als Sockelbetrag gezahlt werden soll.

Das Schaubild vergleicht verschiedene Forderungen vor dem Hintergrund der Lohnverteilungen von 4675 P + S-Arbeitern. Dabei handelt es sich nur um Tariflöhne, wobei auch Zulagen nicht berücksichtigt werden konnten. Die Effektivlohnverteilung dürfte et-




was nach rechts verschoben sein. Die 11%/110 DM Sockel-Forderung brächte zwischen 190 und 250 DM (jeweils brutto) monatlich. Sie liegt deutlich über dem Ertrag der Forderung von 170 DM/8% mindestens. Der Grund: Ihr Volumen, d.h. die gesamte Lohnsumme, die den Kapitalisten abgetrotzt werden muß, liegt um etwa

ein Drittel höher als das Volumen der 170 DM/8%-Forderung.

Andererseits: Man muß sich fragen, was geschickter ist, Sockel- oder Mindestforderung. Aufgrund der absoluten Höhe der 11%/110 DM Sockel-

Forderung scheint der Unterschied belanglos. Daß das falsch ist, erkennt man, wenn man bei gleichem Volumen wie dem der 170 DM/8% mindestens Forderung eine Prozent-Sockel-Struktur zugrunde legt, nämlich 110 DM Sockel plus 3%. Nur in der Mitte der Lohnverteilung würde sie einen leicht höheren Ertrag bringen, insbesondere

bei den unteren Lohngruppen jedoch deutlich weniger.

Man kann folgenden Schluß ziehen. Sowohl für die Bildung einer einheitlichen Front im Lohnkampf als auch,

um eine weitere Abspaltung der unteren Lohngruppen zu verhindern, ist eine Mindestforderung klüger als eine Sockelforderung. Dies gilt insbesondere für P + S, wo die unteren Lohngruppen stärker als im Durchschnitt der Stahlindustrie besetzt sind und weil ein Sockel allzuleicht zur Verhandlungsmasse werden kann.

## Niedersächsischer Osthandel stagniert – negative Handelsbilanz gegenüber Polen

*r.kea.* Am 5. Dezember wollten der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht und sein Finanzminister Leisler-Kiep zu Geschäftszwecken nach Polen reisen. Die Reise wurde jetzt von polnischer Seite abgesagt. Zusammen mit niedersächsischen Kapitalistenvertretern hatten Albrecht und Kiep geplant, eigentlich noch vor Beginn des Jahres 1980 handfeste Ergebnisse zur Verbesserung ihrer Ostgeschäfte zu erzielen. Der niedersächsische Warenexport nach Polen ist 1978 gegenüber dem Vorjahr um 78 Millionen DM auf 203 Millionen DM gesunken. Das ist ein Rückgang um über 27%. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1979 gab es einen erneuten Rückgang um 15,9% gegenüber dem 1. Halbjahr 1978. Polen hat seit längerer Zeit gegenüber Niedersachsen eine positive Handelsbilanz, obwohl auch die niedersächsischen Importe aus Polen im Jahr 1978 um 95 Millionen DM auf 221 Millionen DM (-3O,1%) gesunken sind und sich im ersten Halbjahr 1979 mit einer Zunahme von 9,9% nur leicht erholt haben. Bei den Außenhandelsbeziehungen Niedersachsens steht Polen bei den Einfuhren an 21. Stelle der Staatenliste und bei den Ausfuhren an 24. Stelle. Polens Anteil am niedersächsischen Warenimport betrug 1978 1,1%, am Export betrug der Anteil 0,8%. Der Osthandel hatte 1978 einen Anteil von 4,4% am gesamten niedersächsischen Export und von 5,7% am gesamten niedersächsischen Import. Obwohl das bezüglich Polen relativ wenig ist, muß man doch die absoluten Summen sehen, um die es bei den Handelsgeschäften geht, vor allem aber sehen sich die niedersächsischen Kapitalisten in den letzten Jahren immer mehr gezwungen, jeden nur möglichen Markt zu erschließen, da die Konkurrenz auf dem Weltmarkt stark angewachsen ist und überall gesättigte Märkte angetroffen werden. Eingeleitet durch verschiedene Osthandelsverträge nahm der Osthandel Niedersachsens parallel mit der ganzen BRD Anfang der siebziger Jahre einen starken Aufschwung. In den letzten Jahren ist dieser Osthandel, ebenfalls parallel mit der gesamten BRD, stark zurückgegangen. Zurückzuführen ist dies zum einen darauf, daß für die westlichen Kapitalisten die Bedingungen der COMECON-Länder, den Handel hauptsächlich auf Kompensationsbasis, d.h. als gegenseitiges Warentauschgeschäft zu entwickeln, oft ungünstig waren, da der Absatz der COMECON-Waren nicht immer gesichert werden konnte. Zum anderen schreckten die westlichen Imperialisten auch wegen der Zahlungsschwäche der COMECON-Länder vor vielen Geschäften zurück, da sie nur mittels sehr langfristiger Kredite möglich waren.

Leisler-Kiep, der schon viel Erfahrung als Kapitalistenunterhändler im Ostblock hat, will jetzt erneut „Marktlücken auskundschaften". Dabei sollen z.B. Listen mit Kompensationsgeschäftsangeboten von Außenhandelsgesellschaften der COMECON-Staaten dazu benützt werden, daß verschiedene westliche Kapitalisten untereinander indirekte Tauschgeschäfte vereinbaren, so daß sie gegenüber der Außenhandelsgesellschaft als Kompensationspartner auftreten können.

Mit oder ohne Polen-Reise wollen die niedersächsischen Kapitalisten und ihre Politiker gegenüber Polen mit Handelsbeschränkungen irgend einer Art drohen. Ihre negative Handelsbilanz wollen sie wenigstens zu einer Erpressung nutzen, damit sie wieder ins Geschäft kommen. Ausgenutzt werden sollen die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens, die aus der revisionistischen Wirtschaftsweise und der Abhängigkeit des Landes von der Sowjetunion herrühren. Sie wollen aus Polen ein Zulieferland für halbfertige Waren und Rohstoffe machen, das seinerseits teure Fertigwaren rückimportiert. Das würde der imperialistischen Außenhandelsstruktur Niedersachsens, wie sie aus der folgenden Tabelle abzulesen ist, vollkommen entsprechen.

*Niedersachsens Außenhandel nach Warengruppen*)*

| Jahr | Ausfuhr in Mio. DM, Veränderungen gegenüber Vorjahr in % | | | | Einfuhr in Mio. DM, Veränderungen gegenüber Vorjahr in % | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Insgesamt | Rohstoffe | Halbwaren | Fertigw. | Insgesamt | Rohstoffe | Halbwaren | Fertigw. |
| 1.Hj. 1979 | 14131 | 327 | 707 | 12014 | 10583 | 1526 | 2550 | 4894 |
| | +7,3% | +55,0% | +9,1% | +6,3% | +8,8% | +4,4% | +11,8% | +10,8% |
| 1978 | 26619 | 422 | 1341 | 22937 | 19296 | 2881 | 4596 | 8613 |
| | +0,7% | -16,3% | +0,8% | +1,4% | +9,7% | -17,9% | +43,8% | +8,8% |
| 1977 | 26444 | 504 | 1330 | 22630 | 17582 | 3511 | 3196 | 7917 |
| | +8,1% | -4,7% | +8,1% | +7,2% | +7,4% | +13,4% | +4,8% | +11,4% |
| 1976 | 24469 | 529 | 1230 | 21102 | 16370 | 3097 | 3049 | 7090 |
| | +22,4% | +16,3% | +9,4% | +23,9% | +27,4% | +35,4% | +39,7% | +23,8% |
| 1975 | 19994 | 455 | 1124 | 17025 | 12845 | 2288 | 2183 | 5728 |
| | -5,9% | +14,3% | -8,3% | -6,4% | +3,6% | -5,1% | -5,8% | +10,0% |
| 1974 | 21254 | 398 | 1226 | 18190 | 12396 | 2412 | 2318 | 5206 |
| | +22,1% | +46,9% | +51,9% | +18,9% | +33,5% | +96,6% | +36,9% | +21,3% |
| 1973 | 17400 | 271 | 807 | 15292 | 9285 | 1227 | 1693 | 4292 |
| | +22,3% | +50,6% | +27,5% | +22,0% | +13,8% | +19,4% | +20,5% | +11,3% |
| 1972 | 14222 | 180 | 633 | 12536 | 8157 | 1028 | 1405 | 3857 |
| | +1,8% | +11,8% | +17,2% | +0,7% | +7,7% | -1,7% | +1,8% | +13,7% |
| 1971 | 13975 | 161 | 540 | 12451 | 7572 | 1046 | 1380 | 3391 |
| | +11,7% | +8,8% | +7,4% | +12,4% | +5,0% | -8,7% | -8,0% | +17,8% |

*) Angaben nach Außenwirtschaftlichen Jahresberichten des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums, sowie nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden. Die Geldwerte der Aus- und Einfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse lassen sich jeweils errechnen aus der angegebenen Gesamtsumme abzüglich der Geldwerte für Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwaren, welche zusammen als Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft bezeichnet werden.

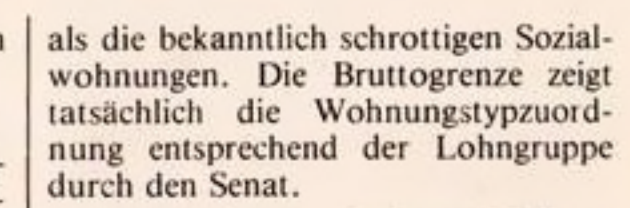
teil 0,8%. Der Osthandel hatte 1978 einen Anteil von 4,4% am gesamten niedersächsischen Export und von 5,7% am gesamten niedersächsischen Import. Obwohl das bezüglich Polen relativ wenig ist, muß man doch die absoluten Summen sehen, um die es bei den Handelsgeschäften geht, vor allem aber sehen sich die niedersächsischen Kapitalisten in den letzten Jahren immer mehr gezwungen, jeden nur möglichen Markt zu erschließen, da die Konkurrenz auf dem Weltmarkt stark angewachsen ist und überall gesättigte Märkte angetroffen werden. Eingeleitet durch verschiedene Osthandelsverträge nahm der Osthandel Niedersachsens parallel mit der ganzen BRD Anfang der siebziger Jahre einen starken

ihre Politiker gegenüber Polen mit Handelsbeschränkungen irgend einer Art drohen. Ihre negative Handelsbilanz wollen sie wenigstens zu einer Erpressung nutzen, damit sie wieder ins Geschäft kommen. Ausgenutzt werden sollen die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens, die aus der revisionistischen Wirtschaftsweise und der Abhängigkeit des Landes von der Sowjetunion herrühren. Sie wollen aus Polen ein Zulieferland für halbfertige Waren und Rohstoffe machen, das seinerseits teure Fertigwaren rückimportiert. Das würde der imperialistischen Außenhandelsstruktur Niedersachsens, wie sie aus der folgenden Tabelle abzulesen ist, vollkommen entsprechen.

Niedersachsens Außenhandel nach Warengruppen*)

## Familienpolitische Abrundung der Lohnsenkungen

### HH Senat: Kindergärten zu staatlichen Vorschulen/Wohnungszuteilung nach Bruttolohn



*b.ulh.* Am 13. November hat der Hamburger Senat eine Anzahl von Beschlüssen die Familienpolitik betreffend gefaßt. Meilensteine sollen es sein. Nicht einmal die Beschlußvorlagen und Ausrechnungen bezüglich des Haushaltes lagen bis jetzt vor. Insgesamt handelt es sich um die gesetzliche Abrundung der Politik der ständigen Lohnsenkungen. Den Umständen wird Rechnung getragen, daß der Lohn weder zur Familiengründung, noch zur Unterbringung einer Familie in entsprechender Wohnung, noch zur häuslichen Aufzucht der Kinder durch Mutter und Vater reicht.

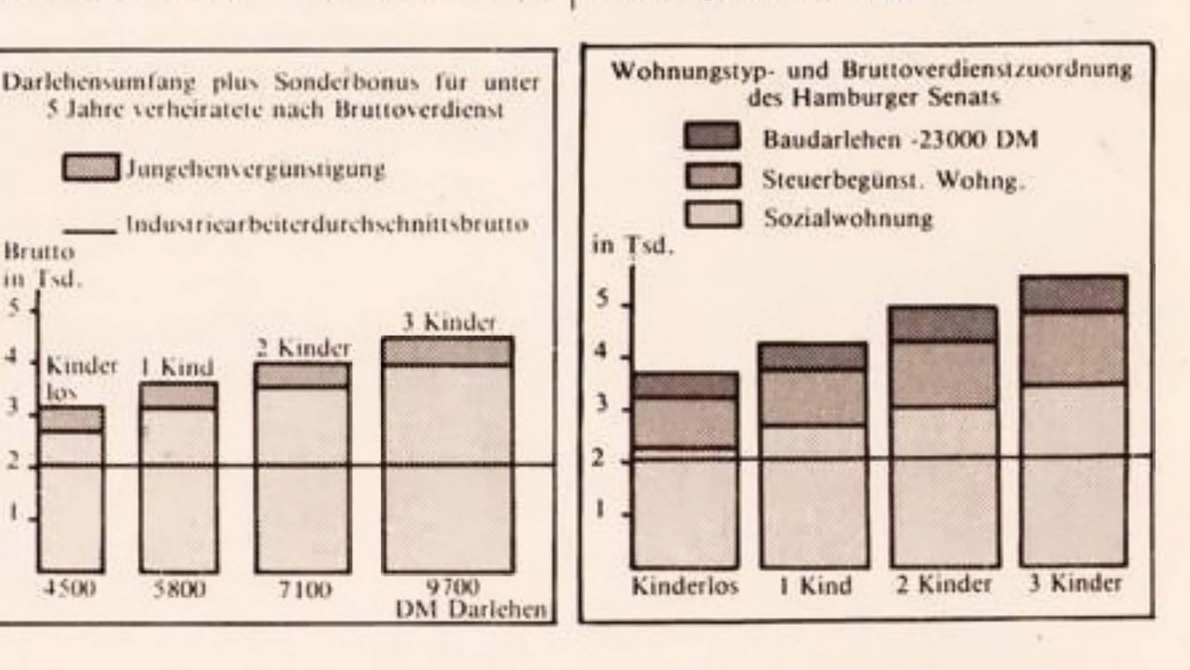
Alle Maßnahmen spalten zwischen Familien ohne, mit oder mit mehreren Kindern, lang oder kurz verheiratet, jungen und älteren Kinder, unter oder über 2400 DM, 2700 DM, 3100 DM usw. Bruttolohn. Keineswegs wird also der gesenkte Lohn durch eine vom Staat gezahlte Summe, die Familiengründung und Kinderaufzucht ermöglichte, ausgeglеichen, sondern gezahlt wird erst, wenn Familie, 1 oder 2 Kinder vorhanden sind. Absolut schlecht stehen sich dabei die unteren Lohngruppen, die sich Familie und Kinder erst gar nicht leisten können und statistisch auf 100 Ehen 120 Kinder haben. Etwas besser kommen die mittleren Lohngruppen und Beamten weg, die ein, zwei Kinder noch großziehen können und statistisch 160 Kinder auf 100 Ehen haben. Diese Familien kriegen aus den geplünderten Steuergeldern noch etwas transferiert, die unteren Lohngruppen kaum etwas.

Die Senatsmaßnahmen im einzelnen: 1. Zinslose Darlehen plus Umzugspauschale an Familien entsprechend Kinderzahl, Bruttoverdienst und Ehedauer. Diese Darlehen müssen nach 10 Jahren zurückgezahlt sein.

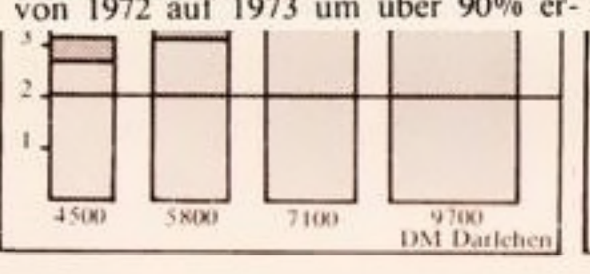
Früher waren 1500 DM Eigenanteil Vorbedingung, das ist jetzt weggefallen. Nicht mal soviel können heute also junge Ehepaare aufbringen.

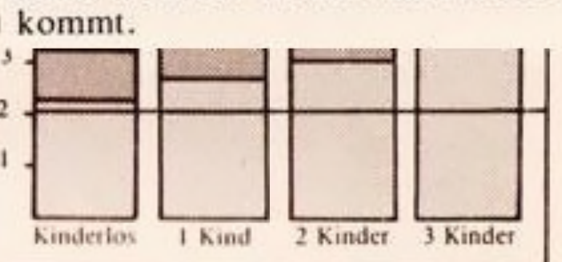
2. Wohnungszuteilung. Eine Sozialwohnung kriegt ein kinderlose Ehepaar bis 2180 DM brutto. Die darüber liegen, kriegen keine. Das propagiert der Senat als Begünstigung der wenig Verdienenden. Aber natürlich ist ein Familienreihenhaus mit Baudarlehen besser als die bekanntlich schrottigen Sozialwohnungen. Die Bruttogrenze zeigt tatsächlich die Wohnungstypzuordnung entsprechend der Lohngruppe durch den Senat.

3. Kindergartenbeitragsbefreiung. Bis 1983 sollen die 5-jährigen kostenlos zum Kindergarten, stufenweise ist Beitragssenkung für die 3- bis 4-jährigen um 40 DM vorgesehen. Die kirchlichen Anteile an die Kindergärten sollen gesenkt werden. Trotz sinkender Geburten hat sich die Kinderkrippen-, -gärten und -hortbelegung von 1971 25780 Kindern auf 30443 Kinder 1978 erhöht. Durch Freibetrag für 5-jährige hofft der Senat, die Vorschulpflicht einführen zu können. Hat er die 5-jährigen unter seiner Fuchtel, kann die Schulzeit weiter verkürzt und die Jugendlichen früher auf den Arbeitsmarkt geworfen werden.




Etwas besser kommen die mittleren Lohngruppen und Beamten weg, die ein, zwei Kinder noch großziehen können und statistisch 160 Kinder auf 100 Ehen haben. Diese Familien kriegen aus den geplünderten Steuergeldern




## Einführung von EDV-Bußgeldern im Nordfriesland

### Steigerung des Bußgeldaufkommens bei gleichem Personaleinsatz

*b.klm.* Seit dem 1. November werden im Kreis Nordfriesland Ordnungswidrigkeiten im EDV-Verfahren geahndet. Die wesentliche Neuerung sei: „Die Polizei will kein Geld mehr", teilte die Husumer Nachrichten mit. Stattdessen werden computergerechte Strafzettel verteilt. Nun hat die Polizei noch nie Geld gewollt, sie hat es lediglich bis zu einer Höhe von 40 DM kassiert, im Auftrag der kommunalen Behörde des bürgerlichen Staatsapparats. In diesem Fall für den Kreis Nordfriesland, bei Bußgeldern, das Land bei den Verwarngeldern. Diese so eingetriebenen Gelder werden den jeweiligen Kreis- bzw. Landeshaushalten für den „Sozialetat" zugeführt.

Gezeigt hat es sich, daß die bis dato angewandte Methode nicht sehr zweckmäßig war. Häufig kam es zu einem „gespannten Verhältnis" zwischen den ausführenden Politessen und den betroffenen Verkehrsteilnehmern. Schließlich hatte man hier mal jemanden zu fassen. Aber ein viel entscheidender Mangel der bisher gängigen Praxis war, daß die Politessen mit einem Haufen Verwaltungsarbeit zusätzlich belastet waren und einer noch größeren Ausplünderung der Bevölkerung über Verwarn- und Bußgelder Grenzen gesetzt waren. So wird die Einführung des EDV-Verfahrens vom neuen Polizeioberkommissar Helmut Hansen auch richtig eingeschätzt: als Entlastung des Außendienstes, die Polizei und die Politessen könnten jetzt „mehr in der Öffentlichkeit präsent sein".

Die Tabelle gibt eine Ahnung davon, was beabsichtigt ist. Bußgeldverfahren und Bußgeldbescheide unterscheiden sich so, daß ersteres angestrengte und letzteres rechtskräftig gewordene Bußgelder sind, deren Summe sich im Bußgeldaufkommen ausdrückt. Verfahren und Bescheide haben sich knapp verdoppelt, das Bußgeldaufkommen knapp verdreifacht. Es muß für die örtliche Bourgeoisie ein recht unbefriedigendes Ergebnis sein, weiß sie doch, daß in Hessen nach Einführung der EDV das Bußgeldaufkommen sich in drei Jahren verdreifacht hat. Dennoch hatte sie in den neun Jahren, die wir untersucht haben, auch einige erhebliche Erfolge zu verbuchen. So hat sich als Folge der Einstellung der Politessen im Jahre 1971 das Bußgeldaufkommen von 1972 auf 1973 um über 90% erhöht, die Verfahren waren 1972 bereits um 31% und die Bescheide um 35% gestiegen; 1973 stiegen sie um weitere 12% und 20%. Man hatte kräftig zugelangt, die Durchschnittssumme pro Bescheid stieg um 58% auf 80 DM. Die steigende Tendenz hielt aber nur bis 1974, dann fallen alle Werte. Rechtzeitig tritt 1975 der neue Bußgeldkatalog in Kraft. Auf 1976 gibt es wieder einen starken Aufwärtstrend, im Bußgeldaufkommen sind es knapp 30%. Der Durchschnittswert pro Bescheid steigt sogar auf 98 DM, der nachher aber wieder auf 86 DM abfällt, während alle anderen Werte noch leicht ansteigen. Man muß noch anmerken, daß mit Einführung des neuen Bußgeldkatalogs 1975, die Polizei bis 40 DM direkt kassierte. Diese Summen, ebenso wie die Summen der Verwarngelder sind in diesen Werten nicht enthalten. In Wirklichkeit ist der Anstieg der Buß- und Verwarngelder 1976 wesentlich höher als in der Tabelle zum Ausdruck kommt.

**Tabelle zur Bußgeldpraxis im Kreis Nordfriesland 1970 bis 1978**

| Bußgeld | 1970 | 1971 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Verfahren | 3664 | 3679 | 4812 | 5372 | 5632 | 5319 | 5701 | 6270 | 6810 |
| Bescheide | 2772 | 2705 | 3645 | 4392 | 4343 | 3925 | 4423 | 4509 | 5035 |
| Aufkommen (in tsd. DM) | 158,0 | 166,2 | 185,5 | 354,0 | 382,0 | 336,0 | 433,5 | 415,9 | 434,1 |
| Durchschnitt p.Bescheid (in DM) | 57 | 61 | 51 | 80 | 88 | 86 | 98 | 92 | 86 |

nungen, die in unmittelbarer Nähe des Bombenabwurfplatzes liegende Erdbrandsiedlung umzusiedeln, gegen die dauernde Nichteinhaltung von festgesetzten Anflugzeiten, die ein Zugeständnis der britischen Besatzer nach den großen Kämpfen gegen die Range im Sommer 73 waren und gegen Fehlabwürfe. Die bürgerlichen Politiker wollen die Bevölkerung auf die Forderung nach Teilverlegung der Range festlegen, da eine Stillegung nur dann möglich sei, wenn die BRD aus der NATO austreten würde. Dafür gebe es aber keine politische Mehrheiten in der BRD. Der DGB Kreis Emsland hat in einem Brief an das Verteidigungsministerium die sofortige Stillegung von Nordhorn-Range gefordert.

*b.pet. Hamburg.* **„Euro-Kai muß Betriebselektriker weiterbeschäftigen", beschloß das Arbeitsgericht nach dem 2. Termin.** Die Gründe – überzogene Pausen und unerlaubtes Entfernen vom Arbeitsplatz – waren für das Gericht unerheblich. Erst nach bohrenden Fragen des Richters rückte der Werkstattleiter mit den wahren Gründen für die Kündigung heraus, nämlich Unruhe im Betrieb wegen der Höherstufungen von Großgerätefahrern.

*r.pee.* **Bis zum 4.12.79 haben die IG-Metall und die Volkswagen AG Erklärungsfrist über die Lohndifferenzierung, die die Aufstockung und Zusammenfassung der Lohngruppen wie folgt beinhalten soll:**

| LG | Lohn alt | Lohn niveau | Lohn neu |
|---|---|---|---|
| 1-4E | 11,81 | A | 12,11 |
| 4F | 11,95 | A | 12,11 |
| 5E/5F | 12,09/12,23 | B | 12,32 |
| 5H/2A | 12,35/12,53 | C | 12,53 |
| 2B | 12,53 | C | 12,53 |
| 3A/3B | 12,53/12,67 | D | 12,74 |
| 6E | 12,69 | D | 12,74 |
| 6F/4A | 12,87/12,88 | E | 13,22 |
| 6H/4B | 13,08/13,10 | E | 13,22 |
| 5A/7E | 13,32/13,56 | F | 13,70 |
| 5B | 13,69 | F | 13,70 |
| 7F/6A | 13,88/14,14 | G | 14,36 |
| 7H | 14,24 | G | 14,36 |
| 6B/8E | 14,75/15,00 | H | 15,02 |
| 8F/7A | 15,34/15,43 | I | 15,68 |
| 8H | 15,68 | I | 15,68 |
| 7B/9E | 16,16/16,31 | K | 16,34 |
| 9F/9H | 16,64/16,98 | L | 17,00 |
| 9Q | 17,25 | M | 17,66 |

Weiter soll eine Gleitklausel für Facharbeiterlohngruppen beschlossen werden. Die Kapitalistenverbände sind gegen die Lohndifferenzierung.

*Veranstaltungskalender*

**Mao Zedong: „Fünf Philosophische Monographien"**

*Flensburg,* 26. bis 30.11., 20 Uhr, Pestalozzi-Schule, Waitzstr.
*Landkreis Harburg,* 26. bis 30.11., 20 Uhr, Buchholz, Heideschule, Buensener Weg
*Nord,* 26. bis 30.11., 20 Uhr, Schule Fraenkelstr., Fraenkelstr. 3

**Karl Marx: „Lohn, Preis und Profit"**

*Altona,* 3. bis 7.12., 20 Uhr, Gymn. Billrothstr. 33
*Bergedorf,* 17. bis 21.12, 20 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben
*Lüneburg,* 17. bis 21.12., 20 Uhr, Stucksaal an der Münze
*Harburg,* 3. bis 7.12., 20 Uhr, Gaststätte „Löschteich", Schwarzenbergstr. 70

**Friedrich Engels: „Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie"**

*Eimsbüttel,* 3. bis 7.12., 20 Uhr, Gymn. Kaiser-Friedrich Ufer

**Lenin: „Staat und Revolution"**

*Nord,* 3. bis 7.12., 20 Uhr, Schule Fraenkelstr. 3

**Josef Stalin: „Grundlagen des Leninismus"**

*Kiel-West,* 26. bis 30.11., 20 Uhr, Goethe Schule, Westring

**Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –**

**Zeichenkurs**

*Hamburg,* Freitag, 30.11., 18 bis 21 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a, II.Stock

**Sportgruppe**

*Hamburg,* Sonntag, 2.12., 10 Uhr, Turnhalle im Paul-Sudeck-Haus, Wiesendamm 135, Badezeug mitbringen

**Prozeß gegen 11 Angeklagte wegen Durchführung eines Propagandastandes gegen die Verbotdrohungen gegen KBW, KPD und KPD/ML**

*Flensburg,* 28./29.11. jeweils 9 Uhr, Amtsgericht Südergraben, Zimmer 32

**Prozeß gegen B.Balzer und B.Behrends wegen Beleidigung des Bürgermeisters Embacher in Norderstedt**

*Kiel,* 26.11., 9 Uhr, Amtsgericht Saal 106

**Öffentliche Revisionsverhandlung gegen Chr. Voss wegen ungenehmigter Veranstaltung zum Rekruteneinzug in Plön**

*Schleswig,* 26.11., 10 Uhr, Oberlandesgericht, Gottorfstr. 2, Saal 14

**Prozeß gegen K.Qualmann wegen Teilnahme an verbotener Irandemonstration am 13.1.79**

*Kiel,* 27.11. 9.30 Uhr, Amtsgericht, Saal 358

**Fortsetzung der Berufungsverhandlung gegen J.Oberkampf u.a. wegen Angriff auf die Wahlkampfmanöver der bürgerlichen Parteien**

*Hamburg,* 27.11., 13 Uhr, 29./30.11, jeweils um 9 Uhr, Jenkelhaus, Max-Brauer-Allee 134, Zi. 126.

## HAW: Höhere Bezahlung von Rufbereitschaft und Notdienst durchgesetzt

*b.güt.* In den Produktionsabteilungen bei HAW wird überwiegend Kontischicht gearbeitet. D.h. rund um die Uhr und auch an Sonn- und Feiertagen. Von den Meß- und Regeltechnikern, die normalerweise Tagschicht arbeiten, verlangen die Kapitalisten, daß sie am Wochenende auf Anruf für Reparaturen an den Computern zur Verfügung stehen. Von Freitag nach Feierabend bis Montagsmorgens 7 Uhr wird Rufbereitschaft angeordnet. Diese Möglichkeit gibt der Manteltarifvertrag den Kapitalisten. Über die Bezahlung der Rufbereitschaft ist dort jedoch nichts geregelt. Rufbereitschaft wird in den Wintermonaten auch für die Hofkolonne (Streudienst) angeordnet, damit der Metalltransport von der Hütte zur Gießerei nicht durch Glatteis unterbrochen wird.

Für die Rufbereitschaft von Feierabend bis zum nächsten Morgen zahlt HAW ganze 25 DM. Für ein Wochenende 135 DM. Wird ein Arbeiter – sagen wir um 22.00 Uhr abgerufen, hat dieser Arbeiter dann einen Fahrtweg von einer Stunde, dauert die Reparatur eine Stunde, dann ist er nicht vor 1.00 Uhr wieder zu Hause und muß am nächsten morgen um 5.30 Uhr wieder hoch. Für diese ganze Schlaucherei die ihm den größten Teil des Schlafs und seiner Familie einen unruhigen Abend gekostet hat, zahlt HAW einen Stundenlohn plus Überstunden- und Nachtzuschläge von 35%. Das sind – je nach Stundenlohn – um die 20 DM. Bei dem ganzen Einsatz wird obendrein noch vorausgesetzt, daß der Arbeiter mit seinem eigenen PKW zur Arbeit kommt, was HAW keinen Pfennig kostet.

Wo die HAW-Kapitalisten nicht durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen zur Bezahlung für die Vernutzung der Arbeitskraft außerhalb des 8-Stundennormalarbeitstages gezwungen sind, wollen sie die Arbeitskraft umsonst. Das ist so beim Zweischichtbetrieb, der die Chemiekapitalisten keinen Pfennig mehr kostet, und das ist so bei telefonisch eingeholten Ratschlägen bei Handwerkern, wenn nachts Not am Mann ist. Teilweise gelingt es den Kapitalisten dann auch, die Arbeiter zu bewegen, nachts zur Reparatur in den Betrieb zu kommen.

Seit 2 Jahren fordern die Arbeiter und Angestellten, daß bei Rufbereitschaft die Arbeitszeit ab Anruf bezahlt wird und die Vernutzung des eigenen PKW von HAW bezahlt wird. Die Kapitalisten haben das zuerst strikt abgelehnt, dann waren sie bereit eins von beiden zu bezahlen, jetzt werden sie ab 1.1.1980 sowohl eine Fahrzeitpauschale als auch km-Geld zahlen müssen. Gezwungen wurden sie dazu durch die Aktionen der Arbeiter und Angestellten, die bei Rufbereitschaft nicht mehr mit eigenem PKW, sondern mit öffentlichen Verkehrsmitteln kamen, was schon zu erheblichen Verzögerungen geführt hat. Vereinzelt kam es auch dazu, daß bei Wohnungswechsel sich die Arbeiter kein neues Telefon bestellten. Auch bei den Arbeitern, die bei Notdiensten freiwillig kamen, stieg der Unmut. Jetzt müssen die Kapitalisten bei Notdiensten mindestens 2 Stunden und Fahrtzeit bezahlen. Über Rufbereitschaft und Notdienste sollen jetzt neue Betriebsvereinbarungen abgeschlossen werden. Die Arbeiter sind sich im klaren, daß sie ihre Forderung noch nicht vollständig durchgesetzt haben. Die Kapitalisten sollen auch für schichtähnliche Arbeit so teuer wie möglich bezahlen.

## Verbindliche Wirtschaftspläne für Krankenhäuser

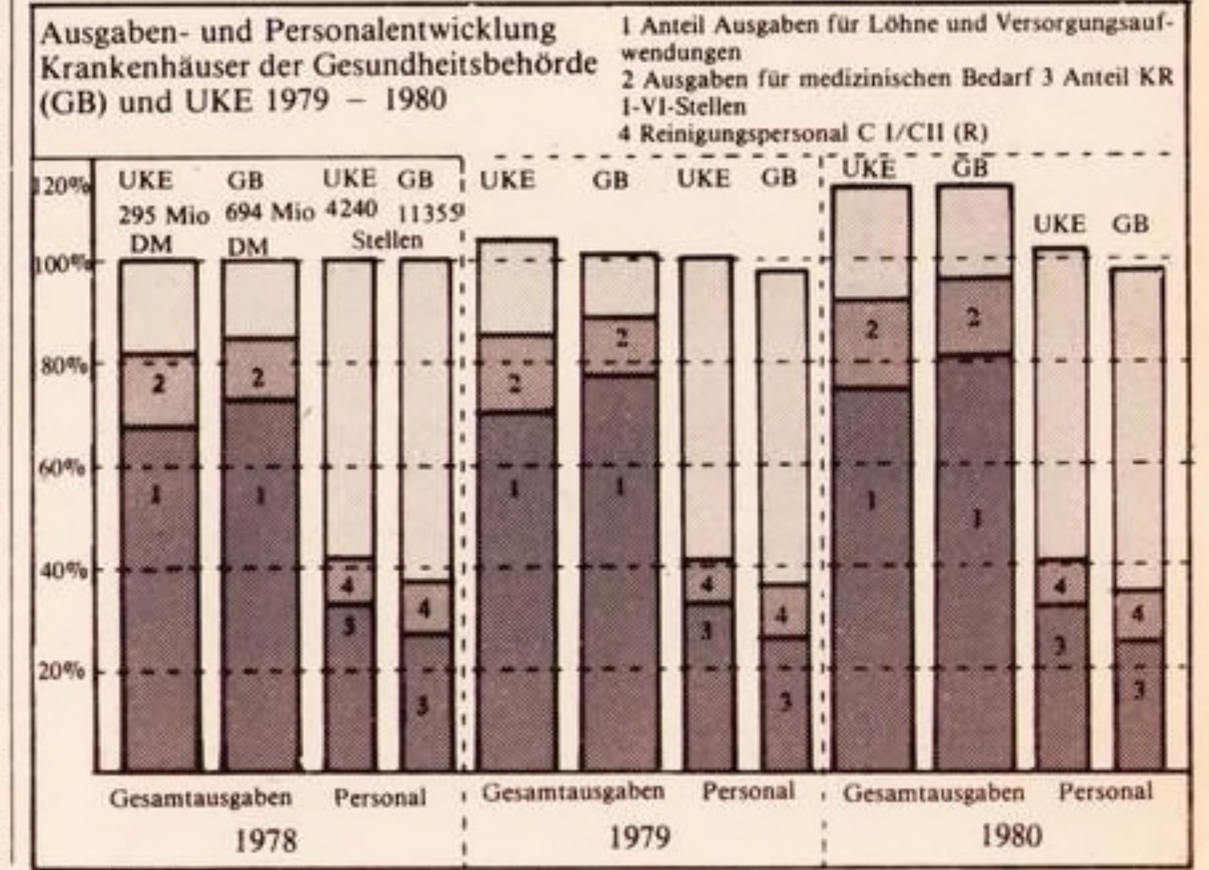
### Stellenstreichungen/steigende Kosten für medizinischen Bedarf

*b.kym.* Erstmals liegen mit dem Haushaltsplan des Hamburger Senats für 1980 Wirtschaftspläne für die staatlichen Krankenhäuser vor. Ergebnis einer nunmehr 7-jährigen Geschichte zur Umstrukturierung der Krankenhäuser – insbesondere des Rechnungswesens – zwecks Kostendämpfung = Einschränkung der Krankenhausversorgung im Auftrag Ehrenbergs. Mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 hatte er die Einführung der kaufmännischen Buchführung vorgeschrieben, um die Krankenhauskosten transparenter zu machen, d.h. die Punkte zu finden, wo gestrichen werden soll.

Gescheitert ist der Plan des Senats, die Krankenhausbetriebsgesellschaft einzuführen, aufgrund ,,erheblicher Unruhe unter den Mitarbeitern" gegen diesen ,,Kosten"-Betrieb. Jetzt soll der Betrieb nach §26 Landeshaushaltsordnung eingeführt werden: Wesentliches Kernstück – ein Wirtschaftsplan. Noch immer genügen diese Pläne den Anforderungen der Bürgerschaft nach Kosteneinsparungen nicht: ,,Detailliertes Zahlenmaterial liegt aufgrund der bisherigen Veranschlagungs- und Buchungsmethodik nicht vor. Erst nach Aufstellung der Kosten- und Leistungsrechnung werden sich exaktere Zahlenangaben ermöglichen" (Plan UKE). Dem Senat scheint nichts zu teuer, um langfristige Kostendämpfung durchzusetzen: über 1 Mio. DM wurden in zwei Jahren für Gutachten zur Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens ausgegeben.

Was ist neu an den Wirtschaftsplänen? Laut haushaltsrechtlichem Vermerk sind sie verbindlich, Mehreinnahmen können zur Deckung von Mehrbedarf verwendet werden, für Einhaltung sind die Krankenhäuser selbst verantwortlich. Die einzelnen Kostenarten sind genauer als bisher aufgeschlüsselt. ,,Ertrag" und ,,Aufwand" decken sich. Staatliche Subventionen sind nicht mehr getrennt, sondern unter Erträgen aufgeführt. Für das UKE z.B. 45,1 Mio. DM = 15,3% des Haushalts. Es wird bei einem Pflegesatz von 246,75 DM (Selbstkosten 289,50 DM) weiterhin als Renommierkrankenhaus für Forschung und Lehre erheblich subventioniert. Betten werden nicht gestrichen, Personal wird geringfügig aufgestockt: 1978 4240 Stellen, 1980 4306. Ganz anders bei den Krankenhäusern der Gesundheitsbehörde: die Bettenzahl wurde von 10141 auf 9232 gesenkt, das Personal von 11355 auf 11093. Die Devise Elstners bleibt, Lohnkosten senken. Die größten Streichungen bei den unteren Lohngruppen. Im Pflegebereich wurden bei KR I-VI 147 Stellen gestrichen, bei den Arbeitern 141, davon 86 beim Reinigungspersonal. Im Schaubild, wo wir 1978 als 100% gesetzt haben, wird deutlich, daß der Anteil der Stellen für Pflege-und Reinigungspersonal überproportional sinkt. Daran kann man die enorm gestiegene Arbeitshetze ermessen.

Die Ausgaben für medizinischen Bedarf steigen. Die Begründungen dafür werfen ein Schlaglicht auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung: steigende Zahlen von schweren Unfällen, mehr Herzschrittmacher, mehr Verbrauch von Krebsbekämpfungsmitteln und Antibiotika, mehr Operationen. Gleichzeitig Beleg, daß die Beschäftigten die Kostendämpfung bis heute nicht mitmachen.




## Kann das Gericht Beweisführung über die imperialistische Politik der BRD verhindern?

*b.clm.* Im Flensburger Wehrkraftzersetzungsprozess sind mittlerweile alle Zeugen der Anklage vernommen worden. Da die ganze Taktik der Staatsschutzkammer Flensburg darauf abzielte, die Verteilung der Volksmiliz, der Zeitung der Soldaten- und Reservistenkomitees, nachzuweisen, jede politische Auseinandersetzung zu unterdrücken, und so ohne Gesichtsverlust zu Verurteilungen zu kommen, könnte man denken, daß sie jetzt am Ziel angekommen sei.

Doch die Staatsschutzkammer ist sich da selbst nicht ganz sicher. Für eine Verurteilung Brauchbares hat sie aus den Zeugen kaum herauspressen können. Direkt greifbar haben die Richter die in der Armee tatsächlich vorhandene Spaltung erfahren können. Die einfachen Soldaten und Un-

den, statt daß es dem Gericht gelungen wäre, die Beweisführung zu unterdrücken. Kann es jetzt die Auseinandersetzung über die Militärpolitik der Bourgeoisie, deren imperialistische Ziele, die Unterwerfung der einfachen Soldaten unter das Sold- und Schindersystem verhindern? Die Bundesregierung muß ihre Militärpolitik mit dem Schein aktiver Friedenspolitik umgeben. Also kann auch das Gericht nicht einfach offen die militärpolitischen Ziele des BRD-Imperialismus vertreten. Nun halten aber offenbar die Soldaten gar nichts davon, daß für diese Ziele ihre Arbeitskraft immer mehr zerschlissen wird, sondern sie stellen in zunehmendem Maße Forderungen dagegen auf, die Büsumer Fischer haben bekräftigt, daß sie durch die Schießübungen in der Meldorfer Bucht ihre Existenz nicht ruinieren lassen. Auf

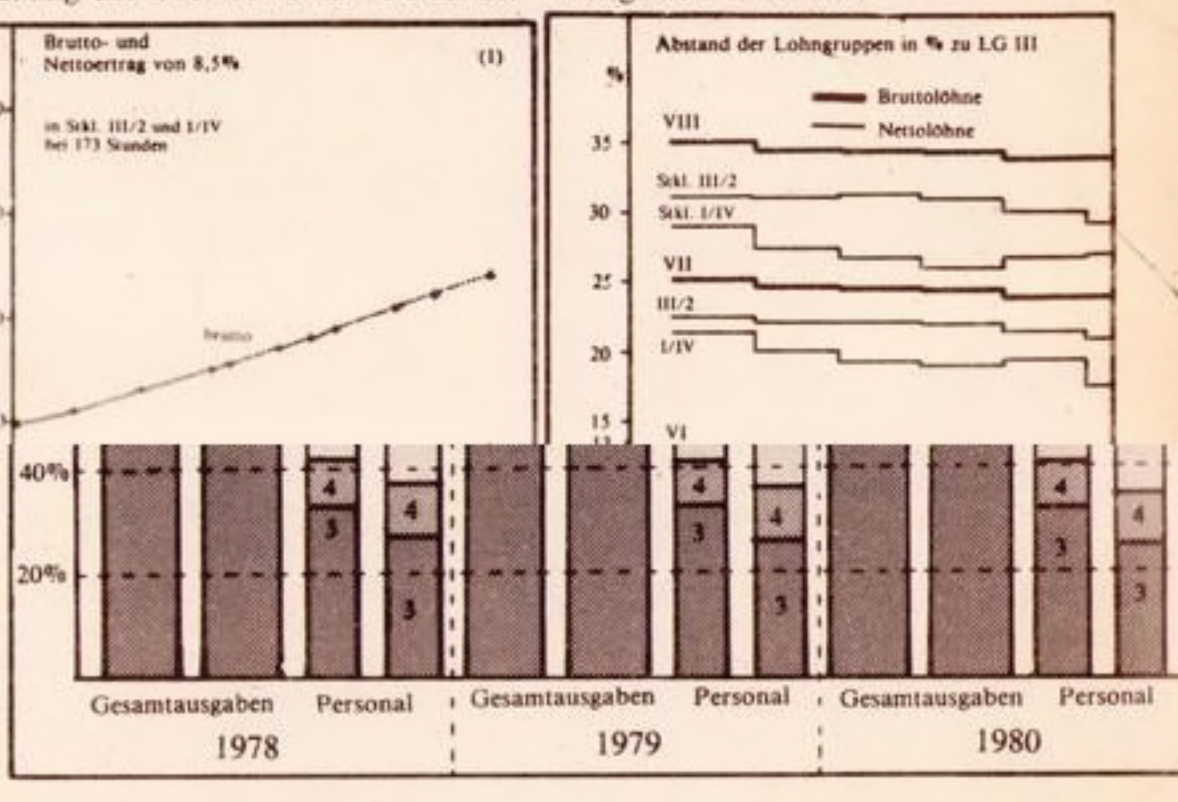
## Bundestarifkomission Seehäfen beschließt 8,5%

### Kapitalisten nutzen Arbeitslosigkeit zur Spaltung

*b.ruo.* In einer Kampfabstimmung hat die Bundestarifkommission Seehäfen der ÖTV am 16.11. in Bremen eine 8,5%-Lohnforderung beschlossen. Aus Hamburg waren 10% vorgeschlagen worden, aus Bremen 8,5%. Unter dem Druck höherer Arbeitslosigkeit und niedrigerer Löhne setzte sich die Forderung aus den Bremer Häfen durch. Im Flugblatt vom 22.10. hatte sich der ÖTV-Hauptvorstand für eine reine Prozentforderung ausgesprochen, ,,weil eine anders strukturierte Forderung zur Entsolidarisierung führen kann" und ,,langfristig erhebliche negative Auswirkungen auf das Lohngruppen-und Gehaltsgefüge" habe. Tatsächlich sind die Lohngruppen in den letzten Jahren zusammengerückt. Allerdings im Nettolohn durch die

rif nach 6 Wochen Urlaub, Verkürzung bzw. Abschaffung der Nachtarbeit ... Für die Urlaubsverlängerung wollen die Kapitalisten die Contischichtarbeit an den Containerterminals.

Bestrebungen, sie durch arge Verteuerung der Contischichtarbeit davon abzuhalten, sind gefährlich. Diesen ,,Meilenstein" werden sich die Kapitalisten etwas kosten lassen. Seit Jahren bekämpfen die Hafenarbeiter die Nacht- und Wochenendarbeit. Regelmäßig haben die Kapitalisten Schwierigkeiten, das Wochenende aus Freiwilligen zu besetzen.



nach Stundenlohn – um die 20 DM. Bei dem ganzen Einsatz wird obendrein noch vorausgesetzt, daß der Arbeiter mit seinem eigenen PKW zur Arbeit kommt, was HAW keinen Pfennig kostet.

Wo die HAW-Kapitalisten nicht durch Tarifverträge oder Betriebsver-

schaft und Notdienste sollen jetzt neue Betriebsvereinbarungen abgeschlossen werden. Die Arbeiter sind sich im klaren, daß sie ihre Forderung noch nicht vollständig durchgesetzt haben. Die Kapitalisten sollen auch für schichtähnliche Arbeit so teuer wie möglich bezahlen.

wurden in zwei Jahren für Gutachten zur Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens ausgegeben.

Was ist neu an den Wirtschaftsplänen? Laut haushaltsrechtlichem Vermerk sind sie verbindlich, Mehreinnahmen können zur Deckung von Mehrbedarf verwendet werden, für Einhaltung sind die Krankenhäuser selbst verant-

Kann das Gericht Beweisführung über die imperialistische Politik der BRD verhindern?

b.clm. Im Flensburger Wehrkraftzersetzungsprozess sind mittlerweile alle Zeugen der Anklage vernommen worden. Da die ganze Taktik der Staatsschutzkammer Flensburg darauf abzielte, die Verteilung der Volksmiliz, der Zeitung der Soldaten- und Reservistenkomitees, nachzuweisen, jede politische Auseinandersetzung zu unterdrücken, und so ohne Gesichtsverlust zu Verurteilungen zu kommen, könnte man denken, daß sie jetzt am Ziel angekommen sei.

Doch die Staatsschutzkammer ist sich da selbst nicht ganz sicher. Für eine Verurteilung Brauchbares hat sie aus den Zeugen kaum herauspressen können. Direkt greifbar haben die Richter die in der Armee tatsächlich vorhandene Spaltung erfahren können. Die einfachen Soldaten und Un-teroffiziere konnten und wollten sich an nichts Genaues mehr erinnern. Polizeioffizier Mertelsmann hat so offensichtlich gelogen, daß sich das Gericht schon gut überlegen muß, ob es auf seine Aussage eine Verurteilung stützen will.

Warum und zu welchem Zweck die GSG 9 zu einer Killertruppe ausgebildet wird, ist durch die Auseinandersetzungen im Prozess nur klarer gewor-

den, statt daß es dem Gericht gelungen wäre, die Beweisführung zu unterdrücken. Kann es jetzt die Auseinandersetzung über die Militärpolitik der Bourgeoisie, deren imperialistische Ziele, die Unterwerfung der einfachen Soldaten unter das Sold- und Schindersystem verhindern? Die Bundesregierung muß ihre Militärpolitik mit dem Schein aktiver Friedenspolitik umgeben. Also kann auch das Gericht nicht einfach offen die militärpolitischen Ziele des BRD-Imperialismus vertreten. Nun halten aber offenbar die Soldaten gar nichts davon, daß für diese Ziele ihre Arbeitskraft immer mehr zerschlissen wird, sondern sie stellen in zunehmendem Maße Forderungen dagegen auf, die Büsumer Fischer haben bekräftigt, daß sie durch die Schießübungen in der Meldorfer Bucht ihre Existenz nicht ruinieren lassen. Auf keinen Fall will die Staatsschutzkammer die Verteidigung dieser Politik übernehmen. Einfache Unterdrückung der Beweiserhebung hat aber bisher nur dazu geführt, daß Debatte und Klarheit in Kasernen, Betrieben, Schulen und auf der Straße zugenommen haben. Die am kommenden Samstag in Flensburg angemeldeten elf Informationsstände werden solche Unterdrückung erschweren.

Bundestarifkomission Seehäfen beschließt 8,5%

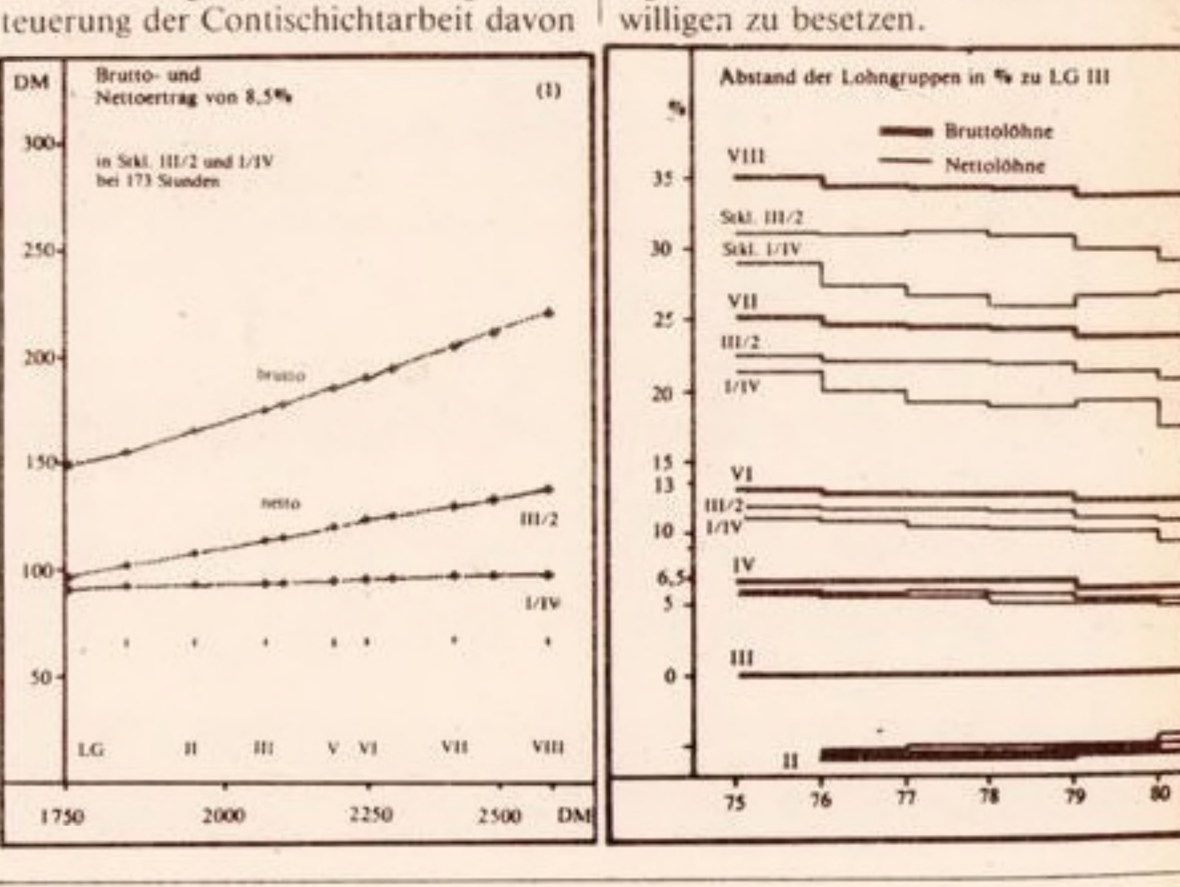
Kapitalisten nutzen Arbeitslosigkeit zur Spaltung

b.ruo. In einer Kampfabstimmung hat die Bundestarifkommission Seehäfen der ÖTV am 16.11. in Bremen eine 8,5%-Lohnforderung beschlossen. Aus Hamburg waren 10% vorgeschlagen worden, aus Bremen 8,5%. Unter dem Druck höherer Arbeitslosigkeit und niedrigerer Löhne setzte sich die Forderung aus den Bremer Häfen durch. Im Flugblatt vom 22.10. hatte sich der ÖTV-Hauptvorstand für eine reine Prozentforderung ausgesprochen, ,,weil eine anders strukturierte Forderung zur Entsolidarisierung führen kann" und ,,langfristig erhebliche negative Auswirkungen auf das Lohngruppen-und Gehaltsgefüge" habe. Tatsächlich sind die Lohngruppen in den letzten Jahren zusammengerückt. Allerdings im Nettolohn durch die Steuerprogression. Sie drückt alle, dabei die oberen Lohngruppen noch brutaler als die unteren. Durch Tarifvertrag wurde das Lohngefüge dagegen noch aufgespreizt. Nämlich seit Einführung der Lohngruppe II 1976. Der 100 DM Mindestbetrag 1979 wirkt dem kaum entgegen.

Begonnen haben inzwischen auch die Verhandlungen um den Rahmenta-

rif nach 6 Wochen Urlaub, Verkürzung bzw. Abschaffung der Nachtarbeit ... Für die Urlaubsverlängerung wollen die Kapitalisten die Contischichtarbeit an den Containerterminals.

Bestrebungen, sie durch arge Verteuerung der Contischichtarbeit davon abzuhalten, sind gefährlich. Diesen ,,Meilenstein" werden sich die Kapitalisten etwas kosten lassen. Seit Jahren bekämpfen die Hafenarbeiter die Nacht- und Wochenendarbeit. Regelmäßig haben die Kapitalisten Schwierigkeiten, das Wochenende aus Freiwilligen zu besetzen.




## Bäckerinnen und NGG Flensburg fordern die 5-Tage-Woche

*b.dam.* Auf der Herbstversammlung der Flensburger Bäckerinnung am 16.11.79 wurde von der Mehrheit der über 90% aller Bäcker Anwesenden die Forderung nach Einführung der 5-Tage-Woche aufgestellt. Während der Zentralverband und die Innungsverbände der Bäcker auf Landesebene die interne Regelung vorgeschlagen hatten, da ,,einer generellen Einführung bei der Vielfalt back- und verkaufstechnischer Gegebenheiten des Bäckerhandwerks große Schwierigkeiten gegenüberstünden", bestand die Flensburger Innung auf einer allgemeinen Änderung der Arbeitszeitordnung. Die Gewerkschaft Nährung, Gaststätten und Genuß (NGG) hat in Gesprächen mit der Innung die Forderung für die Arbeiter im Backgewerbe bekräftigt.

1977 sind in Schleswig-Holstein ca. 50 kleine und mittlere Bäckereibetriebe ruiniert worden, die der Konkurrenz der industriellen Brotproduktion nicht mehr standhalten konnten. Mit einer veralteten Maschinerie sind die kleinen, meist Familien-Bäckereien, gezwungen, den Ruin durch maßlose Ausdehnung der eigenen Arbeitskraft und der fremden Arbeitskraft, der Gesellen oder Lehrlinge, aufzuhalten. Bei dem durchschnittlichen Maschinenbestand eines kleinen Bäckers, nämlich drei bis vier Knet- und Rührmaschinen, zwei Abrißgeräten (für Brötchen), Schneidegeräten und einem Etagenofen, können keine zusammenhängenden Arbeitsvorgänge organisiert werden. Die Arbeitszeitordnung deckt folgende Zeiten für Arbeiter des Backgewerbes ab: der Arbeitstag beginnt zwischen ein und zwei Uhr und endet zwischen 12.30 und 13.30 Uhr, wochentags meist noch später. Beinhaltet ist die 6-Tage-Woche, da samstags ebenfalls gebacken werden muß. Die Wochenarbeitszeit liegt in der Regel über 50 Stunden. Vergütet wird die Arbeit bei Nacht zwischen 22 Uhr und 4 Uhr mit 66%, ohne die es bei den niedrigen Tariflöhnen von 10 DM brutto für einen ausgelernten Bäckergesellen über 21 Jahre nicht ginge. Die Kündigung des Lohn- und Gehaltstarifvertrages für gewerbliche Arbeiter und Verkäuferinnen im Bäckerhandwerk ist am 31.5.80.

## Die Lehrer rücken von ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht ab

*b.trg.* Sofort nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Ministerpräsidenten in Celle wo für Hamburg, Westberlin und Schleswig-Holstein keine Verkürzung der Arbeitszeit rausgekommen ist, sagte der Vorsitzende der GEW-Hamburg, D. Lemke: ,,Durch diesen Beschluß bleibe der Arbeitsfrieden an den Hamburger Schulen weiter gestört". Nicht umsonst haben 5200 Lehrer in Hamburg und tausende in Niedersachsen und Hessen gestreikt, um mit Nichts abgespeist zu werden.

Remmers hatte gleich mit dem Beamtenrecht zugeschlagen und 7 Lehrer in Niedersachsen suspendiert. Grolle brütet jetzt ebenfalls Größeres aus. Zunächst sollen die 5200 Lehrer, die gestreikt haben, in solche, die Unterricht hatten – 3900 – und solche, die keinen Unterricht hatten – 1300 – gespalten werden. Die Ersteren sollen zu dem Gehaltsabzug eine schriftliche Mißbilligung in die Personalakte bekommen. Verbeamtungen auf Lebenszeit und Beförderungen sollen hinausgezögert werden, ließen voreilige Oberschulräte verlauten, um die Kollegen einzuschüchtern. 50 Schulleiter haben gestreikt. Das wiegt schon schwerer in den höheren Etagen der Schulbehörde. Beamte, die als verlängerter Arm der Dienstaufsicht in den Schulen eingesetzt sind, streiken und brechen das Beamtenrecht. Gegen sie will Grolle schärfer vorgehen. Er faßt eine Gehaltskürzung von 50% ins Auge.

Ca. 10000 Unterrichtsstunden wären ausgefallen durch den Streik, versucht Grolle die Eltern wieder auf seine Seite zu bekommen. Aber das zieht nicht mehr, wo doch wöchentlich ca. 6% des Unterrichts an Hamburger Schulen ausfallen. Hiergegen schliessen sich die Eltern zusammen und sammeln gerade Unterschriften und Material, um gegen die Behörde vorzugehen.

Gegen die Suspendierungen haben viele Lehrer Briefe an Remmers und nachrichtlich an Grolle geschrieben, so die Schulkreiskonferenz 52, 24 Referendare des Hauptseminars II/79/4 und die Fachschüler der G16. Nur so können die Suspendierungen zurückgeschlagen werden und Grolle wird seine Disziplinarmaßnahmen nicht so leicht durchsetzen können.

In den Schulen wird jetzt die Aktion ,,Gläserne Schule" vorbereitet. Während dieser Zeit arbeiten die Lehrer 42,5 Stunden (Ferien mit umgerechnet) in der Schule. Alles, was nicht geschafft wird in dieser Zeit, wird notiert und veröffentlicht für Schüler und Eltern. Sechs Schulen haben schon vor dem Streik in dieser Aktion demonstriert, wieviel mehr ihre Arbeitskraft tagtäglich vernutzt wird, wenn sie alle Arbeiten erledigen würden. Bis zu 45% der Unterrichtsvorbereitungen, 20% der Verwaltungsarbeiten und insgesamt 20% der gesamten Aufgaben wurden nicht erledigt. Das wären umgerechnet pro Tag 1,55 Überstunden, wöchentlich 7,7 Stunden, also eine Wochenarbeitszeit von 50,2 Stunden.

Berechnet man nun diese Wochenarbeitszeit auf einen Lehrerlohn, z.B. netto A13, Dienstaltersstufe 6, Steuerklasse III/ 1 Kind, 2600 DM, so kommt man auf einen Stundenlohn von 10,80 DM (wobei ein Teil der Stunden als Feiertagsarbeit gerechnet wurde). Da soll noch jemand auf den so hoch bezahlten Lehrerlohn hetzten.

# Durch Prämienarbeit sinkt der Lohn

## Untersuchung des Prämiensystems bei Dräger/Lübeck

*b.ink.* Die Drägerwerke sind mit über 4400 Beschäftigten der größte Betrieb in Lübeck. Hergestellt werden medizinisch-technische Geräte, z.B. Narkosegeräte, Gasanalyseröhrchen, Atemgeräte und Geräte der Tauchtechnik.

Das von uns untersuchte System des Prämienlohns wird bei Werkzeugmaschinen angewandt. Auf diesen Maschinen werden die Einzelteile der oben beschriebenen Geräte gefertigt. Die Seriengröße liegt zwischen 20 und 5000 Stück. Der Prämienlohn ist ein akkordartiges System, da ihm, im Gegensatz zum Zeitlohn, geleistete Minuten zugrunde liegen und nicht nach der Anwesenheit in Stunden bezahlt wird. Die Berechnung geht wie folgt: Am Ende eines Monats werden die produktiven Minuten, die Firma sagt, die Nutzungszeit, an den Fahrtenschreibern abgelesen. Dies sind die Minuten, die die Maschinen der Abteilung effektiv gelaufen sind. Diese Minuten werden ins Verhältnis gesetzt zu der Zeit, an denen die Maschinen besetzt waren. Von diesen Besetzungszeiten werden vorher die Zeiten abgezogen, die aus der Prämie herausgezogen sind. Das Verhältnis von Effektivlaufzeit und Besetzungszeit ergibt eine Prozentzahl. Diese Prozentzahl wird verglichen mit der von der Prämienabteilung und Arbeitern ausgehandelten Prozentzahl. Ist die ausgerechnete Prozentzahl höher als die ausgehandelte, so ergibt das 135% für die Kolonne. Liegt sie niedriger, entsprechend weniger.

Da sind zuerst die effektiven Minuten, die der Fahrtenschreiber registriert. Diese Minuten drücken aus, wie es dem bedienenden Arbeiter gelingt, die Maschine am Laufen zu halten. Je öfter es den Arbeitern gelingt, pro Tag an die 480 Minuten, die das Maximum des Achtstundentages sind, heranzukommen, desto besser ist das Verhältnis von effektiven Minuten zu den Besetzungszeiten. Mit dieser Überlegung im Hinterkopf sehen sich die Arbeiter gezwungen, Sicherheitsbestimmungen beiseite zu lassen. Das Messen wird zum Problem. Will man keinen Stillstand, werden die fertigen Teile gemessen, während die Maschine läuft, die Aufmerksamkeit muß also zwischen zu messenden Teilen und laufender Maschine geteilt werden. Bei kurzen Laufzeiten wird das haarig. Ist man mit dem Messen noch nicht fertig, wenn die Maschine stoppt, und ein neues Teil muß eingespannt werden, so tritt die Korrektur unter Umständen erst beim übernächsten Fall in Kraft bzw. man mißt so schnell, daß vielleicht Maße vergessen werden. Nicht enthalten in den produktiven Minuten sind Zeiten, in denen Stähle oder Werkzeuge gewechselt werden. Das fällt unter Betriebsmittelstörungen, die von den Besetzungszeiten abgezogen werden.

Sinn der Berechnung ist, festzustellen, ob die effektiven Minuten dem ausgehandelten Prozentsatz entsprechen. Dieser ist die Zeit,ausgedrückt in Prozent, die von der gesamten Besetzungszeit notwendig ist, um 135% bezahlt zu bekommen. Für die Arbeiter der jeweiligen Kolonne ist es fast unmöglich, die Berechnung nachzuvollziehen. Hierfür werden die effektiven Minuten der einzelnen Maschinen gebraucht. Die könnte man am Ende des Monats aufschreiben. Was dann aber nicht mehr ohne größeren Aufwand zu bekommen ist, sind die Besetzungszeiten der Maschinen, die errechnet werden aus den Stunden, die auf den Stempelkarten der Arbeiter stehen und dann bezogen werden auf die Schichtpläne, auf denen steht, wer welche Maschine bedient hat. Sollte auch das gelungen sein, so kommt dann erst die wirkliche Klippe. Von diesen Besetzungszeiten müssen die Stunden abgezogen werden, die aus der Prämie rausgenommen sind, also Störungen.

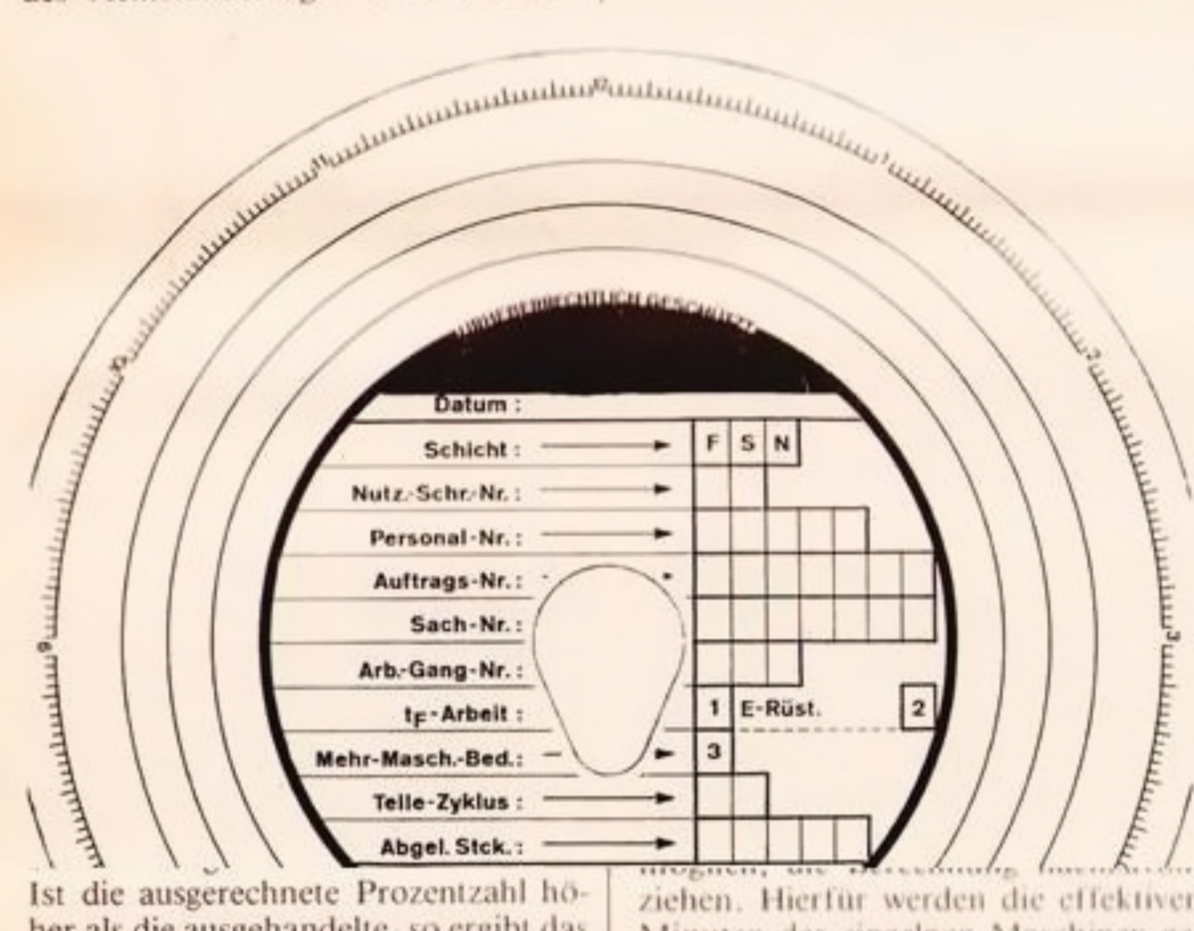
Erstmal werden alle Störungszeiten, die unter einer Stunde liegen, nicht abgezogen. Der einzelne Arbeiter an der Maschine bekommt zwar die Zeit bezahlt ( Durchschnitt des letzten Vierteljahrs), aber da die Stunden nicht von den Besetzungszeiten abgezogen werden, sackt der Prozentsatz.

Treffen z.B. folgende Faktoren zusammen: Sind die Betriebsmittelstörungszeiten hoch und genauso die Störungen unter einer Stunde und ist durch häufige kleine Serien überdurchschnittliches Rüsten der Maschinen erforderlich, so ist die effektive Zeit an den Maschinen im Monat relativ gering, die Maschinenbesetzungszeiten aber unverändert, bzw. ist es möglich, daß sie höher sind als im Vormonat, da weniger Zeiten abgezogen werden. Und schon ist die Prämie gesackt, da der Anteil von produktiven Minuten an den Besetzungszeiten kleiner wird.

Andersherum tritt beim Zusammenwirken einer Reihe von Faktoren die Lage ein, daß der Prozentsatz höher als notwendig ist. Diese Stunden werden als Guthaben für die nächsten Monate behandelt. Sicherlich ein Vorteil gegenüber anderen Betrieben, in denen Akkordguthaben am Ende eines Monats einfach gestrichen werden. Ohne Betriebsrat und die Kollegen, die ihn seinerzeit in den Verhandlungen gestützt haben, wäre das mit Sicherheit heute bei Dräger genauso.

Ist das Guthaben über lange Zeit extrem hoch, werden die Kapitalisten den Zugriff auf diese Leistungen haben wollen. Die Prämienabteilung soll durch neue Zeitermittlung die Prozentzahl erhöhen. Von der Einheit der Arbieter wird es dann abhängen, dies zu verhindern.

Auszufüllen ist die Scheibe vom Arbeiter an der Maschine. Es werden eingetragen: Datum und Schicht (F, S, N stehen für Früh-, Spät- und Nachtschicht). Dann kommt die Nummer des Fahrtenschreibers, die Personalnummer, die Nummer des Auftrages gefolgt von der Sachnummer, die für die Art des Auftrages steht (ein Ventil, ein Gehäuse, usw.). Weiter die Arbeitsgangnummer, die angibt, welcher Unterauftrag vom Gesamtauftrag ausgeführt wird. Dann die Art der Arbeit (tF ist eine Tätigkeit, die nicht nach Prämie bezahlt wird). Erst-Rüsten bezeichnet Arbeiten, die völlig neu auf die Maschine genommen werden und darum längere Zeit zum Einrichten brauchen. Mehrmaschinenbediener ist der Arbeiter, der zwei Maschinen gleichen Typs gleichzeitig bedient, Teile-Zyklus bezieht sich darauf, ob ein oder mehrere Teile gleichzeitig gefertigt werden, Zum Schluß die gefertigten Teile pro Schicht und der Name. Auf der Scheibe ist durch unterschiedlich eingeschwärzte Streifen bei der Auswertung festzustellen, wieviele Minuten die Maschine gelaufen ist, wie lange und welcher Art die Störungen waren.




Ist die ausgerechnete Prozentzahl höher als die ausgehandelte, so ergibt das 135% für die Kolonne. Liegt sie niedriger, entsprechend weniger.

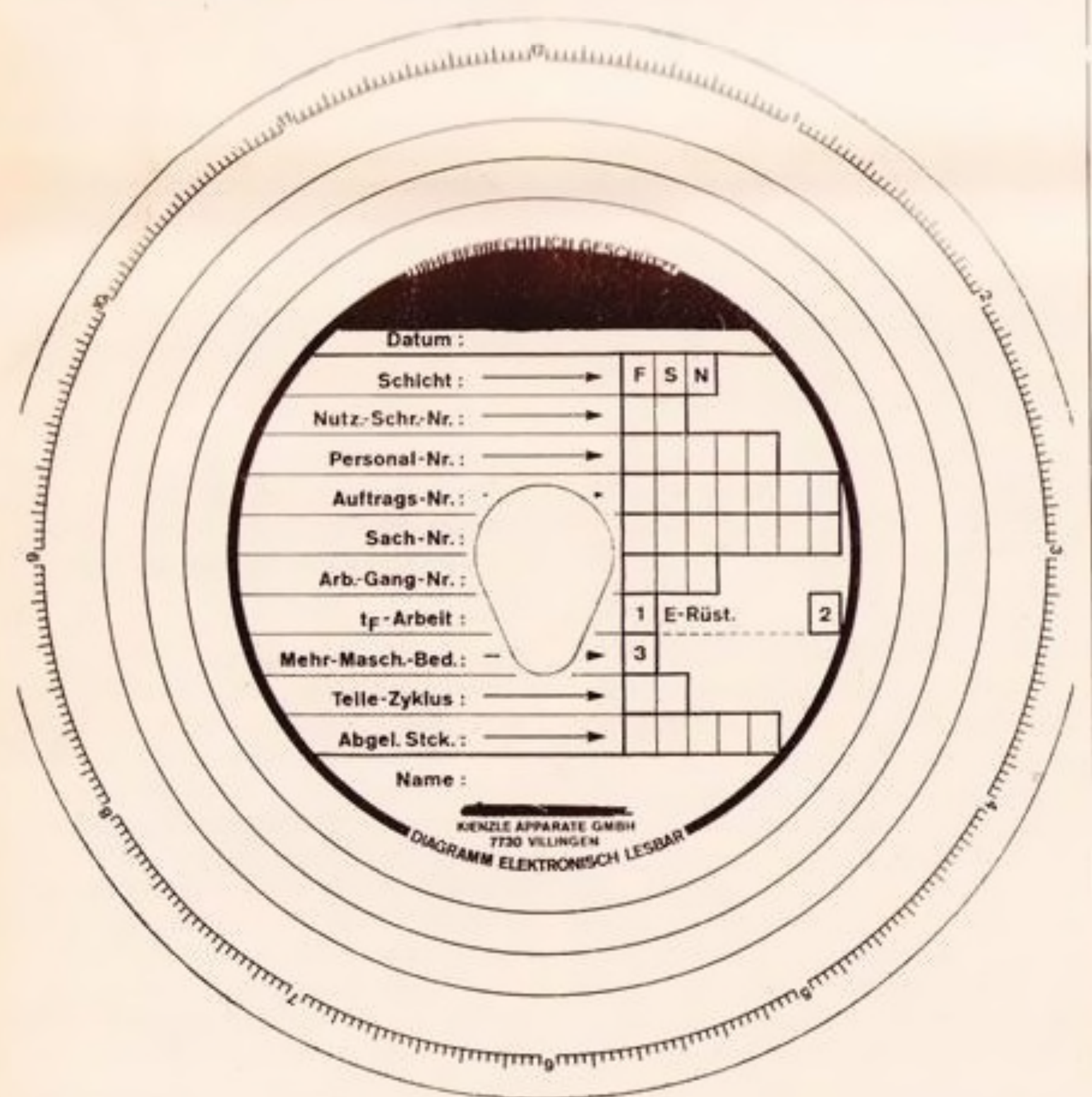
Da sind zuerst die effektiven Minuten, die der Fahrtenschreiber registriert. Diese Minuten drücken aus, wie es dem bedienenden Arbeiter gelingt, die Maschine am Laufen zu halten. Je öfter es den Arbeitern gelingt, pro Tag an die 480 Minuten, die das Maximum des Achtstundentages sind, heranzu-

ziehen. Hierfür werden die effektiven Minuten der einzelnen Maschinen gebraucht. Die könnte man am Ende des Monats aufschreiben. Was dann aber nicht mehr ohne größeren Aufwand zu bekommen ist, sind die Besetzungszeiten der Maschinen, die errechnet werden aus den Stunden, die auf den Stempelkarten der Arbeiter stehen und dann bezogen werden auf die Schichtpläne, auf denen steht, wer welche Maschine bedient hat. Sollte auch das ge-

gegenüber anderen Betrieben, in denen Akkordguthaben am Ende eines Monats einfach gestrichen werden. Ohne Betriebsrat und die Kollegen, die ihn seinerzeit in den Verhandlungen gestützt haben, wäre das mit Sicherheit heute bei Dräger genauso.

Ist das Guthaben über lange Zeit extrem hoch, werden die Kapitalisten den Zugriff auf diese Leistungen haben wollen. Die Prämienabteilung soll durch neue Zeitermittlung die Prozentzahl erhöhen. Von der Einheit der Arbieter wird es dann abhängen, dies zu verhindern.

Auszufüllen ist die Scheibe vom Arbeiter an der Maschine. Es werden eingetragen: Datum und Schicht (F, S, N stehen für Früh-, Spät- und Nachtschicht). Dann kommt die Nummer des Fahrtenschreibers, die Personalnummer, die Nummer des Auftrages gefolgt von der Sachnummer, die für die Art des Auftrages steht (ein Ventil, ein Gehäuse, usw.). Weiter die Arbeitsgangnummer, die angibt, welcher Unterauftrag vom Gesamtauftrag ausgeführt wird. Dann die Art der Arbeit (tF ist eine Tätigkeit, die nicht nach Prämie bezahlt wird). Erst-Rüsten bezeichnet Arbeiten, die völlig neu auf die Maschine genommen werden und darum längere Zeit zum Einrichten brauchen. Mehrmaschinenbediener ist der Arbeiter, der zwei Maschinen glei-

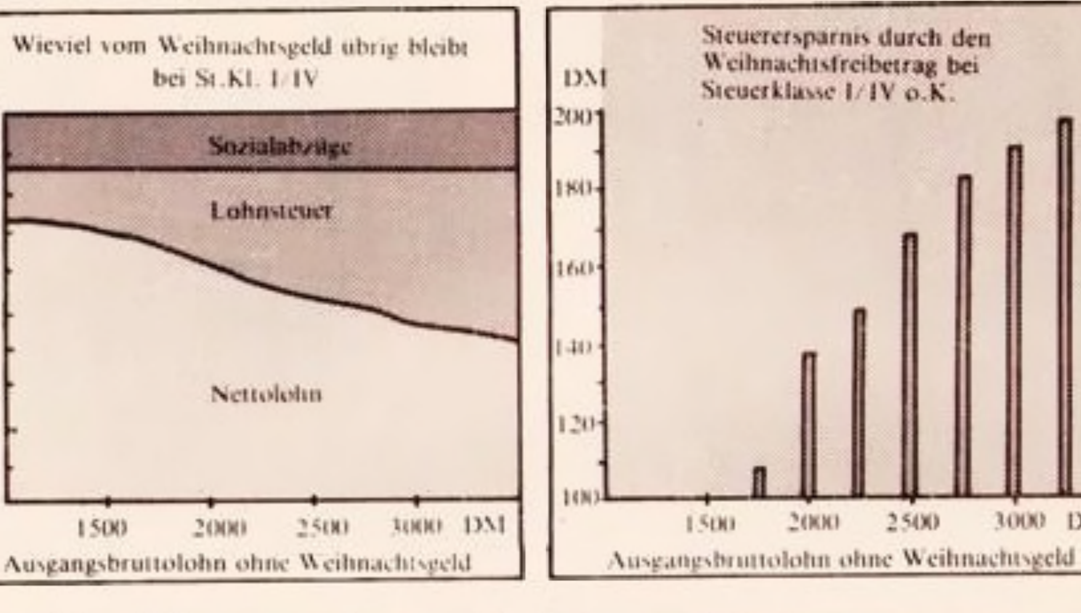



# Die Wirkung des Weihnachtsfreibtrages beweist: Eine Erhöhung des Grundfreibetrages ist nötig

*b.obj.* Mitte letzter Woche hat Matthöfer über die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages von 400 auf 700 DM geschwätzt. Denn natürlich wird dieses Jahr in vollem Umfang der im Dezember durch eventuelle Weihnachtsgeldzahlungen höhere Lohn geplündert. In der letzten Woche wurde in vielen Betrieben mit der Auszahlung des Weihnachtsgeldes begonnen, und der Umfang der Plünderung wurde brutal sichtbar. Wir haben im ersten Schaubild untersucht, wieviel Prozent von einem Weihnachtsgeld, das in der Höhe des normalen Monatslohnes gezahlt wird, übrig bleibt.

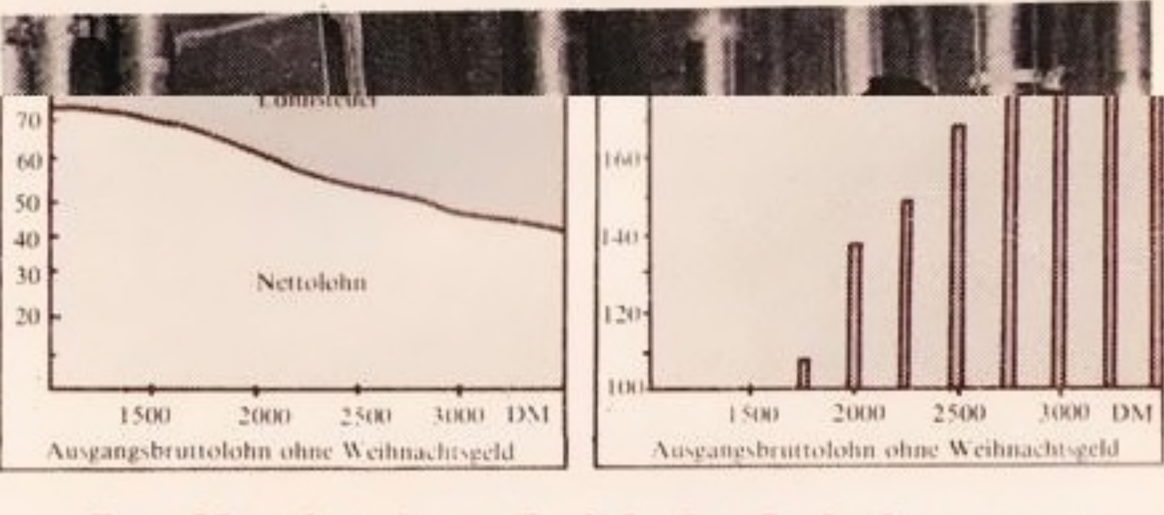
Im Öffentlichen Dienst und Chemie wird das gezahlt. Im Hafen muß man erst vier Jahre im Betrieb sein, bei der Metallbranche kommt man nach 3jähriger Betriebszugehörigkeit auf 50% und höher geht es nicht, und im Einzelhandel und Kautschuk-Bereich gibt es überhaupt keine tariflichen Vereinbarungen über die Zahlung von Weihnachtsgeld. Die Kapitalisten nutzen das, um über ,,freiwillige, jederzeit zu widerrufende'' Zahlungen die Belegschaften zu spalten und im Kampf zu fesseln.

In den Fällen jedoch, wo gezahlt wird, bleibt es immer unter 75% und wer mehr als 2750 DM Monatsbruttolohn hat, bekommt weniger als 50% ausbezahlt. Im zweiten Schaubild haben wir aufgezeichnet, welcher DM-Betrag durch den Weihnachtsfreibetrag eingespart wird bei den verschiedenen Löhnen. Es zeigt sich, daß der Weihnachtsfreibetrag die oberen Lohngruppen begünstigt. Bei einem Monatslohn von 3500 DM und einem gleichen Weihnachtsgeld beträgt die Steuerersparnis 200 DM. Wer nur 1500 DM monatlich verdient hat eine Steuerersparnis von unter 100 DM. Deshalb ist es vollständig richtig, wenn sich die Belegschaften nicht auf Versprechen einlassen über die Erhöhung oder Einführung dieser oder jener Freibeträge, sondern für die Durchsetzung der Erhöhung des Grundfreibetrages auf 25% vom Durchschnittslohn eintreten. Dies bringt allen Lohnabhängigen die gleiche Ersparnis, weil bei allen der gleiche DM-Betrag von der 22%-Besteuerung ausgenommen ist.




# Das Handwerk muß sich der Lohnbewegung Metall anschließen

*b.dip.* Mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 8 Beschäftigten für 1976 und einer Umsatzsteigerung von rund 40% in den Jahren 1975 bis 1978 (s. METALL Nr. 10/79) stellen sich die Lohnabschlüsse im Handwerk anders dar, als in der Metallindustrie. So liegt der Ecklohn bei dem Mechaniker- und dem Schmiedehandwerk in Hamburg um 16% über dem Ecklohn im Metallbereich. Gleichermaßen werden die Arbeitsbedingungen härter: ,,Zu schaffen macht ihnen die schlechte Luft im Schiffbau und der Lärm ... bis 65 hälts keiner durch'', so METALL zum Klimaanlagenbau im Schiffsrohbau. Zum 31. Dezember laufen die Tarifverträge im Metallhandwerk aus, und die Tarifkommission Hamburg will 10,5%. Das Angebot des Kapitalistenverbandes liegt bei ,,einer 5 vor dem Komma''. 10,5% auf den Metallhandwerksecklohn machen 185 DM aus und sind viel gegenüber den Absichten der Kapitalisten. Auf die niedrigste Lohngruppe angerechnet, ergeben sich 125 DM, was zu wenig ist. Eine Absicherung von Mindestbeträgen wäre hier ebenso notwendig wie im Metallbereich, zumal auch im Handwerk ein ,,privates Aushandeln'' von übertariflichen Zulagen immer mehr seine Grenzen findet. Das Handwerk kommt um einen Anschluß an die Lohnbewegung im Metallbereich nicht herum.




Das Handwerk muß sich der Lohnbewegung Metall anschließen

b.dip. Mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 8 Beschäftigten für 1976 und einer Umsatzsteigerung von rund 40% in den Jahren 1975 bis 1978 (s. METALL Nr. 10/79) stellen sich die Lohnabschlüsse im Handwerk anders dar, als in der Metallindustrie. So liegt der Ecklohn bei dem Mechaniker- und dem Schmiedehandwerk in Hamburg um 16% über dem Ecklohn im Metallbereich. Gleichermaßen werden die Arbeitsbedingungen härter: ,,Zu schaffen macht ihnen die schlechte Luft im Schiffbau und der Lärm ... bis 65 hälts keiner durch'', so METALL zum Klimaanlagenbau im Schiffsrohbau. Zum 31. Dezember laufen die Tarifverträge im Metallhandwerk aus, und die Tarifkommission Hamburg will 10,5%. Das Angebot des Kapitalistenverbandes liegt bei ,,einer 5 vor dem Komma''. 10,5% auf den Metallhandwerksecklohn machen 185 DM aus und sind viel gegenüber den Absichten der Kapitalisten. Auf die niedrigste Lohngruppe angerechnet, ergeben sich 125 DM, was zu wenig ist. Eine Absicherung von Mindestbeträgen wäre hier ebenso notwendig wie im Metallbereich, zumal auch im Handwerk ein ,,privates Aushandeln'' von übertariflichen Zulagen immer mehr seine Grenzen findet. Das Handwerk kommt um einen Anschluß an die Lohnbewegung im Metallbereich nicht herum.



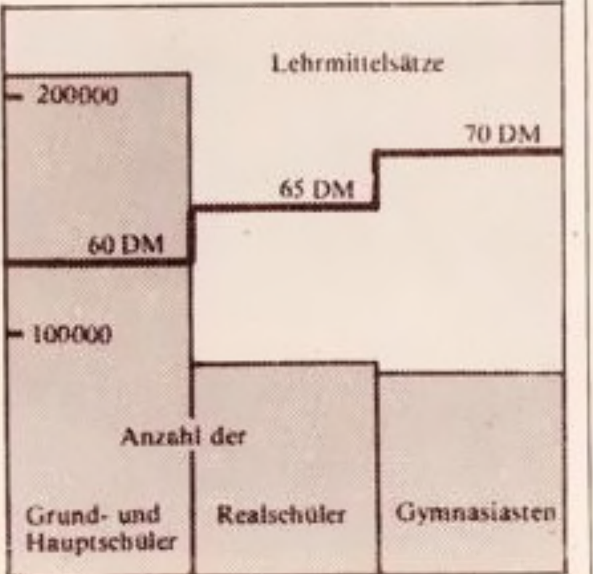
# Landeselternbeirat fordert Erhöhung der Lehrmittelsätze für alle Schulen

*b.hek.* Im neuen Haushaltsentwurf hat die Landesregierung die Beträge für die Lehr- und Lernmittel für die Schüler in Schleswig-Holstein neu festgelegt. Dieser Betrag wird jetzt durchschnittlich 65 DM pro Schüler betragen. Die durchschnittlichen Kosten für ein Schulbuch betragen nach Angaben des Bundesverbandes der Schulbuchhersteller 11,24 DM und werden im nächsten Jahr um fünf bis sieben Prozent steigen. Die Kosten für einen Schüler allein für Schulbücher betragen im Durchschnitt 45 DM. Klar ist, daß diese Mittel überhaupt nicht ausreichen, um die Schulen mit Büchern und anderen Unterrichtsmaterialien auszustatten.

Von Lernmittelfreiheit kann keine Rede sein. Alle Lernmittel, die weniger als fünf DM betragen, müssen bereits seit einigen Jahren von den Schülern bzw. von den Eltern bezahlt werden, genauso alle Materialien, die im Unterricht vollständig verbraucht werden, wie Material für den Werkunterricht, Turnzeug, Hefte, Zeichenblock usw. So betragen die Kosten für einen Berufsschüler im ersten Monat seiner Schulzeit zwischen 80 und 100 DM für diese notwendigen Kosten. Des weiteren werden von den Volksmassen in großem Umfang noch zusätzlich Schulbücher angeschafft, die in der Schule nicht ausreichend vorhanden sind.

Gleichzeitig versucht die Landesregierung über die Staffelung der Beträge nach den Schularten eine weitere Verschlechterung der Ausbildung durchzusetzen. Für die Klassenstufen 7 – 9 werden für einen Hauptschüler 60, für einen Realschüler 65 und für einen Gymnasiasten 70 DM Zuschüsse gewährt. Gleich nach Bekanntwerden dieser neuen Lernmittelverordnung hat der Landeselternbeirat für Grund-, Haupt- und Sonderschulen protestiert und in einer Presseerklärung gefordert, die Mindestbeträge für alle Schüler einheitlich auf das Niveau der Oberschulen anzuheben und die Beiträge insgesamt so zu erhöhen, daß die Preissteigerungen auf diesem Gebiet ausgeglichen werden können und eine bessere Ausstattung der Schulen erreicht wird.

Die Kämpfe gegen den ,,5-DM-Erlaß'' und für Lehrmittelfreiheit werden an allen Schulen geführt. So hat sich im letzten Jahr bereits eine Druckerklasse an der Kieler Berufsschule geweigert, zusätzlich Mittel für die Bücher und Materialien aufzubringen und die uneingeschränkte Lehrmittelfreiheit verlangt.



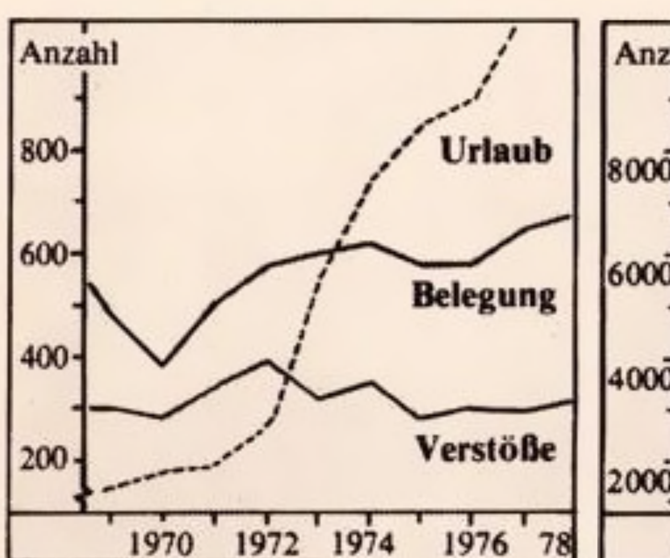

# Berufsschülerprozeß entschieden – Berufsschüler und ihre Gewerkschaften setzen sich durch

*b.hat.* Wegen ,,keinem öffentlichen Interesse an der Strafverfolgung'' wurde der Prozess gegen den ehemaligen Blocksprecher Uwe Zabel einen Tag vor der dritten Verhandlung eingestellt. Der Prozess war für den Hamburger Senat und Klose zu einem politschen Risiko geworden. War es doch ihre Absicht gewesen, die Erfolge der Berufsschüler durch die Verhinderung der generellen Einführung des Kurssystems durch Aburteilung der Streikführer zu schmälern. So die Bewegung der Berufsschüler zu demütigen, um dann nach und nach das Kurssystem einzuführen. Dieses Vorhaben der Hamburger Landesregierung ist nicht nur geplatzt, sondern der Senat sah sich einer ihm neuen Situation gegenüber.

Die Berufsschüler haben ihre Kampfkraft gegen die Verschlechterung und Verkürzung ihrer Ausbildung gestärkt und haben sich in der Auseinandersetzung mit der organisierten Arbeiterbewegung eng verbunden. Das war entscheidend. Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, und Betriebsräte haben den Kampf gegen die Angriffe auf die Interessen der Arbeiterjugend organisiert und ihre Forderungen unterstützt.

Die Kapitalisten und ihr Staat werden nervös. Wie sollten sie ruhig bleiben, wenn ein Vertreter der Ortsverwaltung Hamburg der IG Metall auf einer Kampfversammlung in der Schule den Berufsschülern allseitige Unterstützung zusagt. Dies hatte es noch nie gegeben. Aber wie sollten sie sich erfolgreich mit der IG Metall anlegen, gerade jetzt vor dem Tarifkampf. Sie mußten den Angriff sofort fallen lassen und Klose hat sich, sozusagen um ,,Boden gut umachen'', für die Vertreterversammlung der IG Metall im Dezember als ,,Gast'' angemeldet.

Die Erfahrungen der Arbeiter- und Jugendbewegung aus dem Verlauf dieses Prozesses sind vielseitig. Die gegenseitige Unterstützung wird sich auch in umgekehrter Richtung bewähren. Und auf jeden Fall können sich die Ausbildungsinteressen der Arbeiterklasse durchsetzen, wenn Gewerkschaften und Betriebsräte sich einschalten.







*b.klm.* Das Schaubild I zeigt die Entwicklung der Gefangenenzahlen in Niedersachsen. Nach 1970 (Strafrechtsänderungsgesetz mit mehr Geldstrafen) hält sich die Zahl bei 5000. In Bayern läuft nun eine Untersuchung über Disziplinarverstöße („Das Feld liegt noch unbeackert vor uns''), daraus Bild II. Behauptet wird, daß durch mehr Urlaub sich die Verstöße gegen die Disziplin einpendeln. Was sich de „einpendeln'' soll: „Disziplinmaßnahmen werden verhängt, um alle Gefangenen an ihre Pflichten aus dem Strafvollzugsgesetz zu erinnern'' (Zeitschrift für Strafvollzug).

Mit dem Gesetz können diese Pflichten jetzt durch Urlaub oder totaler Isolation im Hochsicherheitstrakt erzwungen werden. Zuckerbrot und Peitsche soll die Gefangenen an die Arbeit treiben. Denn Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin und -qualität stehen an erster Stelle.

# Gefangene Frauen fordern einfachste Gesundheitsversorgung

*r.hek.* 135 Frauen im Alter von 18 bis 25 Jahren hält die Bourgeoisie in der Westberliner Haftanstalt Lehrter Straße gefangen. Jeweils zwei Frauen sind in einer 8,5 m² großen Einzelzelle eingesperrt. Nach der erfolgreichen Flucht von vier Mitgliedern der RAF aus dem Gefängnis wurden die Haftbedingungen enorm verschärft. Durch die vollständige Einsperrung und Isolierung wird die Gesundheit der Frauen, die zum größten Teil drogenkrank sind, systematisch ruiniert. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Frauen die Zustände im Gefängnis enthüllt:

„Die Sprechzeit für den praktischen Arzt findet zweimal in der Woche statt. Es gibt keine weiterführende ärztliche Behandlung, das heißt wir müssen uns per Antrag neu melden. Wurden uns überhaupt gestellte Diagnosen mitgeteilt, so wurde aus Zeitmangel nie mit uns darüber gesprochen. Für 135 Frauen steht maximal eine Minute zur Verfügung, um ihre Leiden zu äußern. Wenn eine Frau nachts Schmerzen hat, werden Ferndiagnosen aus dem Moabiter Haftkrankenhaus gestellt... Es muß gewährleistet sein, daß bei Schmerzen mindestens am nächsten Tag eine ärztliche Untersuchung stattfindet. Wir fordern Tag und Nacht einen ärztlichen Bereitschaftsdienst... Einem Gynäkologen werden wir erst dann vorgestellt, wenn genügend Frauen da sind, die Schmerzen haben... Der Gynäkologe verschreibt jeder Frau Antibiotika und feuchtwarme Umschläge. Die Sprechstunden für den Dermatologen finden nur statt, wenn der Anstaltsarzt die Genehmigung dazu erteilt... Diese Mißstände sind der Senatsverwaltung bekannt. Da sie hier nichts mehr ändern wollen, werden wir auf die neue Haftanstalt vertröstet. Wir wissen nicht, wann diese fertig ist, aber wir glauben, daß sich diese Mängel auch da nicht ändern. Wir fordern ein Gespräch mit den maßgebenden Stellen der Senatsverwaltung und Vertretern der Öffentlichkeit. Wir fordern zeitlich befristet eine Zusage unserer Forderungen.''

40 Rechtsanwälte haben sich daraufhin mit dieser Erklärung solidarisiert. Eine Gefängnisärztin trat zur Unterstützung der Forderungen in einen Hungerstreik. Die Mehrheit der Gefängnisärzte konnte vom Senat und der Anstaltsleitung nicht dazu gebracht werden, gegen die Enthüllungen und Forderungen der Frauen Stellung zu nehmen. Stattdessen erklärten sie den Hungerstreik ihrer Kollegin für gerechtfertigt. Der Verband der Justizvollzugsangestellten bezeichnete die Zustände in dem Gefängnis als unerträglich.

Als Reaktion auf den Widerstand der Frauen hat die Anstaltsleitung eine geheime Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Rechtsanwälte mit dem Insassinnenrat durchgeführt. Gegenstand der Sitzung sollte offensichtlich nicht die Verhandlung der Forderungen, sondern Einschüchterung der Frauen sein. Der Insassinenrat ist aber nicht von den Forderungen abgegangen. Jetzt ist bekannt geworden, daß eine Insassenvertreterin auch noch das letzte Drittel ihrer Strafe, das normalerweise ausgesetzt wird, absitzen soll. Gleichzeitig sind zwei Mitglieder des vom Senat bestellten Anstaltsbeirat vom Senat abberufen worden, weil sie die Frauen unterstützen.

Der Senat und die Anstaltsleitung versuchen mit der Begründung, das Hauptproblem sei die Drogenabhängigkeit der Frauen, um die Erfüllung der gerechten Forderungen der Frauen nach einfachster Gesundheitsversorgung herumzukommen. Die bürgerliche Presse und die „Berliner Abendschau'' unterstützen diese Argumentation nach Kräften. Dagegen haben die Frauen erklärt: „Wir möchten von den Ärzten nicht als Psychopathen beziehungsweise Simulanten hingestellt werden. Wir möchten nicht mit Psychopharmaka vollgestopft werden.''

dingungen enorm verschärft. Durch die vollständige Einsperrung und Isolierung wird die Gesundheit der Frauen, die zum größten Teil drogenkrank sind, systematisch ruiniert. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Frauen die Zustände im Gefängnis enthüllt:

„Die Sprechzeit für den praktischen Arzt findet zweimal in der Woche statt. Es gibt keine weiterführende ärztliche Behandlung, das heißt wir müssen uns per Antrag neu melden. Wurden uns überhaupt gestellte Diagnosen mitgeteilt, so wurde aus Zeitmangel nie mit uns darüber gesprochen. Für 135 Frauen steht maximal eine Minute zur Verfügung, um ihre Leiden zu äußern. Wenn eine Frau nachts Schmerzen hat, werden Ferndiagnosen aus dem Moabiter Haftkrankenhaus gestellt... Es muß gewährleistet sein, daß bei Schmerzen mindestens am nächsten Tag eine ärztliche Untersuchung stattfindet. Wir fordern Tag und Nacht einen ärztlichen Bereitschaftsdienst... Einem Gynäkologen werden wir erst dann vorgestellt, wenn genügend Frauen da sind, die Schmerzen haben... Der Gynäkologe verschreibt jeder Frau Antibiotika und feuchtwarme Umschläge. Die Sprechstunden für den Dermatologen finden nur statt, wenn der Anstaltsarzt die Genehmigung dazu erteilt... Diese Mißstände sind der Senatsverwaltung bekannt. Da sie hier nichts mehr än-

der Anstaltsleitung nicht dazu gebracht werden, gegen die Enthüllungen und Forderungen der Frauen Stellung zu nehmen. Stattdessen erklärten sie den Hungerstreik ihrer Kollegin für gerechtfertigt. Der Verband der Justizvollzugsangestellten bezeichnete die Zustände in dem Gefängnis als unerträglich.

Als Reaktion auf den Widerstand der Frauen hat die Anstaltsleitung eine geheime Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Rechtsanwälte mit dem Insassinnenrat durchgeführt. Gegenstand der Sitzung sollte offensichtlich nicht die Verhandlung der Forderungen, sondern Einschüchterung der Frauen sein. Der Insassinenrat ist aber nicht von den Forderungen abgegangen. Jetzt ist bekannt geworden, daß eine Insassenvertreterin auch noch das letzte Drittel ihrer Strafe, das normalerweise ausgesetzt wird, absitzen soll. Gleichzeitig sind zwei Mitglieder des vom Senat bestellten Anstaltsbeirat vom Senat abberufen worden, weil sie die Frauen unterstützen.

Der Senat und die Anstaltsleitung versuchen mit der Begründung, das Hauptproblem sei die Drogenabhängigkeit der Frauen, um die Erfüllung der gerechten Forderungen der Frauen nach einfachster Gesundheitsversorgung herumzukommen. Die bürgerli-

# Die Feilscherei um den NDR ist nicht abgeschlossen

## Auch die Bischöfe haben sich zu Wort gemeldet

*r.std.* Stoltenberg ist mit einem neuen „Kompromißvorschlag'' an den Tag getreten, der auch nichts Neues enthält. Er ist eine Zusammenfassung der Vereinbarungen, die im Juli getroffen wurden. Stoltenberg unterbreitet den Vorschlag, daß der von Albrecht beabsichtigte regionale Sender für Niedersachsen mit einem eigenen Hörfunkprogramm und einem auf zwei Stunden am Abend begrenzten regionalen Fernsehen für mindestens zehn Jahre in enger Verflechtung mit dem als Dreiländeranstalt auf Grundlage eines neuen Staatsvertrages fortzuführenden NDR errichtet werden soll.

Die Gebührenhoheit solle dabei beim NDR bleiben, Niedersachsen solle für den eigenen Landessender einen „angemessenen'' Anteil an den Gebühren erhalten. Hat Albrecht gerechnet? Wenigstens äußert sich sein Finanzminister Leisler Kiep: Chancen würden bestehen, zu den Verhandlungen über einen Staatsvertrag zurückzukehren, wenn Klose zu den erzielten Vereinbarungen zurückkehre.

Neben diesen Politikern haben sich vor einiger Zeit schon die Bischöfe gemeldet. In einer Erklärung zu medienpolitischen Fragen der deutschen Bischofskonferenz fordern diese Lämmer auch etwas von dem Brosamen, der mit jedem Aufsichtsposten abfällt. Und Einfluß fordern sie. Die Ziele seien in der papstlichen Pastoralinstruktion „Communio et Progressio'' formuliert: „In den erstaunlichen Erfindungen der Technik, die der sozialen Kommunikation unter den Menschen dienen, erblickt der gläubige Christ die von der Vorsehung Gottes gegebenen Mittel, um das Zusammenleben der Menschen auf dieser Erde zu fördern. ... gehören die Kommunikationsmittel zu den wirksamsten Kräften und Möglichkeiten, die der Mensch einsetzen kann zur Stärkung der Liebe, die Ausdruck der Gemeinschaft ist.''

Wegen der unendlichen Liebe, die die Kapitalisten überschwellend für die Arbeiter hegen, haben sie ihren Staatsapparat gleich beordert, das Funk- und Fernmeldewesen strikt als staatliches Monopol einzurichten und fordern die Bischöfe mehr Einfluß: „ ... soll die Beteiligung und Verantwortung aller gesellschaftlich relevanter Gruppen ... gewährleistet sein.''

Das Monopol des bürgerlichen Staates ist im Gesetz über Fernmeldeanlagen festgelegt. Danach ist es ausschließlich Recht des Bundes, „Fernmeldeanlagen ... für die Vermittlung von Nachrichten, Fernsprechanlagen und Funkanlagen zu errichten und zu betreiben.'' Dieses Recht übt der Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen aus und der Verteidigungsminister für Anlagen zum Zwecke der Verteidigung. Im Falle also alle. Die Durchbrechung dieses Monopols – die technische Errichtung von Funkanlagen ist eher einfach und erfordert so viel Kapital nicht – wird unter drastische Strafe gestellt.

Im Gegensatz zum Errichten und Betreiben der Fernmelde- und Funkanlagen ist die Veranstaltung von Rundfunk- und Fernsehsendungen Angelegenheit der Länder. Dabei ist festgelgt, daß „die Veranstalter von Rundfunkdarbietungen so organisiert werden, daß alle in Betracht kommenden Kräfte in ihren Organen Einfluß haben und im Gesamtprogramm zu Wort kommen können.'' (Urteil des BVerfG). Das schließt aber private Anstalten nicht aus, die jetzt im Zusammenhang mit neuen Techniken im Gespräch sind. Dieses Urteil wurde gegen Adenauer erzielt, der mit der „Deutschland Fernseh GmbH'' eine Anstalt der Bundesregierung schaffen wollte.

Stoltenbergs „Kompromiß'' beinhaltet die Erhöhung der Mitglieder des Rundfunkrats des NDR von 24 auf 49. Wie der Schacher auch ausgeht, die Pöstchen werden erhöht.

# Förderung imperialistischer Forschung – „unbürokratisch'' durch Stiftung Volkswagenwerk

*r.scm.* Vor kurzem legte die Stiftung Volkswagenwerk ihren jüngsten Jahresbericht vor. Unter Leitung eines von niedersächsischer Landesregierung und Bundesregierung bestellten Kuratoriums will sie besonders „Forschungsgebiete, die im internationalen Vergleich entweder nicht hinreichend gefördert werden oder in Rückstand geraten sind'' durch gezielte Finanzspritzen fördern, um so der imperialistischen Konkurrenz gegenüber aufzuholen. Das Kapital der Stiftung stammt aus dem Verkaufserlös bei der Ausgabe von Volkswagenaktien, und seinen Zins bringt dieses Kapital durch Ausleihe an die Staatskasse. Das Geld wird also allein durch Steuern aufgebracht. Der privatrechtliche Status erlaubt aber, die Gelder ohne jede Einmischung der Öffentlichkeit zu vergeben. Z.B. gibt das Kuratorium für die Entscheidungen über Bewilligungen und Ablehnungen von Anträgen grundsätzlich keine Begründungen ab.

Der neue Jahresbericht hebt die zunehmende „Förderung internationaler Wissenschaftskooperation'' hervor. Dabei sind Südostasien und Vorderer Orient die Schwerpunktregionen: Ein Programm für Schulverwaltung und Schulentwicklungsplanung auf den Philippinen soll die ideologische Infiltration sichern, Untersuchungen über Ökonomie der Asean-Staaten und die dortigen Klassenkämpfe die Möglichkeiten der Intervention ausloten. Nachdem im letzten Bericht der „Konflikt am Horn von Afrika'' Forschungsschwerpunkt für den Orient war, ist es diesmal das „islamische Rechtssystem''. In einem Merkblatt für Antragsteller wird als Thematik zu fördernder Forschung genannt: „Verteilungskämpfe zwischen Erzeugern von Industriegütern und Anbietern von Roh- und Brennstoffen; Folgen plötzlich geänderter Terms of Trade. Vor- und Nachteile stabilisierter Rohstoffpreise... durch eine ‚Neue Weltwirtschaftsordnung'.'' Die Wissenschaftler sollen nach Schlichen suchen, unter dem Mantel der „Zusammenarbeit'' die Ausplünderung der Dritten Welt aufrechtzuerhalten.

Eine andere Aufgabe: „Im politisch-administrativen Bereich fehlen gesicherte Zielgrößen... zur Sicherung der Massenloyalität der Bürger''. „Wertforschung'' heißt dieses Gebiet. Überhaupt schenkt die Stiftung der Ideologie große Beachtung: „geistige Bewegungen'' in der Geschichte, „Arbeitskämpfe in Europa 1885 – 1895'', „Gewerkschaftsforschung'' und „Quellensicherung zur Geschichte der Arbeiterbewegung'' sowie eine siebenbändige Ausgabe von Schriften Mao Zedongs.

Mit Aggressionsforschung, Gastarbeiterforschung, Altersforschung oder der Forschung über „Funktionsprobleme des parlamentarischen Systems'' unternimmt die Stiftung den Versuch, Abstumpfung der Klassengegensätze zu erreichen, um die Ausbeutung verschärfen zu können. Bei der Altersforschung wird dies besonders deutlich: So wird einerseits die Lebensführung im Altenheim untersucht, um „mit der Analyse die bestmöglichen institutionellen Bedingungen offenzulegen, die unter den derzeitigen Voraussetzungen zu verwirklichen sind'', sowie wird ein „Modellkonzept Altenberatung'' entwickelt. Andererseits wird „ein Forschungsvorhaben zur Methodik der Betriebsanalyse von offenen Einrichtungen der Altershilfe'' betrieben, „um Entscheidungsunterlagen für die Träger solcher Einrichtungen zu erarbeiten, eine zielgerechte und wirtschaftliche Betriebsführung zu sichern und beispielsweise Gebühren auf Selbstkostenbasis zu berechnen''. Offen wird die Rationalisierung im Öffentlichen Dienst und die „Betriebswirtschaftliche Kostenorientierung'' als Forschungsvorhaben ausgeschrieben.

Ein „energiehistorisches Museum'' für die ideologische Durchsetzung des Energieprogramms wird genauso gefördert, wie die Untersuchung der Festigkeit von Salzstöcken zum gleichen Zweck und das begrenzte Programm „Forschungen zur Energiepolitik''. Der große Posten für naturwissenschaftliche Forschung (21 Mio. DM) dient der imperialistischen Konkurrenz genauso wie die Erforschung der Klassenwidersprüche in den USA und der Sowjetunion. Die Förderung des Instituts für Festkörperphysik an der Tongji-Universität in Schanghai geschah seitens der VW-Stiftung sicher nicht aus Uneigennützigkeit, sondern zeigt nur, daß Chinas Proletariat die imperialistischen Interessen der westdeutschen Bourgeoisie auszunutzen versteht.

durch Stiftung Volkswagenwerk

r.scm. Vor kurzem legte die Stiftung Volkswagenwerk ihren jüngsten Jahresbericht vor. Unter Leitung eines von niedersächsischer Landesregierung und Bundesregierung bestellten Kuratoriums will sie besonders „Forschungsgebiete, die im internationalen Vergleich entweder nicht hinreichend gefördert werden oder in Rückstand geraten sind'' durch gezielte Finanzspritzen fördern, um so der imperialistischen Konkurrenz gegenüber aufzuholen. Das Kapital der Stiftung stammt aus dem Verkaufserlös bei der Ausgabe von Volkswagenaktien, und seinen Zins bringt dieses Kapital durch Ausleihe an die Staatskasse. Das Geld wird also allein durch Steuern aufgebracht. Der privatrechtliche Status erlaubt aber, die Gelder ohne jede Einmischung der Öffentlichkeit zu vergeben. Z.B. gibt das Kuratorium für die Entscheidungen über Bewilligungen und Ablehnungen von Anträgen grundsätzlich keine Begründungen ab.

Der neue Jahresbericht hebt die zunehmende „Förderung internationaler Wissenschaftskooperation'' hervor. Dabei sind Südostasien und Vorderer Orient die Schwerpunktregionen: Ein Programm für Schulverwaltung und Schulentwicklungsplanung auf den

war, ist es diesmal das „islamische Rechtssystem''. In einem Merkblatt für Antragsteller wird als Thematik zu fördernder Forschung genannt: „Verteilungskämpfe zwischen Erzeugern von Industriegütern und Anbietern von Roh- und Brennstoffen; Folgen plötzlich geänderter Terms of Trade. Vor- und Nachteile stabilisierter Rohstoffpreise... durch eine ‚Neue Weltwirtschaftsordnung'.'' Die Wissenschaftler sollen nach Schlichen suchen, unter dem Mantel der „Zusammenarbeit'' die Ausplünderung der Dritten Welt aufrechtzuerhalten.

Eine andere Aufgabe: „Im politisch-administrativen Bereich fehlen gesicherte Zielgrößen... zur Sicherung der Massenloyalität der Bürger''. „Wertforschung'' heißt dieses Gebiet. Überhaupt schenkt die Stiftung der Ideologie große Beachtung: „geistige Bewegungen'' in der Geschichte, „Arbeitskämpfe in Europa 1885 – 1895'', „Gewerkschaftsforschung'' und „Quellensicherung zur Geschichte der Arbeiterbewegung'' sowie eine siebenbändige Ausgabe von Schriften Mao Zedongs.

Mit Aggressionsforschung, Gastarbeiterforschung, Altersforschung oder der Forschung über „Funktionsprobleme des parlamentarischen Systems''

nellen Bedingungen offenzulegen, die unter den derzeitigen Voraussetzungen zu verwirklichen sind'', sowie wird ein „Modellkonzept Altenberatung'' entwickelt. Andererseits wird „ein Forschungsvorhaben zur Methodik der Betriebsanalyse von offenen Einrichtungen der Altershilfe'' betrieben, „um Entscheidungsunterlagen für die Träger solcher Einrichtungen zu erarbeiten, eine zielgerechte und wirtschaftliche Betriebsführung zu sichern und beispielsweise Gebühren auf Selbstkostenbasis zu berechnen''. Offen wird die Rationalisierung im Öffentlichen Dienst und die „Betriebswirtschaftliche Kostenorientierung'' als Forschungsvorhaben ausgeschrieben.

Ein „energiehistorisches Museum'' für die ideologische Durchsetzung des Energieprogramms wird genauso gefördert, wie die Untersuchung der Festigkeit von Salzstöcken zum gleichen Zweck und das begrenzte Programm „Forschungen zur Energiepolitik''. Der große Posten für naturwissenschaftliche Forschung (21 Mio. DM) dient der imperialistischen Konkurrenz genauso wie die Erforschung der Klassenwidersprüche in den USA und der Sowjetunion. Die Förderung des Insti-



# Zuckerpreismanipulationen beschleunigen das Bauernlegen

## 0,3% mehr als 1978 für die Bauern / 3 Monate ohne freien Tag, 56 Std./Wo. 3-schichtig für Zuckerfabrikarbeiter

*r.all.* Seit Mitte September läuft in der Bundesrepublik die Rübenkampagne 1979/80. 1977/78 wurde in der BRD mit 2,84 Mio. t eine neue Rekordmenge Zucker erzeugt, das sind 0,62 Mio. t mehr als verbraucht wurden. Für die Verwertung der Überschüsse müssen die Bauern zahlen.

Der Zuckermarkt ist auf Drängen der westdeutschen Imperialisten in der EG in drei Quoten aufgeteilt. Für die A-Quote, die ca. 105 % des Verbrauchs in der EG entsprechen soll, wird den Bauern die Abnahme der entsprechenden Rübenmenge zu einem Mindestpreis garantiert, in Zusammenhang mit der Grundquote (A) wird die Höchstgrenze festgesetzt, die z.B. 1968 135 % betrug. Zucker innerhalb der Höchstgrenze (B-Zucker) wird zwar den Bauern zu garantierten Mindestpreisen abgenommen, jedoch wird ihnen von den Zucker-Aktiengesellschaften für die Verwertung dieses Überschusses (z.B. Denaturierung oder Export) eine „Produktionsabgabe" abgezogen. 1968/69 mußten die Bauern z.B. 21,52 DM pro 100 kg aus ihren Erlösen als Produktionsabgabe an die Zuckerfabriken zahlen bei einem Fabrikpreis von 74,00 DM/100 kg Rübenrohzucker.

Für Rübenmengen, die oberhalb der Höchstgrenze angeliefert werden (daraus entsteht der C-Zucker), besteht keine Abnahme- und Preisgarantie, d.h. der Zuckerpreis kann auf Weltmarktniveau oder darunter absinken und mit ihm der entsprechende Rübenpreis (Weltmarktpreis z.B. 1969 33,07 DM/100 kg Zucker). Der EG-Ministerrat hat angesichts der Zuckerüberschüsse für 1978/79 erneut beschlossen – wie im Vorjahr –, die Höchstgrenze auf 127,5 % zu senken und damit die B-Quote und die Absatzgarantie für die Bauern weiter einzuschränken, was sich als Druck auf die Preise bei den Rübenmengen auswirken muß. Dementsprechend ist die Anbaufläche für Zuckerrüben von 1976/77: 440000 ha, 1977/78: 423000 ha auf 1978/79: 402000 ha in der BRD gesunken.

Die Bauern erhielten 1969/70 für 100 kg Zuckerrüben bei jeweiligem Zuckergehalt im Schnitt 7,42 DM. 1976/77 waren es 7,99 DM und 1977/78 7,60 DM, d.h. von 1969/70 bis 1977/78 stiegen die Durchschnittserlöse um 24,2 % (zum Vergleich: Lebenshaltungskosten um 45,3 %). Der Preis für 1 kg Raffinade stieg im gleichen Zeitraum von 1,22 auf 1,65 DM = 35,2 %. Die Betriebsmittelausgaben der landwirtschaftlichen Betriebe im gleichen Zeitraum +52,1 %, darunter Saatgutkosten für Hackfrüchte: +112,5 %.

Die gestiegene Produktivität in der Rübenerzeugung kommt vor allem den Großbauern zugute. Die Einsparungen an Rübenpflegearbeiten (wie Vereinzelung der dichtstehenden jungen Rübenpflanzen (Handarbeit!), Unkrautbekämpfung, Bodenlockerung) erfordert zunehmende Aufwendungen für Ankauf der Einzelkornsaat, entsprechendes Drillgerät, Unkrautvernichtungsmittel plus Spritzgeräte, Hack- und Erntemaschinen. Daneben braucht die Zuckerrübenpflanze, um möglichst hohe Erträge zu erbringen, eine erhebliche Menge an Düngemitteln, insbesondere teuren Stickstoffdünger. Bei einer Durchschnittsernte von 385 dt Rüben pro ha 1976 in Niedersachsen konnte ein durchschnittlicher Erlös von 3000 DM pro ha erzielt werden. Nach Angaben der Hannoverschen Landwirtschaftskammer kostete schon 1977 allein die Bearbeitung (Maschinen- und Gerätekosten plus Arbeitszeit) 1427,- DM pro ha Rüben, also ohne Aufwendungen für Saatgut, Düngemittel und Unkrautbekämpfungsmittel oder Verluste durch Lagerung oder Frost.

Vor allem die großen Zuckerfabriken versuchen, die Erlöse der Bauern durch Abzug von „Schmutzprozenten" (bezahlt werden nur reine Rüben), Abzüge bei Parasitenbefall oder durch Drücken des Zuckergehalts (im Schnitt bei ca. 16 %, hängt vom Erntezeitpunkt, Witterung, Bodenbeschaffenheit, Pflegearbeiten und Düngung ab) zu mindern. So hat z.B. die größte Zuckerfabrik in Norddeutschland, Uelzen (neben Rethen/Hannover), in den Jahren 1963-68 im Mittel den Bauern mit nur 15,4 % Zuckergehalt wesentlich weniger berechnet als Kleinbetriebe wie Gronau, Sehnde, Meine (Dreieck Hannover, Hildesheim, Braunschweig), die jeweils 16,0 % oder mehr im Mittel mit den Bauern abgerechnet haben.

Während es 1948 in Norddeutschland noch 50 Zuckerfabriken gab, waren es 1968 noch 32 und heute nur noch 25 in 17 Zuckerfabrikgesellschaften. Für die Belegschaften dieser Zuckerfabriken wie Uelzen bedeutet die Rübenkampagne 3-Schichtbetrieb mit 56 Wochenstunden ohne einen einzigen Tag frei von September bis Weihnachten. Die Zuckerfabrik Uelzen plant weitere „Einsparungen" von 100 Mann bei Steigerung der Arbeitsintensität für die Restbelegschaft, die nur zum kleinen Teil ganzjährig angestellt ist. Mit 8,83 DM pro dt Rüben (= 100 kg) zahlt Uelzen den Bauern nur 0,3 % mehr als 1978 für Rüben mit einem Zuckergehalt von 16 %. Für die B-Rüben (oft 30-35 % der ganzen Ernte) plant der Zuckerkonzern sogar nur einen Abnahmepreis von 2,30 DM/-100 kg! Allein für Dieselkraftstoff müssen die Bauern heute 25 % mehr als 1978 aufwenden. Der endgültige Durchschnittspreis der Rüben für die Bauern stellt sich erst im nächsten Jahr heraus, wenn ihnen die „Produktionsabgabe" bei B-Zucker und die Verwertungskosten abgezogen sind.

## Nach der Niederlage vor Island ziehen die Fischereimonopole über die Weltmeere




*z.hej.* Mit der 200-Seemeilenzone mußten die westdeutschen Fischereimonopole ihre traditionellen Raubgebiete, die größten und ergiebigsten Fischfanggebiete, vor Island und Kanada räumen. Die Bundesregierung erpreßt neue Raubgebiete über EG-Verträge vor der Küste Grönlands und durch einen bilateralen Vertrag vor Argentinien. Aus Steuermitteln werden große Fabrik-und Tiefkühlfangschiffe für die Fischereimonopole subventioniert, die es ermöglichen, die Raubfischerei vor fernen Küsten und auf anderen Meeren fortzusetzen. Von den 1978 in aller Welt zusammengeraubten 394700 t Fisch, die in der BRD abgeladen werden, entfallen 285900 t (+ 7300 t gegenüber 1977) auf die Große Hochseefischerei und 105000 t (– 5900 t) auf die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei.

### Mexiko: Bauern erkämpfen Erhöhung der Aufkaufpreise

*z.rua.* Die mexikanische Regierung mußte rückwirkend ab 1.11. die Aufkaufpreise für Weizen, Mais, Reis, Sorghum und Bohnen um 20 bis 25% erhöhen. Diese Produkte gehören zu den Grundnahrungsmitteln des Landes. Erst Anfang des Jahres hatten die kleinen Bauern die staatliche Aufkaufbehörde Conasupo zur Zahlung von Garantiepreisen gezwungen und deren sofortige Zahlung bei Ablieferung der Ware durchgesetzt. Bis dahin waren die Preise jeweils mit bestehenden Schulden für Kredite und im Austausch gegen Saatgut und Dünger verrechnet worden. Um 25% sind allein in diesem Jahr die Preise für Produktionsmittel, Saatgut und Düngemittel gestiegen, die hauptsächlich aus den USA importiert werden müssen. Fünf Millionen meist indianische Bauern bauen auf winzigen Landflecken vor allem Nahrungsgetreide an. Dieses Land haben sie in jahrzehntelangen erbitterten Auseinandersetzungen mit Großgrundbesitzern und Staatsmacht durch Landbesetzungen erkämpft. Die Großgrundbesitzer wollen es ihnen wieder rauben. Hauptsächlich über die Verschuldung haben sie allein von 1978 auf 1979 die kleinen Bauern zur Aufgabe von 1 Mio. ha Anbaufläche gezwungen. Auf 25000 Kaffee-, Zucker- und Baumwollplantagen beuten die Großgrundherren vier Millionen landlose Bauern aus. Ihre Anbaufläche haben sie seit 1978 um 400000 ha vergrössert.

England: Gewerkschaften für Verbot von Pflanzengift

z.rua.London. Die Landarbeitergewerkschaft NUAAW, die Transportarbeitergewerkschaft und die Gewerkschaft der Gemeindebeschäftigten fordern die Land- und Forstarbeiter auf, die Arbeit mit dem Pflanzengift 245T zu verweigern. Dieses Gift wird hauptsächlich zur Unkrautvertilgung in Wäldern eingesetzt. Es enthält eine hohe Dosis von Dioxin-Giftstoffen. Das Berühren und Einatmen dieser Stoffe führt bei schwangeren Frauen zur Mißbildung des Fötus, in mehreren Fällen kam es zu Fehlgeburten. Es verursacht außerdem Krebs- und Herzkrankheiten. In Somerset sind kürzlich nach Berühren des Giftes 89 Schafe verendet. In den USA, Italien und Holland mußte das Gift 245T auf Druck der Arbeiter bereits aus dem Verkehr gezogen werden. Die staatliche britische Forstbehörde hat am 13.11. die Forderung der Gewerkschaften nach Verbot des Pflanzengifts mit der Begründung abgelehnt, es sei seit 1967 bereits achtmal untersucht worden, seine Sicherheit sei erwiesen. Die Gewerkschaften halten an der Forderung nach dem Verbot fest und suchen die Unterstützung der anderen Gewerkschaften in der EG für ein Verbot innerhalb der EG. Sie fordern weiterhin, daß, wie in anderen In-

Mehrverbrauch von Schweinefleisch – Folge intensiverer Arbeit

Kurze Verdauungszeit, viel Energie / Erhöhung der Produktion auf Kosten der Bauern und der Dritten Welt

z.doj. „Fleischverbrauch weiter gestiegen!", meldet die bürgerliche Presse und spricht allenthalben von der „Wohlstandsernährung". Tatsächlich essen die Arbeiter in der BRD durchschnittlich in den letzten Jahrzehnten mehr Fleisch und nimmt die Fleischerzeugung anteilmäßig an der Landwirtschaft zu. Vor allem Schweinefleisch wird mehr gegessen, 1975 noch 46% al-

triebe mit 43000 Sauen und 700000 Mastschweinen hält. Durch solche Umwälzungen haben sich die Preiserhöhungen von Nahrungsmitteln bei Schweinefleisch nicht so stark ausgewirkt wie z.B. bei Kartoffeln und Frischobst und ist es deshalb für den Arbeiterhaushalt einigermaßen erschwinglich.

notwendigen Bausteine (essentielle Aminosäuren, die der Mensch aus pflanzlichem Eiweiß nicht erschließen kann) enthält. Mit jeder erhöhten Arbeitsanspannung sind die betroffenen Körperzellen einer erhöhten Abnutzung unterworfen: schnellerer Abbau, Neuaufbau, Stoffaustausch ist vonnöten in Nerven, Muskeln, Schweißdrüsen, Blutgefäßen, und dies ist möglich

wohl den Kapitalisten ein Futterautomat, bei der Arbeit aufgestellt, lieber wäre, weil er den Produktionsprozeß nicht unterbräche. Das zwang die Kapitalisten auch, das Kantinenessen wissenschaftlich durchforsten zu lassen. Denn hinzu kommt: Fleisch ist teurer als Fette und Zucker und wollen sie deshalb aufs Nötigste beschränkt sehen. Schließlich ist das Essen des Ar-

raus entsteht der C-Zucker), besteht keine Abnahme- und Preisgarantie, d.h. der Zuckerpreis kann auf Weltmarktniveau oder darunter absinken und mit ihm der entsprechende Rübenpreis (Weltmarktpreis z.B. 1969 33,07 DM/100 kg Zucker). Der EG-Ministerrat hat angesichts der Zuckerüberschüsse für 1978/79 erneut beschlossen – wie im Vorjahr –, die Höchstgrenze auf 127,5 % zu senken und damit die B-Quote und die Absatzgarantie für die Bauern weiter einzuschränken, was sich als Druck auf die Preise bei den Rübenmengen auswirken muß. Dementsprechend ist die Anbaufläche für Zuckerrüben von 1976/77: 440000 ha, 1977/78: 423000 ha auf 1978/79: 402000 ha in der BRD gesunken.

Die Bauern erhielten 1969/70 für 100 kg Zuckerrüben bei jeweiligem Zuckergehalt im Schnitt 7,42 DM.

schon 1977 allein die Bearbeitung (Maschinen- und Gerätekosten plus Arbeitszeit) 1427,- DM pro ha Rüben, also ohne Aufwendungen für Saatgut, Düngemittel und Unkrautbekämpfungsmittel oder Verluste durch Lagerung oder Frost.

Vor allem die großen Zuckerfabriken versuchen, die Erlöse der Bauern durch Abzug von „Schmutzprozenten" (bezahlt werden nur reine Rüben), Abzüge bei Parasitenbefall oder durch Drücken des Zuckergehalts (im Schnitt bei ca. 16 %, hängt vom Erntezeitpunkt, Witterung, Bodenbeschaffenheit, Pflegearbeiten und Düngung ab) zu mindern. So hat z.B. die größte Zuckerfabrik in Norddeutschland, Uelzen (neben Rethen/Hannover), in den Jahren 1963-68 im Mittel den Bauern mit nur 15,4 % Zuckergehalt wesentlich weniger berechnet als


Labrador
Westbritische Gewässer
Nordsee
Neufundland
Neuengland
Neuschottland
Südatlantik
1) Einschließlich Fanggebiete Skagerrak, Kattegat und Kanal.
2) Einschließlich Fanggebiet Neu Jersey.
3) 1975 = Südpazifik. – 4) Ab 1978 „Nördlich der Azoren".
Quelle: Statistisches Bundesamt

z.hej. Mit der 200-Seemeilenzone mußten die westdeutschen Fischereimonopole ihre traditionellen Raubgebiete, die größten und ergiebigsten Fischfanggebiete, vor Island und Kanada räumen. Die Bundesregierung erpreßt neue Raubgebiete über EG-Verträge vor der Küste Grönlands und durch einen bilateralen Vertrag vor Argentinien. Aus Steuermitteln werden große Fabrik-und Tiefkühlfangschiffe für die Fischereimonopole subventioniert, die es ermöglichen, die Raubfischerei vor fernen Küsten und auf anderen Meeren fortzusetzen. Von den 1978 in aller Welt zusammengeraubten 394700 t Fisch, die in der BRD abgeladen werden, entfallen 285900 t (+ 7300 t gegenüber 1977) auf die Große Hochseefischerei und 105000 t (– 5900 t) auf die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei.

sert.

### England: Gewerkschaften für Verbot von Pflanzengift

*z.rua.London.* Die Landarbeitergewerkschaft NUAAW, die Transportarbeitergewerkschaft und die Gewerkschaft der Gemeindebeschäftigten fordern die Land- und Forstarbeiter auf, die Arbeit mit dem Pflanzengift 245T zu verweigern. Dieses Gift wird hauptsächlich zur Unkrautvertilgung in Wäldern eingesetzt. Es enthält eine hohe Dosis von Dioxin-Giftstoffen. Das Berühren und Einatmen dieser Stoffe führt bei schwangeren Frauen zur Mißbildung des Fötus, in mehreren Fällen kam es zu Fehlgeburten. Es verursacht außerdem Krebs- und Herzkrankheiten. In Somerset sind kürzlich nach Berühren des Giftes 89 Schafe verendet. In den USA, Italien und Holland mußte das Gift 245T auf Druck der Arbeiter bereits aus dem Verkehr gezogen werden. Die staatliche britische Forstbehörde hat am 13.11. die Forderung der Gewerkschaften nach Verbot des Pflanzengifts mit der Begründung abgelehnt, es sei seit 1967 bereits achtmal untersucht worden, seine Sicherheit sei erwiesen. Die Gewerkschaften halten an der Forderung nach dem Verbot fest und suchen die Unterstützung der anderen Gewerkschaften in der EG für ein Verbot innerhalb der EG. Sie fordern weiterhin, daß, wie in anderen Industriezweigen, von ihnen ernannte Sicherheitsbeauftragte in den landwirtschaftlichen Betrieben die Kontrolle über die Sicherheitsbedingungen durchführen.

# Mehrverbrauch von Schweinefleisch – Folge intensiverer Arbeit

## Kurze Verdauungszeit, viel Energie / Erhöhung der Produktion auf Kosten der Bauern und der Dritten Welt

*z.doj.* „Fleischverbrauch weiter gestiegen!", meldet die bürgerliche Presse und spricht allenthalben von der „Wohlstandsernährung". Tatsächlich essen die Arbeiter in der BRD durchschnittlich in den letzten Jahrzehnten mehr Fleisch und nimmt die Fleischerzeugung anteilmäßig an der Landwirtschaft zu. Vor allem Schweinefleisch wird mehr gegessen, 1975 noch 46% allen Fleisches, 1977 53%. Man muß sich fragen: warum wird trotz der realen Lohnsenkungen der letzten Jahre mehr Fleisch gegessen? Und warum wurde die tierische Erzeugung trotz Nachhinken der landwirtschaftlichen Produktion weiter vorangetrieben? Fleischerzeugung und -verarbeitung wurden, zunächst bei Hühnern und dann auch von Schweinen, durch die Entwicklung der Produktivkraft, den Einsatz besserer Maschinen und industriell hergestellter verbesserter Futtermittel zur industriellen Großproduktion entwickelt. Schweine bieten wegen ihrer großen Fruchtbarkeit (eine Zuchtsau trägt 16 – 20 Ferkel im Jahr) und guten Mastfähigkeit neben Hühnern die zweitbesten Bedingungen für die Großproduktion von Fleisch. Die Schweinemast kann durch Zusatz oder Reinfütterung von besonders eiweißhaltigen Konzentraten, welche die bäuerlichen Betriebe selbst nicht herstellen können, sehr gesteigert werden. Dieses vollwertige Eiweißfutter rauben die Imperialisten den Völkern der Dritten Welt zu einem Spottpreis, oder die Handelskapitalisten verkaufen unter kräftiger Teilhabe am Profit industrielle Konzentrate wie Fischmehl, getoastetes Sojaschrot, Molke u.a. industriell hergestellte Mischfutter. Damit wird die Schweinemast relativ unabhängig vom Besitz landwirtschaftlichen Bodens, die Bauern verschulden sich beim Industrie-, Handels- und Bankkapitalisten und sind der Konkurrenz von größeren Kapitalisten, die billiger produzieren, nicht mehr gewachsen. Von 1958 bis 1978 wurden 80% aller Schweinehalter zur Aufgabe gezwungen, während z.B. die Raiffeisen-Viehzentrale 3000 landwirtschaftliche Betriebe mit 43000 Sauen und 700000 Mastschweinen hält. Durch solche Umwälzungen haben sich die Preiserhöhungen von Nahrungsmitteln bei Schweinefleisch nicht so stark ausgewirkt wie z.B. bei Kartoffeln und Frischobst und ist es deshalb für den Arbeiterhaushalt einigermaßen erschwinglich.

Kapitalistenklasse und die Regierung haben diese Entwicklung systematisch gefördert. Ihr Interesse ist, den nötigen Essensvorgang der Arbeiter während der Produktion möglichst kurz zu halten. Der kapitalistisch organisierte Produktionsprozeß erzwingt leicht verdauliche, gleichzeitig möglichst energiereiche Kost in nicht zu großen Mengen. Je intensiver ausgelaugt und je mehr unter den Bedingungen der dem menschlichen Organismus widersprechenden Wechselschicht- und Nachtarbeit, desto dringlicher solches Essen für den Arbeiterorganismus. Das heißt aber v.a. genügend tierisches Eiweiß, weil dies dem menschlichen Eiweiß in der Zusammensetzung entspricht und entgegen dem pflanzlichen Eiweiß alle notwendigen Bausteine (essentielle Aminosäuren, die der Mensch aus pflanzlichem Eiweiß nicht erschließen kann) enthält. Mit jeder erhöhten Arbeitsanspannung sind die betroffenen Körperzellen einer erhöhten Abnutzung unterworfen: schnellerer Abbau, Neuaufbau, Stoffaustausch ist vonnöten in Nerven, Muskeln, Schweißdrüsen, Blutgefäßen, und dies ist möglich nur über den Grundbaustein des menschlichen Organismus, das gegenüber den Pflanzen biologisch höherwertige Eiweiß. Fleisch muß diesen Verlust durch erhöhten Stoffwechsel ersetzen. Essen in rein pflanzlicher Form müßte in doppelter Menge verwertet werden (Zucker und Fette in der Nahrung sind nur die jeweiligen Energiespender). Jede Steigerung der Magen-Darm-Funktion, was die pflanzenreiche Kost zu ihrer Aufschließung verlangt, läßt den Arbeiter schneller ermüden, das wäre hinderlich für die Mehrwertauspressung.

Darum wird auch ein Stück Fleisch zum Kantinenessen (zum entsprechenden Preis natürlich) zugestanden, obwohl den Kapitalisten ein Futterautomat, bei der Arbeit aufgestellt, lieber wäre, weil er den Produktionsprozeß nicht unterbräche. Das zwang die Kapitalisten auch, das Kantinenessen wissenschaftlich durchforsten zu lassen. Denn hinzu kommt: Fleisch ist teurer als Fette und Zucker und wollen sie deshalb aufs Nötigste beschränkt sehen. Schließlich ist das Essen des Arbeiters nur Teil seiner Reproduktion und dient nicht der Mehrwertauspressung, da müssen die Kosten beschränkt werden.

Die Kapitalistenklasse hat mit der Entwicklung der Großproduktion die Entwicklung der Schweinemast gefördert, nur, soweit sie daraus vermehrten Profit schlägt. Sie hat die Möglichkeit eröffnet, tierisches Eiweiß besser und billiger zu produzieren. Die Qualität ist für sie jedoch nur als Vehikel für die Profitmacherei von Belang. Die Kapitalistenklasse untergräbt vor allem gleichzeitig die Gesundheit der Bauern und Arbeiter, die auch mit mehr Fleischverbrauch den Verlust an Lebenskraft nicht wettmachen können.





Die Schweinemast wurde zur Großproduktion entwickelt. Der Bauer muß erweitern oder untergehen.

### USA erpressen Rohhäute-Ausfuhr von Argentinien

*z.kam.* Das seit 1972 bestehende Exportverbot für rohe Rinder- und Ziegenhäute ist am 1. Oktober 1979 durch die argentinische Militärjunta aufgehoben worden, stattdessen erhebt Argentinien vorläufig eine 20%ige Exportsteuer für Viehhäute. Die Preise für Rohhäute sind seitdem auf dem Weltmarkt erheblich gesunken. Den Hauptabnehmerländern (nach den USA die BRD, Italien, die Schweiz und Japan) stehen 13 Millionen Häute aus Argentinien zur Verfügung. Die USA – neben der Sowjetunion und Argentinien der größte Häuteproduzent der Welt – zwangen die argentinische Regierung zu dieser Maßnahme, um den gestiegenen Bedarf aufgrund rückläufiger Produktion im eigenen Land decken zu können. Argentinien war durch das Exportverbot in der Lage gewesen, die Rohhäute selber zu verarbeiten und seine eigene Lederwarenindustrie auszubauen. 6 Millionen Häute wurden von rund 100000 argentinischen Arbeitern in 300 Betrieben zu 24 Millionen Quadratmetern Leder jährlich verarbeitet – die Verarbeitungskapazität beträgt sogar 15 Millionen Häute pro Jahr. – Gegenwärtig setzt die US-Regierung auch Brasilien und Uruguay unter Druck, die Ausfuhrverbote für Häute aufzuheben, was die US-Imperialisten dem Weltmonopol noch ein Stück näher bringen würde.

## Neuordnung der Weiterverarbeitungsbereiche Exportoffensive des ARBED-Konzerns

*z.bef.* Während des gesamten Jahres ist es in allen Weiterverarbeitungsbetrieben von Röchling Burbach und dem Neunkircher Eisenwerk zu Streiks und Demonstrationen gegen die Folgen der Umwandlung der Produktionsbereiche im Stahlweiterverarbeitungsbereich durch den ARBED-Konzern gekommen. Die Grundlagen für die gegenwärtig anlaufende Umwandlung hat der ARBED-Konzern mit dem Aufkauf der Saarhütten zum 1.1.1979 geschaffen. Die Neuordnung des Stahl-Weiterverarbeitungsbereichs geht mit der Neuordnung der Roheisen- und Rohstahlerzeugung einher. Mit dem Aufkauf der Saarhütten hat sich der ARBED-Konzern gleichzeitig die bedeutendsten Stahl-Weiterverarbeitungsbetriebe im Saarland einverleibt. Über das Neunkircher Eisenwerk (NE), die Drahtseilfabrik Heckel, das NE-Werk Homburg und eine 50% Beteiligung an der Otto-Wolff Homburger Bau GmbH und von den Stahlwerken Röchling-Burbach (SRB) die RB-Weiterverarbeitung und die RB-Stahl- und Waggonbau.

Seit Anfang November sind der ARBED-Konzern und die Otto Wolff AG zu je 50% an der PHB-Weserhütte AG, Köln beteiligt. ARBED hat schließlich nicht umsonst gekauft; erklärtes Ziel des ARBED-Konzerns ist nach den Worten ihres Präsidenten die „Nr. 1 in Europa". Otto Wolff von Amerongen und ARBED-Präsident Tesch erklärten zu der Fusion, „insbesondere die Auslandsaktivitäten beider Gesellschaften" hätten dazu geführt. Gegenwärtig beträgt der Exportanteil am Gesamtgeschäft der Weserhütte und der PHB AG, Köln jeweils 70 bis 80%. Die Saarbrücker Zeitung schreibt: „Der neue Vorstandsvorsitzende von PHB-Weserhütte AG" Peter Jungen – bisher Weserhüttenchef – „glaubt, von der besonderen Lage am Energiemarkt profitieren zu können … Auch Otto Wolff bestätigte der europäischen Tagebautechnik Zukunftschancen; ab einer gewissen Größe habe sich die im Vergleich mit der in Amerika angewandten Technik als überlegen gezeigt."

Als letztes wird von dem ARBED-Konzern eine Beteiligung von 26% am DSD Dillinger Stahlbau angestrebt, zuzüglich einer Option auf weitere 26%.

„Die DSD Dillinger Stahlbau GmbH biete sich hier aufgrund ihrer internationalen Erfahrung geradezu als führendes Unternehmen an", bescheinigt der saarländische Wirtschaftsminister Klumpp (FDP) dem ARBED-Kapital. Dabei hat Klumpp die Profitinteressen des westdeutschen Finanzkapitals im Auge, insbesondere des Saarbergkonzerns. Auf der Landtagsdebatte zur Verabschiedung des saarländischen Energieprogramms Anfang dieses Jahres führte Klumpp bezüglich der Schaffung einer Zentralkokerei im Saarland aus: „Wenn eine solche Zentralkokerei hier … gebaut ist, dann kann ich mit dem Know-how, das Saarberg erarbeitet hat, plus der Kapazität der Weiterverarbeitungsindustrie, die ja noch entwickelt werden muß, ganze Anlagen auf der Welt errichten. Und damit' können wir in den Export gehen."

Die Pläne des ARBED-Kapitals sind durch die anhaltenden Streiks und Demonstrationen der Arbeiter in den Weiterverarbeitungsbetrieben empfindlich gestört worden. Im Kern richten sich diese Kämpfe gegen die vom ARBED-Kapital betriebene schrankenlose Mobilität der Arbeitskraft und die damit einhergehende Senkung des Lohns, verbunden mit einer gewaltigen Schweißauspressung der Arbeiter. Die Pro-Kopf Produktion übersteigt inzwischen bei weitem die des Boom-Jahres 74, die offiziellen Lohnkosten je Tonne Walzstahl sind um 17% im Jahre 1978 gesenkt worden. Neben den geplanten Massenumsetzungen ganz nach den Bedürfnissen des ARBED-Kapitals im Bereich der Roheisen- und Rohstahlerzeugung sowie im Weiterverarbeitungsbereich wird an einem ausgeklügelten Schichtsystem gefeilt. Schließlich reichen die Maßnahmen des ARBED-Konzerns bis Organisierung des modernen Sklavenhandels. Die freigesetzten Arbeiter werden in sogenannte „Anti-Krisis-Divisionen" gesteckt, von wo aus sie an andere Kapitalisten ausgeliehen oder für Reparaturarbeiten und Straßenbau eingesetzt werden. Zwischen November 78 und Mai 79 haben die ARBED-Kapitalisten im Neunkircher Eisenwerk 360 Arbeiter eingestellt. Die Arbeiter haben in den Arbeitsverträgen eine Klausel unterschreiben müssen, wonach sie jeder Umsetzung in und zwischen den Werken und jedem Schichtsystem zustimmen.



nach den Worten ihres Präsidenten die „Nr. 1 in Europa". Otto Wolff von Amerongen und ARBED-Präsident Tesch erklärten zu der Fusion, „insbesondere die Auslandsaktivitäten beider Gesellschaften" hätten dazu geführt. Gegenwärtig beträgt der Exportanteil am Gesamtgeschäft der Weserhütte und der PHB AG, Köln jeweils 70 bis 80%. Die Saarbrücker Zeitung schreibt: „Der neue Vorstandsvorsitzende von PHB-Weserhütte AG" Peter Jungen – bisher Weserhüttenchef – „glaubt, von der besonderen Lage am Energiemarkt profitieren zu können … Auch Otto Wolff bestätigte der europäischen Tagebautechnik Zukunftschancen; ab einer gewissen Größe habe sich die im Vergleich mit der in Amerika angewandten Technik als überlegen gezeigt."

Als letztes wird von dem ARBED-Konzern eine Beteiligung von 26% am DSD Dillinger Stahlbau angestrebt, zuzüglich einer Option auf weitere 26%.

„Die DSD Dillinger Stahlbau GmbH

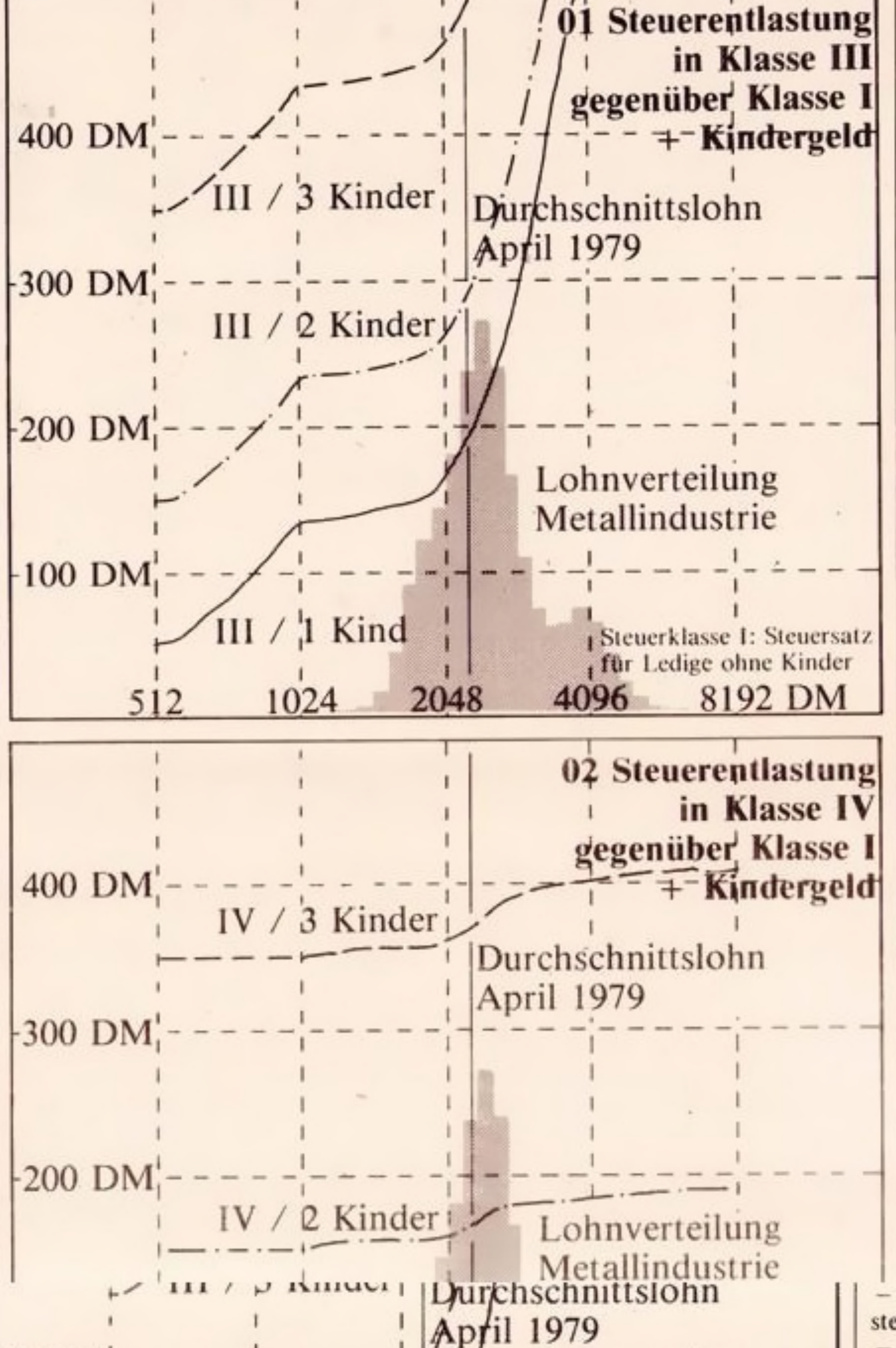
74, die offiziellen Lohnkosten je Tonne Walzstahl sind um 17% im Jahre 1978 gesenkt worden. Neben den geplanten Massenumsetzungen ganz nach den Bedürfnissen des ARBED-Kapitals im Bereich der Roheisen- und Rohstahlerzeugung sowie im Weiterverarbeitungsbereich wird an einem ausgeklügelten Schichtsystem gefeilt. Schließlich reichen die Maßnahmen des ARBED-Konzerns bis Organisierung des modernen Sklavenhandels. Die freigesetzten Arbeiter werden in sogenannte „Anti-Krisis-Divisionen" gesteckt, von wo aus sie an andere Kapitalisten ausgeliehen oder für Reparaturarbeiten und Straßenbau eingesetzt werden. Zwischen November 78 und Mai 79 haben die ARBED-Kapitalisten im Neunkircher Eisenwerk 360 Arbeiter eingestellt. Die Arbeiter haben in den Arbeitsverträgen eine Klausel unterschreiben müssen, wonach sie jeder Umsetzung in und zwischen den Werken und jedem Schichtsystem zustimmen.

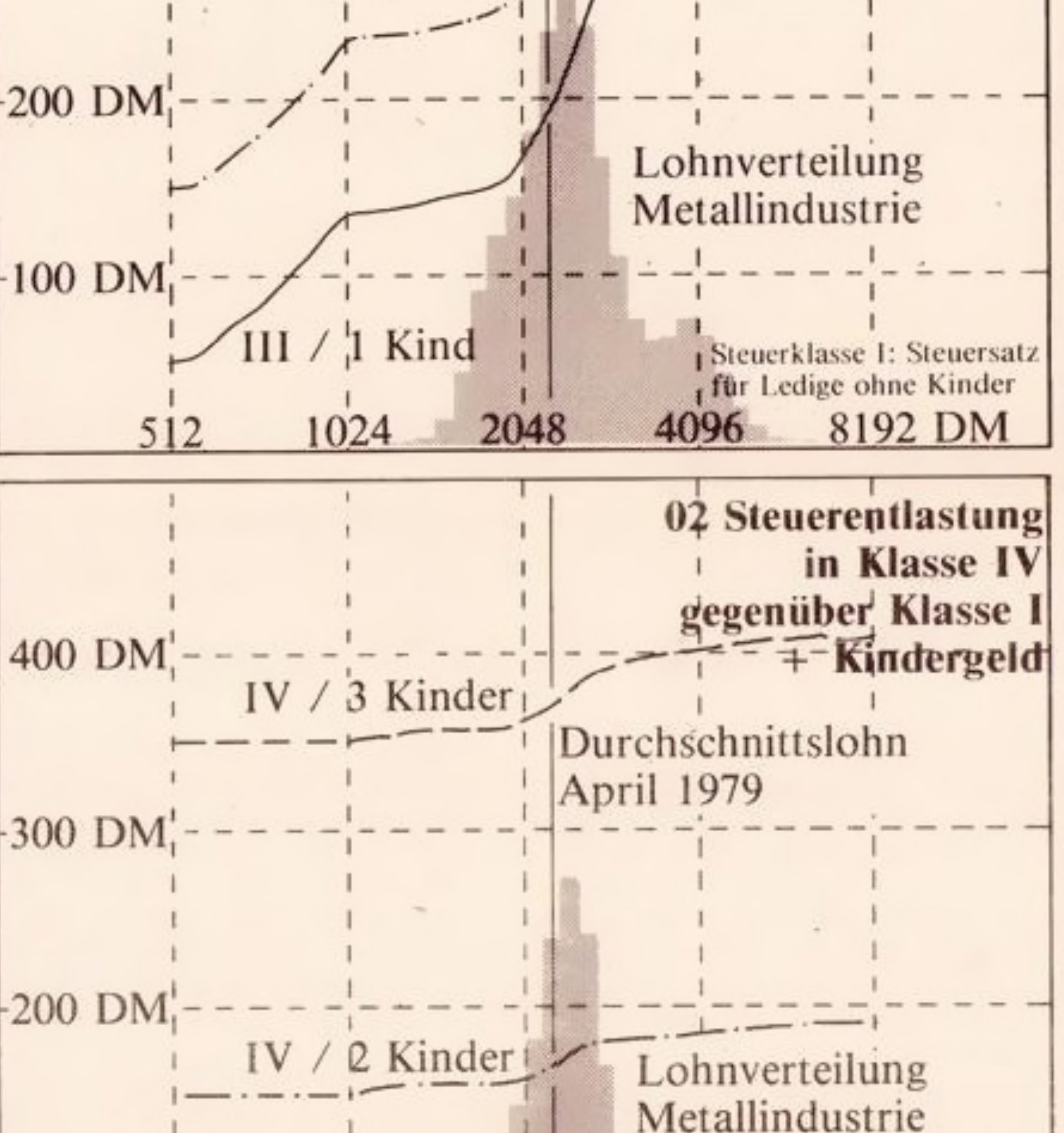


Gegen die beabsichtigte Schließung des Walzwerkes im ARBED-Werk St. Ingbert demonstrierten am 12.11. 1300 Arbeiter. Am 14.11. streikten die Arbeiter der Firma Heckel und der Röchling Burbach Stahl- und Waggonbau und demonstrierten gemeinsam durch Burbach. (Bild)

## Eugen Loderer sagt endlich auch was gegen die Steuerpläne der Regierung

*z.maf.* Die SPD äugelt bereits seit Monaten mit dem Einfall, die CDU/CSU bei der Steuerentlastung der höheren Beamten und Angestellteneinkommen zu übertrumpfen. Die Gewerkschaftsführung der IG Metall, die ja sozialdemokratisch ist, schien eine ganze Weile lang dies mitmachen zu wollen. Wahrscheinlich wegen der Wahlen. Jetzt zeichnet sich in der IG Metall ein gewisser, unsicherer Umschwung ab. Eugen Loderer in der „Metall" vom 22. November: „Die Bundesregierung fordern wir daher auf, ihr Steuerentlastungspaket unverzüglich auf den Tisch zu legen. Wir wollen wissen, woran wir sind." Und weiter: „Es geht allein darum, die Arbeitnehmer spürbar zu entlasten. Für diesen Zweck ist ein zweistelliger Milliardenbetrag vorzusehen. Dieser ist einmal zu konzentrieren auf die steuerliche Entlastung von Familie mit Kindern. Uns geht es dabei vor allem auch darum, daß eine Lösung gefunden werden muß, die zu einer absoluten Gleichbehandlung eines jeden Kindes führt. Zum anderen müssen jene Freibeträge fühlbar angehoben werden, die ausschließlich den Arbeitnehmern zugute kommen. Es dreht sich hierbei vor allem um den Weihnachts- und den Arbeitnehmerfreibetrag." – Es ist wirklich unverständlich, wieso Eugen Loderer sich gegen die Anhebung des Grundfreibetrages wendet und verlangt, daß ausschließlich der Arbeitnehmerfreibetrag angehoben werden soll. Dies würde nämlich bei den höheren Einkommensklassen kaum einen Unterschied machen. Ein Unterschied würde bei den schlecht verdienenden Bauern, dem Handwerk und dem Kleinhandel allerdings auftreten. Soll man sich ausgerechnet mit jenen Teilen der Mittelklassen, die immerhin wissen, was Arbeit ist, beim Kampf gegen die Steuerlast überwerfen? Das sind vielleicht Strategien! – Die „absolute Gleichbehandlung eines Kindes" ist im gegenwärtigen Steuersystem gar nicht zu erreichen. Immerhin wäre eine Anhebung des Kindergeldes gegen die gröbsten Ungleichheiten wirksam.




*Bundestagsdebatte, 20. September 1979, Dr. Schäuble (CDU/CSU):* … daß wir so schnell wie möglich die Nachweispflicht bei diesem Kinderbetreuungskostenbetrag abschaffen wollen, um damit den Kinderfreibetrag wieder einzuführen … Wer progressiv besteuert, muß auch progressiv entlasten.

*Gobrecht (SPD):* Es ist die Rückwendung zum Dualismus, zur Doppelspurigkeit von steuerlichen Kinderfreibeträgen und Kindergeld. Und zu wessen Lasten? Zu Lasten des Kindergeldes, das der Staat zahlen kann, denn Geld ist allemal und immer knapp.

*Matthöfer (Finanzminister, SPD):* Die sozialen Vorteile des Kindergeldes im Vergleich zu den steuerlichen Kinderfreibeträgen sind eindeutig.

*Ingrid Matthäus, Mitglied des Finanzausschusses, FDP, 11. Oktober:* Mit Wirkung von 1981 muß die Lohn- und Einkommenssteuer deutlich gesenkt werden. Dazu sollten unter anderem gehören …
– Erhöhung des Kindergeldes für das erste Kind.
– Erhöhung des Haushaltsfreibetrages für Alleinstehende mit Kindern von zur Zeit 3000 DM auf die Höhe des Grundfreibetrages (3690 DM).

*„Bild", 19.10.79:* Ab 81: Mehr Geld fürs erste Kind. Ab 1. Januar 1981 soll es mehr Kindergeld geben. SPD und FDP wollen die rund drei Millionen Mark so verteilen:
– Entweder 30 Mark mehr für das erste Kind (bisher 50 Mark) oder
– 25 Mark mehr für das erste und zehn Mark mehr für das zweite Kind (bisher 100 Mark).

*Späth, Ministerpräsident, CDU, Bundesrat, 19.10.79:* Ich kann nur betonen: wir werden Sie sehr unterstützen, wenn Sie das Kindergeld verbessern wollen … Da aber völlig unstrittig ist, daß bei gleichem Einkommen eine Familie mit mehreren Kindern einen starken sozialen Abstieg hinnehmen muß, müssen wir neben der Frage des Kindergeldes auch die Frage der steuerlichen Gerechtigkeit bei gleicher Einkommenslage prüfen.

*Bundestag, 14. November, Frage des Abgeordneten Kroll-Schlüter, CDU/CSU:* Hält die Bundesregierung die Erhöhung des Kindergeldes für das erste Kind für notwendig?

*Zander, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Familie, Jugend und Gesundheit:* … Alle wünschenswerten und notwendigen Maßnahmen sind in gesamtstaatlicher Finanzverantwortung abzuwägen. Das gilt besonders bei einer Leistung wie dem Kindergeld für das erste Kind, wo eine Erhöhung um 10 Mark, also eine relativ bescheidene Verbesserung, im Bundeshaushalt mit 1 Milliarde Kosten zu Buche schlägt.

*„Frankfurter Allgemeine", 22.11.:* … Die Familien sollen durch einen Grundfreibetrag von 1600 Mark je Kind entlastet werden. Matthöfer hat sich für diese Lösung entschieden, da

– Entweder 30 Mark mehr für das erste Kind (bisher 50 Mark) oder
– 25 Mark mehr für das erste und zehn Mark mehr für das zweite Kind (bisher 100 Mark).

Späth, Ministerpräsident, CDU, Bundesrat, 19.10.79: Ich kann nur betonen: wir werden Sie sehr unterstützen, wenn Sie das Kindergeld verbessern wollen … Da aber völlig unstrittig ist, daß bei gleichem Einkommen eine Familie mit mehreren Kindern einen starken sozialen Abstieg hinnehmen muß, müssen wir neben der Frage des Kindergeldes auch die Frage der steuerlichen Gerechtigkeit bei gleicher Einkommenslage prüfen.

Bundestag, 14. November, Frage des Abgeordneten Kroll-Schlüter, CDU/CSU: Hält die Bundesregierung die Erhöhung des Kindergeldes für das erste Kind für notwendig?

Zander, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Familie, Jugend und Gesundheit: … Alle wünschenswerten und notwendigen Maßnahmen sind in gesamtstaatlicher Finanzverantwortung abzuwägen. Das gilt besonders bei einer Leistung wie dem Kindergeld für das erste Kind, wo eine Erhöhung um 10 Mark, also eine relativ bescheidene Verbesserung, im Bundeshaushalt mit 1 Milliarde Kosten zu Buche schlägt.

„Frankfurter Allgemeine", 22.11.: … Die Familien sollen durch einen Grundfreibetrag von 1600 Mark je Kind entlastet werden. Matthöfer hat sich für diese Lösung entschieden, da
an Steuerausfällen auch Länder und Gemeinden beteiligt würden, während eine Erhöhung des Kindergeldes allein aus der Bundeskasse zu finanzieren wäre. Jeder Steuerpflichtige erhielte damit je Kind eine Entlastung von monatlich etwa 29 DM.

---



*z.rül.* **Seit zwei Wochen streiken 700 Arbeiter im Dubliner Hafen für eine Lohnerhöhung von 25 Punt die Woche.** (siehe KVZ 46/79) Im- und Exporte der Kapitalisten im Wert von einer Million Punt täglich sind blockiert. Jetzt will ein Arbeitsgericht einen „Schlichtungsvorschlag" vorlegen.

*z.ulg. Rom.* **Auf über 170 italienischen Schiffen haben die Seeleute in den letzten drei Wochen für Übernahme in die gesetzliche Rentenversicherung gestreikt.** Die 48-stündigen Streiks wurden beim Aufenthalt in den Heimathäfen durchgeführt. Bisher sind die Seeleute in einer Sonderkasse versichert. Da Beiträge und Leistungen auf Grundlage von „konventionellen" Löhnen berechnet werden, die oft nur 50% des wirklichen Lohns betragen, liegen die Renten bei gleicher Versicherungszeit weit unter denen für Arbeiter an Land. Ein Seemann verdient heute nach Tarif rund 520000 Lire brutto; die von der Sonderkasse gezahlten Renten betragen dagegen durchschnittlich nur 300000 Lire (650 DM). Im letzten Tarifvertrag haben die Seeleute ihre Übernahme in die allgemeine Rentenversicherung vereinbart, was eine Erhöhung der Renten um rund 60000 Lire (130 DM) bedeutet. Zum „Ausgleich" für die höheren Beitragsleistungen der Reeder hat die Gewerkschaftsführung auf eine Lohnerhöhung „verzichtet". Jetzt droht die zum 1.1.80 fällige Übernahme daran zu scheitern, daß das entsprechende Gesetz noch immer nicht verabschiedet ist. Mit dem Streik wollen die Seeleute ein Übergangsgesetz durchsetzen, daß die höheren Beiträge und Renten jedenfalls ab 1.1.80 gezahlt werden.

*z.ulg.Rom.* **Am 19. Oktober, als die italienischen Fluglotsen mit einer Massenkündigung ihre Entmilitarisierung durchsetzten, hatte die Regierung Straffreiheit zugesagt.** Trotzdem hat die Militärjustiz (die Fluglotsen waren bisher Luftwaffensoldaten) Hunderte von Ermittlungsverfahren wegen „Meuterei" und „Ungehorsam" eingeleitet. Aus „Nervosität' darüber haben die Fluglotsen vom 14. bis 16.11. die „Sicherheitsabstände' zwischen den einzelnen Flugzeugen verdreifacht. 50% aller Flüge fielen aus. Nach Verhandlungen mit dem Verteidigungsminister hat das Komitee der Fluglotsen die Kampfmaßnahme ab 17.11. ausgesetzt, obwohl nun auch die zivile Justiz wegen „Unterbrechung eines öffentlichen Dienstes" ermittelt. Gegen den Versuch, einzelne herauszugreifen und zu kriminalisieren, zeigen sich die Fluglotsen jetzt massenhaft selbst an.

*z.pel.Paris.* **Der Streik des französischen Flugüberwachungspersonals in allen vier regionalen Kontrollzentren geht in die vierte Woche.** Nachdem der Transportminister sich weigerte, überhaupt ein Angebot vorzulegen, und 36 Fluglotsen für acht Tage bis drei Monate suspendiert hat, ist am 22.11. Fortführung des Streiks für u.a. Neueinstellungen, 32-Stundenwoche (KVZ 46) beschlossen worden. Der Präsident der Gewerkschaft der Linienpiloten hat erklärt, wenn die Regierung weiterhin Lotsen durch schlecht ausgebildete Techniker ersetze, würden die Piloten ebenfalls streiken.

*z.inl.Paris.* **Mit einem Stoßseufzer vermeldet das französische Fernsehen am 23.11. als erste Nachricht: Streik bei Alsthom Belfort nach 58 Tagen beendet.** Die Arbeiter des Maschinenbaukonzerns hatten in einer Urabstimmung mit 76% den Vorschlag des staatlichen Schlichters angenommen, knapp ⅔ der Belegschaft beteiligten sich. Die Ergebnisse im einzelnen: Anhebung des *Mindestlohns* auf 2650 FF, das sind allein für die 21% angelernten Arbeiter gut 400 FF mehr. Vom geforderten *13. Monatslohn* 70% sofort, bis 1982 100%. Zusätzlicher *Urlaub* von einem Tag bei zehn Jahren Betriebszugehörigkeit, bis zu vier Tage bei 30 Jahren. *Einmalige Prämie* von 300 FF. Erhöhung der *Betriebszugehörigkeits-Prämie* um 4,1%. Die Streikforderungen, 13. Monatslohn sofort und Anhebung aller Löhne in Belfort auf das Niveau der anderen Konzernbetriebe, konnten nicht durchgesetzt werden. Dennoch hat der Kampf, der mit großer Unterstützung der Metaller der Region und der ganzen Arbeiterklasse geführt wurde – allein im ersten Streikmonat wurden 600000 FF zur Unterstützung gesammelt – ein bedeutendes Ergebnis: die kräftige Anhebung des Mindestlohns in die Nähe des Durchschnitts der Arbeiterlohngruppen im Metallbereich von 2800 FF.

*z.anb.* **Seit Anfang letzter Woche wird die Schweizer Kristallglasfabrik Häfeli AG in Sarnen (Kanton Obwalden) bestreikt.** Am 16.11. hatte der Kapitalist 35 Arbeiter fristlos entlassen, die sich an Streikaktionen gegen die Entlassung von zwei Belegschaftsvertretern beteiligt hatten. Letztere hatten Kampfmaßnahmen gegen die Sabotage der betrieblichen Lohntarifverhandlungen angekündigt. Die aufgrund des 1978 um 5 Jahre verlängerten „Friedensabkommens" für die Metallindustrie eingeschaltete *Kantonale Einigungsbehörde* erklärte, nach guter Tradition sei „das Arbeitsverhältnis *auch anders* als durch Gesamtarbeitsvertrag zu regeln". Daraufhin entschied die im Be-

## Eine 5-Prozent Marke bei den Tischlern zu setzen, ist den Kapitalisten nicht gelungen

*z.bia.* In den Tarifgebieten der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen, ist es zu Tarifabschlüssen für das Jahr 1979/80 gekommen. Im Durchschnitt sind es 6,8 %, was 77 Pfennig auf den Ecklohn bedeutet. Damit ist der neue Tariflohn in Schleswig-Holstein der niedrigste mit 11,96 DM und Hamburg der höchste mit 12,16 DM. Aufgestellt hatte die GHK 9 % für Hamburg und 10 % für Niedersachsen. In Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen boten die Kapitalisten 5,3 %. Die GHK rief ihre Mitglieder zum Streik auf und organisierte die Urabstimmung. In Hamburg lehnten 98,8 %, in Bremen 99,8 % der Organisierten das Angebot ab. Unter 7 % sollte der Abschluß nicht ausgehen, wurde beschlossen. Daraufhin konnten die Kapitalisten ihr Angebot nicht aufrecht erhalten, auch auf Drängen des Bundesinnungsverbands, der die 5 % Marke als Richtlinie durchsetzen wollte. Mit 6,8 % wurde dann nach den Streikvorbereitungen ein Abschluß erzielt. In Niedersachsen, wo 10 % von der GHK gefordert wurden, was in Festgeld 195 DM in Ortsklasse I gewesen wäre, ist dann mit 6,84 % gleich 77 Pfennig der Abschluß von Hamburg übernommen worden.

Unter dem Eindruck der Urabstimmung für Streik konnten die Kapitalisten ihr Ziel nicht durchsetzen. Die Lage war für die Tischler gut, die Kapitalisten unter Druck, um ihre Aufträge erledigen zu können. Daß in Niedersachsen der Tariflohn nicht angeglichen werden konnte an den von Hamburg und daß die Ortsklasse II 99 % nicht beseitigt wurde, hätte man verhindern können.

Die GHK mit 150000 Mitgliedern handelt jedes Jahr an die 300 Tarifverträge aus. Dabei mußte in den letzten Jahren immer häufiger zur Durchsetzung der Forderungen zum Streik gegriffen werden, so im November 1978 Karosseriebau Niedersachsen, Bremen und Bremerhaven, im Januar 1978 Berlin Tischlerhandwerk und im Januar/Februar 1978 Schreinerhandwerk Saarland.

Im Tarifgebiet Nordwestdeutschland der GHK, wozu Schleswig-Holstein/Hamburg, Niedersachsen/Bremen, Ostwestfalen-Lippe und Nordrhein-Westfalen gehören, ist der Manteltarif von 1976 zum ersten Mal Ende dieses Jahres zu kündigen. Die Tarifkommission hatte dies verschoben, um sich auf die Lohnrunde 79/80 zu konzentrieren. Im Manteltarifvertrag von 1976 ist ein 6-wöchiger Urlaub ab 1980 enthalten. Die meisten anderen Einzelgewerkschaften hatten im vergangenen Jahr den 6-wöchigen Urlaub als ein Ergebnis des Stahlarbeiterstreiks übernommen und sich dabei bis 1983 auf die 40-Stundenwoche festgelegt. Eine Kündigung des GHK Manteltarifs würde bedeuten, daß man den 7-Stundentag auf die Tagesordnung setzen muß. In der Sägeindustrie wird seit 1978 um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn verhandelt. Einer Hinauszögerung der Kündigung muß man entgegnen.

## Britische Fordarbeiter in schwierigem Lohnkampf

**Die neue „Anwesenheitsprämie" verschärft die Spaltung / Ford erwartet „Rekordprofite"**

*z.rül.London.* Der Tarifvertrag der 59000 britischen Fordarbeiter ist am 31.10. ausgelaufen. Im vergangenen Jahr gelang es den Ford-Arbeitern, in einem über achtwöchigen Streik die 5%-Lohnleitlinie der Callaghan-Regierung zu brechen und Lohnerhöhungen zwischen 5,92 und 8 Pfund die Woche durchzusetzen. Gleichzeitig erreichten jedoch die Kapitalisten, ein neues Spaltungsmittel in Gestalt der „Anwesenheitszulage" einzuführen. Die Zulage beträgt je nach Lohngruppe zwischen 3,20 und 4 Pfund die Woche und wird bei jedem Streik oder „unerlaubter Abwesenheit von der Arbeit" gestrichen.

„Meine Zulage wurde mindestens sechsmal gestrichen", erzählte uns ein indischer Arbeiter, der im Motorenwerk von Ford Dagenham in London arbeitet, „und jedesmal war ich auf einer Versammlung gewesen, weil Leute entlassen worden waren, oder wir gingen hin, um ein Sicherheitsproblem zu diskutieren, irgendeine Sache, die du machen mußt, wenn du für eine Firma wie Ford arbeitest, jedesmal strichen sie mir die Zulage. Letztes Mal, wie du auf meinem Lohnzettel sehen kannst, wollte uns die Firma aussperren, deshalb hatten wir eine Versammlung, die ganze Halle, 2000 Mann, und was passiert? Wir kamen zurück und uns wurde gesagt, daß unsere Zulage weg wäre."

Die Lage der Fordarbeiter ist in diesem Jahr bedeutend schwieriger gegenüber den Kapitalisten. Die Lohnerhöhung des letzten Jahres stellte sich durch die Inflation inzwischen als Lohnsenkung heraus, und die „Anwesenheitszulage" entfaltet so ihre spalterische Wirkung umso stärker. Die Kapitalisten von British Leyland konnten den Arbeitern mit der Urabstimmung über ihr Sanierungsprogramm mit den 25000 Entlassungen eine Niederlage beibringen. Jetzt wollen sie mit einem 5%-Abschluß für einfache Arbeiter und 10% für Facharbeiter nachstoßen, bei einer Inflation von inzwischen 18%. Und die neue Regierung arbeitet mit einem ganzen Bündel von Steuer-, Gewerkschafts- und sonstigen Gesetzen zielstrebig daran, den Kern der Arbeiterklasse zu isolieren und kampfunfähig zu machen.

242 Mio. Pfund Profite vor Steuern haben die Ford-Kapitalisten im letzten Jahr nach eigenen Angaben erzielt, trotz des achtwöchigen Streiks. Für dieses Jahr erwarten sie „Rekordprofite". Niedrige Löhne, vor allem aber eine enorme Arbeitshetze, für die Ford inzwischen berüchtigt ist und z.B. in Dagenham in London Schwierigkeiten bei der Anwerbung neuer Arbeiter hat, sind die Grundlagen dieser Profite.

Der indische Arbeiter, mit dem wir sprachen, verdient netto ganze 55 Pfund in der Woche. Er wohnt in einem kleinen Reihenhaus in Ost-London zusammen mit seiner Familie und seinen Eltern. Ohne regelmäßige Nachtschichten, durch die er netto 75 Pfund erhält, kommt er nicht hin.

Dem Vertrauensmann seiner Abteilung, einem Einwanderer aus der Karibik, geht es nicht besser. Er kommt mit seinem Grundlohn auf 53 Pfund netto die Woche. Davon gehen sieben Pfund für Fahrtkosten zur Arbeit weg und etwas über sieben Pfund für die Hypothek auf das Haus, das er sich vor zehn Jahren gekauft hat. An Lebensmitteln braucht er 24 Pfund die Woche, rechnet er. Da bleibt nicht mehr viel übrig, vor allem nicht für die Kinder. „Also muß meine Frau noch in einem Teilzeitjob arbeiten, um uns über Wasser zu halten. Und ich kenne Leute, die haben Hypotheken, wo sie 100 bis 140 Pfund im Monat zahlen." Ein anderer Arbeiter in seiner Abteilung, der in einer Mietwohnung lebt, zahlt allein an Miete jede Woche 25 Pfund.

„Ich glaube, jeder hier im Osten (von London), der bei Ford arbeiten wollte, hat bereits bei Ford gearbeitet", berichtet der Vertrauensmann, „und sie haben die Schnauze voll von den Arbeitsbedingungen und wie sie ihnen aufgezwungen werden."

Die Ford-Kapitalisten versuchen jetzt verstärkt, Arbeiter aus anderen Landesteilen anzuwerben. „Die Leute kommen von weit her, und wenn sie dann 75 Pfund bekommen, wie ich sagte, und davon 48, 53 Pfund mit nach Hause nehmen, ... dann finden sie, daß es sich nicht lohnt, dahin zu gehen."

In einer Schicht in seiner Abteilung, in der 260 Arbeiter arbeiten, waren in den letzten Wochen im Durchschnitt 40 Arbeiter krank, als Ergebnis der enormen Arbeitshetze. Im ganzen Werk, in dem 6000 bis 7000 Arbeiter arbeiten (in der Motorenfertigung, das ganze Werk Dagenham hat 22000 Beschäftigte), schätzt der Vertrauensmann den Krankenstand auf durchschnittlich 700 bis 800 Arbeiter.

Die Gewerkschaften haben eine Lohnforderung von 30 Pfund in der Woche aufgestellt, sowie u.a. die Einbeziehung der „Anwesenheitszulage" in den Grundlohn, Verkürzung der Wochenarbeitszeit und höhere betriebliche Renten. Die Convener (Vertrauensleutevorsitzende) hatten vorher getagt und 25 Pfund in der Woche als Forderung aufgestellt. Die Fordkapitalisten legten jetzt ein Angebot vor, mit dem die Spaltung unter den Arbeitern noch verstärkt wird: Die Löhne in der untersten der fünf Lohngruppen bei Ford, der Lohngruppe A (z.B. Kantinenbeschäftigte) sollen um 9,88 auf 78,20 Pfund erhöht werden, die der Arbeiter am Band (Lohngruppe B) um 11 Pfund auf 85,52 Pfund und die der Elektriker (Lohngruppe D) um 12,20 auf 92,84 Pfund die Woche. Gleichzeitig soll die „Anwesenheitszulage" um zwischen 1,37 und 1,81 Pfund erhöht werden. Nachdem die Gewerkschaften das Angebot ablehnten, erhöhten die Kapitalisten am Freitag ihr Angebot und boten z.B. für die Arbeiter am Band eine Lohnerhöhung von 15 Pfund die Woche an. Die Gewerkschaften nahmen das Angebot an und wollen es diese Woche den Fordarbeitern vorlegen.

## Tarifverträge für die Beschäftigten bei der Evangelischen Kirche beschlossen

*z.juh.* Die Regionalsynode der Westberliner Evangelischen Kirche hat eine „wesentliche Korrektur ihrer Grundordnung" beschlossen. Mit 86 von 109 Stimmen sprachen sich die Synodalen für ein neues Kirchengesetz aus, das eine generelle tarifvertragliche Regelung einführt, ohne das „Selbstverständnis der Kirche" aufzugeben. Dieser Beschluß, der für die Beschäftigten bei der Kirche gilt, ist bisher einmalig innerhalb der Evangelischen Kirche, denn bisher hat die Kirchenleitung daran festgehalten, daß es in der Kirche keine Lohnabhängigen einerseits und Geschäftsleitung andererseits gibt. Einzige Ausnahme war bisher die Nordelbische Kirche, wo in diesem Jahr Tarifverträge mit der ÖTV abgeschlossen wurden, die allerdings neben einer 10-jährigen Friedenspflicht das Verbot von Kampfmaßnahmen und eine Notlagenregelung beinhalten.

Die in Westberlin beschlossene vertragliche Ordnung ist das Ergebnis von Verhandlungen, die der Verband Kirchlicher Mitarbeiter V.M.E.K. mit der Kirchenleitung geführt hat. Ursprünglich war die ÖTV ebenfalls an diesen Verhandlungen beteiligt. Jedoch bestanden die Vertreter der Gewerkschaft auf dem Recht auf Kampfmaßnahmen, was nach Ansicht der Kirchenleitung gegen den kirchlichen Auftrag gerichtet ist. Die ÖTV weigerte sich daraufhin, unter diesen Bedingungen die Verhandlungen weiterzuführen.

Entsprechend ist in der nun beschlossenen tarifvertraglichen Ordnung „den Besonderheiten des kirchlichen Dienstes" Rechnung getragen: Kampfmaßnahmen jeglicher Art sind ausgeschlossen, an ihre Stelle tritt die Zwangsschlichtung, deren oberster Schlichter der Bischof selber ist. Und im Falle einer finanziellen Notlage der Kirche sind die Beschäftigten mit Lohn- und Gehaltskürzungen zufrieden, festgelegt in der Notlagenregelung.

Diese tarifvertragliche Ordnung ist das vorläufige Ergebnis eines langjährigen Kampfes der Beschäftigten bei der Kirche und Diakonie um Tarifverträge wie im öffentlichen Dienst und ist ein erster Erfolg. Für die Beschäftigten bei der Diakonie gilt weiter der Dritte Weg (Arbeitsrechtsetzung durch den obersten Dienstherrn und Beteiligung der Mitarbeiter), der zum 1.1.79 vom Rat der Diakonischen Konferenz eingeführt wurde. Allerdings weigern sich seit der Einführung die Mitarbeitervertretungen der Einrichtungen des Diakonischen Werkes und auch die neugegründete Hauptmitarbeitervertretung, am Dritten Weg mitzuarbeiten und fordern weiter Tarifverträge wie im öffentlichen Dienst.



sten ihr Ziel nicht durchsetzen. Die Lage war für die Tischler gut, die Kapitalisten unter Druck, um ihre Aufträge erledigen zu können. Daß in Niedersachsen der Tariflohn nicht angegli-

tag auf die Tagesordnung setzen muß. In der Sägeindustrie wird seit 1978 um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn verhandelt. Einer Hinauszögerung der Kündigung muß man entgegnen.

de gesagt, daß unsere Zulage weg wäre."

Die Lage der Fordarbeiter ist in diesem Jahr bedeutend schwieriger gegenüber den Kapitalisten. Die Lohnerhöhung des letzten Jahres stellte sich durch die Inflation inzwischen als Lohnsenkung heraus, und die „Anwesenheitszulage" entfaltet so ihre spalterische Wirkung umso stärker. Die Kapitalisten von British Leyland konnten den Arbeitern mit der Urabstimmung über ihr Sanierungsprogramm mit den 25000 Entlassungen eine Niederlage beibringen. Jetzt wollen sie mit einem 5%-Abschluß für einfache Arbeiter und 10% für Facharbeiter nachstoßen, bei einer Inflation von inzwischen 18%. Und die neue Regierung arbeitet

braucht er 24 Pfund die Woche, rechnet er. Da bleibt nicht mehr viel übrig, vor allem nicht für die Kinder. „Also muß meine Frau noch in einem Teilzeitjob arbeiten, um uns über Wasser zu halten. Und ich kenne Leute, die haben Hypotheken, wo sie 100 bis 140 Pfund im Monat zahlen." Ein anderer Arbeiter in seiner Abteilung, der in einer Mietwohnung lebt, zahlt allein an Miete jede Woche 25 Pfund.

„Ich glaube, jeder hier im Osten (von London), der bei Ford arbeiten wollte, hat bereits bei Ford gearbeitet", berichtet der Vertrauensmann, „und sie haben die Schnauze voll von den Arbeitsbedingungen und wie sie ihnen aufgezwungen werden."

untersten der fünf Lohngruppen bei Ford, der Lohngruppe A (z.B. Kantinenbeschäftigte) sollen um 9,88 auf 78,20 Pfund erhöht werden, die der Arbeiter am Band (Lohngruppe B) um 11 Pfund auf 85,52 Pfund und die der Elektriker (Lohngruppe D) um 12,20 auf 92,84 Pfund die Woche. Gleichzeitig soll die „Anwesenheitszulage" um zwischen 1,37 und 1,81 Pfund erhöht werden. Nachdem die Gewerkschaften das Angebot ablehnten, erhöhten die Kapitalisten am Freitag ihr Angebot und boten z.B. für die Arbeiter am Band eine Lohnerhöhung von 15 Pfund die Woche an. Die Gewerkschaften nahmen das Angebot an und wollen es diese Woche den Fordarbeitern vorlegen.

Tarifverträge für die Beschäftigten bei der Evangelischen Kirche beschlossen





Im letzten Jahr durchbrachen die Fordarbeiter die Lohnleitlinie der Regierung. Bild rechts: Streikabstimmung. Dieses Jahr ist ihr Kampf bedeutend schwieriger. Bild links: Demonstration von British-Leyland-Arbeitern.

trieb vertretene Gewerkschaft des CMV (Christliche Metallarbeiter) auf Scheitern der Schlichtung. Inzwischen sind zahlreiche Solidaritätsadressen eingegangen, die Gewerkschaft Bau und Holz hat gegen diese offene Aushöhlung des Tarifrechts ihre finanzielle Unterstützung zugesagt.

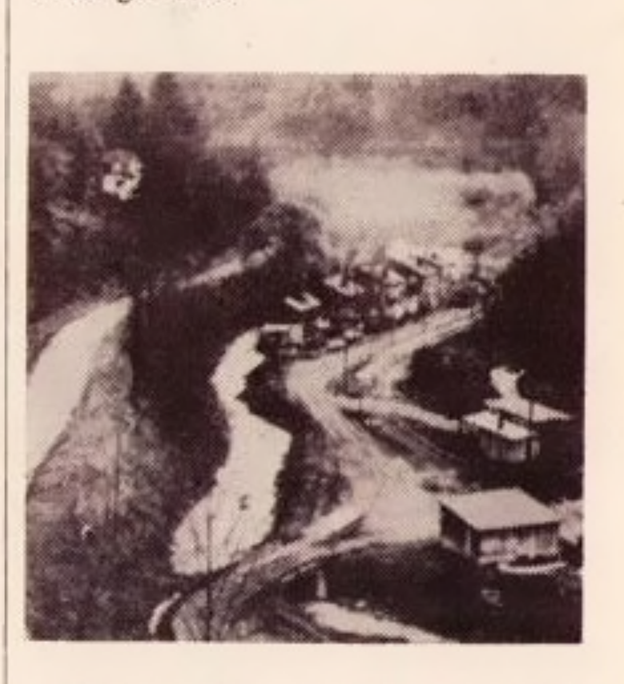
*z.dab.Brüssel.* **Nach einem Warnstreik Anfang November haben alle 1250 Arbeiter der drei Steinbrüche im Gebiet von Tournai an der französischen Grenze vom 5. bis 16. November für die Durchsetzung ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung gestreikt.** In einem Vorabkommen vom Juni dieses Jahres hatten die Gewerkschaften neben der Anhebung der unteren Lohngruppen die Zusage der Kapitalisten erhalten, die für den 1. Januar 1980 geplante Verkürzung der Arbeitszeit auf 39 Stunden schon im November 1979 in Form von sechs Tagen mehr Urlaub in Kraft treten zu lassen. Die Gewerkschaft beschloß den Streik, nachdem die Kapitalisten nicht mehr bereit waren, sich an die Vereinbarungen zu halten. Am 16. November setzte sie dann den Streik aus, ohne daß sie eine Einigung über ihre Forderung erzielt hätte. Der Gewerkschaftsvorstand will jetzt bis zum März nächsten Jahres über einen neuen Forderungskatalog beraten und dann erneut mit den Kapitalisten verhandeln und, wenn notwendig, den Streik fortsetzen. Die Kampfbedingungen für die Arbeiter sind damit nicht einfacher geworden. Dabei gilt es aufzuholen. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeiter aus Tournai beträgt 40 Stunden, während die aller Minen- und Steinbrucharbeiter 1978 38,6 und die aller Industriearbeiter 37,6 Stunden betrug. Mit vier Wochen Urlaub im Jahr, was der durchschnittlichen Urlaubszeit aller Lohnabhängigen entspricht, konnte dem schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft durch Schichtarbeit keine Schranken gesetzt werden.

*z.coi.Stockholm.* **Ca. 80 Truckfahrer und -reparateure der LKAB-Eisenerzgrube in Malmberget legten am 15.11. für sechs Stunden die Arbeit nieder.** Dies war die Antwort auf das niedrige Inflationskompensationsangebot des Kapitalistenverbandes von 15 Öre und die angekündigten Samstags- und Sonntagsschichten. Mit 27 Mio. t Erz will LKAB dieses Jahr eine Rekordproduktion erreichen. Die Leistung der Truckfahrer unter Tage ist inzwischen auf 115 t pro Mann und Stunde getrieben. Die Arbeiter forderten 2 000 SKr. mehr im Monat, die zusätzliche Einstellung von 5 Kollegen und die Streichung von Sonderschichten. Sie konnten drei Einstellungen erzwingen.

*z.mat.Sydney.* **Die Gewerkschaften von Kiribati kämpfen gegen Angriffe auf das Koalitionsrecht.** Im August, einen Monat, nachdem Kiribati (ehemals Gilbert-Islands) unabhängig geworden war, traten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen die Entlassung eines Kollegen in Streik. Die Regierung ließ zwei Gewerkschaftsfunktionäre verhaften und 100 entlassen. Nach einer Demonstration des Gewerkschaftsbundes wurden 80 wieder eingestellt, 20 Mitglieder von Gewerkschaftskomitees jedoch nicht. Der Arbeitsgerichtshof hat die Entlassung der 20 bestätigt. Der Gewerkschaftsbund ruft jetzt zum weltweiten Boykott aller Handels- und Nachrichtenverbindungen mit Kiribati auf und bereitet einen Generalstreik vor.

*z.elb.* **Im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen nimmt die chilenische Arbeiterbewegung einen neuen Aufschwung.** Seit dem 5.11. streiken die 1300 Lohnabhängigen von Goodyear, einem US-Konzern, für 20% mehr Lohn. Mitte November beschlossen die Angestellten, ein Angebot der Kapitalisten anzunehmen, dessen Höhe uns nicht bekannt ist. Die Arbeiter streiken weiter, unterstützt von ihren Frauen. Am 14.11. demonstrierten 300 Arbeiter in Santiago zur Bekräftigung ihrer Forderung. – Die 4700 Lohnabhängigen des einzigen Stahlwerks in Chile konnten den Kapitalisten 16% Lohnerhöhung abtrotzen. (s. KVZ 47) Die Arbeiter der Kupfermine in Chiquicamara treffen Streikvorbereitungen. In mehr als zehn Fabriken streikten in letzter Zeit die Arbeiter, um höhere Löhne durchzusetzen.

*z.gek.* **Drei Wochen vor Beginn des Kongresses der US-Bergarbeitergewerkschaft UMW hat der bisherige Präsident Miller, ohne sich den Delegierten noch zu stellen, sein Amt an seinen Stellvertreter abgegeben.** Die UMW ist seit dem großen Streik im Winter vor zwei Jahren von den Kohleunternehmen (die den Öl- und Stahlmonopolen gehören) in einen Kampf verwickelt, der auf die völlige Zerschlagung der Gewerkschaft zielt. Westlich des Mississipi haben die Kapitalisten serienweise neue Tagebaugruben eröffnet und bisher 6 von 7 Versuchen der UMW, die neuen Belegschaften zu organisieren, abgeschlagen. In den Kerngebieten der UMW in West-Virginia und Ohio wird die Produktion entweder eingestellt oder brutal rationalisiert. In West-Virginia z.B. sind seit dem Streik 11000 Arbeiter, 17% der Belegschaften, entlassen worden. Um 35% sind die Unfallzahlen seit dem letzten Jahr hochgeschnellt. Miller wollte sich auf dem Kongreß ein Mandat für einen Tarifabschluß 1981 „ohne Streik" verschaffen. Darüber ist er gestürzt.



Bergarbeiterdorf in einem der alten Bergbaugebiete der Appalachen, 1970.

## Italien: Schüler fordern Vertretungsrechte – erste Forderung gegen Regierung durchgesetzt

*z.ulg.Rom.* Am 21.11. hat das italienische Parlament gegen die Stimmen der Regierungsparteien DC, PLI und PSDI mehrheitlich die Verschiebung der Neuwahlen zu den Mitbestimmungsorganen an den Schulen beschlossen. Die Regierung Cossiga erlitt damit ihre erste Abstimmungsniederlage. Verschiebung der auf den 25.11. angesetzten Wahlen, bis die selbständigen Vertretungen der Schüler anerkannt und die Befugnisse der Mitbestimmungsorgane neu geregelt sind, war eine der Hauptforderungen der Schülerbewegung. Am 17. hatten mehrere zehntausend Schüler aus ganz Italien in Rom dafür demonstriert. In den Tagen zuvor hatten die Schüler zahlreiche Schulen besetzt und Unterricht in eigener Regie gemacht.



Zehntausende, viele erst 15- oder 16-jährig, demonstrierten in Rom.

Die Bewegung richtet sich gegen die bis ins kleinste vom Erziehungsministerium reglementierte, oft gleich im Zweischichtsystem betriebene Schulunterdrückung, aus der jährlich Hunderttausende ohne verwendbare Kenntnisse auf den Arbeitsmarkt geworfen werden. Um den Widerstand dagegen abzustumpfen, sind 1974 Mitbestimmungsorgane eingeführt worden, die nur minimale Befugnisse haben und in denen die Schüler einer erdrückenden Mehrheit von Schulbeamten gegenübersitzen. Inzwischen ist diese Karikatur auf den Parlamentarismus vollständig diskreditiert.

Über eigene, selbständige Vertretungskörperschaften verfügten die Schüler bisher nicht. Jetzt haben sie begonnen, „Schülerräte" aus jederzeit abwählbaren Delegierten der einzelnen Klassen zu bilden, und fordern deren Anerkennung. Die Aktionseinheit von der fortschrittlichen Organisation MLS bis zum revisionistischen Jugendverband, die die Führung der Bewegung innehat, fordert, daß die Schülervertreter in den Mitbestimmungsorganen künftig von den Schülerräten delegiert werden sollen. Die Revisionisten wollen das dazu benutzen, um ihrem Mitbestimmungsschwindel etwas demokratischen Glanz zu verleihen. Aber solange die Bewegung einheitlich an der Forderung nach selbständigen Vertretungsrechten der Schüler festhält, sind die Aussichten für solche Machenschaften ziemlich ungünstig.

## Laos: Vietnamesische Besatzer setzen die Senkung des Wehrdienstalters auf 13 Jahre durch

*z.gab.* Nach der vietnamesischen Invasion Kampucheas dehnten die Vietnamesen in Laos zum ersten Mal das Wehrdienstalter von zuvor 18 bis 30 Jahren auf 15 bis 45 Jahren aus, um die Aggression gegen Kampuchea zu verstärken. Mehr als 1000 laotische Soldaten waren im März 79 in Kampuchea eingesetzt. Diese Zahl wurde nach der Ausdehnung des Wehrdienstalters noch erhöht. Anfang November setzte die unter dem Kommando der Hanoier Revisionisten stehende laotische Regierung erneut das Wehrdienstalter auf 13 Jahre herab. Die vietnamesischen Besatzer verbreiten ihre Kriegsparolen über Radio und Presse. Soldaten dringen in die Wohnzentren und Schulen vor, um die Jugendlichen zwangsweise zu rekrutieren. Mehr als 7000 junge Männer wurden allein in wenigen Tagen eingezogen, berichtete ein nach Thailand geflohener laotischer Jugendlicher Anfang November. 2800 junge Laoten, einschließlich Mittelschüler und Studenten waren Anfang Oktober zur Militärausbildung nach Vietnam geschleppt worden. „Keiner will eingezogen und in den Krieg geschickt werden. Die Leute fliehen deshalb aus ihrem Land", berichten rund 40 laoti-

Seit dem Vertrag für „Freundschaft und Zusammenarbeit", den die SR Vietnam am 16.6.77 mit Laos abschloß, um die „besondere Solidarität zwischen Vietnam und Laos" zu festigen, haben die vietnamesischen Revisionisten das 3,5-Millionen-Volk von Laos unter ihre militärische Besatzung gestellt und Laos in eine vietnamesische Kolonie verwandelt. Mehr als 60000 vietnamesische Soldaten sind in Laos stationiert, die laotischen Streitkräfte und Polizeieinheiten sind vietnamesischen „Beratern" und Kommandeuren unterstellt.

Der Widerstand des laotischen Volkes gegen die vietnamesischen Besatzer wächst von Tag zu Tag. Ein nach Thailand geflohener laotischer Kader berichtete, daß allein 2500 Mitglieder der Revolutionären Laotischen Volksarmee wegen „Opposition gegen Vietnam" entlassen wurden, hunderte ins Gefängnis geworfen und getötet wurden. Wenig gefruchtet haben offensichtlich die Mahnungen des ZK der laotischen Revolutionären Volkspartei Anfang 1978 auf der 5. Plenartagung, als die „antivietnamesischen Gefühle in der Partei und im Volk" kritisiert wurden und das laotische Volk aufge-

## Die geplante Approbationsordnung – ein lukratives Geschäft für Kostendämpfungsstrategen

*z.hev.* Mit erfreulicher Offenheit hat Staatssekretär Wolters vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gegenüber einem Redakteur des Süddeutschen Rundfunks geäußert, worum es bei der gegenwärtigen erneuten Änderung der Approbationsordnung für Ärzte (3. Novelle) geht: er rechnet ab 1985 mit einer wesentlich größeren Zahl von Ärzten und befürchtet, daß diese größere Zahl von Ärzten in niedergelassener Praxis zur Kostensteigerung im Gesundheitswesen führen wird. „Wenn solche Kostenprobleme auf uns zukommen ... muß man sich Instrumente überlegen, mit denen man diese Kostenprobleme in den Griff bekommt. Man kann aber nicht so tun, als ob es gar nicht um die Kostenprobleme ginge, sondern als ob man die Ausbildung noch weiter verlängern müßte, ohne daß das von der erforderlichen Qualifikation der Ärzte her in irgendeiner Weise geboten wäre."

Wer also noch Illusionen etwa dergestalt hat, daß die neue Approbationsordnung (AO) eine verbesserte Ausbildung und Qualifikation der Ärzte zum Ziel hat, sollte sie schnell und sehr beunruhigt vergessen. Die 3. Novelle zur AO, die z.Zt. von einer „Kleinen Kommission" erarbeitet wird, ist ein Glied in der Kostendämpfungskalkulation der Bundesregierung, die geplanten Maßnahmen der Katalysator hierfür.

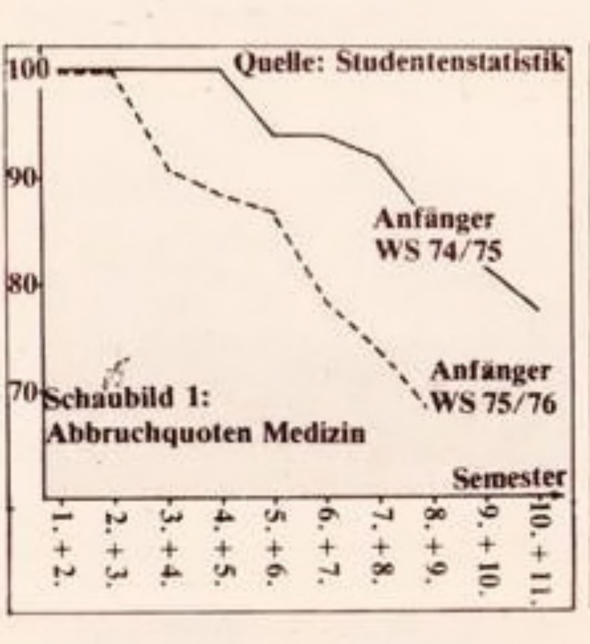
Wie ist es bisher? Nach dem Physikum folgen der 1. und 2. Teil des Staatsexamens, im letzten Jahr des 6jährigen Studiums das „Praktische Jahr" (PJ) an bestimmten Lehrkrankenhäusern und im Anschluß daran der 3. Teil des Staatsexamens. Wird die Prüfung bestanden, ist der Betreffende sofort approbiert und kann sich als Assistenzarzt verkaufen. Die PJ'ler allerdings haben immer noch keinen Ausbildungs- und Tarifvertrag.

Und was soll nach Auffassung der „Kleinen Kommission" werden? Das Medizinstudium wird auf 7 Jahre verlängert. Nach dem 3. Staatsexamen folgt ein Assistentenjahr, und erst danach die Approbation als Arzt. Effekt: Die Krankenhäuser sparen Unsummen für die halbbezahlten Assistenzärzte ein, auf die jetzigen Assistentengehälter würde ein gewaltiger Druck nach unten ausgeübt werden. Die Krankenhausträger könnten den Stationsbetrieb mit den nicht Approbierten aufrecht erhalten und die Zahl der Vollassistenten reduzieren. Weiterer Effekt: mehr Ärzte drängen in die eigene Praxis und verschärfen den Konkurrenzdruck dort, das Einkommensniveau der Ärzte sinkt nach „marktwirtschaftlichen Regeln", das Gesamteinkommen der niedergelassenen Ärzte wird durch Regreßverfahren im Zaum gehalten und durch Begrenzung der zulässigen Leistungen für die Versicherten noch weiter gedrückt.

Um diesen Kernpunkt herum ranken sich alle sonst vorgeschlagenen Änderungen. So war es nach verschiedenen Auseinandersetzungen um die Prüfungsfragen der schriftlichen „Multiple Choice"-Verfahren kaum noch möglich, direkt nach Kostendämpfung riechende Fragen zu stellen. In der Herbstprüfung 1979 finden sich bei gutem Willen nur noch zwei. Eine nach dem kostenträchtigsten Teil der Gesundheitsversorgung (Krankenhaus) und eine, bei der die angehenden Mediziner entscheiden sollten, ob ein Patient mit der oder der Erkrankung sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden müßte. Deshalb erschallt jetzt erneut der Ruf nach mündlichen Prüfungen, wo der Kandidat seine Fähigkeit „zur Hilfe und zur Betreuung für unheilbar Kranke und Sterbende" beweisen soll. Deshalb soll das Fach „Allgemeinmedizin" mündlich auf kostenbewußtes Verhalten abgeprüft werden und Studienordnungen für alle Fachbereiche weitere Prüfungen vorbereiten. Auch das Praktische Jahr (PJ) wird reformiert. Der schriftliche Teil der Prüfung nach dem PJ entfällt und wird in den 2. Teil vorverlagert, der Student soll durch „praktische Übungen in kleinen Gruppen" schon vor dem PJ darauf vorbereitet werden, sich in den „Routinebetrieb des Krankenhauses" zu integrieren, regelmäßiger Nacht- und Wochenenddienst werden zentral festgelegt. Kurz, der Student des Praktischen Jahres wäre in doppeltem Sinne frei. Frei von Geld und frei für den Krankenhausroutinebetrieb.

Z.Zt. bereitet sich die Regierung auf die Durchsetzung dieses lukrativen Geschäftes vor. Die Prüfungsbedingungen sind im August 1979 erheblich verschärft worden, die Quote der richtig beantworteten Fragen muß nun 60% sein und entfaltet ihre Horrorwirkung. (s. Schaubild) Die Fachtagung Medizin leitet mit einer bundesweiten Aktionswoche vom 3. bis 7.12. hoffentlich wirksame Gegenmaßnahmen ein.

### Auswirkungen der Approbationsordnung




Die Kurven zeigen, wieviel Prozent eines Semesterjahrgangs in den jeweils darauffolgenden Semestern noch studieren. Diese Zahlen sind bereinigt von Studienortswechslern.

Schaubild 2: Durchfallquoten zentrale Prüfungen Medizin
Quelle: IMPP Ergebnisbericht

Die Entwicklung der Durchfallquoten in den zentralen Prüfungen zeigt, daß zur Verschärfung der Konkurrenz die 60 % Bestehenregelung im August 79 nötig wurde.

*Aus einer Flugschrift der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg, November 1979*

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 263, Tel. 0421/617051
KJB Wilhelmshaven

Wilhelmshaven
12. November 1979
46b2a0200n

### Remmers entwirft

„glücken" sagen, sieht man deutlich am Widerstand z.B. der Gesamtschülervertretung in Bremen. Dort demonstrierten am 5.10.79 150 Schüler gegen das Tossenspapier. Das Tossenspapier entspricht im wesentlichen den Plänen Remmers. Aufgerufen wurde von der Gesamtschülervertretung zur Demon-

Zehntausende, viele erst 15- oder 16-jährig, demonstrierten in Rom.

sind die Aussichten für solche Machenschaften ziemlich ungünstig.

## Laos: Vietnamesische Besatzer setzen die Senkung des Wehrdienstalters auf 13 Jahre durch

*z.gab.* Nach der vietnamesischen Invasion Kampucheas dehnten die Vietnamesen in Laos zum ersten Mal das Wehrdienstalter von zuvor 18 bis 30 Jahren auf 15 bis 45 Jahren aus, um die Aggression gegen Kampuchea zu verstärken. Mehr als 1000 laotische Soldaten waren im März 79 in Kampuchea eingesetzt. Diese Zahl wurde nach der Ausdehnung des Wehrdienstalters noch erhöht. Anfang November setzte die unter dem Kommando der Hanoier Revisionisten stehende laotische Regierung erneut das Wehrdienstalter auf 13 Jahre herab. Die vietnamesischen Besatzer verbreiten ihre Kriegsparolen über Radio und Presse. Soldaten dringen in die Wohnzentren und Schulen vor, um die Jugendlichen zwangsweise zu rekrutieren. Mehr als 7000 junge Männer wurden allein in wenigen Tagen eingezogen, berichtete ein nach Thailand geflohener laotischer Jugendlicher Anfang November. 2800 junge Laoten, einschließlich Mittelschüler und Studenten waren Anfang Oktober zur Militärausbildung nach Vietnam geschleppt worden. „Keiner will eingezogen und in den Krieg geschickt werden. Die Leute fliehen deshalb aus ihrem Land", berichten rund 40 laoti-
sche Jugendliche, die im November in Thailand um Asyl baten, da sie geflohen waren, um der Militärausbildung in Vietnam zu entkommen.

Seit dem Vertrag für „Freundschaft und Zusammenarbeit", den die SR Vietnam am 16.6.77 mit Laos abschloß, um die „besondere Solidarität zwischen Vietnam und Laos" zu festigen, haben die vietnamesischen Revisionisten das 3,5-Millionen-Volk von Laos unter ihre militärische Besatzung gestellt und Laos in eine vietnamesische Kolonie verwandelt. Mehr als 60000 vietnamesische Soldaten sind in Laos stationiert, die laotischen Streitkräfte und Polizeieinheiten sind vietnamesischen „Beratern" und Kommandeuren unterstellt.

Der Widerstand des laotischen Volkes gegen die vietnamesischen Besatzer wächst von Tag zu Tag. Ein nach Thailand geflohener laotischer Kader berichtete, daß allein 2500 Mitglieder der Revolutionären Laotischen Volksarmee wegen „Opposition gegen Vietnam" entlassen wurden, hunderte ins Gefängnis geworfen und getötet wurden. Wenig gefruchtet haben offensichtlich die Mahnungen des ZK der laotischen Revolutionären Volkspartei Anfang 1978 auf der 5. Plenartagung, als die „antivietnamesischen Gefühle in der Partei und im Volk" kritisiert wurden und das laotische Volk aufge-
fordert wurde, „seinen engstirnigen Nationalismus abzulegen" und „mehr Verbundenheit mit Vietnam zu zeigen".

## Wenn schon „familienfreundlich" (Schäuble, CDU), dann wenigstens Fahrtkostenrückerstattung

*z.zik.* Ob die Bundesregierung ihr Festhalten an der Beschränkung der Gültigkeit von Schülerfahrkarten an Wochenenden für „familienfreundlich" halte, fragte der CDU-Abgeordnete Schäuble am 9.11. im Bundestag an. Nicht freie Fahrt am Wochenende, sondern *Fahrtkostenrückerstattung für die ganze Woche* fordern die Schüler in verschiedenen Städten in der BRD.

219 Mio. beförderte Schüler weist die Bundesbahn für 1978 auf der Schiene auf. (1968: 180 Mio.) Dazu weitere 259 Mio. in Bahnbussen. (1969: 147 Mio.) Die Zunahme ist Ergebnis der im Zug der imperialistischen Bildungsreform erfolgten Zentralisierung der Schulen. Das Bundesmonopol DB langt den Arbeiterhaushalten für die Beförderung ihrer Kinder kräftig in den Geldbeutel.




Demonstration in Moers gegen Fahrpreiserhöhungen, 1976

| Strecke km | Preis Schüler-Wochenkarte (Jahr) | Preis Schüler-Monatskarte (Jahr) |
|---|---|---|
| 1 – 4 | 286 DM | 240 DM |
| 13 – 14 | 598 DM | 492 DM |
| 45 – 47 | 1248 DM | 1008 DM |
| 96 – 100 | 2054 DM | 1668 DM |

Schon bei einer Entfernung von unter 50 Kilometern kommen die jährlichen Beförderungskosten für nur *einen* Schüler in die Nähe eines Arbeiternettolohns.

Die mittlere Reichweite im Schülerverkehr war 1978 14,0 Kilometer. In diesem Bereich knöpfen die staatlichen Plünderer die höchsten Pro-Kilometer-Preise ab: Für 1 – 4 km bei der Schülermonatskarte 5 Mark pro km und Monat, für 11 – 12 km 3,10 DM pro km und Monat. Dagegen bei 96 – 100 km und darüber „nur" 1,39 DM pro km und Monat. Somit ist für ein Höchstmaß an Plünderung in der Zone gesorgt, in der die Masse der Schüler fahren.

Remmers entwirft

Auswirkungen der Approbationsordnung

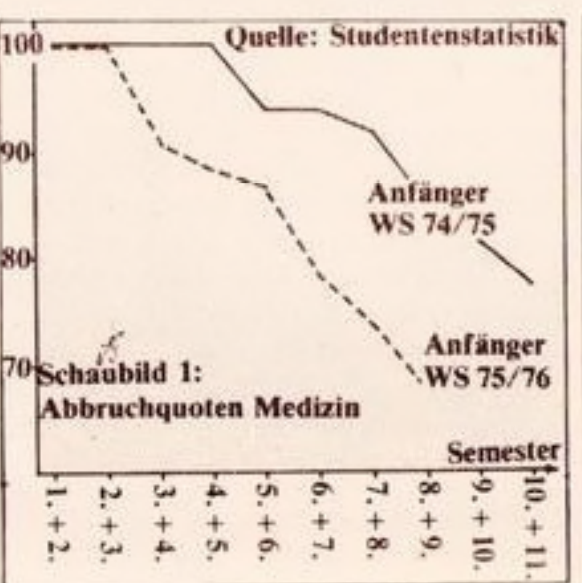



Schaubild 2: Durchfallquoten zentrale Prüfungen Medizin
Quelle: IMPP Ergebnisbericht

bereiche weitere Prüfungen vorbereiten. Auch das Praktische Jahr (PJ) wird reformiert. Der schriftliche Teil der Prüfung nach dem PJ entfällt und wird in den 2. Teil vorverlagert, der Student soll durch „praktische Übungen in kleinen Gruppen" schon vor dem PJ darauf vorbereitet werden, sich in den „Routinebetrieb des Krankenhauses" zu integrieren, regelmäßiger Nacht- und Wochenenddienst werden zentral festgelegt. Kurz, der Student des Praktischen Jahres wäre in doppeltem Sinne frei. Frei von Geld und frei für den Krankenhausroutinebetrieb.

Z.Zt. bereitet sich die Regierung auf die Durchsetzung dieses lukrativen Geschäftes vor. Die Prüfungsbedingungen sind im August 1979 erheblich verschärft worden, die Quote der richtig beantworteten Fragen muß nun 60% sein und entfaltet ihre Horrorwirkung. (s. Schaubild) Die Fachtagung Medizin leitet mit einer bundesweiten Aktionswoche vom 3. bis 7.12. hoffentlich wirksame Gegenmaßnahmen ein.

Die Kurven zeigen, wieviel Prozent eines Semesterjahrgangs in den jeweils darauffolgenden Semestern noch studieren. Diese Zahlen sind bereinigt von Studienortswechslern.

Die Entwicklung der Durchfallquoten in den zentralen Prüfungen zeigt, daß zur Verschärfung der Konkurrenz die 60 % Bestehenregelung im August 79 nötig wurde.

Aus einer Flugschrift der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg, November 1979

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 263, Tel. 0421/617051
KJB Wilhelmshaven

Wilhelmshaven
12. November 1979
46b2a0200n

### Remmers entwirft Plan zur Senkung der Abiturientenzahl

„Ich bin der Meinung, wir dürfen auf keinen Fall auf dem Rücken der Kinder die Schulpolitik austragen, die Schule muß an allererster Stelle für die Kinder glücken und nicht für Politiker, Ideologen und Planer." (ZDF, 19 Uhr-Nachrichten v. 15.10.) Dieser Satz wurde bei einem Interview von Niedersachsens Kultusminister Remmers anläßlich seines Rücktritts als stellvertretender Vorsitzender der Bund-Länder-Kommission gesagt. Damit die Schule auch wirklich für die Kinder „glückt", hat sich Remmers wieder einmal etwas neues ausgedacht. Seine Pläne zielen auf die Sekundarstufe II ab.

Bisher stellte sich der Übergang in die Sek. II und der Ablauf der Sek. II folgendermaßen dar: Unter der Bedingung, daß man im Abschlußzeugnis der 10. Klasse keine Note schlechter als 4 stehen hat und daß man eine 5 oder 6 ausgleichen kann und daß man in einem Hauptfach eine 3 vorweisen kann, kommt man in die Sek. II. Sodann kommt der Schüler ein halbes Jahr in das Vorsemester, von wo man sich 4 Kurse auf das Abitur anrechnen lassen kann. Darauf folgt der eigentliche Kampf um die Punkte, nämlich die 4 Hauptsemester und das Prüfungssemester. So ist der bekannte bisherige Verlauf.

Die von Remmers geplanten Änderungen sind folgende: Die 4 Kurse aus dem Vorsemester, die man vorher hatte anrechnen lassen können, fallen weg. Also müssen in den Semstern 1-4 z.B. in Naturwissenschaften statt 2 Kurse 4 Kurse belegt werden. Desweiteren ist geplant, eine 2. Hürde in die Sek. II einzubauen. Das Vorsemester (bisher ein halbes Jahr) soll auf 1 Jahr ausgedehnt werden, und der Klassenverband soll in dieser Zeit bestehen bleiben. Um dann aber aus dem Vorsemester, wo es keine Kurse und keine Punkte gibt, in das 1. Hauptsemester zu kommen, muß man wie beim Sprung von der Sek. I in die Sek. II den gleichen Notendurchschnitt aufweisen können. Hat der Schüler diese Barriere überwunden, erwarten ihn statt 4 Hauptsemestern und 1 Prüfungssemester 4 Hauptsemester, wobei das 4. Semester gleichzeitig Prüfungssemester ist.

Das bedeutet für die Schüler erstens: ihnen wird zugemutet, in weniger Zeit den gleichen Lernstoff wie vorher zu bewältigen und zweitens: es wird eine zuzügliche Sperre, neben der vorhandenen Auslese beim Wechsel von der Sek. I in die Sek. II und neben den Noten, eingebaut. Fazit: Augenfällig soll die Indoktrination der Schüler mittels des neueingebauten Numerus Clausus verstärkt werden. Die Zahl der Abiturienten soll gedrückt und erlesener werden. Erlesener, um durch die verstärkte Einimpfung der bürgerlichen Ideologie im späteren Berufsleben besser ihren Mann bzw. ihre Frau als Aufseher und Unterdrücker stehen zu können.

Das meint Kultusminister Remmers damit, wenn er fürsorglich sagt, daß die Schule für die Kinder „glücken" soll. Was die „Kinder" zu diesem

„glücken" sagen, sieht man deutlich am Widerstand z.B. der Gesamtschülervertretung in Bremen. Dort demonstrierten am 5.10.79 150 Schüler gegen das Tossenspapier. Das Tossenspapier entspricht im wesentlichen den Plänen Remmers. Aufgerufen wurde von der Gesamtschülervertretung zur Demon-
stration unter den Forderungen: „Weg mit dem Tossenspapier, Gegen die Aufspaltung der Schüler in Schulzentren, Weg mit allen Formen der Differenzierung an den Gesamtschulen, Gegen den Ausfall des Berufsschulunterrichts, Weg mit dem Blockunterricht, Weg mit der 7:5/8:4 Regelung, Für 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Wochentagen, Einstellung aller ausgebildeten Lehrer, Weg mit dem Schulverwaltungsgesetz, Vollständige Satzungshoheit der Schülervertretungen, Uneingeschränktes Versammlungs- und Streikrecht für Schüler und Berufsschüler, Weg mit dem Notensystem, Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr." Unterstützt haben die Demonstration z.B. der Bezirksvorstand Bremen-Nord der GEW und die Mitgliederversammlung der Referendare in der GEW.

**Am 12.10.79 streikten die Schüler des St.-Viti-Gymnasiums in Zeven**

Sie hatten die Unterstützung von 28 Lehrern und der überwältigenden Mehrheit der Eltern. Die Forderungen der Schüler: „Wir ... führen diesen Schulstreik durch, da dauernde schriftliche Bemühungen der Elternschaft und der Schulleitung zu keinem Erfolg führten. Wir haben 4 neue Bewerber, die am 1.11.79 den Unterricht aufnehmen könnten, doch die Regierung will die Planstellen nicht freigeben. Daher ist unsere Forderung: Freigabe der Planstellen!" (Flugblatt der Schüler) Die Lehrer dieser Schule hatten bislang den fehlenden Unterricht in der Oberstufe durch Mehrarbeit ausgeglichen. Das haben die Lehrer nun abgelehnt.

## Verpflichtung auf Zeit: Keineswegs Zwischenstation zu einem gesicherten Arbeitsplatz

**1703** Der preußische König erläßt eine Verordnung, daß jeder, der 5 Jahre gedient hat, bei Bewerbungen um Schulzenämter bevorzugt würde. In Bayern wurde 1705 jedem Handwerker, der seine Lehre bei Eintritt in das Heer noch nicht beendet hatte, eine vollgültige Lehre nach fünf Jahren Dienst bescheinigt. Wer sich für 6 Jahre verpflichtete, dem wurde ein Meisterbrief und die Aufnahme in die Zunft ohne Entgelt und Meisterstück versprochen.

**1724** Friedrich Wilhelm I. verfügte, „daß niemand anders als Invalid-Unteroffiziere und Soldaten (zu) allen Torschreiber-, Mühlenbereuter-, Polizei-, Land- und Ausreuter und dergleichen Bedienungen" herangezogen werde.

**1871** Der deutsche Reichstag verabschiedete das Gesetz „betreffs die Pensionierung und Versorgung der Militairpersonen ... ". Danach erhielten auch Unteroffiziere – bisher gab es nur eine Pension für Offiziere – eine in fünf Klassen gestaffelte Pension, je nach Rang und Zahl der Dienstjahre, wenn sie mindestens 18 Jahre gedient hatten. An Invalide wurde ein „Civilversorgungsschein" ausgegeben, wenn sie sich „gut geführt" hatten. Der Schein berechtigte zu einer Stelle im „Subaltern- und Unterbeamtenstellenbereich" im Staatsdienst.

**1874** Mit einer Novelle des Gesetzes schuf die Regierung den „Zwölfender", weil alle Unteroffiziere, die zwölf Jahre gedient hatten, jetzt einen „Civilversorgungsschein" erhielten, wenn der Vorgesetzte „gute Führung" bescheinigte. Nach Meinung der Reichsregierung war dies eine Säule für die zivile Ordnung im Staat.

**1892** Das Kriegsministerium erklärt, „daß die Staatsregierung sich in einer Notlage befinde, da im Durchschnitt der letzten vier Jahre jährlich 5000 Zivilversorgungsscheine ausgegeben sind, während nur 1700 Anwärter zur Anstellung gelangt" seien. Deshalb wurde zunächst in Preußen und ein Jahr später im gesamten Reichsgebiet der Kommunalbereich ebenfalls für die „Militäranwärter" geöffnet.

**1895** Langgediente Zeitsoldaten und Invalide gründen den „Bund deutscher Militäranwärter". Tausende von ihnen hatten einen Zivilversorgungsschein in der Tasche, aber keine Arbeit. Vorausgegangen war eine Kundgebung der Berliner Unteroffiziere und Militäranwärter 1893 in Berlin. Der „Bund" umfaßte nach dem 1. Weltkrieg 700 Vereine mit 72000 Mitgliedern.

**1906** Der Reichstag fügt in das Versorgungsgesetz ein, daß nur noch derjenige einen Zivilversorgungsschein erhält, der sich „zum Beamten würdig und brauchbar" erweist.

**1923** 33000 Unteroffiziere warteten auf Anstellung, 1932 waren es 53500.

**1938** Die Faschisten heben alle „Militäranwärter" in eine Art Beamtenverhältnis und verfügten so über die Arbeitskräfte der arbeitslosen ehemaligen Soldaten, die die Bezüge nach dem „Militäranwärterstatus" nicht ablehnen konnten. Die Faschisten führten zum ersten Mal Übergangshilfen und -gelder und Ausbildung bei der Wehrmacht ein, sofern der Soldat in „Ehren diente" oder entlassen worden war.

**1946** Nach der Niederlage der deutschen Imperialisten verboten die Alliierten mit einem Kontrollratsgesetz alle Zahlungen an ehemalige Wehrmachtsangehörige sowie deren Angehörigen. Anrechnungen der Wehrzeit auf das Besoldungsdienstalter und Renten durften nicht gemacht werden.

**1957** Mit der Gründung der Bundeswehr hoben die deutschen Bourgeois die Regelung der Alliierten auf und lehnten sich in dem neuen Soldatenversorgungsgesetz an das Versorgungsgesetz der Faschisten an.

**1979** Nach den seit 1977 geltenden Regelungen des Soldatenversorgungsgesetzes kann ein Soldat auf Zeit eine Fachausbildung erhalten, wenn er „geeignet und geneigt" ist. Die Bewilligung einer Fachausbildung kann widerrufen werden, wenn „sein Verhalten erwarten läßt, daß er das Ausbildungsziel nicht erreicht". Nach der Wehrdienstzeit kann er Übergangsgeld und Beihilfen erhalten, je nach Länge seiner Dienstzeit und Rang. Auf Antrag bekommt er einen Eingliederungsschein zum Beamtenverhältnis oder einen Zulassungschein ins Angestelltenverhältnis im Öffentlichen Dienst, wenn er zwölf Jahre gedient hat. Die Stellen im Öffentlichen Dienst dafür sind zahlenmäßig beschränkt, und solch ein Schein wird ihm gegen Übergangshilfe verrechnet. Er wird ihm entzogen, wenn er eine Stelle ablehnt. Die Wehrdienstzeit wird ihm nicht für die Rente angerechnet, wenn er mit einem Disziplinarurteil entlassen wurde oder seine Entlassung vor Ende seiner Zeitverpflichtung durchgesetzt hat. Das Bundesverteidigungsministerium kann die Berufsförderung und Dienstzeitversorgung ganz oder zum Teil aufheben, wenn er sich gegen die FdGO betätigt.

## Beschäftigte der Roland-Klinik Bremen unterstützen den Kampf der ZDP'ler

*r.mab.* In der Bremer Roland-Klinik haben die ZDP'ler gegen den Dienststellenleiter wegen allerlei übler Behandlungsmethoden ein Flugblatt verteilt und an allen wichtigen Stellen in der Roland-Klinik ausgehängt. Der Dienststellenleiter wurde beschuldigt „kleiner Lügen, unüberlegter Unterstellungen und dezenter Drohungen, herablassender Bemerkungen und Falschspielereien" (aus dem Flugblatt). Dieses Flugblatt endete mit der Forderung nach Neubesetzung des Postens des Dienststellenleiters bzw. Einschränkung der Kompetenzen des betreffenden Vorgesetzten. Dieses Flugblatt wurde von der Mehrheit der in der Roland-Klinik eingesetzten ZDP'ler unterschrieben. Der ZDP-Sprecher wurde sofort zur Verantwortung gezogen, er wurde der Meuterei beschuldigt, ihm wurde ein Ultimatum gestellt, Beweise für die Anschuldigungen zu erbringen. Als er sich weigerte, auf dieses Ultimatum einzugehen und ein dementsprechendes Protokoll zu unterschreiben, wurde das Bundesamt für den Zivildienst eingeschaltet, welches die Strafversetzung des ZDP-Sprechers anordnete. Das Bundesamt für den Zivildienst hat gegen alle Flugblattunterzeichner Disziplinarmaßnahmen eingeleitet, die nach Absprache mit dem Dienststellenleiter wieder eingestellt wurden. Dieser befürchtete möglicherweise eine Massenversetzung der ZDP'ler und wollte nicht auf die billigen und rechtlosen Arbeitskräfte verzichten. Der Hauptgrund für das Einstellen der Disziplinarmaßnahmen gegen die Flugblattunterzeichner ist jedoch, daß die Mehrheit der Beschäftigten in der Roland-Klinik die ZDP'ler in ihrem Kampf gegen Unterdrückung und Schikane unterstützen und durch Unterschrift die Forderung der ZDP'ler nach Neubesetzung oder Kompetenzeinschränkung des Dienststellenleiters bekräftigten.

Der Arbeiter Samariter Bund (ASB) Bremen führt u.a. Behindertentransport durch. Für diese Aufgabe sind beim ASB Bremen 40 ZDP'ler eingesetzt, ferner 6 Hauptamtliche und 1 Dienststellenleiter. Ein ZDP'ler war aus persönlichen Gründen dem Dienst zwar für einen Tag ferngeblieben, hatte aber unter den Kollegen seinen Ersatz geregelt, und das war zufällig aufgeflogen. Von einem Tag auf den anderen sollte sich der betreffende ZDP'ler bei einer anderen Dienststelle in Achim melden. Gegen diese Schikane setzten die ZDP'ler auf einer Vollversammlung durch, daß der Dienststellenleiter die Strafversetzung zurücknehmen mußte.

Im Juli 1977 waren in Bremen ca. 450 ZDP'ler eingesetzt, davon allein ¾ in Einrichtungen des Gesundheitswesens bzw. der Wohlfahrt. Ein ZDP'ler kann über Sold, Essensgeld, Kleidergeld, Fahrgeld oder gar Mietgeld auf monatlich 300 - 650 DM kommen. Den Dienststellen erspart der ZDP'ler im Krankenhaus beim so ersetzten Pfleger bis zu 1558 DM, in erzieherischen Einrichtungen beim so ersetzten Erzieher bis zu 1678 DM oder beim so ersetzten Sozialpädagogen bis zu 2182 DM im Monat, und das noch ohne den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung. 1978 gab es insgesamt 37030 Zivildienstplätze und 27374 Zivildienstpflichtige. Geplant sind jetzt 40000 bis 60000 Plätze. Die Zivildienstpflichtigen bilden einen wichtigen Baustein in Ehrenbergs Gewerk der Kostendämpfung bei den Krankenhäusern und den anderen Staatssozialeinrichtungen.

Im „Weißbuch zur zivilen Verteidigung der BRD" von 1972 ist zu lesen: „Zahlreiche Maßnahmen der zivilen Verteidigung dienen direkt oder indirekt auch der Herstellung der militärischen Verteidigungsbereitschaft" (Seite 19). Eingeplant in die Zivilverteidigung sind das DRK, ASB, JUH und natürlich das Gesundheitswesen. Überall dort werden auch Kriegsdienstverweigerer eingesetzt. Wie die Soldatengesetze regeln die Zivildienstgesetze den Raub der grundlegenden demokratischen Rechte.

## „Gesundheitssicherstellungsgesetz" – Mehr Hilfskrankenhäuser, Beschlagnahme von Arztpraxen

*z.rev.* Das Gesundheitsministerium bereitet zur Zeit das Gesetz zur „Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im Spannungs- und Verteidigungsfall" vor. Bisher wurden schon Sanitätsmittelbevorratung und Einrichtungen von Hilfskrankenhäusern für den Kriegsfall über die §§ 14 und 15 des Zivilschutzgesetzes geregelt. Der Entwurf des Gesundheitssicherstellungsgesetzes wird folgende Punkte zusätzlich enthalten:

– die Aufnahmekapazität der Krankenhäuser wird vergrößert und mehr Hilfskrankenhäuser werden vorbereitet;

– „in der Regelungsvorstellung des Gesundheitssicherstellungsgesetzes ist eine weitreichende Mitwirkungsverpflichtung öffentlicher und privater Einrichtung einbezogen" (Antwort der Bundesregierung 21.06.79). Nicht nur öffentliche Gebäude wie Schulen oder Turnhallen z.B. können als Hilfskrankenhäuser umfunktioniert werden, sogar private Arztpraxen können dann für den Kriegsfall genutzt und unter militärisches Kommando gestellt werden;

– jeder, der einen Beruf im Gesundheits- oder Veterinärwesen erlernt hat, den aber nicht mehr ausübt, wird zur Meldepflicht bei den entsprechenden Landesbehörden gezwungen. Weiter ist vorgesehen, „dieses zusätzliche Personal schon im Frieden zur freiwilligen Mitarbeit zu gewinnen und entsprechend fortzubilden". Der Personalbedarf der Militärlazarette wird mit den 220000 extra dafür ausgebildeten Schwesternhelferinnen gedeckt. Ihre Fortbildung wird besonders gefördert.

Auch werden die Übungen, Inbetriebnahme von Schulen als Hilfskrankenhäuser, Kapazitätserweiterungen von Kreiskrankenhäusern und ambulante Versorgung größerer Bevölkerungsteile verstärkt. Im Kreis Bernkastel-Wittlich wurde solch eine Übung durchgeführt. 455 Zivilschützer mußten 80 Verletzte bergen. In einer Übung im letzten Jahr in Düsseldorf, „Herbstwind 78", wurde die Einsatzleitung bei einem Kriegsfall geprobt. Stadtverwaltung, Polizei, Bundeswehr, Technisches Hilfswerk und die Sanitätsorganisationen waren beteiligt. Angenommen waren Brände und Explosionen im Hafen und auf einem Güterbahnhof. 400 Mann waren zwei Tage rund um die Uhr im Dreischichtdienst beschäftigt und simulierten die Errichtung von Hilfskrankenhäusern und Notunterkünften. Mit dem Gesundheitssicherstellungsgesetz bereitet die Bundesregierung den Krieg vor. Parallel dazu hat die Regierung das Katastrophen-Schutz-Programm 80/84 beschlossen. Bis 1984 werden für 325 Mio. DM Fahrzeuge, darunter 2048 Krankentransportwagen mit jeweils vier Tragen und 250 weitere Krankentransporter für den Zivilschutz beschafft.



Hilfskrankenhaus-OP: an 2 Stellen kann gleichzeitig gearbeitet werden

**1906** Der Reichstag fügt in das Versorgungsgesetz ein, daß nur noch derjenige einen Zivilversorgungsschein erhält, der sich „zum Beamten würdig und brauchbar" erweist.

**1923** 33000 Unteroffiziere warteten auf Anstellung, 1932 waren es 53500.

**1938** Die Faschisten heben alle „Militäranwärter" in eine Art Beamtenverhältnis und verfügten so über die Arbeitskräfte der arbeitslosen ehemaligen Soldaten, die die Bezüge nach dem „Militäranwärterstatus" nicht ablehnen konnten. Die Faschisten führten zum ersten Mal Übergangshilfen und -gelder und Ausbildung bei der Wehrmacht ein, sofern der Soldat in „Ehren diente" oder entlassen worden war.

**1946** Nach der Niederlage der deutschen Imperialisten verboten die Alliierten mit einem Kontrollratsgesetz alle Zahlungen an ehemalige Wehrmachtsangehörige sowie deren Angehörigen. Anrechnungen der Wehrzeit auf das Besoldungsdienstalter und Renten durften nicht gemacht werden.

**1957** Mit der Gründung der Bundeswehr hoben die deutschen Bourgeois die Regelung der Alliierten auf und lehnten sich in dem neuen Soldatenversorgungsgesetz an das Versorgungsgesetz der Faschisten an.

**1979** Nach den seit 1977 geltenden Regelungen des Soldatenversorgungsgesetzes kann ein Soldat auf Zeit eine Fachausbildung erhalten, wenn er „geeignet und geneigt" ist. Die Bewilligung einer Fachausbildung kann widerrufen werden, wenn „sein Verhalten erwarten läßt, daß er das Ausbildungsziel nicht erreicht". Nach der Wehrdienstzeit kann er Übergangsgeld und Beihilfen erhalten, je nach Länge seiner Dienstzeit und Rang. Auf Antrag bekommt er einen Eingliederungsschein zum Beamtenverhältnis oder einen Zulassungschein ins Angestelltenverhältnis im Öffentlichen Dienst, wenn er zwölf Jahre gedient hat. Die Stellen im Öffentlichen Dienst dafür sind zahlenmäßig beschränkt, und solch ein Schein wird ihm gegen Übergangshilfe verrechnet. Er wird ihm entzogen, wenn er eine Stelle ablehnt. Die Wehrdienstzeit wird ihm nicht für die Rente angerechnet, wenn er mit einem Disziplinarurteil entlassen wurde oder seine Entlassung vor Ende seiner Zeitverpflichtung durchgesetzt hat. Das Bundesverteidigungsministerium kann die Berufsförderung und Dienstzeitversorgung ganz oder zum Teil aufheben, wenn er sich gegen die FdGO betätigt.

krankenhäuser, Beschlagnahme von Arztpraxen

*z.rev.* Das Gesundheitsministerium bereitet zur Zeit das Gesetz zur „Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im Spannungs- und Verteidigungsfall" vor. Bisher wurden schon Sanitätsmittelbevorratung und Einrichtungen von Hilfskrankenhäusern für den Kriegsfall über die §§ 14 und 15 des Zivilschutzgesetzes geregelt. Der Entwurf des Gesundheitssicherstellungsgesetzes wird folgende Punkte zusätzlich enthalten:

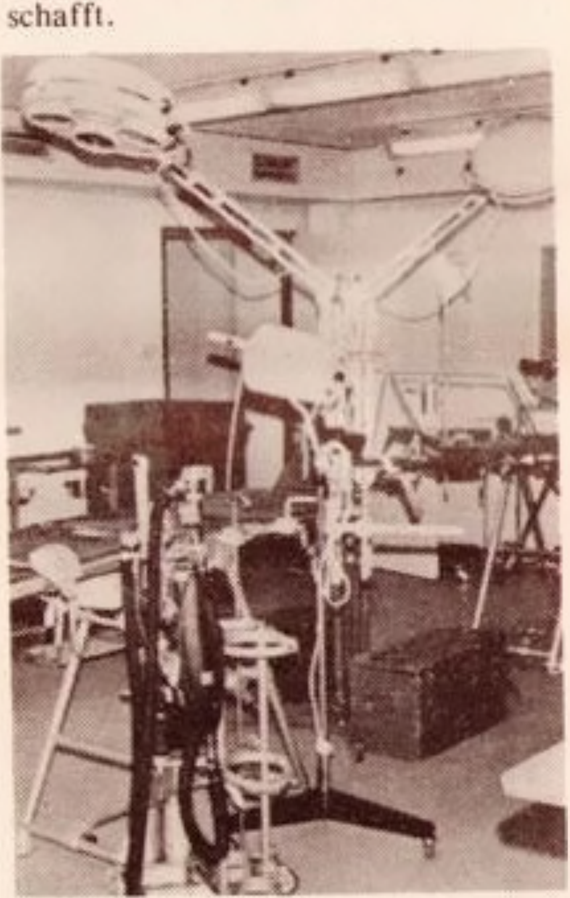
– die Aufnahmekapazität der Krankenhäuser wird vergrößert und mehr Hilfskrankenhäuser werden vorbereitet;

– „in der Regelungsvorstellung des Gesundheitssicherstellungsgesetzes ist eine weitreichende Mitwirkungsverpflichtung öffentlicher und privater Einrichtung einbezogen" (Antwort der Bundesregierung 21.06.79). Nicht nur öffentliche Gebäude wie Schulen oder Turnhallen z.B. können als Hilfskrankenhäuser umfunktioniert werden, sogar private Arztpraxen können dann für den Kriegsfall genutzt und unter militärisches Kommando gestellt werden;

– jeder, der einen Beruf im Gesundheits- oder Veterinärwesen erlernt hat, den aber nicht mehr ausübt, wird zur Meldepflicht bei den entsprechenden Landesbehörden gezwungen. Weiter ist vorgesehen, „dieses zusätzliche Personal schon im Frieden zur freiwilligen Mitarbeit zu gewinnen und entsprechend fortzubilden". Der Personalbedarf der Militärlazarette wird mit den 220000 extra dafür ausgebildeten Schwesternhelferinnen gedeckt. Ihre Fortbildung wird besonders gefördert.

Auch werden die Übungen, Inbetriebnahme von Schulen als Hilfskrankenhäuser, Kapazitätserweiterungen von Kreiskrankenhäusern und ambulante Versorgung größerer Bevölkerungsteile verstärkt. Im Kreis Bernkastel-Wittlich wurde solch eine Übung durchgeführt. 455 Zivilschützer mußten 80 Verletzte bergen. In einer Übung im letzten Jahr in Düsseldorf, „Herbstwind 78", wurde die Einsatzleitung bei einem Kriegsfall geprobt. Stadtverwaltung, Polizei, Bundeswehr, Technisches Hilfswerk und die Sanitätsorganisationen waren beteiligt. Angenommen waren Brände und Explosionen im Hafen und auf einem Güterbahnhof. 400 Mann waren zwei Tage rund um die Uhr im Dreischichtdienst beschäftigt und simulierten die Errichtung von Hilfskrankenhäusern und Notunterkünften. Mit dem Gesund-

Bundesregierung den Krieg vor. Parallel dazu hat die Regierung das Katastrophen-Schutz-Programm 80/84 beschlossen. Bis 1984 werden für 325 Mio. DM Fahrzeuge, darunter 2048 Krankentransportwagen mit jeweils vier Tragen und 250 weitere Krankentransporter für den Zivilschutz beschafft.



Hilfskrankenhaus-OP: an 2 Stellen kann gleichzeitig gearbeitet werden

# Militärische Umtriebe der DDR in Afrika

### Direkte Unterstützung der äthiopischen Aggression / Weitgespannte Infiltrationsversuche im südlichen Afrika

*z.hku.* „Die DDR macht eben das, was vom Westen seit 20 Jahren nicht mehr gemacht worden ist: Afrika-Politik." Bitter, aber mit einer gewissen Hochachtung endete der Tagesthemen-Bericht über den Staatsbesuch Honeckers in Äthiopien (19.11). Vorausgegangen war ein Film über die Parade im äthiopischen Ausbildungslager „Tatek", auf der Honecker aufgetrumpft hatte: „Jawohl, die DDR hat keinen Augenblick gezögert, Euch Waffen, Euch Brot zu schicken, damit Ihr Euren Kampf erfolgreich führen konntet." Das hatte Eindruck gemacht.

In Ergebnis des Staatsbesuches in Äthiopien und der VDR Jemen hat die DDR mit beiden Ländern Verträge über „Freundschaft und Zusammenarbeit" abgeschlossen; wie schon bei Honeckers erster Afrikareise im Februar solche Verträge mit Angola und Mozambique abgeschlossen und Vereinbarungen mit Sambia, der SWAPO und der ZAPU getroffen worden waren. Wenn auch diese Verträge keine direkten militärischen Beistandsklauseln enthalten – die Herstellung von „Bündnisbeziehungen" zwischen den „Staaten der sozialistischen Gemeinschaft" mit diesen afrikanischen Staaten ist damit jedenfalls gelungen. In den Plänen der Sozialimperialisten, sich am Horn und im Süden Afrikas festzusetzen, spielt die DDR eine besondere Rolle. So sieht sie es auch selbst: „Man kann sagen, daß die Hilfe der DDR nach der der SU und Kubas von den fortschrittlichsten Staaten und Befreiungsorganisationen als am wirksamsten eingeschätzt wird." (Verteidigungsminister Hoffmann nach seiner Reise nach Sambia, Mozambique und Äthiopien im Mai; „horizont" 28)

Ihr militärisches Engagement in Afrika bestreitet heute die DDR nicht mehr. Wie weit es sich erstreckt, ob und in welchem Umfang DDR-Truppen selbst in Afrika stationiert sind, darüber gibt es nur verschiedene unsichere Geheimdienstschätzungen, die z.B. von 5000 Soldaten in Angola sprechen, vom Bau von Raketenstellungen u.a. Ohnehin ist jedoch die Hauptmethode der DDR die Durchdringung des militärischen und staatlichen Apparates. „Neben der materiellen und politisch-moralischen Hilfe ist unsere vielleicht wichtigste Leistung die Ausbildung von Fachleuten, u.a. Offizieren und Unteroffizieren." (Hoffmann)

In Äthiopien nutzte die DDR die schwierige Lage des Militärregimes 1977 in seinem Aggressionskrieg gegen die Unabhängigkeitsbewegungen. „Als für uns die kritischste Situation bestand, half uns die DDR als erster, das werden wir nie vergessen", erklärte Mengistu und dankte posthum Werner Lamberz, der als „Sonderbeauftragter des ZK der SED" direkt in die Operationen der Aggressionstruppen eingriff. Die DDR lieferte Waffen und Ausrüstungen, nahm das Fernmelde- und Informationswesen, das Radarsystem in ihre Hand. Gegenwärtig sieht die DDR ihre Hauptaufgabe in der Heranbildung von Kadern für eine „Armee, die Freund und Feind zu unterscheiden vermag", ein Instrument der sozialimperialistischen Expansionspläne. Hoffmann: „So muß in Äthiopien ein neues, revolutionäres Offizierskorps geschaffen werden, das außerdem in der Lage ist, die neuen Waffen und Geräte einzusetzen, die Äthiopien jetzt erhält."

Die VR Mozambique dagegen müsse angesichts der imperialistischen Aktivitäten im Süden Afrikas „ihre Streitkräfte völlig neu schaffen – es gibt zwar erfahrene Partisanenkommandeure, aber jetzt geht es um reguläre Truppenteile und Verbände aller Teilstreitkräfte, um moderne Waffen." (Hoffmann) Die Nationalstaaten im Süden Afrikas unternehmen große Anstrengungen zum Schutz der nationalen Integrität und zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Diese Lage will die DDR mit dem Aufbau eines Militärkaders auf *ihrer Linie* – „keine Erfolge ohne die Hilfe der sozialistischen Staaten" – nutzen. Die Militärdelegation der VR Mozambique, die Ende Oktober für zwei Wochen die DDR besuchte, wurde durch die Offiziersschulen aller drei Waffengattungen, die Militärpolitische Hochschule und die Friedrich-Engels-Militärakademie geführt. Besonderes Gewicht wurde auf die „patriotische und internationalistische Erziehung der Offiziere an der Seite der Sowjetarmee" gelegt. (Neues Deutschland, 29.10.)

In den vergangenen Monaten haben außerdem Militärdelegationen Sambias, Tansanias, Guineas, Benins, der SWAPO und der ZAPU die DDR besucht. Auch über die Anwesenheit von DDR-Militärpersonen in diesen Ländern gibt es Spekulationen, aber keine verläßlichen Angaben. Man kann jedoch ruhig davon ausgehen, daß die „militärische Beratung" behutsam, aber eng verknüpft ist mit der gesamten Tätigkeit der DDR-Kolonien in diesen Ländern, die Honecker auf seinen Reisen jedesmal stolz begrüßt hat. Und so richtet Hoffmann seinen Dank auch an die „Lehrer und Ökonomen, die Ärzte, Ingenieure und Facharbeiter, die Mitglieder der FDJ-Brigaden ebenso wie die Mitarbeiter unserer Auslandsvertretungen, die ihre internationalistische Pflicht erfüllen."



Honecker überreicht den „Volksmilizen" im Lager Tatek, die in Ausrüstung aus der DDR angetreten sind, das Ehrenbanner der „DDR-Kampftruppen"

## Generalstreik in Italien für höhere Renten, Familienzuschläge und Steuerfreibeträge

*z.ulg.Rom.* Anfang Oktober, vor anderthalb Monaten, haben die italienischen Gewerkschaften ihre Forderungen an die Regierung aufgestellt, doch die hat noch nicht einmal die Verhandlungen aufgenommen. Einen bereits angesetzten Verhandlungstermin sagte Cossiga wieder ab. Daraufhin haben die Gewerkschaften für letzten Mittwoch zu einem vierstündigen Generalstreik (außer im Verkehrswesen) aufgerufen. In vielen Städten führten die Streikenden Demonstrationen durch. Worum geht es?

*Renten:* Nach dem geltenden Gesetz steigen die Mindestrenten, auf die fast



Streikdemonstration in Mailand.

zwei Drittel der Rentner gedrückt sind, zum 1.1.80 um 20700 auf ganze 143100 Lire (310 DM). Die ca. 850000 Sozialrenten (für Alte ohne genug Beitragsjahre) liegen noch niedriger. Gefordert wird eine zusätzliche Erhöhung der Mindest- und Sozialrenten um mindestens 10000 Lire (22 DM).

*Familienzuschläge:* Seit Jahren sind die Leistungen der Familienzuschlagskasse unverändert, während die (von den Kapitalisten zu zahlenden) Beiträge mit der Inflation steigen. Die Gewerkschaften fordern Verdoppelung der jetzigen Sätze.

*Steuern:* Im ersten Halbjahr ist der Plünderertrag aus der Lohnsteuer um fast 44% gestiegen. Die von der Regierung angekündigte Erhöhung der Freibeträge ist völlig unzureichend und soll zudem erst für 1980 gelten. Gefordert wird für das laufende Jahr eine pauschale Lohnsteuersenkung um 50000 Lire (110 DM) für alle.

Die angekündigten drastischen Tariferhöhungen für Strom und Telefon will die Gewerkschaftsführung dagegen hinnehmen, wenn die Mehreinnahmen für ,,Investitionen'' verwendet und die ermäßigten Sätze für Kleinstverbraucher beibehalten werden. Trotzdem, im wesentlichen ermöglichen die Forderungen den Zusammenschluß.

## Wiener Stadtrat ,,entschuldet'' Verkehrsbetriebe Kampfaktionen gegen Tarifplünderung

*z.anb.Wien.* In Wien soll ab 1.1.1980 der Einzelfahrschein bei der Straßenbahn 12 S (1,68 DM) kosten. Gegenüber 1966 ist das das Vierfache. Vor dem Beschluß über die rund 20%ige Erhöhung der Tarife der Verkehrsbetriebe brachte die Stadtratsfraktion der Sozialisten ihr ,,Entschuldungs''konzept für das 9 Mrd.-Schilling-Defizit des öffentlichen Nahverkehrs über die parlamentarische Hürde: dessen ,,historischer'' Inhalt besteht in der Übernahme der Schuldendienstzahlung der Verkehrsholding durch die ,,Hoheitsverwaltung'', also deren Deckung aus öffentlichen, geplünderten Lohngeldern.

Bis jetzt bereits hat die SPÖ den Banken Anrechtstitel auf Lohngelder von umgerechnet 20000 S pro Arbeiterhaushalt Wiens vermacht, das Defizit des Stadthaushalts beträgt insgesamt 50 Mrd. S. Obwohl die städtischen Versorgungsbetriebe (Strom, Gas, Heizwärme) ,,in der Gewinnzone'' liegen, müsse der Strom- und Gaspreis ab Jahresanfang um über 20% erhöht werden, angesichts angespannter Versorgungslage im Falle eines strengen Winters seien Investitionen zu tätigen. Schließlich hätten ja die Massen die Inbetriebnahme von Zwentendorf abgelehnt, da müsse man sich jetzt

Pro Arbeiterhaushalt bedeuten allein diese städtischen Tariferhöhungen eine Mehrbelastung des Budgets von rund 300 S im Monat.

Während der Sitzung des Stadtrates forderten vor dem Rathaus über 400 Menschen in strömendem Regen die bedingungslose Rücknahme der Erhöhungen. Beträchtliche Teile der Bewegung sind Kräfte, die sich über den Kampf gegen das Kernenergieprogramm zusammengeschlossen haben. Das gesamte Spektrum der bürgerlichen Parteien, von der Volkspartei bis zur KPÖ, sucht nun, die Front ideologisch aufzuweichen: man spricht sich gegen das Sanierungs*konzept* aus, weil es die Straßenbahn ,,noch unattraktiver'' mache, die Verkehrsprobleme in Wien – in den Stoßzeiten völliger Zusammenbruch – ,,verschärfe''.

Die üblen Absichten gehen noch weiter: die Sozialisten haben in ihrem Beschluß die städtischen Betriebe auf das ,,Allgemeinwohl'' des Steuerzahlers verpflichtet. 7 000 Arbeiter haben sie schon wegrationalisiert und planen noch mehr, der Lohn der Gemeindebediensteten liegt nämlich, wenn auch geringfügig, *über* dem Standanrd der Bundesbediensteten, von denen die

Wiener Stadtrat ,,entschuldet'' Verkehrsbetriebe Kampfaktionen gegen Tarifplünderung

z.anb.Wien. In Wien soll ab 1.1.1980 der Einzelfahrschein bei der Straßenbahn 12 S (1,68 DM) kosten. Gegenüber 1966 ist das das Vierfache. Vor dem Beschluß über die rund 20%ige Erhöhung der Tarife der Verkehrsbetriebe brachte die Stadtratsfraktion der Sozialisten ihr ,,Entschuldungs''konzept für das 9 Mrd.-Schilling-Defizit des öffentlichen Nahverkehrs über die parlamentarische Hürde: dessen ,,historischer'' Inhalt besteht in der Übernahme der Schuldendienstzahlung der Verkehrsholding durch die ,,Hoheitsverwaltung'', also deren Deckung aus öffentlichen, geplünderten Lohngeldern.

Bis jetzt bereits hat die SPÖ den Banken Anrechtstitel auf Lohngelder von umgerechnet 20000 S pro Arbeiterhaushalt Wiens vermacht, das Defizit des Stadthaushalts beträgt insgesamt 50 Mrd. S. Obwohl die städtischen Versorgungsbetriebe (Strom, Gas, Heizwärme) ,,in der Gewinnzone'' liegen, müsse der Strom- und Gaspreis ab Jahresanfang um über 20% erhöht werden, angesichts angespannter Versorgungslage im Falle eines strengen Winters seien Investitionen zu tätigen. Schließlich hätten ja die Massen die Inbetriebnahme von Zwentendorf abgelehnt, da müsse man sich jetzt
nicht wundern.

Pro Arbeiterhaushalt bedeuten allein diese städtischen Tariferhöhungen eine Mehrbelastung des Budgets von rund 300 S im Monat.

Während der Sitzung des Stadtrates forderten vor dem Rathaus über 400 Menschen in strömendem Regen die bedingungslose Rücknahme der Erhöhungen. Beträchtliche Teile der Bewegung sind Kräfte, die sich über den Kampf gegen das Kernenergieprogramm zusammengeschlossen haben. Das gesamte Spektrum der bürgerlichen Parteien, von der Volkspartei bis zur KPÖ, sucht nun, die Front ideologisch aufzuweichen: man spricht sich gegen das Sanierungskonzept aus, weil es die Straßenbahn ,,noch unattraktiver'' mache, die Verkehrsprobleme in Wien – in den Stoßzeiten völliger Zusammenbruch – ,,verschärfe''.

Die üblen Absichten gehen noch weiter: die Sozialisten haben in ihrem Beschluß die städtischen Betriebe auf das ,,Allgemeinwohl'' des Steuerzahlers verpflichtet. 7 000 Arbeiter haben sie schon wegrationalisiert und planen noch mehr, der Lohn der Gemeindebediensteten liegt nämlich, wenn auch geringfügig, über dem Standanrd der Bundesbediensteten, von denen die
Hälfte 5 000 S und darunter verdient.

## Krisenmaßnahmen der dänischen Regierung unter dem Druck des IWF

*z.bag.Aarhus.* Seit 1970 hat sich Dänemark Jahr für Jahr tiefer verschuldet, bis heute auf insgesamt 72 Mrd. DKr. Das Zahlungsbilanzdefizit dieses Jahres gegenüber dem Ausland ist auf rund 14 Mrd. Kr. angestiegen (1978: rund 11 Mrd.). Besonders kraß wirkt die Verschuldung sich auf die Entwicklung der Zinszahlungen aus: 1978 waren es 6,7 Mrd., 1979 17,6 Mrd. und 1980 sollen es voraussichtlich 20 Mrd. Kr. sein. Der weitaus größte Teil der Schulden sind Schulden der Kapitalisten in Industrie und Landwirtschaft für Investitionen. Auch ein großer Teil der Staatsschulden dient dazu, den Kapitalisten über die Nationalbank ausländische Kredite zu verschaffen.

Diese Situation ist entstanden durch die Nachteile der dänischen Kapitalisten in der imperialistischen Konkurrenz, die sich inzwischen zu einer Niederlage entwickelten (Dänemark ist abhängig von ausländischen Rohstoffen und vom Import von Maschinen, Fahrzeugen usw.). Dies wird von der dänischen Regierung zur Zeit propagandistisch eingesetzt, um die Arbeiter und die Volksmassen zu Lohnverzicht und Einschränkungen in der Reproduktion zu gewinnen. Ende September erklärte ein Abgeordneter der Liberalen in den Fernsehnachrichten die Verschuldung so, daß ,,seit 1970 jede dänische Durchschnittsfamilie pro Woche 100 Kronen mehr verbraucht, als sie an Werten produziert hat''. Die christliche Volkspartei zog in den Wahlkampf mit der Rechnung, ,,daß jeder Däne, vom Säugling bis zum Greis, 14000 Kr. Schulden hat. Der bisherige Höhepunkt dieser Demagogie war eine Rede des scheidenden Finanzministers Heinesen, in der er den Sturz der Nation in den Abgrund beschwor und die Drohung des Notenbankdirektors Hoffmeyer wiederholte, daß der IWF Dänemark unter Aufsicht stellen würde, wenn sich das Volk nicht anstrenge, die Defizite zu verringern und das Land damit wieder kreditwürdig zu machen.

Unter dem Druck des IWF sind gleich nach der Wahl Schlag auf Schlag ,,Sparmaßnahmen'' eingeleitet worden. Der sofortige Lohn- und Preisstopp, der vorläufig bis zum 31.12. gilt, soll dem Finanzkapital den nötigen ,,Arbeitsfrieden'' für die Planung weiterer Maßnahmen schaffen. Der Haushaltsplan der Regierung sieht eine Erhöhung der Steuern und Gebühren um 15 Mrd. Kr. vor. Die neue Sozialministerin nimmt die Senkung der Renten in Angriff, erst einmal mit der Streichung der Mindestrenten bei denen, die durch Zusatzversicherungen eine relativ hohe Rente haben. Und nachdem lange schon gegen den Mißbrauch der Arbeitslosenkassen zu Felde gezogen war, wurde am 22.11. entdeckt, daß 250 Mio. Kr. zuviel an Arbeitslosengeld gezahlt worden seien, wegen zu liberaler Handhabung der Bestimmungen. Mehrere lokale Gewerkschaftsgruppen haben sofort gegen die ''Sparmaßnahmen'' protestiert.

# Rhodesien-Konferenz: Erpressung gegen Sambia

Britische Waffenstillstandspläne / Neue Überfälle der Söldnerarmee auf Sambia

*z.hef.London.* ,,Wir lassen uns die Siege auf dem Schlachtfeld nicht durch einen Federstrich hier in London wieder nehmen'', kommentierte Genosse Mugabe auf einer Pressekonferenz am Donnerstag zornig die Waffenstillstandsvorschläge der britischen Imperialisten. Auf die ersten britischen Vorschläge (siehe KVZ 47, S. 2) hatte die Patriotische Front mit eigenen Vorschlägen geantwortet. Ohne über diese Antwort überhaupt im einzelnen zu verhandeln, legte der britische Außenminister Lord Carrington am Donnerstag seine ,,Detailvorschläge'' für den Waffenstillstand vor und verlangte bis Montag eine Antwort.

Die Patriotische Front erklärt in ihrem Dokument: ,,Die Patriotische Front ist nicht bereit, ihre Gebiete unter dem Deckmantel der Zustimmung zu einem Waffenstillstand aufzugeben.'' Sie fordert, daß Waffenstillstandslinien zwischen den jeweils von einer Seite beherrschten Gebieten vereinbart und danach die Streitkräfte neu gruppiert werden. Die speziell zur Terrorisierung der Volksmassen gebildeten Einheiten wie die ,,Selous Scouts'' und die Hilfstruppen müssen aufgelöst werden. Die rhodesische Polizei ist als Bestandteil der Militärmaschinerie des Regimes anzusehen. Eine



Die weiten Gebiete des Landes, die bereits befreit sind, sind die festen Stützpunkte des Volkes im Kampf um die Macht

zivile Polizei soll während der Übergangszeit Recht und Ordnung aufrechterhalten. Eine bedeut[illegible]de Friedenstruppe aus dem Commonwealth, ,,in der Lage, den Waffenstillstand zu erzwingen'', ist grundlegendes Erfordernis. Über die Staaten, die dazu Soldaten stellen, muß Übereinkunft auf der Konferenz erreicht werden.

Die britischen ,,Detailvorschläge''



Die weiten Gebiete des Landes, die bereits befreit sind, sind die festen Stützpunkte des Volkes im Kampf um die Macht

zivile Polizei soll während der Übergangszeit Recht und Ordnung aufrechterhalten. Eine bedeut[illegible]de Friedenstruppe aus dem Commonwealth, ,,in der Lage, den Waffenstillstand zu erzwingen'', ist grundlegendes Erfordernis. Über die Staaten, die dazu Soldaten stellen, muß Übereinkunft auf der Konferenz erreicht werden.

Die britischen ,,Detailvorschläge''
dagegen sind, wie Genosse Mugabe sagte, ,,Vorschläge für unsere Kapitulation''. Eine kleine Beobachtertruppe solle den Waffenstillstand überwachen, hauptsächlich aus britischen Truppen bestehend, ergänzt mit Soldaten aus Neuseeland, Kenia und Fiji. Die britischen Imperialisten wollen keine Waffenstillstandslinien. ,,Die Aktivitäten der Sicherheitstruppen (des Regimes) und die Einhaltung des Waffenstillstandes durch sie werden von den bestehenden Basen aus kontrolliert. In bezug auf die Streitkräfte der Patriotischen Front, die zur Zeit in Rhodesien sind, ist es essentiell, daß sie sich an vorher festgelegten Orten sammeln, damit die Einhaltung des Waffenstillstands durch sie in ähnlicher Weise kontrolliert werden kann und Vorkehrungen für ihre Sicherheit, Unterbringung und ihre anderen verabredeten Bedürfnisse getroffen werden können. Nicht mehr als fünfzehn solcher Orte werden für diesen Zweck vorgesehen.'' ,,Während des Waffenstillstands wird die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung bei der Polizei liegen'' – gemeint ist damit die jetzige, militärische Polizei, die mit der Armee in den Einsatz gegen die Volksmassen geht.

Die Patriotische Front konnte den gut ausgerüsteten, mit Hubschraubern, Artillerie, Giftgas und Panzerfahrzeugen operierenden Söldnertruppen nur deshalb schwere Niederlagen beibringen und große Teile des Landes befreien, weil sie einen Guerillakrieg führt, gestützt auf die Volksmassen. Die britischen Vorschläge laufen darauf hinaus, die Grundlagen dieses Erfolgs zu unterminieren: Die Guerillas werden von den Massen getrennt, in 15 Lagern praktisch interniert und zum leichten Ziel von Angriffen aus der Luft oder mit schweren Waffen.

Um diese Kapitulation der Patriotischen Front zu erzwingen, verstärken die Imperialisten den Druck auf die Frontstaaten, vor allem auf Sambia. Sambia in die Knie zwingen, damit für Druck auf die ZAPU sorgen, und ent-

praktisch interniert und zum leichten Ziel von Angriffen aus der Luft oder mit schweren Waffen.

Um diese Kapitulation der Patriotischen Front zu erzwingen, verstärken die Imperialisten den Druck auf die Frontstaaten, vor allem auf Sambia. Sambia in die Knie zwingen, damit für Druck auf die ZAPU sorgen, und ent-
weder die Patriotische Front spalten oder die Zustimmung erreichen – so etwa lautet die Kalkulation. Vor vier Wochen sperrte das Regime bereits den Eisenbahntransport durch Rhodesien. Kurz darauf wurden die Söldnerbanden über die Grenze geschickt und sprengten u.a. eine Brücke der Tansam-Bahn. Sambia kann weder ausreichend den dringend gebrauchten Mais importieren noch Kupfer exportieren. Hungersnot und Zahlungsunfähigkeit sind Folgen, die schnell eintreten können. Präsident Kaunda war vor drei Wochen auch in London und hatte Anteil an der Zustimmung der Patriotischen Front zu einem Kompromiß in bezug auf die Übergangszeit. In der letzten Woche sprengten Siedlertruppen weitere Straßen- und Eisenbahnbrücken. Und Carrington ließ tags darauf einen Testballon steigen, ob das dreckige Manöver funktionieren würde. Um ,,die Spannung zu verringern'', schlage er ein sofortiges Zwischenabkommen vor. Die Patriotische Front solle keine Guerillas mehr von Sambia nach Rhodesien bringen, dafür werde das Regime seine Überfälle auf Sambia einstellen. Abgesehen davon, daß die Gleichsetzung der Überfälle mit dem Befreiungskampf eine typische Unverschämtheit der Briten ist, zielt der Vorschlag gegen die Einheit der Patriotischen Front und gegen die Unterstützung Sambias für die Patriotische Front.

Die britische Regierung und die Marionetten in Salisbury haben sich verrechnet. Sambia hat die Mobilmachung ausgerufen und für die Brücken Schadensersatz von Großbritannien gefordert, das legal für Rhodesien zuständig ist. Der britische Hochkommissar in Sambia fand es passend, in alter Kolonialmanier diese Forderung Präsident Kaundas gar nicht erst nach London zu übermitteln, sondern gleich zu erklären, Entschädigungen kämen nicht in Frage. Zwei Tage lang belagerten die Volksmassen die britische Botschaft in Lusaka. Am Freitag mußte Carrington den britischen Hochkommissar nach London abberufen.

Die US-Imperialisten erklären immer wieder ihre Unterstützung des britischen Vorgehens – gleichzeitig bereiten sie die direkte Intervention durch das südafrikanische Siedlerregime vor, sowohl für den Fall, daß es ein Abkommen gibt und die Patriotische Front die Wahlen gewinnt, wie auch für den Fall des Abbruchs der Verhandlungen. Begleitet wird die Interventionsplanung von einer großen profitablen Nachschub- und Aufrüstungsaktion für das Regime, die jetzt nach der Aufhebung der Sanktionen durch die britische Regierung viel leichter durchzuführen ist. Die britischen Imperialisten beobachten das mißtrauisch: ,,Mein geschäftsführender Direktor teilt mir aus Salisbury mit, daß die ausländischen Geschäftsleute da schon Schlange stehen. Die Briten waren da nicht ganz so aktiv'', antwortete Lonrho-Chef Rowland, als die Siedlerzeitung ,,Herald'' ihn vor zwei Wochen nach den Geschäftsaussichten fragte. Der Vorstand des Bergbaumonopols Rio Tinto Zinc – einer der Direktoren ist Lord Carrington – bemerkte, er sei ,,sehr glücklich, wenn wir Rio Tinto

Präsident Kaundas gar nicht erst nach London zu übermitteln, sondern gleich zu erklären, Entschädigungen kämen nicht in Frage. Zwei Tage lang belagerten die Volksmassen die britische Botschaft in Lusaka. Am Freitag mußte Carrington den britischen Hochkommissar nach London abberufen.

Die US-Imperialisten erklären immer wieder ihre Unterstützung des britischen Vorgehens – gleichzeitig bereiten sie die direkte Intervention durch das südafrikanische Siedlerregime vor, sowohl für den Fall, daß es ein Abkommen gibt und die Patriotische Front die Wahlen gewinnt, wie auch für den Fall des Abbruchs der Verhandlungen. Begleitet wird die Interventionsplanung von einer großen profitablen Nachschub- und Aufrüstungsaktion für das Regime, die jetzt nach der Aufhebung der Sanktionen durch die britische Regierung viel leichter durchzuführen ist. Die britischen Imperialisten beobachten das mißtrauisch: ,,Mein geschäftsführender Direktor teilt mir aus Salisbury mit, daß die ausländischen Geschäftsleute da schon Schlange stehen. Die Briten waren da nicht ganz so aktiv'', antwortete Lonrho-Chef Rowland, als die Siedlerzeitung ,,Herald'' ihn vor zwei Wochen nach den Geschäftsaussichten fragte. Der Vorstand des Bergbaumonopols Rio Tinto Zinc – einer der Direktoren ist Lord Carrington – bemerkte, er sei ,,sehr glücklich, wenn wir Rio Tinto
Rhodesia so schnell wie möglich in die Gemeinde zurückbekommen''.

Am Wochenende versammelten sich die Präsidenten der Frontstaaten in Daressalaam. Die Führer der Patriotischen Front, Mugabe und Nkomo, nahmen an der Sitzung teil. Hauptpunkt der Debatte war der Waffenstillstand. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

### USA planen weiteren Landraub von den indianischen Völkern

*z.mam.* Etwa ⅓ aller abbaubaren Bodenschätze der USA, 50% aller amerikanischen Uran-Vorkommen, ⅓ der schwefelarmen Tagebaukohle liegen auf dem Grund und Boden der indianischen Völker. 1977 hatte die US-Regierung mit dem ,,Gesetz zur Gleichbehandlung der eingeborenen Amerikaner'' versucht, sämtliche Verträge, die Bundesregierungen mit Indianern geschlossen hatten, zu annullieren. Insbesondere seit dieser Zeit haben die indianischen Völker einige Erfolge im Kampf zur Verteidigung bzw. Wiedererlangung ihrer Rechte aus den Verträgen aus dem 18. und 19. Jahrhundert erzielt. – Einige Führer indianischer Völker haben jetzt das ,,Gesetz zur Entwicklung indianischer Naturvorkommen 1979'' vorgeschlagen, das über das Innenministerium eingebracht worden ist. Die US-Regierung hat das genaue Gegenteil als den Schutz der indianischen Reichtümer vor. Ein Abgeordneter äußerte, daß es ,,gesund für die Wirtschaft sei, wenn wir die Indianerreservationen abschaffen und den einzelnen Bundesstaaten erlauben könnten, für die Wohlfahrt der Indianer zu sorgen, so wie für jeden anderen Bürger des nämlichen Staates verfahren wird.'' Und weiter: ,,Es ist offensichtlich, daß die Dollars der Bundesregierung keine wesentlichen ökonomischen Auswirkungen in Indianerreservationen haben, weil die Regierung primär ein ethnisches Prinzip unterstützt ... Die Bundeszahlungen an Reservationen sind eine Gefühlsduselei mit sozialistischen Tönen und nur zeitweiligem ökonomischen Nutzen.''

### Carters führender Rentenreformer mußte nach Protest abtreten

*z.gek.* Nach einer bewegt verlaufenen Sitzung mit Vertretern der Gewerkschaften und verschiedener Rentnerorganisationen bei Carter hat der Vorsitzende der staatlichen Rentenversicherung Ross seinen Rücktritt eingereicht. Mitte des Jahres hatte Carter schon seinen Sozialminister Califano fallen lassen müssen. Califano und Ross waren federführend bei den bisherigen Rentenreformen. Nachdem 1977 die Beiträge massiv erhöht und die Rentenanpassungen von Brutto- auf Nettolohnbasis umgestellt worden waren, sind in diesem Jahr die besseren Berufsunfähigkeitsrenten (zwecks ,,stärkerer Arbeitsanreize''), die Waisenrenten und die Sterbegelder angegangen worden. Vorbereitet werden weitere Rentenkürzungen im Namen der ,,Gleichbehandlung von Mann und Frau'' (vgl. KVZ 46/79); Vorlagetermin ist Dezember.

### SU: Glänzende Geschäfte mit Privatversicherungen

*z.ror.* ,,Kein Mensch ist gegen Unfälle gefeit, aber Gostrakh will helfen, sie für die Kosten ihrer Genesung zu entschädigen'', lautet der Werbetext des sowjetischen Versicherungsunternehmens Gostrakh. Der unzureichende Schutz, den die Sozialversicherungen in der Sowjetunion bieten, verschafft der neuen Bourgeoisie eine neue Bereicherungsquelle. Gostrakh bietet neben Lebens-, Unfall- und Eigentumsversicherungen auch eine ,,Kinderversicherung'' an. Die Eltern sollen 18 Jahre lang monatlich fünf Rubel einzahlen, um dann über 1000 Rubel für die Ausbildung ihrer Kinder zu verfügen. Der Zwang zum Abschluß derartiger Privatversicherungen für die Wechselfälle des Lebens steigt rasch. 1964 gab es 36

# XII. Parteitag der KP Rumäniens

## Die rumänischen Arbeiter und Bauern bekräftigen den Kurs der Unabhängigkeit ihres Landes

*z.anb.* Am 19. November wurde in der großen Kongreßhalle in Bukarest in Anwesenheit von 2650 Delegierten und 140 ausländischen Delegationen, darunter erstmals eine Delegation der Kommunistischen Partei Chinas, der XII. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei eröffnet.

Die Entwürfe zu den Dokumenten, die dem Parteitag zur Erörterung vorgelegt wurden, waren seit über zwei Monaten in allen Kreis- und Munizipalräten debattiert und beschlußmäßig behandelt worden, die Delegierten auf dieser Grundlage gewählt worden. Die Einheiten der RKP hatten die Debatte auch in den unteren Ebenen der Massenorganisation, der *Front der Sozialistischen Einheit* organisiert, deren aktive Beteiligung an der Beschlußfassung über die Entwicklung der Volkswirtschaft durch einen Beschluß des Politischen Exekutivkomitees der RKP ausdrücklich gefördert worden war.

In den Wochen vor dem Parteitag besuchte Ceausescu zahlreiche Betriebe. Im Maschinenbaukombinat Temesvar versammelten sich mehrere Tausend Arbeiter und bereiteten ihm einen begeisterten Empfang. Sie unterrichteten ihn davon, daß die geplante Umwandlung des Betriebes in ein Kombinat des Schwermaschinenbaus, mit Vorrang auf der Produktion von Hebe- und Fördermaschinen, mit neun Monaten Planvorsprung in Angriff genommen worden sei. Es ist dies kein Einzelfall. Der Gesamtplan 1976–80 wurde, berechnet auf die bisherigen vier Jahre des Planjahrfünfts, um einen Produktionswert von 70 Mrd. Lei (1 Lei = 0,42 DM) übertroffen (Gesamtproduktion: 440 Mrd. Lei)

Der Fünfjahrplan 1976–80, dessen Umsetzung den Ausgangspunkt für die Plandirektiven des XII. Parteitages bildet, war Ausdruck des 1964 von der RKP eingeleiteten Kurswechsels im Aufbau der nationalen Wirtschaft; gestützt auf die Arbeiter- und Bauernmassen hielt der IX. Parteitag der RKP im Jahre 1965 die Leitlinien der zukünftigen Politik der Stärkung der nationalen Unabhängigkeit fest, wie sie aus dem Kampf gegen die „sozialistische Integration" in dem RGW der revisionistisch entarteten Sowjetunion entwickelt worden sind: „Jeder sozialistische Staat hat das souveräne Recht, Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus auszuarbeiten, zu wählen oder zu ändern." (Kommunique der Plenarsitzung des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei vom 26.4.1964)

Seit dieser entscheidenden Wende weist Rumänien nicht nur die höchste Steigerungsrate der Industrieproduktion im gesamten RGW auf, im Durchschnitt des laufenden Fünfjahrplanes 11,2% (Vergleich: UdSSR: 5,2%), sondern mit 9% jährlicher Steigerung auch die höchste Investitionsquote. Zugleich wurden die Planziele für die Steigerung der Realeinkommen der Arbeiter und Bauern aufgrund der Übererfüllung der Produktionspläne bereits 1978 erreicht, das bedeutet bis 1980 eine zusätzliche Steigerung um 10%.

Die auf dem XII. Parteitag verabschiedeten Plandirektiven für die Entwicklung der Volkswirtschaft 1981–85, die Zielsetzungen für den Aufbau des Landes im nächsten Jahrzehnt finden deshalb die Unterstützung der Arbeiter und Bauern, weil sie die konkrete Lage untersuchen, die Bedingungen klären, unter denen der Kurs der Unabhängigkeit gefestigt und die sozialen Interessen der Arbeiter und Bauern zur Geltung kommen können. „Die Programmdirektive *für die Erhöhung des Lebensstandards im kommenden Planjahrfünft (1981–85)* stellt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit auch weiterhin (...) die Deckung des Bedarfs aller Mitglieder unserer Gesellschaft unter den besten Bedingungen im Einklang mit einem wissenschaftlich begründeten Verbrauch. (...) Für die Verwirklichung dieses hohen Zieles tritt unsere Partei entschieden für die Entwicklung und Modernisierung der Volkswirtschaft ein, für die Steigerung der Effizienz der gesamten ökonomisch-sozialen Tätigkeit, für die Erhöhung des Nationaleinkommens, der einzigen Quelle für die Erhöhung des Lebensstandards aller Kategorien von Werktätigen." (Programmdirektive, Agerpress, 27.9.79)

Gegenwärtig beträgt der Beitrag der Industrie zum Sozialprodukt zwei Drittel, der der Landwirtschaft ein Drittel. Dem entspricht die Umwälzung in der Zusammensetzung der gesellschaftlichen produktiven Arbeit. Noch 1950 waren 74% in der Landwirtschaft tätig, heute sind es 32,5%. Die Absage an die Strategie der Sozialimperialisten, Rumänien als Lieferland von Agrarprodukten und Rostoffen (Getreide, Wein, Obst, Gemüse; Erze, Kohle, Öl) um die Früchte der gesellschaftlichen Arbeit zu prellen, hat einen nachdrücklichen Aufschwung der Produktivkräfte ermöglicht. Die Industrieproduktion ist die Grundlage der beschleunigten Akkumulation, ihre weitere Entfaltung, so hält die Programmdirektive zur Modernisierung fest, ermöglicht nicht nur die Reduzierung der kostspieligen, aber noch unverzichtbaren Importe moderner Technologie aus den westlichen imperialistischen Metropolen, sondern sichert vor allem über die vorrangige Entfaltung eines modernen Maschinenbaus die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivkraft, die sich gegenüber 1950 auf das 8,5fache erhöht hat. Maschinenbau und Chemieproduktion werden zum Schwerpunkt der Modernisierungskampagne erklärt, weil sie die Hauptzweige sind, über die die agro-industriellen Räte, Zusammenschlüsse der genossenschaftlichen und der privatproduziernden Bauern, durch gemeinsamen Einsatz von Maschinerie, Düngemitteln und Bewässerungsmaßnahmen unterstützt werden.

Die Industrieproduktion soll bis 1985 um 40–45% steigen, darüber den Wertzuwachs erzielen, mit dem die Erhöhung der Realeinkommen der Massen bei gleichzeitiger Reduzierung der Auslandsabhängigkeit von Importen und der Hebung des Austauschwertes der Exportprodukte gesichert werden kann. Während die Löhne der Arbeiter real in diesem Zeitraum um 16–18% steigen sollen, werden die Einkünfte der Bauern im Durchschnitt um 25% erhöht, darunter die der privat produzierenden Kleinbauern (15%) um 1% mehr als das der Genossenschaftsbauern. Der Staat fördert Maßnahmen der Kleinbauern zur Steigerung der Produktivkraft durch zinslose Kredite. Durch planmäßige Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts – angesichts der unterschiedlichen Wachstumsrate von Industrie (40%) und Landwirtschaft (25%) – sollen die realen Einkommen der Bauern bis 1985 mit 1650 Lei (688 DM) den gesetzlichen Mindestlohn der Arbeiter von 1630 Lei übersteigen.

Durch die staatliche Preis- und Tarifpolitik wird der Anstieg der Warenpreise auf 6% bis 1985 eingegrenzt, die gleiche Steigerungsrate wie im jetzigen Fünfjahrplan, die eingehalten werden konnte. Das Ziel des wirtschaftlichen Gesamtplanes ist die Hebung der gesellschaftlichen Produktivkraft auf das Niveau eines „mittleren entwickelten Landes bis 1990". Daß dies nicht nur die absolute Steigerung der Produktivkraft voraussetzt, sondern auch ihre planmäßige Entwicklung in *allen* Teilen des Landes, hält die Direktive *über die ökonomisch-soziale Entwicklung im territorialen Profil* fest. „Hauptziel (...) wird die Erstellung einer Bruttoproduktion in jedem Kreis – im Bereich der Industrie, der Landwirtschaft, der Bautätigkeit, des Verkehrswesens, der Dienstleistungen sowie in anderen Zweigen – von mindestens 70000 Lei (29190 DM) je Einwohner sein." (Programmdirektive, Agerpress, Nr. 59, Oktober 1979) Während 1965 die Pro-Kopf-Produktion in den rückständigsten Kreisen noch um das 2,1fache geringer war als der Landes*durchschnitt*, soll dieser Unterschied bis 1985 auf 23% reduziert werden. Dies vor allem über die verstärkte Entwicklung der kleinen und handwerklichen Industrie.

Die Hebung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit soll insgesamt bis 1985 die Verkürzung der Arbeitszeit von derzeit 48 Stunden pro Woche auf 44 Stunden – bei achtstündigem Arbeitstag und jeweils zwei freien Samstagen pro Monat – ermöglichen.

Es wundert nur imperialistische Beutelschneider, daß dieses Programm für eine neue Etappe des Aufbaus der nationalen Wirtschaft bis 1985 die Ausweitung der Handelsbeziehungen mit den Ländern der Dritten Welt auf 30% des gesamten Außenhandels vorsieht.



Kombinat des Schwermaschinenbaus, mit Vorrang auf der Produktion von Hebe- und Fördermaschinen, mit neun Monaten Planvorsprung in Angriff genommen worden sei. Es ist dies kein Einzelfall. Der Gesamtplan 1976–80 wurde, berechnet auf die bisherigen vier Jahre des Planjahrfünfts, um einen Produktionswert von 70 Mrd. Lei (1 Lei = 0,42 DM) übertroffen (Gesamtproduktion: 440 Mrd. Lei)

Der Fünfjahrplan 1976–80, dessen Umsetzung den Ausgangspunkt für die Plandirektiven des XII. Parteitages bildet, war Ausdruck des 1964 von der RKP eingeleiteten Kurswechsels im Aufbau der nationalen Wirtschaft; gestützt auf die Arbeiter- und Bauernmassen hielt der IX. Parteitag der RKP im Jahre 1965 die Leitlinien der zukünftigen Politik der Stärkung der na-

zung der Arbeiter und Bauern, weil sie die konkrete Lage untersuchen, die Bedingungen klären, unter denen der Kurs der Unabhängigkeit gefestigt und die sozialen Interessen der Arbeiter und Bauern zur Geltung kommen können. „Die Programmdirektive *für die Erhöhung des Lebensstandards im kommenden Planjahrfünft (1981–85)* stellt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit auch weiterhin (...) die Deckung des Bedarfs aller Mitglieder unserer Gesellschaft unter den besten Bedingungen im Einklang mit einem wissenschaftlich begründeten Verbrauch. (...) Für die Verwirklichung dieses hohen Zieles tritt unsere Partei entschieden für die Entwicklung und Modernisierung der Volkswirtschaft ein, für die Steigerung der Effizienz der gesamten ökonomisch-sozialen Tätigkeit, für die Erhöhung des National-

Produktivkraft, die sich gegenüber 1950 auf das 8,5fache erhöht hat. Maschinenbau und Chemieproduktion werden zum Schwerpunkt der Modernisierungskampagne erklärt, weil sie die Hauptzweige sind, über die die agro-industriellen Räte, Zusammenschlüsse der genossenschaftlichen und der privatproduziernden Bauern, durch gemeinsamen Einsatz von Maschinerie, Düngemitteln und Bewässerungsmaßnahmen unterstützt werden.

Die Industrieproduktion soll bis 1985 um 40–45% steigen, darüber den Wertzuwachs erzielen, mit dem die Erhöhung der Realeinkommen der Massen bei gleichzeitiger Reduzierung der Auslandsabhängigkeit von Importen und der Hebung des Austauschwertes der Exportprodukte gesichert werden kann. Während die Löhne der Arbeiter



In der Vorbereitung des XII. Parteitages erörterte Ceausescu mit den Arbeitern und Bauern zahlreicher Betriebe und Kooperativen die Entwürfe für die Plandirektive 1981–85. Überall wurde er mit großer Herzlichkeit begrüßt.

## Antrag der VR China an die UNO über die Unzulässigkeit von Hegemonialpolitik

Vereinte Nationen, 2. November

Die chinesische Delegation auf der 34. Sitzung der UNO-Generalversammlung hat heute offiziell einen Resolutionsentwurf an die Generalversammlung über „die Unzulässigkeit der Hegemonialpolitik in den internationalen Beziehungen" eingebracht.

Der Resolutionsentwurf lautet:

– Angesichts der Tatsache, daß Staaten, gestützt auf ihre politische, ökonomische und insbesondere ihre militärische Stärke, weltweit Hegemonialpolitik verfolgen, die Souveränität anderer Staaten mit Füßen treten, deren Gebiete besetzen und sich in deren innere Angelegenheiten einmischen, um andere Staaten, Regionen und schließlich die ganze Welt zu kontrollieren, zu beherrschen oder zu regieren,

– ernstlich besorgt über die Tatsache, daß weltweiter Hegemonismus und der durch ihn geförderte regionale Hegemonismus die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität anderer Staaten verletzen und dadurch den internationalen Frieden und die Sicherheit bedrohen,

– überzeugt, daß es der gemeinsame Wille aller Völker der Welt ist, den Hegemonismus zu bekämpfen, um die nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität zu verteidigen und um die Sicherheit aller Staaten und den Weltfrieden aufrecht zu erhalten,

Die chinesische Delegation auf der 34. Sitzung der UNO-Generalversammlung hat heute offiziell einen Resolutionsentwurf an die Generalversammlung über „die Unzulässigkeit der Hegemonialpolitik in den internationalen Beziehungen" eingebracht.

Der Resolutionsentwurf lautet:

– Angesichts der Tatsache, daß Staaten, gestützt auf ihre politische, ökonomische und insbesondere ihre militärische Stärke, weltweit Hegemonialpolitik verfolgen, die Souveränität anderer Staaten mit Füßen treten, deren Gebiete besetzen und sich in deren innere Angelegenheiten einmischen, um andere Staaten, Regionen und schließlich die ganze Welt zu kontrollieren, zu beherrschen oder zu regieren,

– ernstlich besorgt über die Tatsache, daß weltweiter Hegemonismus und der durch ihn geförderte regionale Hegemonismus die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität anderer Staaten verletzen und dadurch den internationalen Frieden und die Sicherheit bedrohen,

– überzeugt, daß es der gemeinsame Wille aller Völker der Welt ist, den Hegemonismus zu bekämpfen, um die nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität zu verteidigen und um die Sicherheit aller Staaten und den Weltfrieden aufrecht zu erhalten,

(fordert der Resolutionsentwurf die Generalversammlung auf:)

1. den Hegemonismus, insbesondere den weltweiten Hegemonismus der Supermächte zu verurteilen;

2. zu fordern, daß die Staaten, die weltweite und regionale Hegemonie verfolgen, sofort ihre in andere Länder eingefallenen Streitkräfte zurückziehen, die militärische Besetzung anderer Staaten beenden und es den Völkern dieser Staaten erlauben, ihre Angelegenheiten selbst zu bestimmen und zu regeln;

3. zu fordern, daß die Staaten, die weltweite Hegemonialpolitik verfolgen, diese sofort einstellen und sich verpflichten, keine Infiltration, Einmischung, Subversion und Aggression gegen andere Staaten zu unternehmen, und insbesondere den Schwindel von der „beschränkten Souveränität" anderer Staaten, die Entsendung von Söldnertruppen, den Umsturz legaler Regierungen, den Einsatz von Marionettenregimes und die Führung von Kriegen durch Stellvertreter zu unterlassen;

4. die Supermächte aufzufordern, das Aufrüsten und die Kriegsvorbereitungen einzustellen, ihre nukleare und konventionelle Bewaffnung wesentlich zu reduzieren, den Export militärischer Ausrüstung in Länder, die Aggression und Expansion betreiben, zu beenden;

5. feierlich zu erklären, daß alle Staaten in ihren internationalen Beziehungen strikt an den Zielen und Prinzipien der UN-Charta festhalten sollen, sowie an den Prinzipien der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität und der territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens und der friedlichen Koexistenz; daß alle Staaten das Recht haben, gleichberechtigt an den internationalen Angelegenheiten teilzuneh-

genheiten selbst zu bestimmen und zu regeln;

3. zu fordern, daß die Staaten, die weltweite Hegemonialpolitik verfolgen, diese sofort einstellen und sich verpflichten, keine Infiltration, Einmischung, Subversion und Aggression gegen andere Staaten zu unternehmen, und insbesondere den Schwindel von der „beschränkten Souveränität" anderer Staaten, die Entsendung von Söldnertruppen, den Umsturz legaler Regierungen, den Einsatz von Marionettenregimes und die Führung von Kriegen durch Stellvertreter zu unterlassen;

4. die Supermächte aufzufordern, das Aufrüsten und die Kriegsvorbereitungen einzustellen, ihre nukleare und konventionelle Bewaffnung wesentlich zu reduzieren, den Export militärischer Ausrüstung in Länder, die Aggression und Expansion betreiben, zu beenden;

5. feierlich zu erklären, daß alle Staaten in ihren internationalen Beziehungen strikt an den Zielen und Prinzipien der UN-Charta festhalten sollen, sowie an den Prinzipien der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität und der territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens und der friedlichen Koexistenz; daß alle Staaten das Recht haben, gleichberechtigt an den internationalen Angelegenheiten teilzuneh-

men, und daß es keinem großen Land erlaubt ist, ein kleines einzuschüchtern, keinem starken, ein schwaches zu unterdrücken; daß kein Staat seinen Willen einem anderen aufzwingen, andere Staaten seiner politischen Kontrolle unterwerfen, ökonomisch ausplündern und militärisch angreifen oder die Gebiete anderer Staaten besetzen darf.

*(aus: Xinhua News Agency, 3. Nov. 1979)*

---

Mio. Versicherungspolicen, 1980 sollen es 140 Mio. sein. Über Jahre hinweg ist es der neuen Bourgeoisie gelungen, die Renten zu senken, so daß die Durchschnittsrente 1976 gerade noch 47,5 Rubel, etwa 35% des Durchschnittslohns betrug. Jetzt bietet der Versicherungskonzern – der 40000 Versicherungsagenten beschäftigt, vorwiegend Frauen in Teilzeitarbeit – eine „Pensionsversicherung" an. Wenn ein 40 Jahre alter Arbeiter heute 1674 Rubel (ca. 1 Jahreslohn) bezahlt, soll er zur Rente später monatlich 10 Rubel zugezahlt bekommen. Aus dem privaten Versicherungsgeschäft hatte die neue Bourgeoisie 1978 Einnahmen in Höhe von 6 Mrd. Rubel.

### Tschad: Neue Regierung der nationalen Einheit gebildet

*z.dab.* „Für ein vereinigtes Tschad", stand über einem Eingang des Verhandlungssaals, in dem die Parteien des Tschad nach sechstägigen Beratungen am 13. November die neue Übergangsregierung gebildet haben. Zum Präsidenten wurde der Führer der FROLINAT Goukouni Oeddei gewählt; zum Vizepräsidenten Oberstleutnant Kamougé und Hissen Habré zum Verteidigungsminister. Nach dem Sturz des französischen Statthalters General Malloum im Februar und den Versuchen der französischen und US-Imperialisten, über Kamougé den Süden des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen, hat das Volk des Tschad konsequent seine nationale Unabhängigkeit verteidigt. Widersprüche zu den Nachbarstaaten, u.a. mit Libyen, waren im Abkommen von Lagos vom 21. August im wesentlichen beigelegt worden. Gemäß der dort gefaßten Beschlüsse (vgl. KVZ 35, S.15) hat die neue Regierung festgelegt, daß die französischen Soldaten, zur Zeit 1200, sofort abziehen müssen, wenn die interafrikanische Truppe aus Benin, Congo und Guinea unter Leitung der OAU die Überwachung des beschlossenen Waffenstillstandes übernimmt. Das Angebot Libyens, diese Truppe zu bezahlen, wurde ausdrücklich abgelehnt. Um den Beschluß, die Armeen unter ein einheitliches Oberkommando zu stellen, durchzuführen, hat die Regierung als ersten Schritt eine gemeinsame Militärpolizei von 120 Mann gebildet. Präsident Goukouni Oeddei hat erklärt, daß sich die Vielfältigkeit seines Landes in einen zusätzlichen Faktor der Einheit umwandeln werde. Eine Kampfansage an alle weiteren Versuche der Imperialisten, sich in die inneren Angelegenheiten des Tschad einzumischen.

### Bangui: Volkswiderstand gegen französische Marionetten

*z.pel.Paris.* Zwei Monate nach dem von den französischen Imperialisten in Zentralafrika organisierten Putsch geraten ihre neuen Statthalter immer stärker unter Beschuß der Volksmassen. In großen Demonstrationen fordern diese die Auslieferung Bokassas, die Bestrafung aller Verantwortlichen des alten Regimes und den Abzug der französischen Besatzertruppen. Auf den von einer von der Regierung Dacko eingesetzten „Untersuchungskommission über die Verbrechen Bokassas" an das Volk verteilten Fragebögen erscheint auf die Frage nach den Schuldigen für die Volksunterdrückung der Name des Regierungschefs ganz vorn. Die wenigen Fabriken sind von Streiks paralysiert. Der innere Markt ist zusammengebrochen und der Schwarzhandel blüht. Der Großteil der Beschäftigten der Ministerien hat Anfang November die Arbeit niedergelegt und die sofortige Auszahlung der Löhne anstelle der verteilten Anrechtsscheine auf den Lohn gefordert. Dacko verschärft die Unterdrückung. Er hat nächtliches Ausgehverbot erlassen und alle Demonstrationen verboten. Zugleich greift er auf den alten Polizeiapparat zurück. Der Polizeichef Bokassas und zwölf seiner Offiziere wurden aus der Haft entlassen. Giscard wird sich was einfallen lassen müssen.

### Mehr als 100000 in Nordostindien verhaftet

*z.hef.* Mehr als hunderttausend Verhaftungen nahmen Polizei und Armee in der vorletzten Woche im indischen Bundesstaat Assam vor. In Protestdemonstrationen, Universitätsbesetzungen, Angriffen auf Behörden usw. fordern Studenten, Arbeiter und Bauern, daß Nicht-Assamesen nicht auf den Wählerlisten für die Parlamentswahlen im Januar zugelassen werden. Die Unruhen in Assam sind Teil großer Kämpfe der verschiedenen Nationalitäten Nordostindiens, einem gebirgigen, mit dem Rest des Landes durch einen schmalen Landkorridor verbundenen Teil Indiens. In Nagaland, Mizoram, Manibur und Meghalaya führen bewaffnete Organisationen Angriffe auf die Bundestruppen und die Bundespolizei durch. Die Kämpfe richten sich gegen die besondere nationale Unterdrückung im indischen Bundesstaat und die immer mehr wachsende Besiedelung des Landes dieser Nationalitäten mit Indern aus anderen Landesteilen oder Flüchtlingen aus Bangladesh. Die Regierung führt die Besiedelung unter dem Vorwand der „Entwicklung" durch. In Mizoram und anderen Gebieten nutzen verschiedene Organisationen die Empörung darüber für die Aufstellung der Forderung nach unabhängigen Staaten aus. Die Regierung versucht mit Spaltungsanstrengungen zwischen verschiedenen Teilen der Volksmassen, die bewaffnete Unterdrückung der Kämpfe zu erleichtern. Sie hat das Sondernotstandsgesetz von 1958 für Assam und Manipur wieder in Kraft gesetzt. Erschießungen durch die Armee sind an der Tagesordnung. Die Regierung stellte 94 Dörfer in Manipur unter Kriegsrecht.

## Ein Jahr sowjetisch-vietnamesischer Pakt

*z.ges.* Die gleichen Länder, die angeblich in Havanna mit der Politik des „leeren Stuhls" übereinstimmten und in Wirklichkeit durch die kubanischen Präsidiumsmachenschaften an die Wand gespielt worden waren, haben den sowjetischen Sozialimperialisten und den vietnamesischen Expansionisten inzwischen in der UNO zwei gehörige Abstimmungsniederlagen bereitet, indem sie die Mehrheit für den Sitz des Demokratischen Kampuchea und für die Forderung nach sofortigem Abzug aller vietnamesischen und sonstigen ausländischen Truppen aus Kampuchea zustandebrachten. Da müssen die Sowjetunion und Vietnam Trost in den angeblich ungetrübten zweiseitigen Beziehungen suchen. Die sowjetische Presse feiert gegenwärtig den Jahrestag des sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrages, dessen Abschluß im letzten November der vietnamesischen Aggression gegen das Demokratische Kampuchea unmittelbar vorausging. Die „Neue Zeit" schreibt: „Das Jahr seit dem Vertragsabschluß war für Vietnam in vieler Hinsicht nicht leicht. Es war von Taifunen, Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen heimgesucht, die es wirtschaftlich schwer schädigten. Die Republik mußte erhebliche Aufwendungen machen, um die Aggressionsakte der Clique Pol Pots und Ieng Sarys abzuwehren und dem Volk Kampucheas zu helfen, das unter der jahrelangen Herrschaft dieser Kreaturen Pekings zur Verzweiflung getrieben wurde. Nicht geringen Schaden erlitt Vietnam durch die von Agenten Pekings organisierte Massenausreise der Hoas und durch Chinas Weigerung, seinen Verpflichtungen aus den Wirtschaftsabkommen mit der SRV nachzukommen. Im Februar 1979 aber fielen Hunderttausende chinesische Soldaten in die Nordprovinzen Vietnams ein und ließen Städte und Dörfer in Flammen aufgehen. Soviel Heimsuchungen in einem Jahr!"

So kann man also das letzte Jahr seit Unterzeichnung des sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftspaktes auch sehen. Immer hätte aber die Sowjetunion an der Seite Vietnams gestanden. Wahr ist, daß Vietnam ohne die Moskauer Rückversicherung den Aggressionskrieg und die Okkupation des Demokratischen Kampucheas nie hätte wagen können. In diesem Freundschaftsvertrag wird Vietnam ausdrücklich direkte sowjetische Unterstützung für den Fall einer „auswärtigen Bedrohung" zugesprochen. Von einer solchen Bedrohung durch das Demokratische Kampuchea aber hatte Vietnam schon das ganze Jahr gesprochen, nachdem es mit seiner ersten Invasion von Ende 1977 gescheitert war.

Gehen wir die Behauptungen einzeln durch. Wahr ist, daß Vietnam wie auch Kampuchea im Herbst 1978 von schweren Überschwemmungen betroffen war und daß diese Überschwemmungen die vietnamesische Landwirtschaftspolitik vollends zum Scheitern brachte. In Kampuchea dagegen war es den Volksmassen gelungen, einen großen Teil der Reispflanzungen zu retten und überall dort, wo die Überschwemmung die Pflanzungen vernichtete, sofort nach dem Rückgang des Wassers neue Pflanzungen anzulegen. Es gibt übereinstimmende Berichte von Besuchern Kampucheas vor Beginn der Aggression wie jetzt auch von Flüchtlingen, daß Kampuchea zum Zeitpunkt der Aggression, nachdem bereits 1977 und 1978 gute Ernten eingebracht werden konnten, vor der bisher besten Ernte stand. Heute schreiben die sowjetischen Hinterleute der vietnamesischen Aggression, nachdem die Ernte durch die Aggression vernichtet worden ist: „In ein paar Monaten aber kann man nicht eine Landwirtschaft wiederbeleben, die von einer Verräterbande fast vier Jahre hindurch systematisch zugrunde gerichtet wurde. Das Lebensmittelproblem ist äußerst akut." Vor der vietnamesischen Aggression war das Lebensmittelproblem nur in Vietnam selber „äußerst akut". Gerade die „erheblichen Aufwendungen", die Vietnam für die Vorbereitung der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea machte, hinderten das vietnamesische Volk am Aufbau des Landes. Aber die Hanoier Clique machte ja diese Aufwendungen, um dem verzweifelten kampucheanischen Volk zu helfen! 1977 allerdings hatte die gleiche Zeitschrift über die Lage in Kampuchea noch das Folgende berichtet: „Dank der getroffenen Maßnahmen (der Regierung des Demokratischen Kampuchea) konnte der Bedarf des Volkes an Nahrungsmitteln schon mit dem Ertrag von 1976 zum größten Teil gedeckt werden." Von Verzweiflung des kampucheanischen Volkes war damals in der sowjetischen Presse noch nicht die Rede. Aber zu diesem Zeitpunkt, September 1977, war die Entscheidung der Hanoier Clique für die erste Aggression gegen das Demokratische Kampuchea bereits gefallen. Kurz darauf ging Le Duan nach Moskau und setzte die dortigen Oberherren in Kenntnis, und ab dato funktionierte die konzertierte Hetze. Die Flüchtlingsbewegung unter den „Hoas" hatte in den Kriegsvorbereitungen Vietnams den direkten Auslöser: Zwangseinbürgerung bedeutete jetzt Zwangsrekrutierung für den Krieg gegen das Demokratische Kampuchea. „Chinesische Agenten" waren wirklich nicht nötig dafür, daß sich die Hoas dem zu entziehen versuchten. Ihre Verpflichtungen für die Wirtschaftsunterstützung Vietnams war die VR China nicht unter der Voraussetzung eingegangen, daß Vietnam diese Hilfe nutzte, um seine Nachbarländer zu unterwerfen und immer offener zu Provokationen gegen die VR China selber überzugehen. Das war und ist Vietnam aber seinen sowjetischen Hinterleuten schuldig.

In der sowjetischen Presse wird von großartigen Siegen Vietnams über die chinesischen Grenztruppen gefaselt. In ihrer Aggressorenlogik glauben sie, kein Mensch würde an den freiwilligen Rückzug der chinesischen Grenztruppen glauben, außer ihnen selber, die ja die Tatsachen kennen, aber zu verheimlichen versuchen. Jetzt beklagen sich Vietnam und die Sowjetunion erneut über angebliche Invasionsvorbereitungen der VR China und über Versuche, sich in die inneren

gelungen, einen großen Teil der Reispflanzungen zu retten und überall dort, wo die Überschwemmung die Pflanzungen vernichtete, sofort nach dem Rückgang des Wassers neue Pflanzungen anzulegen. Es gibt übereinstimmende Berichte von Besuchern Kampucheas vor Beginn der Aggression wie jetzt auch von Flüchtlingen, daß Kampuchea zum Zeitpunkt der Aggression, nachdem bereits 1977 und 1978 gute Ernten eingebracht werden konnten, vor der bisher besten Ernte stand. Heute schreiben die sowjetischen Hinterleute der vietnamesischen Aggression, nachdem die Ernte durch die Aggression vernichtet worden ist: „In ein paar Monaten aber kann man nicht eine Landwirtschaft wiederbeleben, die von einer Verräterbande fast vier Jahre hindurch systematisch zugrunde gerichtet wurde. Das Lebensmittelproblem ist äußerst akut." Vor der vietnamesischen Aggression war das Lebensmittelproblem nur in Vietnam selber „äußerst akut". Gerade die „erheblichen Aufwendungen", die Vietnam für die Vorbereitung der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea machte, hinderten das vietnamesische Volk am Aufbau des Landes. Aber die Hanoier Clique machte ja diese Aufwendungen, um dem verzweifelten kampucheanischen Volk zu helfen! 1977 allerdings hatte die gleiche Zeitschrift über die Lage in Kampuchea noch das Folgende berichtet: „Dank der getroffenen Maßnahmen (der Regierung des Demokratischen Kampuchea) konnte der Bedarf des Volkes an Nahrungsmitteln schon mit dem Ertrag von 1976 zum größten Teil gedeckt werden." Von Verzweiflung des kampucheanischen Volkes war damals in der sowjetischen Presse noch nicht die Rede. Aber zu diesem Zeitpunkt, September 1977, war die Entscheidung der Hanoier Clique für die erste Aggression gegen das Demokratische Kampuchea bereits gefallen. Kurz darauf ging Le Duan nach Moskau und setzte die dortigen Oberherren in Kenntnis, und ab dato funktionierte die konzertierte Hetze. Die Flüchtlingsbewegung unter den „Hoas" hatte in den Kriegsvorbereitungen Vietnams den direkten Auslöser: Zwangseinbürgerung bedeutete jetzt Zwangsrekrutierung für den Krieg gegen das Demokratische Kampuchea. „Chinesische Agenten" waren wirklich nicht nötig dafür, daß sich die Hoas dem zu entziehen versuchten. Ihre Verpflichtungen für die Wirtschaftsunterstützung Vietnams war die VR China nicht unter der Voraussetzung eingegangen, daß Vietnam diese Hilfe nutzte, um seine Nachbarländer zu unterwerfen und immer offener zu Provokationen gegen die VR China selber überzugehen. Das war und ist Vietnam aber seinen sowjetischen Hinterleuten schuldig.

In der sowjetischen Presse wird von großartigen Siegen Vietnams über die chinesischen Grenztruppen gefaselt. In ihrer Aggressorenlogik glauben sie, kein Mensch würde an den freiwilligen Rückzug der chinesischen Grenztruppen glauben, außer ihnen selber, die ja die Tatsachen kennen, aber zu verheimlichen versuchen. Jetzt beklagen sich Vietnam und die Sowjetunion erneut über angebliche Invasionsvorbereitungen der VR China und über Versuche, sich in die inneren
Angelegenheiten Kampucheas einzumischen, weil die VR China wie fast alle Welt nach wie vor die Regierung des Demokratischen Kampuchea anerkennt und die vietnamesische Marionettenclique in Phnom Penh als das bezeichnet, was sie ist. Mit dem sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftspakt hat die Sowjetunion die vietnamesischen Aggressoren rückversichert und ihre eigene Teilhaberschaft an der Aggression zu legalisieren versucht. Weil das so offenkundig ist, haben die Sowjetunion und Vietnam diplomatisch gegenwärtig nichts als ihre zweiseitigen Beziehungen zu feiern.

## 11 Monate Aggression und Okkupation gegen das Demokratische Kampuchea

*z.ges.* Seit fast 11 Monaten führt Vietnam inzwischen seinen großangelegten Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea. Vietnam ist ein Land mit über 50 Millionen Einwohnern und einer Armee von mehr als 500000 Mann. Hinter der vietnamesischen Aggression steht die sozialimperialistische Sowjetunion mit ihrem wirtschaftlichen und militärischen Potential, die Vietnam auch die Hilfsquellen des RGW erschließt und den Einsatz der kubanischen Soldateska ermöglicht. Kampuchea ist damit zum zweiten Mal in noch nicht einmal 10 Jahren das Opfer einer Aggression, die von vietnamesischem Boden aus, jeweils gestützt und geführt von einer der beiden Supermächte, gegen das kampucheanische Volk vorgetragen wird.

Das Demokratische Kampuchea hatte zu Beginn der Aggression knapp acht Millionen Einwohner. Im Gegensatz zu Vietnam ist das Demokratische Kampuchea ein bündnisfreies Land, das sich beim Aufbau des Landes wie bei der Landesverteidigung auf die eigenen Kräfte stützt. Durch Krieg und Aushungerung haben die Aggressoren über eine Million Kampucheaner umgebracht. Sie scheinen entschlossen zu sein, so weiterzumachen. Hat das kampucheanische Volk überhaupt die Möglichkeit, zu überleben und die Aggressoren zu vertreiben, um erneut mit dem Aufbau des abermals zerstörten Landes zu beginnen?

*Die gegenwärtige Aggression unterscheidet sich von der US-Aggression*

Gemeinsam mit der US-Aggression zwischen 1970 und 1975 hat die vietnamesische Aggression, daß sie mit einer schwerbewaffneten Aggressionsarmee vorgetragen wird, die den Streitkräften des Volkes in technischer, zahlenmäßiger und militärischer Hinsicht weit überlegen ist. Die Aggressionsarmee ist mit Panzern und schwerer Artillerie ausgerüstet und wird von Luftwaffe unterstützt. Die Versorgung wird durch die Sowjetunion gesichert und teilweise direkt durch die sowjetische Luftwaffe übernommen. Bereits mehrmals ist die vietnamesische Aggressionsarmee zum Einsatz von Giftbomben übergegangen. Was die vietnamesische Aggression von der damaligen US-Aggression unterscheidet, ist der Zweck des Krieges, der mit einer bisher unübertroffenen Brutalität verfolgt wird: Der Zweck des Krieges ist nicht einfach die Eroberung und Unterwerfung des Landes, um die dortige Bevölkerung auszubeuten, sondern die Besiedlung des Landes durch die Eroberer. Jede Aggression hat das Ziel, die Streitkräfte des Opfers zu vernichten, und nimmt in Verfolgung dieses Ziels keine Rücksicht auf die unbewaffneten Volksmassen. Die vietnamesische Aggression gegen das Demokratische Kampuchea hat aber direkt die Dezimierung und Vernichtung des kampucheanischen Volkes zum Ziel, um Kampuchea für die vietnamesische Besiedlung freizumachen.

*Folgerungen aus dem Charakter der vietnamesischen Aggression*

Bereits in den ersten Tagen der großangelegten vietnamesischen Aggression mußte die Führung des Demokratischen Kampuchea und der Revolutionären Armee erkennen, daß die weit überlegene Aggressionsarmee nicht frontal aufzuhalten sein würde und nicht rasch zu besiegen ist. Deshalb wurde Phnom Penh geräumt und wurde versucht, Raum zu finden, um die Revolutionäre Armee umzugruppieren, zum Guerillakrieg als erster Phase des langandauernden Volkskrieges überzugehen und die Aggressionstruppen, statt sie frontal anzugreifen, Stück für Stück zu zerschleißen und so schließlich die Bedingungen für die Gegenoffensive zu schaffen und die Aggressoren zum Abzug zu zwingen.

Ohne militärisch in eine ausweglose Lage gebracht zu sein, werden sich die vietnamesischen Aggressionstruppen nicht aus Kampuchea zurückziehen. Der Zweck dieses Krieges ist nicht eine Schwächung des Demokratischen Kampuchea oder einfach die Einsetzung eines Vietnam genehmen Marionettenregimes, sondern die Kolonialisierung Kampucheas durch Vietnam. Dieser Zweck setzt eine wachsende Präsenz vietnamesischer Truppen voraus, solange das kampucheanische Volk sich nicht in die eigene Vernichtung schickt. Das aber wird niemals der Fall sein. Die vietnamesischen Aggressoren haben ihre Invasion des Demokratischen Kampuchea mit 120000 Mann begonnen. Inzwischen stehen 220000 Mann vietnamesische Truppen in Kampuchea, um das Land unter Kontrolle zu bringen und den vorläufig rund 250000 vietnamesischen Siedlern Waffenschutz zu gewährleisten.

Die US-Aggressoren konnten sich auf eine Gruppierung der kampucheanischen herrschenden Klassen, auf einen Teil der Großgrundbesitzer und die Kompradoren stützen. Mit Hilfe dieser Kräfte der herrschenden Klassen konnten die US-Aggressoren bis zum Schluß Streitkräfte aus Khmer aufrechterhalten. Die vietnamesischen Aggressoren, deren Kriegszweck sich gegen die gesamte kampucheanische Nation richtet, können sich auf keinerlei Gruppierungen dieser Nation stützen mit Ausnahme einer winzigen Anzahl direkter Agenten. Schon die Amerikaner hatten mit ihren Versuchen, den Krieg zu khmerisieren, im wesentlichen keinen Erfolg, weil die Lon-Nol-Truppen zu keinem Zeitpunkt zu einer selbständigen Kriegsführung in der Lage waren. Die vietnamesischen Aggressoren haben von den zwangsrekrutierten Khmer mehr Ärger als Nutzen. Je deutlicher der Zweck ihres Krieges wird, um so mehr ziehen sie sich den Haß und Widerstand der gesamten Khmer-Nation zu.

Das Demokratische Kampuchea dagegen kann im Kampf gegen die vietnamesische Aggression, die die vietnamesische Besiedlung des Landes zum Zweck hat und keinerlei Gruppierung der kampucheanischen Nation irgendeinen Nutzen verspricht, die gesamte Nation einschließlich der durch die Revolution entmachteten Feinde des Volkes im Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren und für die Verteidigung der Existenz der Nation gewin-





Möglichkeit, zu überleben und die Aggressoren zu vertreiben, um erneut mit dem Aufbau des abermals zerstörten Landes zu beginnen?

*Die gegenwärtige Aggression unterscheidet sich von der US-Aggression*

Gemeinsam mit der US-Aggression zwischen 1970 und 1975 hat die vietnamesische Aggression, daß sie mit einer schwerbewaffneten Aggressionsarmee vorgetragen wird, die den Streitkräften des Volkes in technischer, zahlenmäßiger und militärischer Hinsicht weit überlegen ist. Die Aggressionsarmee ist mit Panzern und schwerer Artillerie ausgerüstet und wird von Luftwaffe unterstützt. Die Versorgung wird durch die Sowjetunion gesichert und teilweise direkt durch die sowjetische Luftwaffe übernommen. Bereits mehr-

nicht rasch zu besiegen ist. Deshalb wurde Phnom Penh geräumt und wurde versucht, Raum zu finden, um die Revolutionäre Armee umzugruppieren, zum Guerillakrieg als erster Phase des langandauernden Volkskrieges überzugehen und die Aggressionstruppen, statt sie frontal anzugreifen, Stück für Stück zu zerschleißen und so schließlich die Bedingungen für die Gegenoffensive zu schaffen und die Aggressoren zum Abzug zu zwingen.

Ohne militärisch in eine ausweglose Lage gebracht zu sein, werden sich die vietnamesischen Aggressionstruppen nicht aus Kampuchea zurückziehen. Der Zweck dieses Krieges ist nicht eine Schwächung des Demokratischen Kampuchea oder einfach die Einsetzung eines Vietnam genehmen Marionettenregimes, sondern die Koloniali-

pen zu keinem Zeitpunkt zu einer selbständigen Kriegsführung in der Lage waren. Die vietnamesischen Aggressoren haben von den zwangsrekrutierten Khmer mehr Ärger als Nutzen. Je deutlicher der Zweck ihres Krieges wird, um so mehr ziehen sie sich den Haß und Widerstand der gesamten Khmer-Nation zu.

Das Demokratische Kampuchea dagegen kann im Kampf gegen die vietnamesische Aggression, die die vietnamesische Besiedlung des Landes zum Zweck hat und keinerlei Gruppierung der kampucheanischen Nation irgendeinen Nutzen verspricht, die gesamte Nation einschließlich der durch die Revolution entmachteten Feinde des Volkes im Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren und für die Verteidigung der Existenz der Nation gewin-







Guerillakämpfer der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea. – Herstellung von Bambusspitzen, die, in Fallgruben eingesetzt, eine wirksame Waffe des Guerillakrieges sind.

## Resolutionen der Stockholmer Solidaritäts-Konferenz und der UNO-Generalversammlung

### Allgemeine Resolution der Internationalen Stockholmer Solidaritätskonferenz, 17. – 18. November 1979

(Einmütig gebilligt von den über 200 Delegierten aus mehr als 30 Ländern)

Die Internationale Solidaritätskonferenz in Stockholm, in vollständiger Geschlossenheit

*verurteilt entschieden* die brutale Besetzung Kampucheas durch Vietnam,

*fordert* den unverzüglichen, vollständigen und bedingungslosen Abzug aller vietnamesischen und anderer ausländischen Truppen, die sich gegenwärtig auf kampucheanischem Boden befinden, und den sofortigen Abzug aller vietnamesischen Siedler, die seit der Invasion Kampucheas durch Vietnam nach Kampuchea gebracht wurden,

*begrüßt herzlich* die Entscheidung der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 21. September 1979, den Sitz des Demokratischen Kampuchea aufrechtzuerhalten, und die Resolution vom 14. November 1979, die den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea verlangt,

*fordert*, daß dem kampucheanischen Volk die Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung, frei von jeder äußeren Einmischung, Subversion und Zwang ermöglicht wird, in Anerkennung, daß nur in einem wirklich unabhängigen Kampuchea im Anschluß an einen vollständigen Abzug Vietnams das kampucheanische Volk es wirklich in seiner Hand haben wird, demokratisch sein eigenes soziales und politisches System und dessen Einrichtungen zu bestimmen,

*appelliert* an alle, die diese Stellungnahme lesen, sich mit uns zusammenzuschließen, um auf der ganzen Welt all jene, die an Frieden, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit glauben, zu einer einzigen Kraft zusammenzuschließen, die das kampucheanische Volk in seinem gerechten Kampf gegen die vietnamesische Aggression und Invasion unterstützt und nicht einhalten wird, bevor nicht der letzte vietnamesische Soldat aus Kampuchea abgezogen worden ist und die Unabhängigkeit des kampucheanischen Volkes und der kampucheanischen Nation erneut gesichert ist.

### Resolution zur Organisierung humanitärer Hilfe für das kampucheanische Volk

Die Internationale Kampuchea-Konferenz in Stockholm beschließt, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um zu den weltweiten Anstrengungen beizutragen, Nahrung und Medizin an die Kranken und Hungernden in Kampuchea zu geben, die Opfer von Vietnams völkermörderischem Krieg sind.

Im besonderen verpflichten wir uns, Geld, Medizin und Nahrung für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea zu sammeln, das in einem Wettlauf mit der Zeit für die Rettung des Lebens von mehreren Millionen Kampucheanern kämpft, die an Malaria, Ruhr, Unterernährung und Hunger leiden.

Das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea kann sicherstellen, daß diese dringend benötigten Mittel tatsächlich die Betroffenen erreichen.

Wir appellieren an alle, denen es um das menschliche Leben geht, an alle, die die tragische Situation in Kampuchea schmerzt und mit Sorgen erfüllt, an alle, die zur Rettung des kampucheanischen Volkes einen Beitrag leisten wollen, eine massive internationale Kampagne zu diesem Zweck zu unterstützen.

### Resolution zur Fortsetzung der Arbeit der internationalen Kampuchea-Konferenz

Die Konferenz beschließt, daß das jetzige Präsidium der Konferenz ein internationales Sekretariat bilden soll, um die Veröffentlichung und Verbreitung der Dokumente der Konferenz zu koordinieren und um sicherzustellen, daß der Geist dieser gemeinsamen Versammlung während der nächsten Zeitperiode in konkrete Tätigkeiten umgesetzt wird.

### Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen (34/22) vom 14.11.1979: Die Situation in Kampuchea

Die Generalversammlung

*nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis*, daß sich der bewaffnete Konflikt in Kampuchea ausgeweitet hat und ernsthaft Frieden und Sicherheit in Südostasien bedroht,

*bedauert zutiefst* die bewaffnete Intervention ausländischer Streitkräfte in die inneren Angelegenheiten Kampucheas (...)

*ist überzeugt*, daß eine politische Lösung, die die Souveränität und die Unabhängigkeit von Kampuchea sichert, grundlegend ist für die Verwirklichung eines dauerhaften Friedens und von Stabilität in der Region,

*bekräftigt* das Recht aller Völker, ihre Zukunft frei von äußerer Einmischung zu bestimmen,

*betont*, daß alle Staaten sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung oder Anwendung von Gewalt gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder Unabhängigkeit irgendeines anderen Staates enthalten und strikt die Prinzipien der friedlichen Lösung von Meinungsverschiedenheiten und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von anderen Staaten halten sollen.

1. Sie *appelliert mit Nachdruck* an alle Staaten, nationalen und internationalen humanitären Organisationen, dringend und ohne Diskriminierung humanitäre Hilfe an die Zivilbevölkerung von Kampuchea zu geben einschließlich derer, die Zuflucht in Nachbarländern gesucht haben.

2. Sie *ruft alle Staaten auf*, dringende Maßnahmen zu ergreifen, um die vertriebenen Kampucheaner aus diesen Ländern umzusiedeln.

3. Sie *begrüßt* die beständigen An-

nen und zusammenschließen. Die durch die Revolution besiegten herrschenden Klassen haben ein Interesse an der Konterrevolution, aber die Konterrevolution setzt die Existenz Kampucheas und der kampucheanischen Nation voraus. Die revolutionären Volksmassen und die besiegten herrschenden Klassen haben im Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren gewisse gemeinsame Interessen, und das bildet die Grundlage der Politik der Einheitsfront der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Mit dem Angebot von Wahlen unter Einschluß der Konterrevolutionäre schlägt die Regierung des Demokratischen Kampuchea vor, die Widersprüche in dieser Einheitsfront erst nach dem Sieg über die Aggressoren und auf für das kampucheanische Volk am wenigsten kostspielige Weise auszutragen.

*Der bisherige Verlauf des Kriegs*

In der ersten Phase des Krieges hatten die vietnamesischen Aggressoren die Initiative, d.h. sie konnten dem kampucheanischen Volk und seiner revolutionären Armee die Form des Krieges, den Bewegungskrieg in großen Verbänden, aufdrängen, und sie konnten den Zeitpunkt der Schlachten und Gefechte bestimmen, wenn es ihnen auch nicht gelang, die Revolutionäre Armee zu kriegsentscheidenden Kesselschlachten zu stellen. Die Aggressionsarmee war für den Bewegungskrieg in großen Verbänden nicht nur besser gerüstet, sie war in dieser Kriegsführung auch besser geübt. Im Befreiungskampf des kampucheanischen Volkes gegen die USA und ihre Marionetten gab es keine Phase eines solchen Bewegungskrieges in großen Verbänden. Bis 1973 war der Guerillakrieg die Hauptform des Krieges, und nach 1973 waren die Städte umzingelt und bestimmte der Stellungskrieg die Lage. Die letzte Phase der Zerschlagung der Thieutruppen durch die nordvietnamesischen Verbände war dagegen durch die Form des Bewegungskrieges in großen Verbänden bestimmt. Heute hat das Demokratische Kampuchea und die Revolutionäre Armee die Initiative zurückgewonnen. Nicht mehr die Aggressionsarmee kann der Revolutionären Armee den Bewegungskrieg in großen Verbänden aufzwingen, sondern die Revolutionäre Armee kann der Aggressionsarmee die Form des Guerillakrieges aufzwingen. Nicht mehr die Aggressionsarmee kann über Art und Zeitpunkt der Schlacht und des Gefechts bestimmen, sondern die Revolutionäre Armee kann Art und Zeitpunkt des Gefechts der Aggressionsarmee diktieren. Das bedeutet eine Wende der militärischen Lage. Zwar ist die Aggressionsarmee noch immer weit überlegen, sie hat aber schon nicht mehr die Initiative. Gegenwärtig führen die vietnamesischen Aggressoren eine weitere großangelegte Offensive durch, um vor allem die befreiten Gebiete des Demokratischen Kampuchea im Westen zu vernichten. Es ist aber schon nicht mehr sicher, daß die Aggressionstruppen diese Offensive fortsetzen können, weil sie die Vernichtung der Guerilla-

ges in großen Verbänden. Bis 1973 war der Guerillakrieg die Hauptform des Krieges, und nach 1973 waren die Städte umzingelt und bestimmte der Stellungskrieg die Lage. Die letzte Phase der Zerschlagung der Thieutruppen durch die nordvietnamesischen Verbände war dagegen durch die Form des Bewegungskrieges in großen Verbänden bestimmt. Heute hat das Demokratische Kampuchea und die Revolutionäre Armee die Initiative zurückgewonnen. Nicht mehr die Aggressionsarmee kann der Revolutionären Armee den Bewegungskrieg in großen Verbänden aufzwingen, sondern die Revolutionäre Armee kann der Aggressionsarmee die Form des Guerillakrieges aufzwingen. Nicht mehr die Aggressionsarmee kann über Art und Zeitpunkt der Schlacht und des Gefechts bestimmen, sondern die Revolutionäre Armee kann Art und Zeitpunkt des Gefechts der Aggressionsarmee diktieren. Das bedeutet eine Wende der militärischen Lage. Zwar ist die Aggressionsarmee noch immer weit überlegen, sie hat aber schon nicht mehr die Initiative. Gegenwärtig führen die vietnamesischen Aggressoren eine weitere großangelegte Offensive durch, um vor allem die befreiten Gebiete des Demokratischen Kampuchea im Westen zu vernichten. Es ist aber schon nicht mehr sicher, daß die Aggressionstruppen diese Offensive fortsetzen können, weil sie die Vernichtung der Guerilla-

einheiten nicht mehr zu erhoffen und große Verluste durch die Guerillaeinheiten zu befürchten haben. Diese Trockenzeit wird vollends darüber entscheiden, ob die Aggressionsarmee die militärische Initiative noch einmal zurückgewinnen kann, um die Streitkräfte des kampucheanischen Volkes zu vernichten, oder ob die Revolutionäre Armee die Initiative behalten kann, um die Aggressionsarmee durch den langandauernden Volkskrieg zu zerschleißen bis ihr als letzter Ausweg nur der Rückzug bleibt.

*Trotz der ungeheuren Opfer des kampucheanischen Volkes, sind die Faktoren für den schließlichen Sieg günstig*

Statt die Widersprüche in Vietnam abzustumpfen, wirkt sich die Aggression gegen das Demokratische Kampuchea in dem Maße, wie das Ende des Krieges unabsehbar wird, verschärfend auf die innere Lage aus. Der Krieg bringt nichts ein außer wachsender Abhängigkeit von den Sozialimperialisten. Die inneren Widersprüche in Vietnam – über die wirtschaftliche Lage in Vietnam haben wir in einer früheren Ausgabe der KVZ berichtet – wirken sich auf die Aggressionsarmee aus. Die Desertationsrate nimmt zu. Gleichzeitig wächst die internationale Isolierung der Aggressoren. Der direkten Übernahme der Kriegsführung durch die Sozialimperialisten sind so auch international Schranken gezogen. Auf der Seite des kampucheanischen Volkes dagegen verbessern sich die Bedingungen der Einheit der Nation unter Führung des Demokratischen Kampuchea, das von Anfang an die Organisation des Widerstandskrieges aufgenommen hat. Die Bemühungen Sihanouks, mit den vietnamesischen Aggressoren zu Verhandlungen zu kommen, sind gescheitert, weil die vietnamesischen Aggressoren nicht nur eine andere Regierung in Kampuchea, sondern das Land selber wollen. Sihanouk bezeichnet die Regierung des Demokratischen Kampuchea als Feind Nr. 1, während er die vietnamesischen Aggressoren als Feind Nr. 2 einstuft. Aber er scheint sich langsam bewußt zu werden, daß er seinen konterrevolutionären Zielen zuliebe sich auf jeden Fall am Widerstandskrieg wird beteiligen müssen, wenn er nicht jede Basis in der kampucheanischen Nation verlieren will. So sagt Sihanouk, daß er sich mit dem Feind Nr. 1 niemals zusammenschließen wird, gegenwärtig ihn aber auch nicht angreifen will. Dagegen will er den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren jetzt aufnehmen. In Kampuchea selber und in den thailändischen Lagern gibt es schon längere Zeit wenigstens Nichtangriffsabkommen zwischen den reaktionären Exilführern und der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Allerdings ist die Kampfkraft der Einheiten unter den reaktionären Exilführern nicht hoch, und auch die bürgerlichen Berichterstatter können keinen Zweifel nähren über die Tatsache, daß allein das Demokratische Kampuchea den Widerstandskrieg zu führen in der Lage ist. Nach und nach kommt auch heraus, daß das Demokratische Kampuchea seine Basis in den Volksmassen hat und daß auch die Vertriebenen in den Lagern, so gut sie können, den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea unterstützen. Die Berichterstatter wundern sich über die Disziplin der Volksmassen. So werden sie ausgerechnet in dieser schwierigsten

puchea als Feind Nr. 1, während er die vietnamesischen Aggressoren als Feind Nr. 2 einstuft. Aber er scheint sich langsam bewußt zu werden, daß er seinen konterrevolutionären Zielen zuliebe sich auf jeden Fall am Widerstandskrieg wird beteiligen müssen, wenn er nicht jede Basis in der kampucheanischen Nation verlieren will. So sagt Sihanouk, daß er sich mit dem Feind Nr. 1 niemals zusammenschließen wird, gegenwärtig ihn aber auch nicht angreifen will. Dagegen will er den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren jetzt aufnehmen. In Kampuchea selber und in den thailändischen Lagern gibt es schon längere Zeit wenigstens Nichtangriffsabkommen zwischen den reaktionären Exilführern und der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Allerdings ist die Kampfkraft der Einheiten unter den reaktionären Exilführern nicht hoch, und auch die bürgerlichen Berichterstatter können keinen Zweifel nähren über die Tatsache, daß allein das Demokratische Kampuchea den Widerstandskrieg zu führen in der Lage ist. Nach und nach kommt auch heraus, daß das Demokratische Kampuchea seine Basis in den Volksmassen hat und daß auch die Vertriebenen in den Lagern, so gut sie können, den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea unterstützen. Die Berichterstatter wundern sich über die Disziplin der Volksmassen. So werden sie ausgerechnet in dieser schwierigsten

Lage des kampucheanischen Volkes von der Wahrheit eingeholt: daß das Demokratische Kampuchea nicht nur die juristische Verkörperung der Souveränität des kampucheanischen Volkes ist, sondern die Verkörperung des wirklichen Volkswillens, der Unabhängigkeit und Frieden will.

## Botschaft von Präsident Khieu Samphan an die Stockholmer Konferenz

Im Namen des Volkes und der Regierung des Demokratischen Kampuchea und in meinem eigenen Namen möchte ich Euch allen, die Ihr von allen Kontinenten in dieser bedeutenden Versammlung zusammengekommen seid, um Eure Unterstützung für die gerechte Sache des kampucheanischen Volkes auszudrücken, meine freundlichen Grüße und herzlichen Glückwünsche aussprechen.

Die Konferenz in Stockholm bildet einen historischen Markstein in der Solidarität der Länder, die zusammen mit dem kampucheanischen Volk in seinem gegenwärtigen Kampf Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit hochhalten. Die aktive Beteiligung bekannter politischer Persönlichkeiten, Intellektueller und Arbeiter bringt deutlich die breite Solidaritätsbewegung zum Ausdruck, die sich auf den verschiedenen Kontinenten unaufhörlich entwickelt hat. Und es ist kein Zufall, daß die Konferenz in dieser schönen und gastfreundlichen Hauptstadt stattfindet, denn Schweden war immer bereit, seinen Namen mit dem Befreiungskampf der Völker zu verbinden.

Diese Konferenz findet zu einem entscheidenden Zeitpunkt statt. Gegenwärtig überwinden das Volk und die Kämpfer Kampucheas alle Schwierigkeiten und nehmen alle Opfer auf sich, um die harten Schlachten der Trockenzeit zu schlagen und das Überleben der kampucheanischen Nation zu sichern.

Der Aggressions- und Invasionskrieg der Hanoier Armee gegen das Demokratische Kampuchea ist kein kolonialer oder klassischer imperialistischer Eroberungskrieg der Art, wie er aus der Geschichte bekannt ist. Es ist ein völkermörderischer Krieg, der auf die Auslöschung einer ganzen Nation, eines ganzen Volkes abzielt. Die vietnamesische Besatzerarmee hat nicht nur mit militärischen Mitteln die kampucheanische Bevölkerung niedergemetzelt, sie hat darüber hinaus systematisch eine Hungersnot herbeigeführt, um sie als Waffe zur Tötung von hunderttausenden Kampucheanern einzusetzen. Während der 11 Monate der Invasion sind mehr als 500000 Kampucheaner hingemetzelt worden, und weitere 500000 sind an Hunger gestorben. Während dieser Trockenzeit haben die Hanoier Behörden all ihre Streitkräfte mobilisiert, um ihre Politik der verbrannten Erde zu intensivieren und den Widerstand des kampucheanischen Volkes zu brechen.

Das Ziel der Hanoier Behörden ist äußerst klar: Kampuchea von seiner Bevölkerung zu entleeren, an deren Stelle vietnamesische Siedlungen zu errichten, Kampuchea zu annektieren und es zu einem integralen Bestandteil von „Groß-Vietnam“ unter der Bezeichnung „Indochinesische Föderation“ zu verwandeln, um die Expansion in Südostasien fortzusetzen.

Die Ambitionen der Hanoier Behörden, die am arrogantesten und am brutalsten in der Einverleibung von Laos und dem Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea zum Ausdruck kommen, treffen sich mit den Absichten der expansionistischen Großmacht, die Welt zu beherrschen und zu kontrollieren. Sie sind deshalb eine große Gefahr für Frieden, Stabilität und Sicherheit in dieser Region und in der Welt und bedrohen direkt die legitimen Interessen einer sehr großen Zahl von Ländern.

Das Volk und die Kämpfer der kampucheanischen Armee sind sich der internationalen Tragweite ihres Kampfes bewußt. Ihre Opfer dienen vor allem dazu, das Überleben von Kampuchea als einer Nation zu sichern, die ihre eigene Identiät hat, als einem unabhängigen Land, das in der Lage ist, sich frei und in Eintracht mit der Gemeinschaft der Nationen zu entwickeln. Aber diese Opfer tragen auch zur Verteidigung des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit in der südostasiatischen Region und in der Welt bei.

Durch ihre eigenen Anstrengungen und mit der Unterstützung durch Euch und durch alle Völker und Länder auf der ganzen Welt, die Frieden und Gerechtigkeit lieben, kämpfen das Volk und die Kämpfer Kampucheas entschlossen während der jetzigen Trockenzeit, um ihre Kräfte zu erhalten und die Bedingungen für den Volkskrieg des nationalen Widerstandes weiter zu verbessern und schließlich die vietnamesischen Aggressoren aus Kampuchea zu vertreiben und ihr Vaterland zu befreien.

Ich bin fest davon überzeugt, daß diese bedeutende Versammlung und alle Komitees der Solidarität mit Kampuchea noch entschlossener den Invasionskrieg Vietnams in Kampuchea bekämpfen werden, noch entschiedener den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea fordern und ihre aktive Unterstützung des gerechten Kampfes des Volkes von Kampuchea noch verstärken werden. Durch diese bedeutsamen Anstrengungen tragt Ihr dazu bei, daß das Volk von Kampuchea überlebt, daß Kampuchea als blockfreies Land immer bestehen bleibt, wie auch zum Frieden, zur Stabilität und zur Sicherheit in Südostasien und in der Welt.

Ich wünsche deshalb der Konferenz in Stockholm einen vollständigen Erfolg und möchte erneut dem Organisationskomitee der Konferenz, der Schwedisch-Kampucheanischen Freundschaftsgesellschaft, Euch allen, liebe Freunde, dem Volk und der Regierung von Schweden und allen Freunden Kampucheas auf der ganzen Welt, den herzlichen und tiefen Dank des Volkes und der Regierung des Demokratischen Kampuchea und meinen eigenen Dank aussprechen. Bitte nehmt, liebe Freunde, erneut meine herzlichen Grüße entgegen.

Demokratisches Kampuchea
12. November 1979
Khieu Samphan
Präsident des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea




Delegation der Regierung des Demokratischen Kampuchea, v.r.n.l.: So Se (Außenministerium), Ok Sakun (Botschafter in Genf), Ieng Thirith (Ministerin für Soziales und Präsidentin des Roten Kreuzes des Demokratischen Kampuchea), Ngo Pin (Berater im Außenministerium), Men Mol.

zu sichern.

Der Aggressions- und Invasionskrieg der Hanoier Armee gegen das Demokratische Kampuchea ist kein kolonialer oder klassischer imperialistischer Eroberungskrieg der Art, wie er aus der Geschichte bekannt ist. Es ist ein völkermörderischer Krieg, der auf die Auslöschung einer ganzen Nation, eines ganzen Volkes abzielt. Die vietnamesische Besatzerarmee hat nicht nur mit militärischen Mitteln die kampucheanische Bevölkerung niedergemetzelt, sie hat darüber hinaus systematisch eine Hungersnot herbeigeführt, um sie als Waffe zur Tötung von hunderttausenden Kampucheanern einzusetzen. Während der 11 Monate der Invasion sind mehr als 500000 Kampucheaner hingemetzelt worden, und weitere 500000 sind an Hunger gestorben. Während dieser Trockenzeit haben die Hanoier Behörden all ihre Streitkräfte mobilisiert, um ihre Politik der verbrannten Erde zu intensivieren und den Widerstand des kampucheanischen Volkes zu brechen.

Das Ziel der Hanoier Behörden ist äußerst klar: Kampuchea von seiner Bevölkerung zu entleeren, an deren Stelle vietnamesische Siedlungen zu errichten, Kampuchea zu annektieren und es zu einem integralen Bestandteil

und die Kämpfer Kampucheas entschlossen während der jetzigen Trockenzeit, um ihre Kräfte zu erhalten und die Bedingungen für den

12. November 1979
Khieu Samphan
Präsident des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea



Delegation der Regierung des Demokratischen Kampuchea, v.r.n.l.: So Se (Außenministerium), Ok Sakun (Botschafter in Genf), Ieng Thirith (Ministerin für Soziales und Präsidentin des Roten Kreuzes des Demokratischen Kampuchea), Ngo Pin (Berater im Außenministerium), Men Mol.

## Aus der Rede der Genossin Ieng Thirith in Stockholm

Angesichts der Eskalation des vietnamesischen Aggressionskrieges in Kampuchea, der verbrecherischen Strategie der Hanoier Behörden, eine Hungersnot in Kampuchea herbeizuführen, und der Manöver einer 3. Alternative ruft die Regierung des Demokratischen Kampuchea alle Länder und Regierungen, alle politischen und Massenorganisationen und alle Persönlichkeiten auf der ganzen Welt, die Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit lieben, auf, ihre Anstrengungen zusammenzufassen, um

1. angemessenen ökonomischen und diplomatischen Druck auf Vietnam auszuüben, um Vietnam zu zwingen, sofort, vollständig und bedingungslos seine Aggressionstruppen und seine Siedlungen aus Kampuchea abzuziehen,

2. das kampucheanische Volk sein souveränes Recht ausüben zu lassen, sein eigenes Schicksal selbst und ohne äußere Einmischung zu bestimmen. Das innere Problem Kampucheas wird dann in Übereinstimmung mit dem Politischen Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Eintracht von Kampuchea gelöst werden, was bedeutet, daß das soziale und politische System Kampucheas durch das kampucheanische Volk selbst bestimmt wird, durch allgemeine und freie Wahlen, durch direkte und geheime Abstimmung, durch Wahlen unter Aufsicht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen;

3. humanitäre Hilfe direkt an die Regierung des Demokratischen Kampuchea zu schicken und nicht an die vietnamesischen Aggressoren über ihre Marionetten in Phnom Penh.



Ieng Thirith

Das kampucheanische Volk und die Regierung des Demokratischen Kampuchea sind zusammen mit der überwältigenden Mehrheit der Völker und der Länder auf der ganzen Welt der Meinung, daß der Abzug der vietnamesischen Aggressionstruppen unter der wirksamen und direkten Überwachung und Kontrolle von Verbänden der Vereinten Nationen unverzüglich Frieden und Sicherheit in Kampuchea und in Südostasien wiederherstellen wird und gleichzeitig die gewaltigen Zerstörungen und die um sich greifende Hungersnot in Kampuchea, die beispiellos in der Geschichte und Folge des vietnamesischen Aggressionskrieges sind, beenden werden. Dies ist die wirkliche und einzige Lösung des Problems des Krieges in Kampuchea.

Liebe Freunde,

was uns angeht, wie groß die Opfer auch immer sein werden, unser Volk ist entschlossen, zusammen mit unserer Armee und unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea seinen Kampf fortzusetzen, um alle vietnamesischen Aggressoren aus unserem Land zu vertreiben. Wir sind davon überzeugt, daß mit der aktiven Hilfe und Unterstützung aller Länder, Völker und Persönlichkeiten, die Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit lieben, der schließliche Sieg uns gehören wird!

Wir sind ebenso davon überzeugt, daß im Anschluß an diese historische Versammlung in Schweden wie auch anderswo in der Welt Unterstützungskomitees und andere Solidaritätsbewegungen einen neuen Aufschwung erleben und an Zahl ständig zunehmen werden und durch ihre Unterstützung des kampucheanischen Volkes, das Opfer der vietnamesischen Aggression ist, die endgültige Niederlage der durch die Sowjetunion unterstützten vietnamesischen Aggressoren beschleunigen werden.

strengungen des Generalsekretärs, Hilfsprogramme zu koordinieren und sicherzustellen, daß sie an diejenigen verteilt werden, für die sie bestimmt sind.

4. Sie *fordert mit Nachdruck* alle Parteien des Konflikts auf, durch Zusammenarbeit in jeder möglichen Weise den Erfolg der Hilfsprogramme zu ermöglichen.

5. Sie *ruft alle Parteien des Konflikts auf,* vollständig die grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte zu beachten.

6. Sie *ruft alle Parteien des Konflikts auf,* unverzüglich die Feindseligkeiten einzustellen.

7. Sie *fordert* den unverzüglichen Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea und ruft alle Staaten auf, sich aller Aggressionsakte oder -drohungen und jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten Südostasiens zu enthalten.

8. Sie *fordert dringend* alle Parteien des Konflikts auf, ihre Meinungsverschiedenheiten durch friedliche Mittel in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zu lösen.

9. Sie *appelliert* an alle Staaten, sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas zu enthalten, um es dem Volk zu ermöglichen, seine Zukunft und sein Geschick frei von äußerer Einmischung, Subversion oder Zwang zu entscheiden, und peinlichst die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit Kampucheas zu respektieren.


10. Sie *beschließt,* daß dem Volk von Kampuchea ermöglicht werden soll, demokratisch seine eigene Regierung zu wählen, ohne äußere Einmischung, Subversion oder äußeren Zwang.

11. Sie *bittet* den Generalsekretär, die Situation genau zu verfolgen und seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen, um zu einer friedlichen Lösung des Problems beizutragen.

12. Sie *bittet* den Generalsekretär ferner, die Möglichkeit der Durchführung einer internationalen Konferenz über Kampuchea zu erkunden als eines der Mittel für die Durchführung dieser Resolution.

13. Sie *bittet* den Generalsekretär ferner, den Mitgliedstaaten zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt einen Bericht über die Situation vorzulegen.

14. Sie *beschließt,* den Tagesordnungspunkt „Situation in Kampuchea“ in die vorläufige Tagesordnung der 35. Sitzung aufzunehmen.




# SPD Aufseher im Arbeitszuchthaus

*z.maf.* Die Politik, die die SPD anwenden muß, um an der Regierung zu bleiben, scheint schwierig, ja unlösbar wie die Quadratur des Kreises. Die gegenwärtige, von der SPD geführte Regierung muß die Interessen der Finanzbourgeoisie verfechten, und zwar sowohl die internationalen wie auch im Inneren des Landes. Tut sie hier Muckser, so wird ihr der Geldhahn abgedreht. Die Durchsetzung des Haushaltssicherungsgesetzes 1975 hat gezeigt, wie das gemacht wird. Zugleich aber, und insbesondere, wird dies sichtbar, wenn Wahlen nahen, muß die regierende Sozialdemokratie es verstehen, die politischen Strömungen, die sich in den Volksmassen, insbesondere aber in der Arbeiterklasse gegen das Regiment des Finanzkapitals unvermeidlich bilden, auf sich zu ziehen. Auf der wirtschaftlichen Seite des Kampfes stellt sich das Problem, sowohl den Arbeitslohn zu senken, wie dabei den Eindruck einer Erhöhung zu erwecken. Auf der politischen Seite des Kampfes stellt sich das Problem, sowohl die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat zu steigern, wie den Eindruck von erheblich geschützten Rechten „der Bürger" zu erwecken. Das Problem scheint unlösbar. Aber die SPD ist an der Regierung und hat auch bereits Wahlen überstanden, und folglich ist dies Problem nicht unlösbar, wenigstens im taktischen Sinne für einen gewissen Zeitraum nicht.

Der Geldbedarf, den der Arbeiter oder der Angestellte in der BRD und Westberlin hat, ist nicht zu allen Zeiten seines Lebenslaufes etwa egal. Es gibt da große Verschiedenheiten. Der zu Hause wohnende Lehrling oder Jungarbeiter hat einen anderen Geldbedarf als der allein lebende Ledige. Bei Verheiratung wechselt der Geldbedarf wiederum, mehr noch wenn Kinder kommen, mehr noch wenn die Umstände die Mitarbeit der Frau nicht gestatten. Je nach der Zeitdauer, die die Kinder in der Ausbildung verbringen, tritt ein verschiedener Geldbedarf auf. Ein abermals verschiedener, je nachdem die Kinder nach Abschluß der Ausbildung im elterlichen Haushalt verbleiben oder nicht. Es sind wirklich sehr verschiedene monatlich oder jährlich auftretende Kosten da.

Nehmen wir an, der Geldbetrag, den der Arbeiter auf die Hand gezahlt erhält, würde – aufs ganze Leben hin gesehen – im Mittel ausreichen, um diese Kosten insgesamt zu decken. Dies würde darauf hinauslaufen, daß sowohl in dem Zeitraum, der vor der Bildung einer Familie liegt, der Lohn die unmittelbar notwendigen Reproduktionskosten erheblich überschreiten müßte, wie auch der Lohn zu jenem Zeitpunkt, zu dem die Kinder dazuverdienen oder selber verdienen, zu hoch stünde. Und selbst wenn das Lohneinkommen, aufs ganze Leben hin gerechnet, diese notwendigen Kosten nicht decken würde, so würde bei einem erheblichen Teil der Arbeiterbevölkerung des Landes Geldüberschuß zu finden sein, während das im Generationenlauf unvermeidliche Ansteigen der notwendigen Ausgaben alle Erscheinungen nackten Elends bei einem anderen Teil der Arbeiterbevölkerung hervortreiben müßte.

Dies Problem liefert den Boden für die sozialdemokratische Politik. Sie besteht darin, den Nettolohn, also jenen Lohnteil, den der Arbeiter oder Angestellte tatsächlich auf die Hand hin gezahlt erhält, so weit zu senken, daß daraus nichts mehr möglich ist als die unter optimal günstigen und von keinerlei Zwischenfällen gestörte Reproduktion, d.h. hier die Ernährung und Erhaltung der Lebenskraft von Tag zu Tag, des einzelnen Arbeiters oder Angestellten. Die besonderen Geldbedürfnisse, die aus der Erziehung der nachfolgenden Generation erwachsen, werden durch ein System von „Hilfen" erledigt. Die Finanzierung dieser Hilfen geschieht aus den Lohnabzügen. Nach diesem Konzept versammelt also der Staat einen möglichst großen Teil des Arbeitslohnes, den die Kapitalisten auszuzahlen gezwungen werden, unter sein Regiment und teilt nach dem „Bedarfsfall" zu. Es ergibt sich eine unerhörte Ökonomisierung des Lohnaufwandes für die Kapitalistenklasse. Für die Arbeiterklasse ergibt sich der Schein einer gewissen Sicherung der Existenz, denn selbst wenn der Bruttolohn vorher höher stand, konnten nicht alle Bedarfsfälle, die jetzt „durch staatlichen Zuschuß" gedeckt werden, gedeckt werden.

Der politische Vorteil ist auch enorm. Im komplizierten Geflecht der Lohnabzüge streifen die Geldmittel, die ja allesamt aus der Differenz zwischen dem Bruttolohn und dem Netto-

### Statistische Angaben zum Netz der sozialen Sicherheit

| | 1969 | 1978 | 1978 : 1969 |
|---|---|---|---|
| Wohnbevölkerung (Tsd.) | 60067 | 61327 | 1,021 |
| Geburten je 1000 Einwohner | 14,8 | 9,4 | 0,635 |
| Haushalte mit Kindern unter 18 J. (Tsd.) | 8257 | 8524 | 1,032 |
| davon: mit 1 Kind (Tsd.) | 3708 | 4086 | 1,102 |
| durchschnittliche Kinderzahl | 2,0 | 1,8 | — |
| Erwerbstätige (einschl. Soldaten/in Tsd.) | 26356 | 25209 | 0,956 |
| Lohnabhängig Beschäftigte (Tsd.) | 21752 | 21584 | 0,975 |
| Frauen | 7370 | 7797 | 1,058 |
| Anteil (in %) | 33,9 | 36,1 | — |
| Beamte und Soldaten | 1863 | 2245 | 1,205 |
| Angestellte | 7486 | 8637 | 1,154 |
| Arbeiter | 12403 | 10702 | 0,863 |
| Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe | 7121 | 6107 | 0,858 |
| im Bergbau, Bau, Verkehr | 2661 | 2092 | 0,786 |
| Registrierte Arbeitslose (Durchschnitt in Tsd.) | 179 | 993 | 5,547 |
| davon erhielten Arbeitslosengeld | 105 | 516 | 4,914 |
| und Arbeitslosenhilfe | 17 | 157 | 9,235 |
| nichts erhielten | 57 | 320 | 5,614 |







Die westdeutschen Sozialdemokraten sind in fast allen Ländern, die um ihre Unabhängigkeit zu kämpfen haben, unbeliebt, ja verhaßt. Dies, obwohl die BRD für die meisten von ihnen ein fünftrangiger Feind ist, dem sie bloß dann und wann in der internationalen Arena begegnen. Allzu frech wirkt hier die Methode, den Klassenkampf als Quell jeder Sorte Unglück hinzustellen. Welcher Ire wird einzusehen vermögen, daß das vielhundertjährige „Leid und Elend" seiner Nation durch „Terror", also durch Gegenwehr entstanden sei? Welcher Araber wird die Ansicht teilen, daß im Nahen Osten „das Lebensrecht aller Staaten garantiert werden müßte", damit „der Frieden eine echte Chance hätte". Welches unterdrückte Volk kann sich mit einer Ideologie anfreunden, die sich nicht scheut, die USA als „Träger einer besonders schweren Bürde weltweiter Verantwortung" zu bedauern, wie Schmidt gegenüber Ford nach der US-Niederlage in Kampuchea tat?

lohn stammen (oder auch aus der Mehrwertsteuer, also der Differenz zwischen dem tatsächlichen Warenpreis und diesem plus der Steuer), ihre Herkunft ab. Es erscheint als „Zuschuß vom Staat", als humane Spende sozusagen, was in Wahrheit bloß vom Arbeitslohn abgezogene Mittel sind. Und dies umso mehr, als die Personen der Arbeiterbevölkerung, die solche „Zuschüsse" erhalten, durchaus nicht dieselben sind, die zum gleichen Zeitpunkt zahlen. Die Abhängigkeit aller dieser Reproduktion vom Arbeitslohn und damit vom wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterbewegung verschwindet von der Bildfläche. Es erscheint die Abhängigkeit aller dieser Reproduktionen von der Humanität des Staates. Das ist ein schöner politischer Vorteil, ein Nebel von Verhüllung der Notwendigkeit des Klassenkampfes entsteht, die Forderungen der Arbeiterklasse werden aufgenommen und zurückgespiegelt als Fata Morgana der Fortschrittlichkeit der Bourgeoisie. Zudem hat dieser ideologische Nebel auch noch einen harten Polizeikern. Da diese Zuweisungen von Mitteln stets bloß auf den Nachweis eines Bedarfs erfolgen (und zumeist auch die Würdigkeit, solche Zuweisungen zu erhalten, nachgewiesen werden muß), entsteht ganz von selbst, unauffällig, unvermeidlich, eine immer größere Kontrollmannschaft von Polizei und Sozialbeamten.

Das Wesen dieser Politik der Sozialdemokratie besteht darin, womöglich die meisten extremen Erscheinungen der Klassengegensätze in der Sphäre der Reproduktion abzustumpfen. Da aber diese Extreme insbesondere dann, wenn die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung noch nicht sehr weit fortgeschritten ist, die moralische

Und dies umso mehr, als die Personen der Arbeiterbevölkerung, die solche „Zuschüsse" erhalten, durchaus nicht dieselben sind, die zum gleichen Zeitpunkt zahlen. Die Abhängigkeit aller dieser Reproduktion vom Arbeitslohn und damit vom wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterbewegung verschwindet von der Bildfläche. Es erscheint die Abhängigkeit aller dieser Reproduktionen von der Humanität des Staates. Das ist ein schöner politischer Vorteil, ein Nebel von Verhüllung der Notwendigkeit des Klassenkampfes entsteht, die Forderungen der Arbeiterklasse werden aufgenommen und zurückgespiegelt als Fata Morgana der Fortschrittlichkeit der Bourgeoisie. Zudem hat dieser ideologische Nebel auch noch einen harten Polizeikern. Da diese Zuweisungen von Mitteln stets bloß auf den Nachweis eines Bedarfs erfolgen (und zumeist auch die Würdigkeit, solche Zuweisungen zu erhalten, nachgewiesen werden muß), entsteht ganz von selbst, unauffällig, unvermeidlich, eine immer größere Kontrollmannschaft von Polizei und Sozialbeamten.

Das Wesen dieser Politik der Sozialdemokratie besteht darin, womöglich die meisten extremen Erscheinungen der Klassengegensätze in der Sphäre der Reproduktion abzustumpfen. Da aber diese Extreme insbesondere dann, wenn die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung noch nicht sehr weit fortgeschritten ist, die moralische
Kraft, die im Lohnkampf wirkt, bestimmen, wird der Lohnstandard im Gefolge dieser Entwicklung absacken. Sinkt aber der Bruttolohn in bezug auf die notwendigen Bedürfnisse der Reproduktion, so sinkt auch die Summe der Lohnabzüge. Die krassen Erscheinungen des gesellschaftlichen Elends werden sichtbar. Sie können nun gegen den Nettolohn gewendet werden. Die Lohnabzüge, seien es nun Versicherungsabzüge oder Steuern, können gehoben werden unter Hinweis auf dies Elend. Auf diesem Punkte der Spirale ist die SPD-Politik inzwischen angekommen. Und da stellt sich das Problem plötzlich eigentümlich anders.

Ist nämlich der Zusammenhang zwischen den vielerlei Mitteln, die in die Reproduktion der Arbeiterbevölkerung einfließen, und dem Lohnkampf im Bewußtsein hinreichend getrennt und die Propaganda gegen den Nettolohn eröffnet, kann die konservative, demagogische Richtung auf dem gleichen Klavier weiterspielen. Sie kann versuchen, sich zum Schutzherren aller aufzuwerfen, deren Reproduktion hauptsächlich aus den Lohnabzügen gespeist wird. Sie kann versuchen, sie in eine feindselige Haltung gegenüber den Lohnansprüchen der Arbeiter und Angestellten zu manövrieren. Sie kann gleichzeitig infolge der enormen Höhe, die die Lohnabzüge erreicht haben, sich gegen diese aussprechen. Sie kann an die höheren Entlohnungsklassen, denen die dauernde Inspektion durch den bürgerlichen Staat zum Halse heraushängt, appellieren und ihnen eine Verbesserung im Nettolohn versprechen, die sie von diesen unentwegten Eingriffen unabhängig macht. Kurzum, sie kann versuchen, die SPD an der Regierung mattzusetzen, indem sie sich auf deren Spiel einläßt und es weiterführt.

Unvermeidlich führt diese Situation zu einer politischen Emanzipation der Arbeiterbewegung von der SPD. Unvermeidlich entwickelt sich diese Strömung in den Gewerkschaften, und so wie die Dinge liegen, bleibt sie in hunderterlei Weise mit dem Ganzen der reformistischen Ideologie verklebt. Es sind drei Punkte, über die die Loslösung der Arbeiterbewegung aus dem Geflechte der sozialdemokratischen Politik vorangeht. Da die Umverteilung von Lohnteilen nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, wird die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherungen akut. Da im Zusammenhang des Kampfes immer breiter aufkommt, daß die Verwaltung der Lohnabzüge durch den bürgerlichen Staatsapparat ziemlich viel in dessen

in eine feindselige Haltung gegenüber den Lohnansprüchen der Arbeiter und Angestellten zu manövrieren. Sie kann gleichzeitig infolge der enormen Höhe, die die Lohnabzüge erreicht haben, sich gegen diese aussprechen. Sie kann an die höheren Entlohnungsklassen, denen die dauernde Inspektion durch den bürgerlichen Staat zum Halse heraushängt, appellieren und ihnen eine Verbesserung im Nettolohn versprechen, die sie von diesen unentwegten Eingriffen unabhängig macht. Kurzum, sie kann versuchen, die SPD an der Regierung mattzusetzen, indem sie sich auf deren Spiel einläßt und es weiterführt.

Unvermeidlich führt diese Situation zu einer politischen Emanzipation der Arbeiterbewegung von der SPD. Unvermeidlich entwickelt sich diese Strömung in den Gewerkschaften, und so wie die Dinge liegen, bleibt sie in hunderterlei Weise mit dem Ganzen der reformistischen Ideologie verklebt. Es sind drei Punkte, über die die Loslösung der Arbeiterbewegung aus dem Geflechte der sozialdemokratischen Politik vorangeht. Da die Umverteilung von Lohnteilen nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, wird die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherungen akut. Da im Zusammenhang des Kampfes immer breiter aufkommt, daß die Verwaltung der Lohnabzüge durch den bürgerlichen Staatsapparat ziemlich viel in dessen
Händen kleben läßt, gewinnt die Forderung nach Senkung der Steuer an Kraft. Da endlich klar wird, daß alle Umverteilung von Lohnabzügen von der Summe abhängt, die überhaupt den Kapitalisten im Lohnkampf abgezwungen werden kann, gewinnt dieser an Schwung und moralischer Kraft. Hand in Hand mit dieser Entwicklung, die sich aus dem besseren Verständnis der Verhältnisse in der Reproduktion ergibt, wächst das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse und die Forderungen, die sich gegen die brutale Vernutzung der Arbeitskraft in der Fabrik richten, gewinnen Stoßkraft.

Bei genauem Hinsehen kann man bereits heute diese günstige Entwicklung feststellen und beweisen. Sie ist aber teuer bezahlt.

| | 1969 | 1978 | 1978 : 1969 |
|---|---|---|---|
| Renten (Arbeiter, Angestellte, Knappsch.) | 9927 | 12597 | 1,269 |
| Altersruhegeld mit 65 (Tsd.) | 3780 | 4114 | 1,088 |
| vorzeitiges Altersruhegeld | 633 | 2020 | 3,191 |
| Erwerbsunfähigkeitsrente | 1053 | 1612 | 1,531 |
| Berufsunfähigkeitsrente | 444 | 234 | 0,527 |
| Witwenrente | 3394 | 3936 | 1,160 |
| Waisenrente | 471 | 546 | 1,159 |
| Renten der Unfallversicherung | 1012 | 1010 | 0,998 |
| Pensionen öffentlicher Dienst | 912 | 1167 | 1,280 |
| Krankenvers.: Arbeitsunfähigkeitsfälle (Tsd.)* | 16025 | 21262 | 1,327 |
| je 100 Mitglieder | 70,1 | 90,4 | 1,290 |
| Sozialhilfe-Empfänger (Tsd./1977) | 1479 | 2164 | 1,463 |
| Geldleistungen (Mio. DM) | 950 | 4572 | 4,813 |
| Wohngeld-Empfänger (Tsd.) | 900 | 1467 | 1,630 |
| Geldleistungen (Mio. DM) | 577 | 1952 | 3,383 |
| Kindergeld-Empfänger (Tsd.) | 2086 | 7150 | 3,428 |
| Geldleistungen (o. Steuerersp., Mio. DM) | 2675 | 13712 | 5,126 |
| Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen | 2000 | 51000 | 25,500 |
| Lohn- und Verbrauchsteuer (Mrd. DM) | 115 | 256 | 2,226 |
| Versicherungsbeiträge aus Lohn (Mrd. DM) | 75 | 207 | 2,760 |

* 1965 und 1977

*z.frb.* **Mit den Schaubildern** auf diesen Seiten setzen wir die Untersuchungen zur Politik der bürgerlichen Parteien und ihrem Angriffsfeld, der Verteilung der Lohnsumme auf die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebenden Bevölkerung, fort.

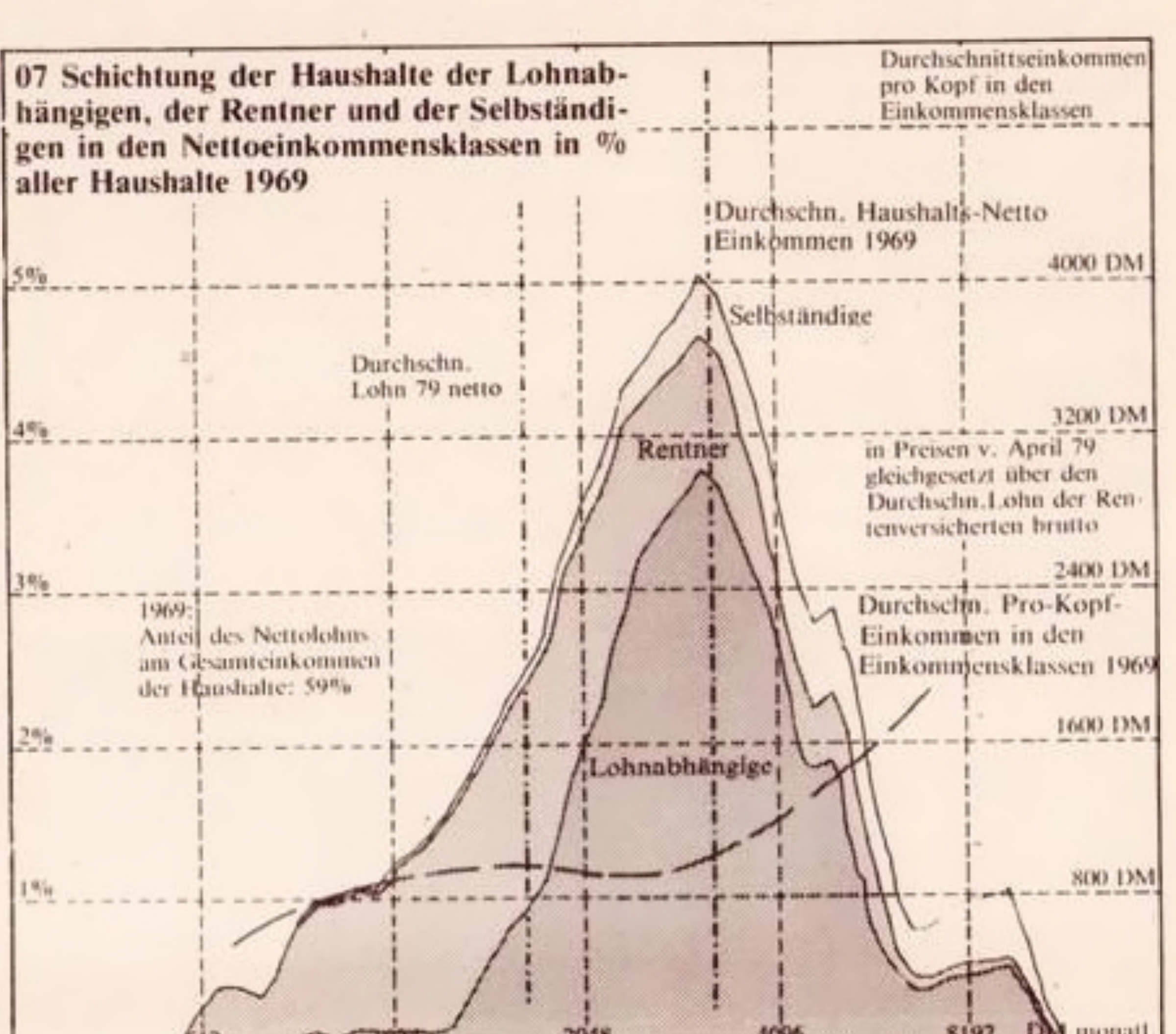
Zehn Jahre führt die SPD die Regierung, Brandt, Schmidt, Bahr, Ehrenberg, Matthöfer etc. pp. haben es kürzlich in Godesberg in der Redoute begossen. Gemessen am Bruttoeinkommen aller Haushalte ist in diesen zehn Jahren – wir vergleichen 1969 und 1978 – die Abzugslast aus Steuern und Sozialabgaben von 19% auf 38,4% gestiegen. Die Auszahlungen, die der Staatsapparat vermittelt und kontrolliert, machen mittlerweile ein Viertel des Einkommens aus, das schließlich zur Finanzierung der notwendigen Konsumtionsmittel zur Verfügung steht. 1969 war es noch ein Fünftel gewesen. Die Wege dieser gigantischen Umverteilung und Hinwegverteilung der Lohnsumme, wie sie den Kapitalisten abgetrotzt wurde, entnimmt man dem Schaubild links oben.

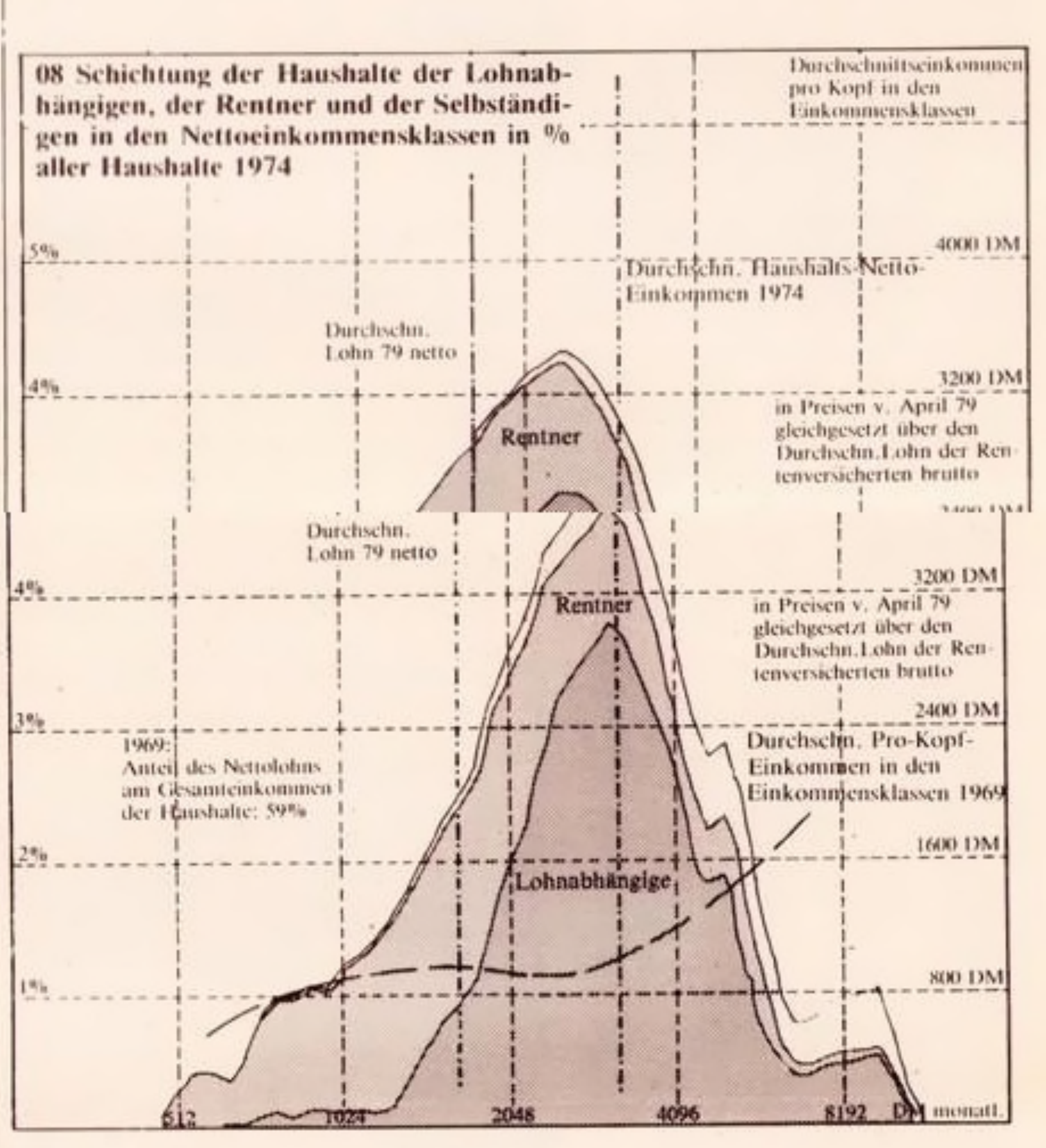
Die Kapitalisten müssen für den Ankauf der Arbeitskraft neben dem Bruttolohn eine Reihe von Versicherungsbeiträgen zahlen, der staatliche Dienstherr muß für den sozialdemokratisch aufgeblähten Beamtenkörper Pension zahlen. Diese Beiträge sind im statistischen „Bruttoeinkommen" enthalten. Das Bruttoeinkommen wird zum Bruttolohn, der Bruttolohn wird zum Nettolohn, der Nettolohn wird ergänzt durch Zahlungen aus der Versicherung und durch Zahlungen aus dem öffentlichen Haushalt, die nunmehr zur Ausgabe zur Verfügung stehende Summe trifft aber erst noch auf die Verbrauchsteuern, Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Biersteuer,

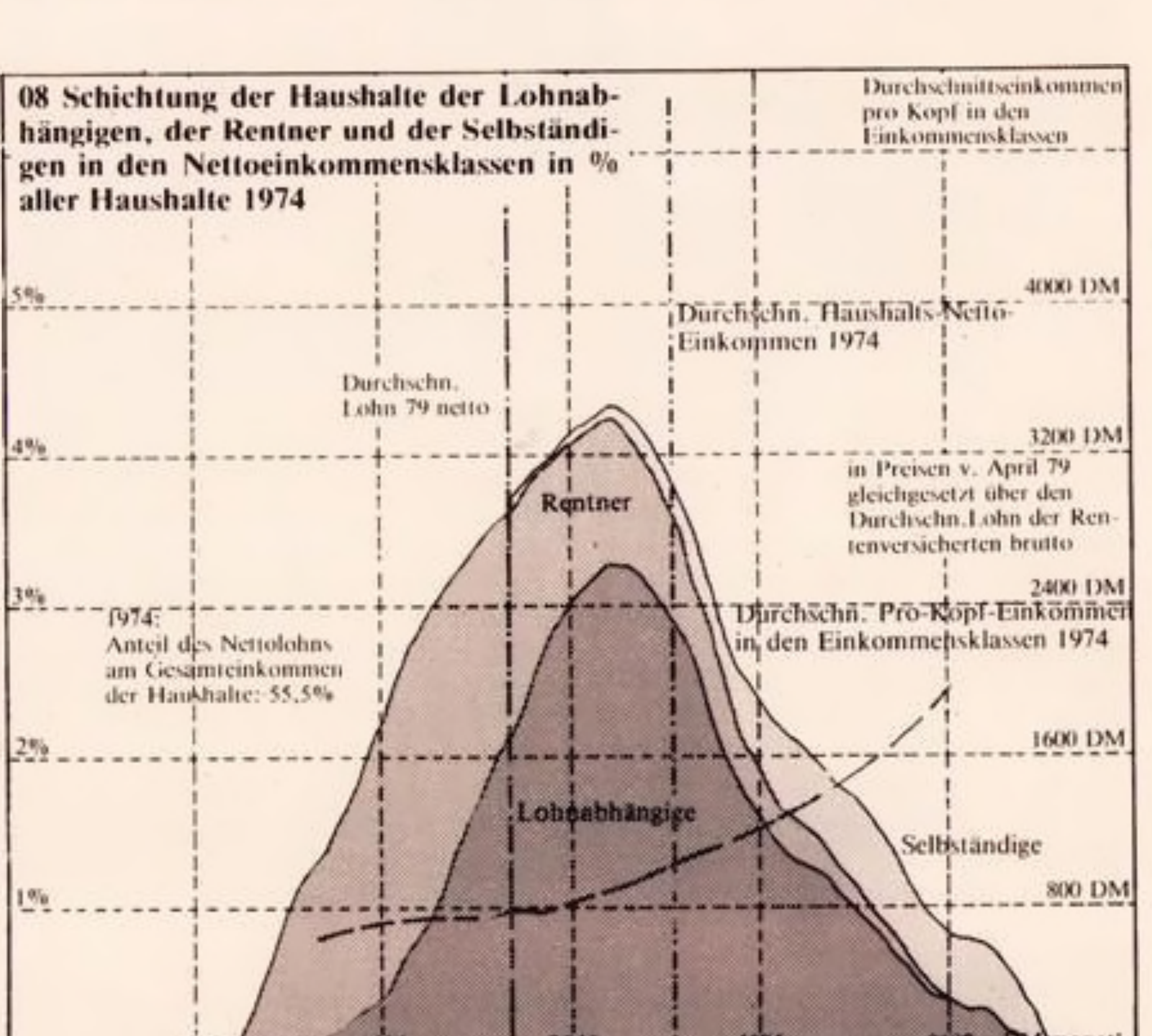
rung, Brandt, Schmidt, Bahr, Ehrenberg, Matthöfer etc. pp. haben es kürzlich in Godesberg in der Redoute begossen. Gemessen am Bruttoeinkommen aller Haushalte ist in diesen zehn Jahren – wir vergleichen 1969 und 1978 – die Abzugslast aus Steuern und Sozialabgaben von 19% auf 38,4% gestiegen. Die Auszahlungen, die der Staatsapparat vermittelt und kontrolliert, machen mittlerweile ein Viertel des Einkommens aus, das schließlich zur Finanzierung der notwendigen Konsumtionsmittel zur Verfügung steht. 1969 war es noch ein Fünftel gewesen. Die Wege dieser gigantischen Umverteilung und Hinwegverteilung der Lohnsumme, wie sie den Kapitalisten abgetrotzt wurde, entnimmt man dem Schaubild links oben.

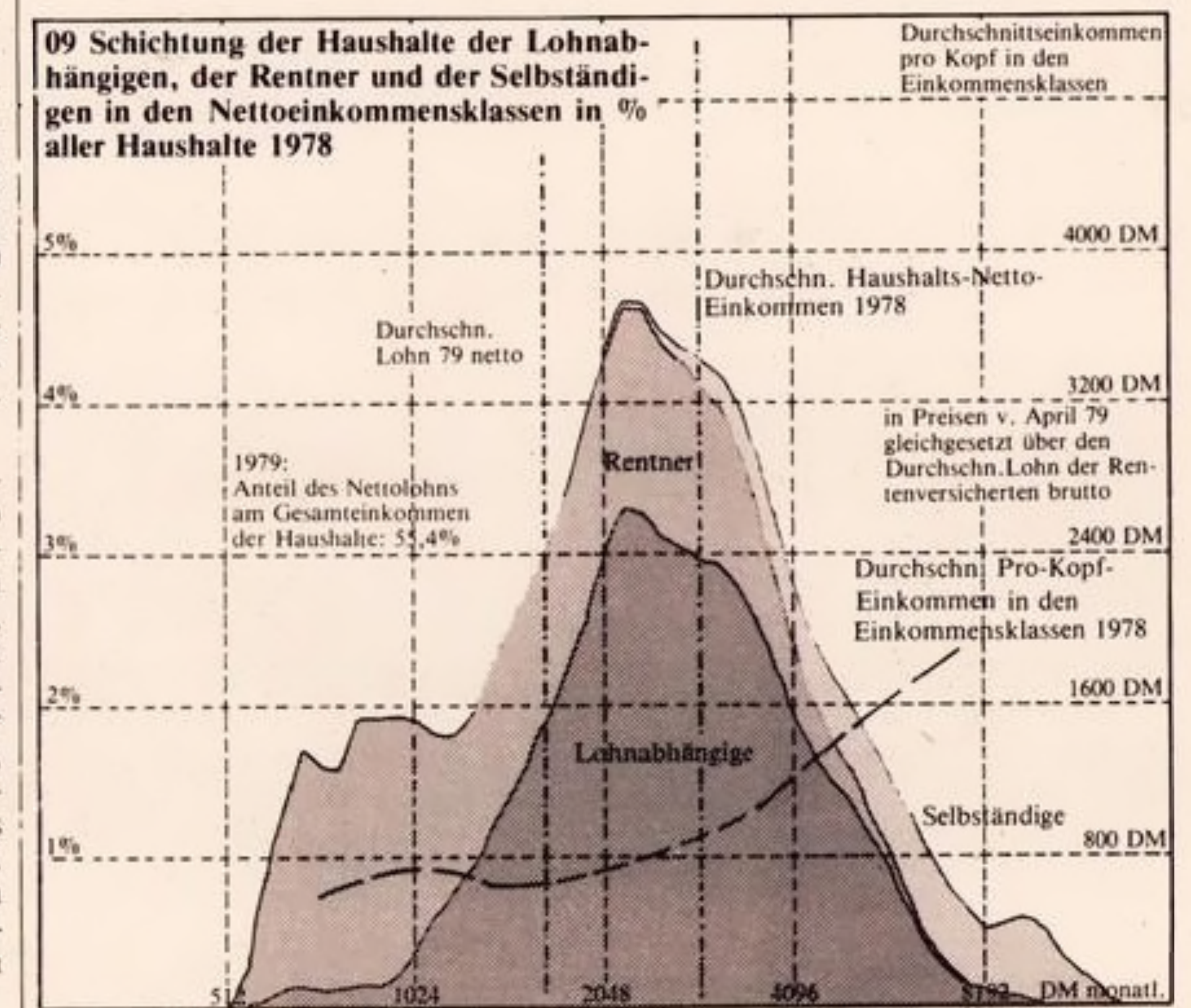
Die Kapitalisten müssen für den Ankauf der Arbeitskraft neben dem Bruttolohn eine Reihe von Versicherungsbeiträgen zahlen, der staatliche Dienstherr muß für den sozialdemokratisch aufgeblähten Beamtenkörper Pension zahlen. Diese Beiträge sind im statistischen „Bruttoeinkommen" enthalten. Das Bruttoeinkommen wird zum Bruttolohn, der Bruttolohn wird zum Nettolohn, der Nettolohn wird ergänzt durch Zahlungen aus der Versicherung und durch Zahlungen aus dem öffentlichen Haushalt, die nunmehr zur Ausgabe zur Verfügung stehende Summe trifft aber erst noch auf die Verbrauchsteuern, Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Biersteuer,
Zuckersteuer ..., ehe sie sich endlich in Lebensmittel verwandelt hat. Die Verteilungen des Jahres 1969, die auf den unteren Bildern gezeigt werden, sind die Verteilungen des Einkommens der Haushalte, bevor es von der indirekten Steuer gekürzt wird. Zunächst die Haushalte, deren Haushaltsvorstand „Selbständiger" ist, vereint als – wenigstens dem Titel nach – Besitzer ihrer Produktionsmittel, tatsächlich sind sie zu unterscheiden nach solchen, die von ihrer eigenen Arbeit leben, und den Ausbeutern fremder Arbeitskraft. Die Graphik zeigt die Trennung, wie sie auch auf den beiden Bildern darunter zeigt, daß etliche Bourgeois sich ihren Anteil am Mehrwert als „Einkommen aus abhängiger Arbeit" auszahlen lassen. Helmut Schmid oder Toni Schmücker gehörten dorthin, wenn nicht unsere Skala bei etwa 16000 DM enden müßte, und wenn nicht die Erhebung bei 10000 DM (in jeweiligen Preisen) enden würde. Die Aufhäufung am rechten Ende der Einkommensskala ist also vor allem in der Geldmasse eher untertrieben.

Weniger produktive Arbeiter, Frührenten, Sozialhilfe, weniger Kinder, so die zehn Jahre, die die SPD die Regierung führt. Die Bilder nebenan zeigen etwas von den Kosten dieser Politik, im Griff des sozialen Netzes bewegt sich die Masse der Haushalte in Richtung Armut. Die Gesamtverteilung der Haushalte ist unterteilt in drei Sorten, wie sie in der amtlichen Statistik unterschieden sind. In allen Bildern ist das Pro-Kopf-Einkommen eingetragen. Daran wird die Absicht des Sozialen Netzes deutlich, den Lohn auf das Minimum zu kürzen, um alle Löhne zu senken.



## Volkssouveränität und Demokratie bleiben die Hauptsache im Kampf für den Frieden

*z.brr.* 34 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges haben die beiden Supermächte USA und UdSSR die unangefochtene Oberhoheit über je einen der beiden deutschen Staaten. Sowohl in der DDR als auch in der BRD ist die jeweilige Supermacht Oberherr und Garant der Herrschaft der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse und den Volksmassen. In jüngster Zeit wird diese Tatsache durch kaum etwas deutlicher dokumentiert als durch die Diskussion in beiden deutschen Staaten über die Bewaffnung der NATO und des Warschauer Paktes, über die Möglichkeit von Abrüstung und Entspannung, über die Möglichkeit des Friedens.

Die Stellungnahmen der Regierungen der beiden deutschen Staaten dazu sind gekennzeichnet durch das Eintreten für die Interessen je einer der beiden Supermächte. In der DDR sind die Volksmassen durch den Nationalrat der Nationalen Front der DDR aufgerufen, per Unterschrift ihren Friedenswillen zu dokumentieren und auszudrücken, wie begeistert sie den Vorschlag des Oberherren Breschnew begrüßen und unterstützen, sowjetische Truppen aus der DDR abzuziehen und über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa zu verhandeln. In der Bundesrepublik wirbt die Regierung für ihren Kurs der Abrüstung und Entspannung auf der Basis des Fortbestehens des sogenannten Gleichgewichts der Macht zwischen Ost und West. Dieses Gleichgewicht der Macht sei aber durch die Modernisierung des sowjetischen Militärpotentials mit SS 20-Raketen gestört und müsse ausgeglichen werden durch Stationierung amerikanischer Pershing 2-Raketen in Europa. Das soll die Ministerratstagung der NATO beschließen und dann soll weiter verhandelt werden. Ja, nach Willen der Bundesregierung soll darüberhinaus ein ausformuliertes Verhandlungsangebot an die sowjetische Supermacht gerichtet werden.

Die Stellungnahmen beider deutscher Regierungen sind so deutlich unselbständig, sind so deutlich nicht souverän, daß sie auf keinen Fall der Unterstützung der Arbeiter und Volksmassen sicher sein können. Was die Stellungnahme der Bundesregierung angeht, so unterscheidet sie sich nicht von den Stellungnahmen westdeutscher Regierungen seit Bestehen der Bundesrepublik 1949.

Die Stellungnahmen der Regierungen der DDR in der Nachkriegsgeschichte indessen haben eine Wendung vollzogen. Die Wende in den Stellungnahmen der DDR trat erst nach 1960 auf. In einem Offenen Brief an die Arbeiterschaft Westdeutschlands vom ZK

Regierung für ihren Kurs der Abrüstung und Entspannung auf der Basis des Fortbestehens des sogenannten Gleichgewichts der Macht zwischen Ost und West. Dieses Gleichgewicht der Macht sei aber durch die Modernisierung des sowjetischen Militärpotentials mit SS 20-Raketen gestört und müsse ausgeglichen werden durch Stationierung amerikanischer Pershing 2-Raketen in Europa. Das soll die Ministerratstagung der NATO beschließen und dann soll weiter verhandelt werden. Ja, nach Willen der Bundesregierung soll darüberhinaus ein ausformuliertes Verhandlungsangebot an die sowjetische Supermacht gerichtet werden.

Die Stellungnahmen beider deutscher Regierungen sind so deutlich unselbständig, sind so deutlich nicht souverän, daß sie auf keinen Fall der Unterstützung der Arbeiter und Volksmassen sicher sein können. Was die Stellungnahme der Bundesregierung angeht, so unterscheidet sie sich nicht von den Stellungnahmen westdeutscher Regierungen seit Bestehen der Bundesrepublik 1949.

Die Stellungnahmen der Regierungen der DDR in der Nachkriegsgeschichte indessen haben eine Wendung vollzogen. Die Wende in den Stellungnahmen der DDR trat erst nach 1960 auf. In einem Offenen Brief an die Arbeiterschaft Westdeutschlands vom ZK
der SED 1960 schlug Walter Ulbricht erneut den Abschluß eines Friedensvertrages beider deutscher Staaten mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges vor. Im Artikel 2 dieses Vorschlags heißt es: „Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands in dieser oder jener Form werden unter dem Begriff ‚Deutschland' in dem vorliegenden Vertrag die beiden bestehenden deutschen Staaten – die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik – verstanden. Artikel 3 legt fest: „Die verbündeten und vereinten Mächte erkennen die volle Souveränität des deutschen Volkes über Deutschland, einschließlich seiner Territorialgewässer und des Luftraumes, an." Artikel 30 lautet: „Alle ausländischen Truppen, die sich in Deutschland befinden, müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrages aus Deutschland abgezogen werden... Gleichzeitig mit dem Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland müssen auch alle ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert werden." Bereits im Artikel 5 heißt es unter Absatz 1: „Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Militärbündnisse einzugehen, die gegen irgendeinen Staat, der Teilnehmer des vorliegenden Vertrages ist, gerichtet sind, sowie nicht an Militärbündnissen teilzunehmen." Im Artikel 25 wird zu Westberlin festgelegt: „Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zur Bildung eines einheitlichen deutschen Staates erhält Westberlin die Stellung einer entmilitarisierten freien Stadt auf der Grundlage ihres besonderen Status." In dem Artikel 5, Absatz 4 endlich wird ferner festgelegt: „Mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages wird Deutschland – die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik – frei von den Verpflichtungen, die mit der Mitgliedschaft in den Organisationen des Warschauer Vertrages beziehungsweise des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union im Zusammenhang stehen."

Dieser Vorschlag für den Abschluß eines Friedensvertrages wurde von den westlichen imperialistischen Mächten und von der Bundesregierung erwartungsgemäß abgebügelt. Daß dieser Vorschlag jedoch ebenfalls nicht die Einheit der Arbeiterschaft in Westdeutschland und in der DDR herzustellen in der Lage war, ist damit nicht erklärt. Den Führern der Arbeiterbewegung in der Nachkriegsgeschichte ist es an keiner Frage gelungen, eine wirkungsvolle Einheit herzustellen; dies muß mit den Problemen des Aufbaus des Sozialismus in der DDR zusammenhängen. Walter Ulbricht geht in seinem Brief an die Arbeiterschaft Westdeutschlands im Jahre 1960 noch unzweideutig von der Einheit der deutschen Nation aus, die DDR-Regierung heute tut das bekanntermaßen nicht. Doch kommen in dem Brief von 1960 weitgehende Zugeständnisse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Bourgeoisie vor, unnötige Zugeständnisse. Die SED ging in ihrem Brief davon aus, daß es auch das Interesse zumindest von Teilen der Bour-

vorliegenden Vertrages wird Deutschland – die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik – frei von den Verpflichtungen, die mit der Mitgliedschaft in den Organisationen des Warschauer Vertrages beziehungsweise des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union im Zusammenhang stehen."

Dieser Vorschlag für den Abschluß eines Friedensvertrages wurde von den westlichen imperialistischen Mächten und von der Bundesregierung erwartungsgemäß abgebügelt. Daß dieser Vorschlag jedoch ebenfalls nicht die Einheit der Arbeiterschaft in Westdeutschland und in der DDR herzustellen in der Lage war, ist damit nicht erklärt. Den Führern der Arbeiterbewegung in der Nachkriegsgeschichte ist es an keiner Frage gelungen, eine wirkungsvolle Einheit herzustellen; dies muß mit den Problemen des Aufbaus des Sozialismus in der DDR zusammenhängen. Walter Ulbricht geht in seinem Brief an die Arbeiterschaft Westdeutschlands im Jahre 1960 noch unzweideutig von der Einheit der deutschen Nation aus, die DDR-Regierung heute tut das bekanntermaßen nicht. Doch kommen in dem Brief von 1960 weitgehende Zugeständnisse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Bourgeoisie vor, unnötige Zugeständnisse. Die SED ging in ihrem Brief davon aus, daß es auch das Interesse zumindest von Teilen der Bour-
geoisie in Westdeutschland ist, den Frieden herzustellen, weil der friedliche Handel mit der UdSSR die Marktschwankungen der kapitalistischen Wirtschaft abwenden könne. Die Irrtümer der Führer der Arbeiterbewegung müssen wir aufklären. An der Volkssouveränität und Demokratie als Hauptsache im Kampf für den Frieden müssen wir festhalten.



# Regionale Klassenkämpfe: Klassenkämpfe in Berlin nach 1945

## Quellenheft zum revolutionären Volksbildungsprogramm

### Die Befreiung Berlins vom Faschismus und der Kampf der Arbeiterklasse für eine neue Gesellschaftsordnung

**Erinnerungsbericht der Mitarbeiter des Straßenbahn-Betriebshofes Britz über die Aufbauarbeit am 1., 2. und 3.5.1945, niedergeschrieben am 20.11.1945**

1. Mai. Heute haben sich schon 253 Kollegen zur Arbeit gemeldet. Antifaschistische Kollegen haben das bisherige Zimmer des Betriebsobmannes besetzt und fungieren kommissarisch als die Vertreter der Belegschaft.
2. Mai. Die Zahl der Aufbauwilligen wächst von Tag zu Tag. Heute haben sich 356 Männer zur Arbeit gemeldet ... Im Unterweisungsraum findet die erste Belegschaftsversammlung statt. Sie atmet den Geist der Freiheit. Aber noch lastet die Wucht der Ereignisse, der Druck der vergangenen 12 Jahre auf den Menschen. Nur so ist es möglich, daß der berüchtigte Amtmann W. ausgerechnet hier erscheinen kann. Er spielt den Harmlosen, der Herr Pg., SA-Sturmbandführer und Bataillonsführer im Volkssturm. Der Mann, der keinen Widerspruch duldete, steht nun klein und häßlich mit saurer Miene auf dem Podium und verkündet Richtlinien für den Wiederaufbau. Mit eigentümlicher, aber eisiger Ruhe läßt die Versammlung die Herausforderung über sich ergehen. Ein Kollege findet die klassischen Worte: „Jetzt will er aufbauen helfen, was er gestern zerstören half." Im Geschäftszimmer der Betriebsvertretung versucht W. später, den Anbiederungsversuch fortzusetzen. Hier blitzt er endgültig ab.

aus: Die Befreiung Berlins 1945, S. 163



Bergmann-Borsig wird aufgebaut

**Die Loewe-Arbeiterschaft fordert die Absetzung des faschistischen Betriebsdirektors Hegener**

Die Loewe-Arbeiterschaft hat gegen den Willen der früheren Direktoren und unter Überwindung der von diesen Herren verübten Sabotageakte ihren Betrieb wieder in Gang gesetzt. Direktor Hegener war während des Krieges Wehrwirtschaftsführer des Betriebes. Gleichzeitig aber auch ein Beauftrager des sogenannten Refa-Systems ...
Die Arbeiter von Loewe fordern, daß diese aktiven Helfer der Gestapo auf die Anklagebank kommen.

aus: Deutsche Volkszeitung, 8.8.1945

**Befehl der amerikanischen Kriegskommandantur Neukölln zur Abschaffung der Organisation der Haus-, Straßen- und Blockobleute, 21.8.1945**

Kriegskommandantur Neukölln

1. Es wird hiermit befohlen:
a) Die Stellungen der Straßenobleute, Blockleiter und Hausobleute abzuschaffen. Alle Personen, welche die vorgenannten Posten bekleideten, sind sofort zu entlassen ...

aus: Berlin, Quellen und Dokumente 1945 1951, S. 237



Aufbauarbeit bei der BVG

**Statut für die Haus-, Straßen- und Blockobleute, Magistratsvorlage, 6.9.1945**

... Der kommunale Verwaltungsapparat war in völliger Auflösung. Die Funktionäre und Mitglieder der NSDAP, die in der Stadtverwaltung die Mehrheit darstellten, waren geflohen oder mußten ausgemerzt werden. Von den anderen Angestellten konnte ein großer Teil wegen der Verkehrsstörungen ihre Arbeitsstätten nicht erreichen. Karteien und Akten waren vernichtet oder an unzugängliche Stellen verlagert worden. Damit waren z.B. für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln mit einem Schlage fast alle Unterlagen verschwunden ... Im Laufe der Entwicklung, als immer größere und umfassendere Aufgaben gelöst werden mußten, zeigte es sich, daß viele Arbeiten ausschließlich durch die Obleute erledigt werden konnten. Sie wurden eingesetzt:

1. bei der Erfassung der Bevölkerung nach politischen, ernährungsmäßigen und sozialhygienischen Gesichtspunkten,
2. bei der Wohnraumerfassung,
3. bei den Vorarbeiten für die Reparatur beschädigter Häuser und Betriebe,
4. bei der Popularisierung und auch bei der Durchführung hygienischer Maßnahmen z.B. bei der Impfaktion,
5. bei der Durchführung der Volkszählung, die ohne ihre Mitarbeit nicht in dieser erstaunlich kurzen Zeit hätte durchgeführt werden können ...

aus: Berlin, Quellen und Dokumente 1945 1951, S. 239 242



Landarbeiter beim Einzug in einen Gutshof. Die demokratische Bodenre-

**Die amerikanische Militärregierung verbietet Kritik an ihren Maßnahmen zur Abschaffung des Obleute-Systems, 18.9.1945**

U.S. Headquarters Berlin District and Headquarters First Airborne Army G-5 Division

Anklagebank kommen.

aus: Deutsche Volkszeitung, 8.8.1945

Befehl der amerikanischen Kriegskommandantur Neukölln zur Abschaffung der Organisation der Haus-, Straßen- und Blockobleute, 21.8.1945

Kriegskommandantur Neukölln

1. Es wird hiermit befohlen:
a) Die Stellungen der Straßenobleute, Blockleiter und Hausobleute abzuschaffen. Alle Personen, welche die vorgenannten Posten bekleideten, sind sofort zu entlassen ...

aus: Berlin, Quellen und Dokumente 1945 1951, S. 237



Aufbauarbeit bei der BVG

Statut für die Haus-, Straßen- und Blockobleute, Magistratsvorlage, 6.9.1945

... Der kommunale Verwaltungsapparat war in völliger Auflösung. Die Funktionäre und Mitglieder der NSDAP, die in der Stadtverwaltung die Mehrheit darstellten, waren geflohen oder mußten ausgemerzt werden. Von den anderen Angestellten konnte ein großer Teil wegen der Verkehrsstörungen ihre Arbeitsstätten nicht erreichen. Karteien und Akten waren vernichtet oder an unzugängliche Stellen verlagert worden. Damit waren z.B. für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln mit einem Schlage fast alle Unterlagen verschwunden ... Im Laufe der Entwicklung, als immer größere und umfassendere Aufgaben gelost werden mußten, zeigte es sich, daß viele Arbeiten ausschließlich durch die Obleute erledigt werden konnten. Sie wurden eingesetzt:

1. bei der Erfassung der Bevölkerung nach politischen, ernährungsmäßigen und sozialhygienischen Gesichtspunkten,
2. bei der Wohnraumerfassung,
3. bei den Vorarbeiten für die Reparatur beschädigter Häuser und Betriebe,
4. bei der Popularisierung und auch bei der Durchführung hygienischer Maßnahmen z.B. bei der Impfaktion,
5. bei der Durchführung der Volkszählung, die ohne ihre Mitarbeit nicht in dieser erstaunlich kurzen Zeit hätte durchgeführt werden können ...

aus: Berlin, Quellen und Dokumente 1945 1951, S. 239 242

Die amerikanische Militärregierung verbietet Kritik an ihren Maßnahmen zur Abschaffung des Obleute-Systems, 18.9.1945

U.S. Headquarters Berlin District and Headquarters First Airborne Army G-5 Division



Landarbeiter beim Einzug in einen Gutshof. Die demokratische Bodenreform wird durchgeführt, die Landjunker und Gutsbesitzer enteignet.

APO 755, U.S. Army
18. September 1945

Betr.: Kritik an den Grundsätzen der U.S. Militär-Regierung
An Herrn Oberbürgermeister Arthur W e r n e r

1. am 31. August 1945 erschien in ‚Der Berliner' ein Artikel, wonach der Berliner Magistrat die Wiedereinführung des Systems der Hausobleute befürwortet und Schritte zu diesem Zwecke unternehme. Diesem folgte ein anderer Artikel ähnlicher Tendenz in der ‚Allgemeinen Zeitung' vom 8. September 1945.
2. Beide von einem Mitglied der Berliner Stadtverwaltung inspirierten Artikel wurden in dem Versuch veröffentlicht, die öffentliche Meinung gegen unsere Aktion zu beeinflussen, dieses Unterdrückersystem abzuschaffen.
3. Solches Verhalten eines öffentlichen Angestellten ist nicht nur schlecht beraten, sondern wird als grobe Beleidigung der Autorität der USA betrachtet. Es ist sofort einzustellen ...

Für den Kommandierenden General:
gez. Frank L. Howley

aus: Berlin, Quellen und Dokumente 1945 1951, S. 247. 248




**Appell des Groß-Berliner Metallarbeiter-Verbandes zur Unterstützung der Landbevölkerung, 8.7.1945**

Bezirksausschüsse, Kollegen! Wir haben einen schweren Winter vor uns. Die Stadt, wir alle werden hungern, wenn dem Dorf, wenn den Landarbeitern und Bauern nicht geholfen wird. Die Ernte muß sichergestellt werden. Jede Ähre bedeutet Brot und muß auf dem schnellsten Weg eingebracht werden. Dem Bauern und Landarbeiter mangelt es an den dazu notwendigen Geräten, Sensen, Sicheln, Hacken, Spaten und sonstige Werkzeuge werden dringendst gebraucht. Wir Metallarbeiter Berlins können und müssen dabei mithelfen.

Wir fordern die Metallarbeiter der Berliner Metallbetriebe auf, in ihren Betrieben sofort zu überprüfen, welche Möglichkeiten zur Herstellung dieser Werkzeuge vorhanden sind. Die provisorischen Bezirksausschüsse müssen unverzüglich mit den Vertrauensleuten und ihren Betriebsausschüssen beraten, welche Betriebe dafür in Frage kommen. Festzustellen ist weiter, welche geeigneten Materialien für die herzustellenden Werkzeuge im Betrieb vorhanden sind, damit sie eventuell in Betriebe überführt werden können, wo die Bearbeitungsmöglichkeit vorhanden ist. Die Bezirksausschüsse teilen die Ergebnisse ihrer Rücksprache mit den Betrieben sofort der provisorischen Ortsverwaltung mit. Des weiteren werden Schraubenschlüssel, Hämmer, Schraubenzieher und sonstige Werkzeuge für landwirtschaftliche Maschinen benötigt. Sollten sich in den Betrieben überflüssige und entbehrliche Werkzeuge dieser Art befinden, so liefert sie an eure Bezirksausschüsse zur Weitergabe an die Bezirksämter ab, damit die Weitergabe an die Landbevölkerung erfolgen kann ...

Verband der Berliner Metallarbeiter
Der Ortsvorstand

aus: Deutsche Volkszeitung, 8.7.1945



Demonstration gegen die vom Magistrat beabsichtigten Spalterwahlen am 5.12.1948. Forderungen und Losungen: Es lebe Stalin, der Führer und Lehrer der Werktätigen der ganzen Welt. Für eine einheitliche Wirtschaft Berlins. Gegen die Spalterwahlen am 5. Dezember. Für ein einiges, demokratisches Deutschland. Abzug aller Besatzungsmächte.